

Nr.
9
September
1988

Die Neue Gesellschaft

Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Holger Börner · Walter Dirks · Eugen Kogon †
Johannes Rau · Heinz O. Vetter · Hans-Jochen Vogel · Herbert Wehner

1988
35. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl †
Hans Schumacher (verantwortlich)

Ständige Mitarbeit:
Klaus Bloemer
Tilman Fichter
Ulrich Gernhardt
Ferdinand W. Menne

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Postfach 20 13 52
5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 23 80 83
Druck: satz+druck gmbh, 4000 Düsseldorf 12

Anschrift der Redaktion:
In der Raste 20-22
5300 Bonn 1
Telefon (02 28) 8 83-5 39/5 42
Telex: 8 85 479 a feat d

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-8738
Einzelheft 9,50-DM (zuzüglich 1,50 DM Versandkosten), Jahresabonnement 88,- DM (zuzüglich 12,- DM Versandkosten im Inland bzw. 13,20 DM im Ausland). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist.

Redaktionsbeirat:
Siegfried Bangert
Frank Benseler
Gottfried Erb
Irving Fetscher
Ulrich Gernhardt
Horst von Glzyck
Martin Greiffenhagen

Norbert Greinacher
Reinmut Jochimsen
Richard Löwenthal
Ferdinand W. Menne
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Friedrich-Wilhelm Witt

Im Bezugspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 16
Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert

Zum Inhalt

Der Redaktionsschluß dieses Heftes 9/88 erlaubt uns keine systematische Würdigung des Münsteraner Parteitages der SPD. Die beiden herausragenden Debatten drehten sich ohne Zweifel um die Gleichstellung der Frau und um die Modernisierung der wirtschaftspolitischen Programmatik der SPD. Über diesen viel kommentierten Kernthemen sollte man aber eine ganze Reihe anderer Akzente nicht vergessen. Auf dem Münsteraner Parteitag gab es die erste Kulturdebatte seit Jahrzehnten; sie war von der Parteitagsregie zwar allzu sehr an den Rand des Geschehens gedrückt worden, zeigte aber doch eine neue Aufgeschlossenheit gegenüber der „Kulturalisierung“ der postmodernen Gesellschaft. Die Vorsitzende des Schriftstellerverbandes, Anna Jonas, und der berühmteste Posaunist der Welt, Albert Mangelsdorff, waren in das Parteitagsgeschehen integriert worden; und die Delegierten empfanden das nicht als störende Beigabe, sondern akzeptierten es als Teil des „Diskurses“. Eine neue Anmutung; genau wie die kurze, sicherlich nur rudimentäre Jugenddebatte, in der ein ernsthaftes Stück Selbstkritik der SPD sichtbar wurde. Die so oft als unpolitisch, als Generation der „Yuppies“ verunglimpfte neue Generation ist mit dieser Debatte beileibe nicht für die SPD gewonnen; wenn die Partei aber die Beschlüsse, die sie in Münster zur Jugendpolitik gefaßt hat, ernst nimmt, könnte dies ein Anfang sein.

Der Quotenbeschluß der SPD ist ohne Zweifel eine Kulturrevolution; und zwar eine, die mit dem Namen Hans-Jochen Vogels verbunden bleiben wird, denn ohne Vogel hätte sie nicht stattgefunden. In 22 Bezirken, 250 Unterbezirken und rund 10 000 Ortsvereinen werden jetzt mindestens 25 000 männliche Funktionäre durch Frauen ersetzt. Dies wird zum einen eine Verlebendigung der politischen Kommunikation in der SPD mit sich bringen; zum anderen eine gewisse Deprofessionalisierung auf den mittleren Ebenen. Selbst diese kann allerdings zum Guten ausschlagen; denn Professionalismus umfaßt einerseits die Beherrschung bestimmter Kulturtechniken und andererseits Routine. Wenn es gelingt, das Vergessen von Kulturtechniken zu verhindern und dumpfgeordnete Routine aufzulockern, wird auch die Deprofessionalisierung einen Gewinn bedeuten. Dazu ist allerdings behutsame Führung (vor allem in Landesverbänden, Bezirken und großen Unterbezirken) unumgänglich.

In der Wirtschaftspolitik hat Oskar Lafontaine unmißverständliche Signale gesetzt. Manche Gewerkschafter werfen ihm vor, bei ihm habe nicht mehr das richtige, sondern das machbare Leitbild

Funktion. Dieser Vorwurf ist – theoretisch – die alte falsche Trennung von Ziel und Weg; der unaussrottbare „Kautsky in uns“. Mit dem Streitgespräch mit Peter von Oertzen, dem härtesten Lafontaine-Kritiker des Münsteraner Parteitages, führt diese Zeitschrift die Parteitagsdebatte weiter. Lafontaine hat sich inhaltlich in Münster noch nicht voll durchgesetzt, aber er hat einige „integrative Lügen“ mit Vehemens angeprangert. Jetzt wird es darauf ankommen, ob die ökonomische Debatte der deutschen Linken seriös ins Detail geht oder hysterisch in die Rhetorik umkippt. Die Diskussion der IG Metall in Vorbereitung auf ihren Zukunftskongress sind nicht weniger „revolutionär“ als die Ideen der Modernisierer in der SPD. Muß gezündelt oder kann gebündelt werden?

*

Dieses Heft beginnt mit drei neuartig argumentierenden Medien-Essays. Von dem in Rom lebenden deutschen Schriftsteller Rolf Uessler, dem in Wien lehrenden deutschen Kommunikationswissenschaftler Wolfgang R. Langenbucher und Wilhelm Neufeldt, einem der wenigen auf Kunst und Kunstpolitik spezialisierten Beamten der Bonner Ministerialbürokratie. Sie bieten nicht klassische Medienpolitik, nicht den alten SingSang „öffentlich-rechtlich – gegen privat“, sondern lassen ahnen, daß wir in eine neue Medienszenerie hinübergleiten. Noch Axel Springer, bei all seinem Missionsdrang, war ein Verleger der alten Art; die Belusconis, Murdochs und Maxwells sind eine neue Welt, mit der man sich neu auseinandersetzen muß.

*

Für dieses Heft war ein Grundsatzartikel von Dr. Jan Voitic, dem für Ideologie zuständigen Mitglied des Präsidiums der KPC, angekündigt. Thema: Perestrojka in der CSSR. Bisher hat uns dieser (zugesagte) Artikel nicht erreicht. Wir warten weiter auf ihn – denn wir sind an der Perestrojka in der CSSR sehr interessiert.

*

1979 veröffentlichte Günter Grass ein „Treffen in Telgte“. 1988 organisierte das Kulturforum der Sozialdemokratie mit Grass ein „Treffen in Telgte“; 20 Schriftstellerinnen und Schriftsteller lasen sich neue Texte vor, kritisierten sich und setzten sich über ihre „works in progress“ in Kenntnis. Das Treffen im Knickenberg-Haus in Telgte soll jährlich fortgesetzt werden. Ob daraus eine neue Gruppe 47 werden kann, ist ungewiß; daß eine neue „Zusammengehörigkeitsstruktur“ entwickelt werden müßte, ist unbestreitbar.

P.Gl.



Inhaltsverzeichnis

| Seite | Autor | Titel |
|-------|--|---|
| | | Thema: Medien |
| 788 | Rolf Uesseler | Intelligentes Fernsehen. In Italien diskutiert man über die Ökologie der bildlichen Darstellung |
| 793 | Wolfgang R. Langenbacher | Medien als kulturelle Umwelt |
| 798 | Wilhelm Neufeldt | Neue Medien zwischen Bildungsanspruch und Kulturindustrie |
| 805 | Manfred Scharrer | Max Diamant – Erzählte Lebensgeschichte |
| 814 | Ein Gespräch zwischen Tilman Fichter, Peter v. Oertzen und Peter Glotz | Über die Zukunft des nationalen Keynesianismus |
| 830 | Horst Klaus | Eine Betriebsverfassung zur „Lösung der Gewerkschaftsfrage“ |
| 838 | Dokumentation | 6 Leitsätze zur Zukunft der Arbeit in der europäischen Automobilindustrie |
| 842 | Bert Thierren | Intelligente Arbeitsorganisation. Die 6 Leitsätze zur Zukunft der Arbeit in der europäischen Automobilindustrie |
| 843 | Gabriele Eckart | Ein Windflüchter in Amerika |
| 849 | Norman Birnbaum | Das Modell „Amerika“ – Anspruch und Wirklichkeit |
| 860 | Anita M. Mallinckrodt | Politische Entfremdung in Amerika |
| 867 | Eckhard Marten | Geschätzt, gefürchtet, gelobt. Das amerikanische Deutschlandbild gestern, heute und morgen |
| 871 | Klaus Bloemer | Klarsicht nach Westen |
| 876 | | Kritik |

Das Titelbild zeigt Willy Brandt, Rose Fröhlich und Max Diamant; Foto: Denise Göbel

Rolf Uessler Intelligentes Fernsehen In Italien diskutiert man über die Ökologie der bildlichen Darstellung

Rolf Uessler, 1943 in Deutschland geboren, wanderte in den siebziger Jahren nach Italien aus. Er lebt heute als Publizist und Journalist in Rom. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen in italienischer und deutscher Sprache, vor allem zu gesellschaftspolitischen Fragen.

Die Massenmedien – insbesondere das Fernsehen – sind seit geraumer Zeit in Italien wieder ins Rampenlicht der Auseinandersetzungen geraten. Grund dafür ist nicht nur, daß das Verfassungsgericht der italienischen Regierung ein Ultimatum gestellt hat, die längst überfällige gesetzliche Regelung des privaten Rundfunks – vor allem des Fernsehsektors – vorzunehmen (wobei die linke Opposition seit Jahren eine Anti-Trust-Regelung auf diesem Gebiet fordert), sondern insbesondere der steigende Unmut von Bürgern, Kulturschaffenden, Intellektuellen und Gewerkschaftern über die inhaltliche Gestaltung der gesendeten Programme. „Wenn die siebziger Jahre als ‚bleierne Zeit‘ gekennzeichnet wurden, so muß man die achtziger Jahre als ‚verschlafene Zeit‘ charakterisieren“, formulierte polemisch gegen das Fernsehen der bekannte Filmregisseur Ettore Scola. Und „der Intellektuelle“ unter den italienischen Filmregisseuren und langjährige Leiter der Biennale von Venedig, Carlo Lizzani, skizzierte die heutige Situation treffend in einem Slogan: „Starke Sender, schwache Gedanken.“

Aber nicht nur das vor allem durch die Privatstationen (knapp ein Dutzend nationale und rund 400 regionale bzw. lokale) verschuldete fallende Niveau steht im Zentrum der Debatten – wie vielleicht die Äußerungen von Scola und Lizzani vermuten lassen –, sondern auch und vielleicht vor allem die „Ökologie der bildlichen Darstellung im Zeitalter der Elektronik“ (wie der Titel eines Kongresses speziell zu diesem Thema hieß). Die steigende „Verschmut-

zung der Kulturwelt“ – insbesondere im Fernsehen – läßt immer mehr Fernsehkritiker, Schriftsteller und Filmemacher die Alarmglocken läuten. Sie argumentieren: wenn das Grundwasser vergiftet oder das Gemüse verseucht ist, verbietet man den Gebrauch oder Verkauf. Wer aber mißt den Grad der Verschmutzung in den ausgestrahlten Informationen, die der Bürger täglich konsumiert? Wer kalkuliert den Cäsiumgehalt, der in einer Samstagabend-Unterhaltungssendung enthalten ist? Wer schätzt ab, nach wie vielen Jahren – 20, 30 oder mehr? – verzerrte Nachrichten und verdummende Ideen, übertragene Wertvorstellungen und Handlungsmuster ihre Gefährlichkeit verloren haben? Und ihre Antwort lautet: Wie allseits bekannt – niemand; obwohl die Verschmutzung der kulturellen Umwelt ein Ausmaß angenommen hat, das der Vergiftung der natürlichen Umwelt in nichts nachsteht.

Und die Gründe für diesen Tatbestand? Viele – von Umberto Eco bis zu Luciano De Crescenzo – sehen eine der Hauptursachen in dem rasant ausgebreiteten Warenfetischismus, der sich wie ein Giftschleier über das Fernsehen legt und es erstickt. Was nichts anderes heißen soll, als daß Sendungen nur noch als Waren – als Konsumgüter in den vielfältigsten Formen – konzipiert und produziert werden („Kultur als Fließbandware“, „Bildliche Kunst als Wegwerfprodukt“, etc.), um Gewinn abzuwerfen. Und zwar kalkulierbaren Gewinn für alle Beteiligten (bis auf den „Konsumenten“, das heißt den Zuschauer): Die Produzenten der Sendungen, die Betreiber oder Eigentümer der Sendeanstalten, die Sponsoren, die Werbefirmen, etc. Kein Wunder also, daß der neue Götze der Mattscheibe der Zuschauerindex geworden ist. Und wo Kosten-Nutzen-Analysen die Programme bestimmen und als Parameter nur noch die Quantität (der Zuschauer) Gültigkeit beanspruchen kann, bleiben die Qualität der Inhalte und der Kommunikationsgehalt von gesendeten Programmen marginale Größen. Die Folgen sind täglich sichtbar: Sensationsjournalismus und Stereotypisierung der Information, Formelhaftigkeit und Normierung (Fertigung nach vorgegebenen experimentierten Mustern) der Unterhaltungsprogramme, Verflachung und Glättung sozialpolitischer Magazinsendungen. Das alles, ohne daß Zensur ausgeübt werden mußte. Der Faktor Geld (Quantität) funktioniert im Selbstlauf als „Schere im

Kopf“ sowohl bei den Programmachern als auch bei den „ausführenden“ Redakteuren (von den Direktoren der Fernsehanstalten gar nicht zu sprechen, die zumeist oder nahezu ausschließlich ohnehin ihren Posten dem Proporzspiel der politischen Parteien verdanken bzw. dem Eigentümer/Arbeitgeber).

Ein Prozeß also, der – wie viele kritisierte Fernsehverantwortliche behaupten – ob gewollt oder gegen ihren eigenen Willen von den Gesetzen des Marktes diktiert und vorgegeben ist? Mag sein. Auch wenn manche Redakteure und Medienwissenschaftler ins gleiche Horn blasen und behaupten, daß es die Gesetzmäßigkeiten des Mediums Fernsehen selbst seien, die eine andere Nutzung bzw. gesellschaftliche Kommunikation oder das Selbstgespräch der Gesellschaft verhinderten – es handelt sich dabei entweder um kalkulierte Desinformation oder um einen konservativen Masochismus.

Nicht das Medium selbst produziert einen ständig wachsenden Prozentsatz von Verseuchung der kulturellen Welt, sondern die Art der Nutzung und Handhabung sowie die Inbesitznahme durch – zumeist vor der Öffentlichkeit versteckte – politische und ökonomische Interessen – so lautet die zutreffende Analyse einer wachsenden Zahl von Kulturschaffenden, Publizisten, Journalisten. Und sie weisen nach, daß der eingeschlagene Weg im besten der Fälle zu einer Situation führt, die der amerikanischen nicht unähnlich wäre: Nämlich – vielleicht in einem Dutzend Jahren –, daß sich niemand mehr für das, was das Fernsehen ausstrahlt, interessiert und eben auch dann nicht mehr, wenn es sich um eine „gute“ Sendung handelt, die die Lebensinteressen der Bürger widerspiegelt und sie somit interessieren mußte. Das heißt, die einstmalig hochapostrophierte „vierte Macht“ wird in absehbarer Zeit vom Sockel gestoßen, weil sie ihre Glaubwürdigkeit selbst systematisch in wenigen Jahrzehnten untergraben hat (wie eben in den USA schon geschehen). Was übrig bleibt ist ein mehr oder weniger gut funktionierendes und mehr oder weniger ästhetisch annehmbares Transportmittel, das aber jegliche Funktion als Kommunikationsmedium für und zwischen den Bürgern verloren hat.

Ein unaufhaltsamer Prozeß also? In einem Land, das über mehr als zweitausend Jahre immer wieder seine kulturelle Identität unter den verschiedensten Herrschaftsformen entwickelte (und auch unter der „doktrinärsten“ und „barbarischsten“, der Kirchendiktatur, nicht kapituliert hat), wäre Kulturpessimismus verwunderlich. Die Antwort lautet also: unaufhaltsam nicht.

Wie diesen Prozeß aufhalten oder umkehren? In Larmoyanz oder Arroganz verpackte Resignation oder von Melancholie durchzogener Zynismus, wie er häufig in linken intellektuellen Kreisen nördlich der Alpen zu beobachten ist, sind sicherlich keine geeigneten Waffen, um den herrschenden Zustand zu ändern. Doch man weiß auch – in Italien, das viel zu realistisch ist, als daß es an Wunder oder Ideologien glauben könnte –, daß es keine Rezepte und sicheren Methoden gibt. Um die kulturelle Verschmutzung im Fernsehen zu stoppen oder sie umzukehren, bedarf es vielfältiger Denkansätze. Die Auseinandersetzung kann nicht nur auf einer Ebene, sondern muß auf den verschiedensten und unterschiedlichsten Schauplätzen gesucht werden. Ziel: das „intelligente Fernsehen“. So etwa könnte man als Zwischenergebnis die Debatte zusammenfassen, die um dieses Thema geführt wird und an der sich nicht nur einige von Berufs wegen interessierte Spezialisten beteiligen, sondern die zum „Publikumsgespräch“ geworden ist. Noch allgemeiner als es das Motto vom „intelligenten Fernsehen“ ausdrückt, wird als Zielvorstellung das „gläserne Dorf“ bezeichnet (Titel eines gleichnamigen Medienkongresses, der von der PCI veranstaltet wurde und enormes Echo fand): Die Überwindung einer Welt, die aufgrund der Kommunikationstechnologien und Satelliten zu einem Dorf geworden ist, das aber unter der Oligopolherrschaft weniger „Feudalherren“ steht; ein transparentes und demokratisches Dorf also und nicht ein mit Spiegeln verhängtes, in dem einige Illuminationskünstler ihre Imaginationen in den Köpfen der Dorfbewohner widerspiegeln lassen.

Vorschläge für Schritte in diese Richtung gibt es unzählige – sowohl auf der politisch-gesetzlichen Ebene (wie z. B. die Anti-Trust-Regelung), als auch auf der organisatorischen (z. B. „off-limit-Regelung“ für Marktgesetze bei der inhaltlichen Programmgestaltung) sowie der rein „inhaltlichen“ der ausgestrahlten Sendungen (das im engeren Sinne „intelligente Fernsehen“).

Letzterer Aspekt soll im folgenden etwas genauer verfolgt werden, weil es scheint, daß hier einerseits die größten Schwierigkeiten beim Herabsteigen von der „theoretischen“ Absicht – auf die „praktische“ Umsetzungsebene liegen und andererseits die größten Hindernisse gegenüber den Verfechtern des Status quo zu überwinden sind, die den hohen Zuschauerindex für „dumme Sendungen“ als Korrelationskoeffizienten für die Dummheit des Publikums ins Feld führen.

Aus der Fülle verschiedener – häufig mehr als we-

niger gelungener – Ansätze und Experimente – ob auf dem Gebiet der politischen Information, ob bei Kindersendungen („Big“ und „Patatrac“, um ein Gegengewicht gegen die massive Präsenz der Werbeindustrie und japanischer Zeichentrickfilme auf der Mattscheibe zu schaffen), ob auf dem Gebiet der Diskussion von sozialpolitischen Problemstellungen („Il caso“, „Il testimone“), ob auf dem Gebiet der Wissenschaft (wie verändert sich Wissenschaft und wie mit ihr unsere Welt: „Quark“), ob auf dem Gebiet der Musik („DOC“) oder der Fernsehserien („La Piovra“), der Filme („Cristoforo Colombo“), etc. – soll ein Bereich herausgegriffen werden, der sich scheinbar am augenfälligsten gegen eine „intelligente Behandlung“ sperrt – der der Unterhaltungssendung. Und auch hier soll nur ein Beispiel herausgegriffen werden, um wenigstens ansatzweise zu vermitteln, was man in Italien unter „intelligentem Fernsehen“ versteht; denn notgedrungenerweise widersetzt sich die bildlich-anschauliche Handlungsebene der geschriebenen Form, weshalb auch nur Inhalt, Handlung und Rahmenbedingungen beschrieben werden können und nicht der Eindruck und die Emotionen, die diese hervorrufen.

Die Sendung heißt „Indietro tutta“ (was so viel bedeutet, wie „Mit Volldampf zurück“) und wurde von einem der großen linken „Showmaster“, von Renzo Arbore, gemacht. Sie lief von Dezember bis März dieses Jahres jeden Wochentag von Montag bis Freitag zwischen 22.30 und 23.30 Uhr – eine Sendezeit also, die für ein breites Publikum als prohibitiv gilt. Und dennoch erreichte „Indietro tutta“ ohne jegliche Vorpropaganda und Werbespots ein ständig wachsendes Millionenpublikum, das nach wenigen Wochen den Index der „Lieblingssendungen“ in der Hauptsendezeit zwischen 20 Uhr und 22 Uhr erreichte. Italiener aller sozialen Schichten, vom arbeitslosen Landerbeiter bis zum Intellektuellen, und aller Altersstufen, von 5 bis 90 Jahren, aus den Nobelvierteln der Großstädte und aus den entferntesten Winkeln der Provinz folgten von Montag bis Freitag spätabends „ihrer Sendung“. Am Arbeitsplatz, auf den Straßen, im Autobus und in den Cafés, auf Partys und im Freundeskreis, bei Tagungen, round-table-Gesprächen und selbst auf den Parlamentsgängen war „Indietro tutta“ der Gesprächsstoff. Am Abend in der Sendung gehörte Wortspiele und Redewendungen waren am nächsten Tag in aller Munde und viele von ihnen gingen in die italienische Alltagssprache ein. Die italienischen Massenmedien widmeten „Indietro tutta“ Leitartikel, Titelbilder, Sondersendungen; und der „Sound-track“ (die Titel-

melodie) stieg kometenartig in die italienischen Hitparaden auf. Auch die internationale Presse (von den USA über die UdSSR bis nach Japan und Australien) nahm dieses „Product made in Italy“ nicht nur wahr, sondern machte begeistert darauf aufmerksam. Von überall auf dem Globus gingen Anfragen nach den Kaufbedingungen ein.

Die Sendung präsentierte sich auf den ersten Blick wie eine normale Quiz-Show mit den gewöhnlichen – in Italien üblich gewordenen – Ingredienzen: Ein Quizmaster, hübsche, dem Quizmaster zur Seite stehende Assistentinnen, ein „ausgesuchtes“ Publikum im Saal, ein Orchester, ein Fernsehballer, ein gesponsertes Produkt, ein Notar (zur Überwachung des Reglements), eine Erkennungsmelodie für Anfang und Ende. Auf den zweiten Blick war der Quizmaster kein normaler Quizmaster, sondern nur ein „bravo presentatore“ (ein „tüchtiger Ansager“) in täglich wechselnden Fantasiekostümen, das Publikum war ein wirklich ausgesuchtes Publikum und bestand aus jungen Schauspielern, das Orchester umfaßte exzellente Profis und glich einer Mischung von Studentenkellerband und dem Panikorchester Udo Lindbergs, das Fernsehballer bestand aus tänzerisch nicht vorgebildeten jungen Damen, die sich – wie üblich halbnackt – in Glucken (Hennen)-Kostümen präsentierten, das gesponserte Produkt war ein auf dem Markt nicht existierender Kakao („Cacao meraviglioso“), der Notar hatte noch nie ein Gesetzbuch von innen gesehen und die Erkennungsmelodie hieß „Das ganze Leben ist ein Quiz, der uns Millionen schenkt...“.

Hieraus wird schon ansatzweise deutlich, was der Inhalt der Quiz-show ist: Mit Hilfe des Gerüsts der populären Fernsehsendungen (eben der Quiz-shows) wird das Fernsehen selbst und seine es regierenden Mechanismen einer gespielten und spielerischen Kritik unterzogen. Und zwar nicht kabarettmäßig oder karikierend, sondern eher im Schwejk'schen Sinne: man spielt die gewohnten Regeln, Handlungsweisen, Mechanismen, Redewendungen in einem anderen Umfeld nach, entkleidet sie der Illusion und läßt sie als das erscheinen, was sie sind: Zum größten Teil zum Lachen (und zur Auflehnung) anregend. So wie in Andersens Märchen von „Des Kaisers neuen Kleidern“, wo ein Kind die Illusion durchbricht und den Kaiser dastehen läßt, wie er ist – nämlich nackt –, wodurch er sich vor seinem Publikum lächerlich macht. Die Methode ist also ähnlich der, die Bert Brecht für sein „episches Theater“ als „Verfremdungseffekt“ theoretisch ausarbeitete.

Doch um die Realität tatsächlich nachspielen zu

können, war eine weitere Ebene notwendig, die normalerweise dem Publikum verborgen bleibt, weil sie hinter den Kulissen regiert: Die des Regisseurs, der seine Quiz-crew vor der Fernsehkamera agieren läßt. Diese auch realiter wichtigste Figur, die die Fäden zieht und Anweisungen gibt, wie sich die einzelnen Protagonisten (dem Fernsehpublikum üblicherweise als autonom präsentiert) zu bewegen haben, wurde von Renzo Arbore personalisiert in der Uniform eines Kapitäns, erhöht stehend auf einer nachempfundenen Kommandobrücke eines Schiffes, aufgebaut im Zentrum, an der Stirnseite des Saales.

Die Show von „Indietro tutta“ spielt sich somit auf vier verschiedenen Ebenen ab: Auf der Ebene des „Kapitäns“ (des Regisseurs), der des „tüchtigen Ansagers“ (der Quiz-show-master ist und sich gleichzeitig als ein solcher versucht), die des „ausgesuchten Publikums“ im Saal (das einerseits als Quiz-Publikum fungiert und andererseits aus dieser Funktion aussteigend als „normales“, kritisches Publikum eigenständig reagiert) und die des Fernsehpublikums, also die Italiener, an die sich die „Show“ wendet und die als Zuschauer in das Spiel einbezogen werden. (Das heißt: Die Dialoge und Handlungen laufen zwar zwischen den ersten drei Ebenen im Fernsehsaal ab, aber immer im Hinblick auf das reale Fernsehpublikum, das dadurch direkt angesprochen wird. Eine für das Fernsehen adaptierte Technik, wie sie im neapolitanischen Volkstheater oder im sizilianischen Puppenspiel angewandt wird.)

Die Show selbst verläuft nun „normal“ wie alle Quiz- und Unterhaltungssendungen – nur mit immer neuen Verfremdungseffekten durchsetzt, um die Illusionen, die den Rahmen einer normalen Sendung abgeben, zu zerstören. So wird z. B. der Regisseur, der im letzten Moment hinter den Kulissen noch seine Anweisungen gibt, oder mit einem Ballettmädchen flirrt oder ein Telefongespräch mit seinem Freund führt, in „Indietro tutta“ tatsächlich gezeigt und vom „Kapitän“ nachgespielt, während der Vorspann läuft und der Vorhang aufgeht. (Auf diese Weise wird die Realität selbst gezeigt, während sie im täglichen Fernsehen ausgeblendet wird.)

Aber unabhängig von hunderten von phantasievollen „Verfremdungseffekten“, die manchmal nur in der geringfügigen Abwandlung allseits bekannter Gesten oder Uniformen, Kostüme, Symbolfiguren etc. bestehen, sind es die immer neu, frei improvisierten Handlungen und Dialoge (immer durchzogen von feiner Selbstironie) des Spiels selbst, die zum Lachen, zur Selbstironie und zum Nachdenken herausfordern.

Da ist der „tüchtige Ansager“, der täglich ein neues Quizspiel (durch leichte Veränderung eine persiflierende Imitation auf die täglich im italienischen Fernsehen tatsächlich laufenden Quizsendungen) vorstellt, und der auch noch ein bißchen Kultur dadurch „vermitteln will“, indem er in langwierigen Ausführungen den Erfinder dieses Quiz vorstellt, seine Lebensgeschichte, aus welchen Motiven oder Beweggründen er zur Erfindung getrieben wurde, etc. Das alles in einer gesuchten, gewählten Sprache – teilweise garniert mit gängigen englischen Ausdrücken – die er aber nur mühsam beherrscht. Wenn er vom „Kapitän“ liebevoll-väterlich korrigiert wird, lächelt er verlegen.

Da ist der Notar, der die meiste Zeit Kreuzworträtsel löst oder sich mit seiner Assistentin unterhält oder schäkert und dann ein interessiertes, ernst-professionelles Gesicht aufsetzt, wenn er merkt, daß die Kamera auf ihn in Großaufnahme gerichtet ist; und der zu passenden oder von ihm für passend gehaltenen Augenblicken seine einzigen beiden Worte spricht „Ich bestätige“.

Da ist der „Cacao meraviglioso“ (eine ans brasilianisch angelehnte Verballhornung des italienischen „meraviglioso“ – wundervoll –, auf diese Weise die italienische Brasilienmanie widerspiegelnd), um den täglich neue Geschichten „erfunden“ werden: Welche außerordentlich nützliche Bedeutung er für die Ernährung der Völker Afrikas habe, welche Fortschritte damit beim Stopp der Hungersnot in der Sahel-Zone gemacht wurden. Es werden die Modelle von Schulen und Krankenhäusern gezeigt, die der Sponsor der Sendung und Hersteller des Cacaos, der Signor Meraviglioso, für die Notleidenden der Dritten Welt gebaut und gespendet hat, etc. (all dies – wie gesagt – nur leicht verfremdet – das widergebend, was realiter täglich im Fernsehen gezeigt wird).

Da sind die (als fingiert erkennbaren) Direktschaltungen mit der Polizei, die in ihrer bürokratischen Funksprache „Wagen 1 an Wagen 2“ in höchster Wichtigkeitsstufe die gerade anlaufende Operation um einen gestohlenen, mit Käse beladenen Transportzug durchgibt, mit Wohltätigkeitseinrichtungen, mit den Industrie- und Handelsverbänden, den Handwerkerinnungen, Genossenschaften und den kirchlichen Sozialeinrichtungen (z. B. mit der Nonne eines römischen Instituts, das an römischen Autobushaltestellen alleingelassene Kinder beherbergt). Die Dialoge dieser „Direktschaltungen“ sind so real, daß sie nur durch leichte Verfremdungseffekte (z. B. durch Wortspiele, die der die Gespräche führende „Kapitän“ einflügt und auf die das Gegen-

über eingeht) als fingiert erkennbar sind; aber eben auch so real, daß sie der Alltagswelt entnommen sein könnten.

Das Insgesamt aller Faktoren macht es auf diese Weise möglich, auf vernünftige Weise der Realität den Spiegel vorzuhalten, den Institutionen den Nimbus zu nehmen und sie zu vernünftlichen, indem man die großen und kleinen Alltagsschwächen ihrer in ihr agierenden Menschen verstehbar und damit auch veränderbar macht.

Da sind die durch ein nichtfunktionierendes Phantasietelefon erkennbar fingierten Telefongespräche mit dem Fernsehpublikum, das aufgefordert wurde, sich am Quiz zu beteiligen, wobei immer wieder die gleichen „Personen“ (d. h. die auch in der Realität wenigen Kategorien von Zuschauern: Die Hausfrau, der der Showmaster gefällt, der kleine Fuhrunternehmer, der im Fernsehen bestätigen wollte, wie toll die Sendung ist, aber eigentlich sich den Ärger über seinen Kompagnon von der Seele reden will, etc.) anrufen und nur selten auf die gestellten Quizfragen antworten. Wodurch nach wenigen Tagen bzw. Sendungen ein „familiäres“ Verhältnis aufkommt, in das auch der Quizmaster („der tüchtige Ansager“) und der Regisseur („Kapitän“) einbezogen werden, indem sie „aus der Rolle fallen“ und die Anrufenden beispielsweise nach dem Befinden der Kinder oder dem Fortgang der Geschäfte fragen, um sich dann plötzlich ihrer Rolle wieder bewußt zu werden. Ein Rollenspiel also, das an manche Theaterstücke Pirandellos erinnert.

Da ist das Phantasieorchester „Mamma li turchi“ (im Deutschen würde man sagen „Hilfe, die Russen kommen!“), das neben der festen Funktion als Begleitmusik seinen eigenen improvisierten Part spielt. Mag dieser nun darin bestehen, daß es einen witzigen Einfall oder eine schlagfertige Antwort mit einem Tusch kommentiert, bzw. auf seine Weise beklatscht, sei es, daß es aus den im Quizspiel geführten Dialogen richtige oder halbverstandene Worte oder Wortketten aufgreift und diese in Melodien umsetzt (so wenn beispielsweise irgendwo die Stadt Casablanca erwähnt wird, beginnt es die Leitmelodie aus dem gleichnamigen Film mit Humphrey Bogart zu spielen, oder jemand ahmt das Geräusch einer Lokomotive nach und es beginnt einen Chacha zu intonieren mitten im Quizspiel, was dann das „ausgesuchte Publikum“ nicht selten veranlaßt, auch aus seiner Rolle zu fallen, die Plätze zu verlassen und die für die Quizkonkurrenten reservierte Saalfläche zur Tanzfläche umzufunktionieren, was den Regisseur („Kapitän“) zum – nicht immer er-

folgreichen – Eingreifen zwingt. (Wobei zu erwähnen ist, daß die intonierten und improvisierten „Musikeinlagen“ von solcher musikalischer Phantasie zeugen, daß sie auch alleinstehend auf der Schallplatte, die inzwischen zur meistverkauftesten LP Italiens geworden ist, Vergnügen bereiten.)

Die selbstironische, heitere Quizshow „Indietro tutta“ wird jedoch dann zynisch und beißend ironisch, wenn die Ebene der Politik, der gesellschaftspolitisch Verantwortlichen oder die in deren Zuständigkeit fallenden sozialen Zustände zur Sprache kommen. Da wird in „Indietro tutta“ die Reduktion der Komplexität in der Sprache der Politiker als perveres Machtspiel seziert, da wird die Zerstörung der Zusammenhänge, die Auflösung der Inhalte und das Zurechtstutzen der Bedeutung auf Informationsschiffen – wie es täglich in den Informationssendungen des Fernsehens und den Verlautbarungen der Regierung geschieht – als Banalisierungs- und Verdummungsstrategie offengelegt; da wird die von Werbung, Massenmedien und Politik verbreitete Fortschrittsideologie vom „Alles einfacher, leichter, heiterer, besser“ als menschenfeindliche Lebenslüge gebrandmarkt (die die Menschen in ihrem schwieriger, unübersehbarer, komplizierter werdenden Alltag mit ihren Problemen isoliert).

Dies alles wird spielerisch wiedergegeben, indem man sich dessen bedient, was den Millionen Bürgern als Publikum aus Fernsehen und Massenmedien bekannt ist. Man spielt also vor den Kulissen und mit den Requisiten der realen Welt die Realität und verfremdet so ein neues Stück. Dem Fernsehen und den staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen ihren Nimbus zu nehmen bzw. ihn zu zerstören ist das unausgesprochene Leitmotiv, das hinter „Indietro tutta“ steht. „Mit Volldampf zurück“ zu dem Punkt, wo das Publikum, der Zuschauer sich wieder als Bürger erkennt und die Entscheidungen in die eigenen Hände nimmt. Voraussetzung für diesen Erkenntnisprozeß ist Aufklärung. Und so versteht sich der Erfinder der Sendung, Renzo Arbore, selbst als bescheidener Vertreter der großen Tradition einer „linken Aufklärung“.

Als „Indietro tutta“ zum letzten Mal ausgestrahlt wurde, standen vielen Beteiligten der Sendung Tränen in den Augen. Millionen Italiener verbargen nicht ihre Traurigkeit. Hatte „Indietro tutta“ sich selbst vom Programm abgesetzt, weil die Gefahr bestand, selbst einen Nimbus zu kreieren? Hatte es nicht in feiner Selbstironie immer geheißen: „Fernsehen ist nur Fernsehen?“ Die Sendung endete mit dem Satz, der als Frage in der Quizshow der Sendung

hätte gestellt werden können: „Fernsehen ist ein Quadrat mit einer transparenten Seite, auf der bunte Bilder erscheinen.“ Wahr oder nicht wahr?“, hätte der „tüchtige Ansager“ gefragt. Sowohl die positive

wie die negative Antwort hätte eine Milliarde gewonnen. Der „Notar“ hätte daraufhin mit „Ich bestätige“ die Richtigkeit dieser Entscheidung kommentiert.

Wolfgang R. Langenbacher

Die Medien als kulturelle Umwelt

Prof. Dr. Wolfgang R. Langenbacher, geboren 1938, ist Ordentlicher Professor für Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien.

Als das Fernsehen gerade eingeführt und 1956 noch keine Million Fernsehgeräte angemeldet waren, erschien von Günther Anders ein Essay „Die Welt als Phantom und Matrize“, in dem er das Fernsehen ein „epochales“ Phänomen nannte. Hellsichtig – wie wir heute wissen – entwickelte er darin eine Fülle von Ideen, deren Test mit der weltweiten Ausbreitung dann stattfand. Aber es waren jahrzehntelang keine Forscher da, die diese gigantischen Experimente mit adäquaten Fragen ausgewertet hätten. In Deutschland ging es in den 50er und 60er Jahren vorwiegend um das Verhältnis der Massenmedien untereinander. Als man merkte, daß das Fernsehen wider aller Erwartungen die Zeitungen und Bücher nicht verdrängen konnte, erlahmten die auf grundlegendere Untersuchungen bezogenen Forschungsinteressen. Und international lag (und liegt) der Schwerpunkt bei Untersuchungen über die Wirkungen von Sendeinhalten.

Beide Fragerichtungen bleiben an der Oberfläche und thematisieren allzu eng und phantasielos, was für den Philosophen und Kulturkritiker G. Anders schon bei seinem Start vor dreißig Jahren ein Potential gesellschaftlicher Umwälzungen war. Nach den eher populären, wissenschaftlich kaum ambitionierten Veröffentlichungen von Marie Winn (Die Droge im Wohnzimmer, 1979), Jerry Mander (Schafft das Fernsehen ab, 1979) und insbesondere von Neil Postman (Das Verschwinden der Kindheit, 1983; Wir amüsieren uns zu Tode, 1985) legte der amerikanische Kommunikationswissenschaftler (und me-

dienkritische Kolumnist von „Newsweek“) Joshua Meyrowitz erstmals eine umfassende Darstellung vor, die ganz anders dimensionierte Fragen stellt. Ausgangspunkt ist die These, daß die elektronischen Medien (neben Fernsehen auch Radio und Telefon) die Bedeutung von Ort und Zeit für die zwischenmenschliche Interaktion total verändert haben. Seitdem es diese Kommunikationsmöglichkeiten gibt, ist die physische Präsenz für das Erleben sozialer Ereignisse keine Voraussetzung mehr. Wir können „Zeuge“ sein, ohne anwesend zu sein. Wir haben von unserer Wohnung aus Zugang zu anderen Orten und zu anderen Menschen. Dieser Verlust unseres alten „Ortssinns“ hat weitreichende Folgen für unser soziales Verhalten und unsere Identität.

Der englische Titel des Buches („No Sense of Place“) drückt diesen Denkansatz präzise aus: „Es versucht nachzuweisen, daß viele der Trends, Ereignisse und soziale Bewegungen der letzten drei Jahrzehnte ein gemeinsames Merkmal haben: die Veränderung des umweltabhängigen Verhaltens... Diese Analyse neuer Situationen der ‚Informations-Systeme‘... soll dem Gedanken nachgehen, daß die Veränderung der Medien viel mehr mit den jüngsten sozialen Trends zu tun haben, als man gemeinhin annimmt.“ (S. 10) Meyrowitz sieht also ganz ab von den Inhalten der Medien und verfolgt einen „situativen“ Ansatz: Welche Folgen hat es, wenn die einstmalige starke Beziehung zwischen physischem Ort und sozialem Ort geschwächt wird? Er greift dabei auf eine – nach seiner Meinung unterschätzte – Forschungsrichtung zurück, die mit den beiden Namen Harold Adams Innis und Herbert Marshall McLuhan verbunden ist. Sie wird hier „Medium-Theorie“ genannt, weil sie von anderen „Medien-Theorien“ unterscheidet, daß sie auf die besonderen Eigenschaften des einzelnen Mediums konzentriert ist. Innis und vor allem McLuhan wurden zwar mit einigen Aphorismen (etwa: „The Medium is the Message“) zur intellektuellen Erkennungsmarke der Stadtneurotiker in der Kommunikationsbranche, in das wissenschaftliche Denken aber sind sie kaum eingedrungen.

Dieses Buch könnte ihre Renaissance einleiten, weil die vergangenen Jahrzehnte ein überwältigendes Beweismaterial für die These entstehen ließen, daß die Medien nicht nur Kanäle zum Austausch für Informationen, sondern daß sie „kulturelle Umwelten“ sind. In der Tat wird ja angesichts eines vielkanaligen, ganztägigen Fernsehangebotes die Frage nach einem (Einzelsendungs-)Inhalt sinnlos und forschungstechnisch auch kaum noch greifbar, weil in seinen Wirkungen nicht mehr isolierbar. Die Medium-Theorie fragt grundsätzlicher: Welche Wirkungen hat die Form der menschlichen Kommunikation – unabhängig davon, um welche spezifischen Inhalte es geht? Dem epochalen Charakter gerade des Fernsehens wird eine solche Perspektive angemessen gerecht, zumal wenn sie interkulturell und historisch vorgeht.

Wenn McLuhans Wirkung schnell verpuffte, so vielleicht auch, weil seine Gedanken oft schwierig und allzu spekulativ waren. (Meyrowitz über McLuhan: „epische Poesie“). Obwohl in dieser Tradition, geht Meyrowitz viel mehr die Wege der „normal science“. So schließt er an die Arbeit des Soziologen Irving Goffman an, der das soziale Leben als eine Art Theaterstück auf vielen Bühnen beschreibt. Von ihm übernimmt er den Gedanken, daß die „Definition der Situation“, wie sie in spezifischen Gruppen und Umwelten gebildet wird, das zwischenmenschliche Verhalten formt. Diese Theorie erklärt aber nicht die Veränderung sozialer Rollen und der sozialen Ordnung. Dies ist für Meyrowitz die Leistung der Werke von McLuhan, auch, wenn dieser keine einleuchtende Erklärung dafür anbietet, „wie und warum elektronische Medien eine Veränderung (des Sozialverhaltens) hervorbringen“ (S. 15) können. Diese komplementären Stärken und Schwächen von Goffman und McLuhan provozierten den Versuch, „diese beiden Theoriestränge zu einem Ganzen zu verflechten“ (S. 15): „Goffman konzentriert sich nur auf direkte zwischenmenschliche Interaktion und ignoriert die Einflüsse und Auswirkungen von Medien auf die Variablen, die er beschreibt; McLuhan konzentriert sich auf die Auswirkungen von Medien und ignoriert die strukturellen Aspekte einer Interaktion von Mensch zu Mensch. Dieses jeweilige Versehen mag aus der traditionellen Ansicht heraus entstanden sein, zwischenmenschliches Verhalten und Medien-Kommunikation seien vollkommen verschiedene Arten von Interaktion – das wirkliche Leben versus die künstlichen Medien. Dieses Buch beschreibt den gemeinsamen Nenner sowohl der Untersuchungen über zwischenmenschliche Interak-

tion als auch der über Medien-Wirkungen: die Struktur sozialer Situationen. Ich vermute, daß der Mechanismus, wie elektronische Medien sich auf soziales Verhalten auswirken, kein mystisches, sonorisches Gleichgewicht ist, sondern eine sehr klar erkennbare Umstrukturierung der sozialen Bühnen, auf denen wir unsere Rollen spielen und die sich daraus ergebende Veränderung dessen, was wir für angemessenes Verhalten halten. Denn wenn sich die Zusammensetzung des Publikums ändert, dann verändert sich auch das Sozialverhalten.“ (S. 15)

Mit der Theater-Metapher von Goffman argumentiert Meyrowitz, daß es zwar auch heute noch viele private, isolierte „Auftritts-Orte“ gebe, daß aber immer mehr soziale Bereiche sich überlappen, die früher getrennt waren. So erschweren Radio und Fernsehen es den Eltern, „unter sich“ zu sein, weil Kinder meist „mithören“ und „mitsehen“. Viel allgemeiner und kontinuierlicher als dies etwa durch die Romanlektüre geschah, haben die elektronischen Medien auch das Wissen von Männern und Frauen über die Verhaltensweisen des jeweils anderen Geschlechts bereichert. Durch die permanente Anwesenheit der Kamera werden die Politiker auf das Niveau des Durchschnittsbürgers herabgeholt. Die Menschen leben nicht länger in völlig verschiedenen „Erfahrungs-Welten“. Die elektronischen Medien versammeln sie alle am selben „Ort“ und lassen so vorher unterschiedliche soziale Rollen ineinander verschwimmen. Nochmals: „Die elektronischen Medien beeinflussen uns also nicht nur durch ihren Inhalt, sondern auch dadurch, daß sie die ‚Situations-Geographie‘ unseres Lebens entscheidend verändern.“ (S. 17)

Meyrowitz beansprucht – nur gelegentlich durch ein „vielleicht“ sich selbst bremsend –, so gut wie alle Phänomene sozialen Wandels der vergangenen drei Jahrzehnte erklären zu können, also die Bewegungen zur Integration von Minderheiten, den Niedergang der Kleinfamilie, die Psychiatriereform, den Trend zum Alleinleben und zum „Zusammenleben“ Unverheirateter, den Wandel politischer Kultur, die Friedensbewegung ... Zusammengekommen: „Die Theorie behauptet, daß zahlreiche, scheinbar chaotisch verlaufende soziale Veränderungen tatsächlich zum Teil (!) eine geordnete, verstehbare Anpassung des Verhaltens an neue Situationen darstellt, die erst durch die elektronischen Medien geschaffen wurden.“ (S. 18)

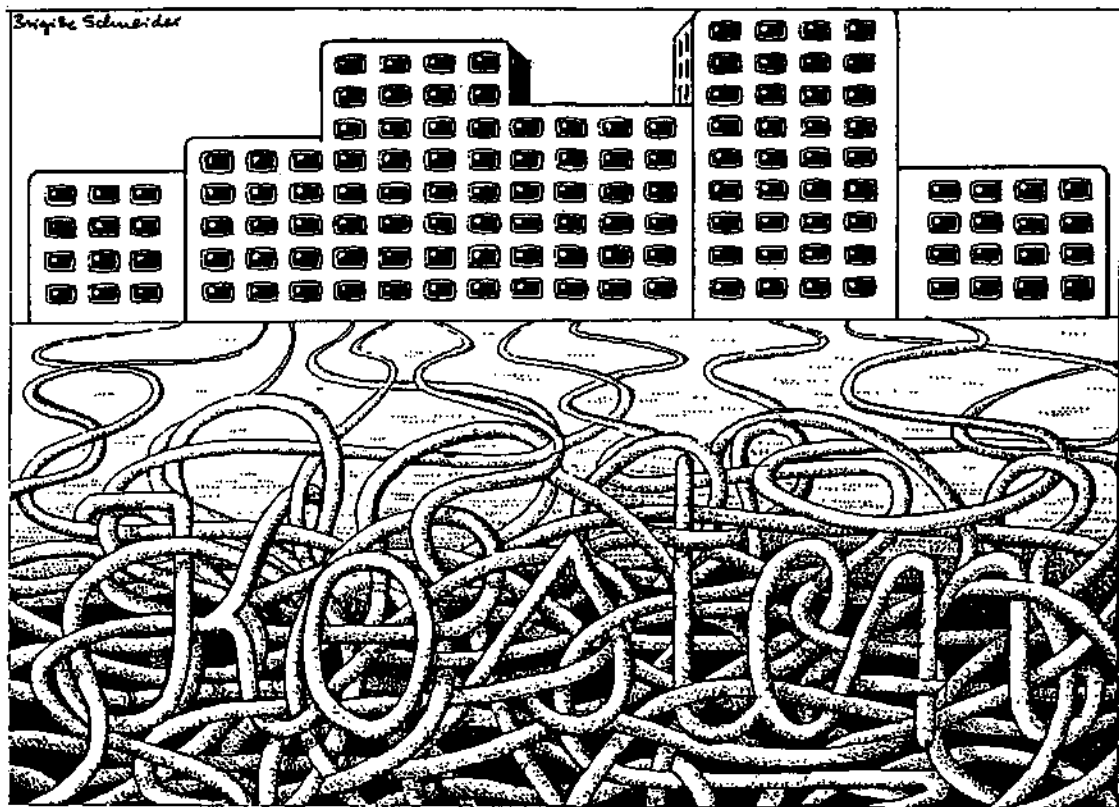
Die Wirkungsmöglichkeiten insbesondere des Fernsehens verdeutlicht Meyrowitz durch Unterscheidungen zu den Druckmedien und dem Lesen

und Schreiben: Fernsehen erfordert keine besonderen Fähigkeiten; schon Zweijährige gewinnen mühelos Zugang zum Fernsehen. Da man keinen vorgeschalteten, schwierigen Filter gedruckter Symbole überwinden muß, schließt das Fernsehen Menschen aller Altersgruppen, Bildungsschichten, Geschlechter, Berufe, Religionen, Einkommens- und ethnischer Gruppen in eine relativ ähnliche Informations-Welt ein. „Die Unterschiede zwischen bestimmten ‚Arten‘ von Menschen werden eingeebnet.“ (S. 76) Für Kinder etwa bestimmt nicht mehr ausschließlich die Lesefähigkeit, wie ihnen das „Erwachsenenwissen“ zugänglich wird. „Das Fernsehen ist für Kinder wie ein übergroßes Schlüsselloch, durch das sie in die Erwachsenenwelt hineinschauen können.“ (S. 117) Dies gilt ganz allgemein, so daß sich heute breite Teile der Bevölkerung bezüglich vieler Themen auf demselben Informationsstand befinden. Das Wissen um die gemeinsame, gleichzeitige Rezeption macht aus dem Fernsehen eine „öffentliche Arena“, in der die Menschen – zumindest in Krisenzeiten: Attentate, Geiselnahme, Sport-

ereignisse – eine „merkwürdige Gemeinschaft miteinander“ (S. 174) eingehen. Fernsehen hat heute eine ähnliche soziale Funktion wie schon immer das Wetter: Es ist Grundlage gemeinsamer Erfahrung und damit unerschöpfliches Gesprächsthema.

Als Test dient Meyrowitz die erste Fernseh-Generation. Diese sieht er in der Altersgruppe, bei der es zumindest in der Hälfte aller amerikanischen Haushalte ein Fernsehgerät gab – bevor die Kinder das Schulalter erreicht hatten und Schreiben und Lesen lernten. Dies sind die um 1950 Geborenen, die Ende der 60er Jahre erwachsen wurden. Damit erklärt Meyrowitz die zahlreichen und plötzlichen sozialen Explosionen dieser Zeit! Vor allem die Vorstellungen über Autorität und Hierarchien haben sich seitdem drastisch verändert – bewirkt durch die „Gleichmacherei“, die von Telefon („Jeder kann mit jedem jederzeit sprechen“ S. 124), Radio und Fernsehen bewirkt werden. Und so erklärt sich z. B. die Protestform des „Sit-In“: „Informationen über eine bestimmte Umgebung zu haben, heißt, teilweise ‚in‘ der Umgebung zu sein. Der Informations-Zugang

Brigitte Schneider



öffnet aber auch die Tür zum physischen Zugang. Das Sit-In bedeutet heute häufig, eine Umgebung physisch in Besitz zu nehmen, die bereits durch den neuen Informations-Zugang entmystifiziert und „erobert“ wurde.“ (S. 138)

Dieses Zitat ist ein typisches Beispiel für den Denk- und Argumentationsstil von Meyrowitz. Deshalb schwankt man als Leser auch ständig zwischen ganz unterschiedlichen Urteilen hin und her: Ist diese Theorie nun endlich der Schlüssel zum Verständnis so vieler, in keinen Zusammenhang zu bringender Erscheinungen sozialen Wandels, der sich mit ständiger Beschleunigung seit der Mitte des Jahrhunderts abspielt? Sind dies nicht alles hoch spekulative und unkontrollierbare Aussagen nach der Logik des Satzes „alles hängt mit allem irgendwie zusammen“? Bei der Lektüre vieler Seiten geist- und einfallsreicher Assoziationen zu den verschiedenartigsten Sachverhalten fällt einem nur immer wieder der klassische erkenntnis-theoretische Satz ein: Woher wissen Sie das, Herr M.? Dann aber folgt man wieder gespannt und intellektuell verblüfft den dichten Beschreibungen über „Männlichkeit und Weiblichkeit“, „gemischte Schulklassen“ oder „das politische Ritual als politische Realität“ und muß akzeptieren, wie brillant Meyrowitz vielen Tatsachen die Selbstverständlichkeit ihrer gängigen Deutungen nehmen kann. Unfairerweise macht dieser Autor, der sein Buch als Ergebnis der Denk- und Forschungsarbeit eines Jahrzehnts vorstellt, es dem entschlossenen Kritiker nicht leicht, einfach in der üblichen Weise drauflos zu donnern. Kaum hat man entrüstet notiert: „monokausale Denkweise“, da liest man auf der nächsten Seite schon, daß lediglich aus stilistischen Gründen darauf verzichtet werde, jedem Satz ein „vielleicht“, „möglicherweise“ oder „vorausgesetzt, daß obiges stimmt“, hinzuzufügen. Und: „Obwohl meine Sätze zum großen Teil im Indikativ stehen, geht es um eine vorläufige Theorie, die keine vorschnellen Schlüsse erlaubt.“ (S. 102)

Trotz vieler Einseitigkeiten, kühner Gedankensprünge, abenteuerlicher Erklärungsversuche, schwer nachvollziehbarer Verknüpfungen und Metaphern, einer gelegentlichen Suada der Beliebigkeit über ganze Seiten und Passagen seltsamer logischer Sprunghaftigkeit, ist dieses Buch das Produkt eines Wissenschaftlers, der als analytisch vorgehender Forscher ernstgenommen werden will. Deshalb ist auch der Vergleich mit Marshal McLuhan irrefüh-

rend, dessen empirische Bodenhaftung nicht sehr intensiv war. Auch von den Bestsellern Neil Postmans unterscheidet sich dieses Buch vorteilhaft. Es gibt uns zwar auch eine Gesamtsicht, die sich – bei Bedarf – auch kulturkritisch wenden läßt. Meyrowitz selbst verzichtet wohlthuenderweise darauf und bleibt die ganzen 250 (doppelspaltig gesetzten) Seiten kühler Analytiker. So hat jeder Gewinn von der Lektüre, der unser Medienzeitalter besser verstehen möchte. Auf die letzten 30 Jahre gesellschaftlicher Entwicklung einmal so konsequent von einer „Medium-Theorie“ aus zu blicken, bringt jedenfalls Einsichten, die nützlich für die Vorbereitung einer Zukunft sind, in der – dank neuer Computer-Generationen – radikaler als bisher die Funktionen des Lesens und Schreibens zur Disposition stehen. Derzeit gibt es jedenfalls kein zweites Werk, das so umfassend und so konsequent das Fernsehen (und damit notwendig auch die anderen Medien bis hin zum Telefon) in größeren gesellschaftlichen Zusammenhängen analysiert. Die einschlägigen Wissenschaften (Soziologie und Publizistik- und Kommunikationswissenschaft im besonderen) hätten die Tests im Detail vorzunehmen. Das gäbe ihren Forschungen jedenfalls eine lohnende, integrierende Perspektive, die heute fehlt. Dies bleibt verwunderlich genug, denn schon der gesunde Menschenverstand vermittelt uns die Einsicht, wie sehr und wie schnell das Fernsehen in alle Bereiche menschlichen Zusammenlebens eingegriffen hat.

Auch der Abgesang von Hans Magnus Enzensberger (Die vollkommene Leere. Das Nullmedium Oder Warum alle Klagen über das Fernsehen gegenstandslos sind. In: Der Spiegel Nr. 20/1988, S. 234–244) wird die Fragen nicht verstummen lassen. Sie beginnen – so ja auch Meyrowitz – gerade jenseits der Einsicht in den Charakter des Fernsehens als „Nullmedium“, jenseits des Programms, der Inhalte im einzelnen.

Joshua Meyrowitz: *Die Fernseh-Gesellschaft. Wirklichkeit und Identität im Medienzeitalter. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Michaela Hubert (Titel der Originalausgabe: No Sense of Place. The Impact of Electronic Media on Social Behavior). Psychologie heute – Buchprogramm verlegt bei Beltz, Weinheim und Basel 1987, 252 Seiten (zweispaltig), DM 39,80*

WestLB-Festverzinsliche – Gut angelegtes Geld mit gesicherten Erträgen.

WestLB-Festverzinsliche für alle, die mit ihrem Geld eigentlich etwas anderes vorhaben.

Sie sind gut angelegtes Geld mit gesicherten Erträgen über die gesamte Laufzeit hinweg. Aber das ist nicht alles. Für Ihre ganz individuelle Anlage gibt es noch einen gewichtigen Vorteil: die kurzfristige Verfügbarkeit.

In dem Moment, wo Sie Bargeld benötigen, können Sie unsere Papiere jederzeit zu einem marktgerechten Preis veräußern.

WestLB

Die Bank Ihrer Initiativen.

Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Düsseldorf, Münster,
Bielefeld, Dortmund, Essen, Köln, Frankfurt.

Wilhelm Neufeldt

Neue Medien zwischen Bildungsanspruch und Kulturindustrie

Dr. Wilhelm Neufeldt, Jahrgang 1940, ist verantwortlich für den Bereich Kunst, Kultur und Sport im Bildungswesen im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Die im folgenden (gekürzt) dokumentierte Rede hielt er am 14. Juni 1988 vor der Akademie der Bildenden Künste Nürnberg. Veröffentlichungen zu bildungs- und kulturpolitischen Themen.

I.

Bildung, Kultur, neue Medien, Industrie: Vier Begriffe, die in immer wieder neuen Kombinationen zusammengestellt die Thematik vieler Fachtagungen der letzten Zeit bestimmen. Ich denke hier z. B. an das interessante UNESCO-Seminar an der Hochschule für Gestaltung in Offenbach „Synthesis – die visuellen Künste in der elektronischen Kultur“ oder an das Karlsruher Kolloquium im März dieses Jahres zu Fragen der Gesellschaft zwischen Industrie- und Informationszeitalter und der Kultur der nachindustriellen Gesellschaft.

Auch beim Thema „Neue Medien zwischen Bildungsanspruch und Kulturindustrie“ sind diese Elemente wiederzufinden. Ihre Zusammenfügung scheint darauf angelegt zu sein, Widerspruch zu provozieren. Der Begriff „Kulturindustrielle Bildung“ scheint der Gipfel leichtfertigen Umgangs mit zentralen Begriffen und den sich dahinter verbergenden Inhalten. Meine kritische Position hat sich allerdings – je mehr ich mich mit diesen Fragen befasse – wesentlich geändert. In meinen Augen wird es sogar höchste Zeit, daß wir eine Neubestimmung, eine Art „Säkularisierung“ von Kultur und Bildung einleiten und sie in ihrem Beziehungsgeflecht zur industriellen Entwicklung, insbesondere zur rasanten Entwicklung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, erkennen und, wo nötig, mit neuen Akzenten versehen.

Während traditionell „Kultur“ und mehr noch „Bildung“ sich auf das Individuum, den „kultivierten“ und „gebildeten“ einzelnen beziehen, in dem sie eine bestimmte, qualitativ anspruchsvolle Form der Persönlichkeitsentwicklung bezeichnen, assoziiert man mit „Industrie“ die massenhafte Herstellung von Gütern, die nur deshalb preisgünstig gelingt,

weil ihre Verfahren extrem standardisiert und in kleine Teilabläufe atomisiert sind; mit all den negativen Auswirkungen auf die Psyche und Persönlichkeit der Arbeitnehmer. Man denkt dabei an Riesmanns „Einsame Masse“, man denkt heute an Umweltzerstörung, an die Gefährdung des Sozialen, vor allem aber an die immer brisanter werdende Verknappung des Gutes Arbeit.

Negativ besetzt ist daher erst recht der Begriff der Kulturindustrie. Billigste Tageszeitungen, Horrordisken und trivialste Fernsehserien drängen sich einem auf. So gesehen wird Kulturindustrie geradezu zu einem Element, das Bildung verhindert. Und doch: So einfach ist es nun doch nicht.

Kulturhistoriker haben gezeigt, welche entscheidende Rolle die Erfindung des Buchdrucks für die Entstehung der Moderne gespielt hat: Immerhin die Grundlage für die erste „Kulturindustrie“, die billige Herstellung von „Print-Medien“. Die Politisierung und Demokratisierung der Gesellschaft, die Aufklärung mit ihrer optimistischen Annahme, durch eine pädagogische Offensive bessere gesellschaftliche Zustände herzustellen, ist nur durch diese Kulturindustrie möglich geworden.

Kritiker mögen allerdings an dieser Stelle wieder einhalten: Denn die Aufklärung ist in Verruf geraten. Heute scheinen eher kulturpessimistische Haltungen, die – wenn überhaupt – irgendwo in der Romantik ihre Wurzeln haben, akzeptiert zu werden.

Die also in sich spannungsreiche und scheinbar künstlich zusammengeführte Begriffsbündel „Kultur, Industrie, Bildung und neue Medien“ jeweils näher zu betrachten und seine Elemente in eine Beziehung zu stellen, ist nicht so abwegig, wie dies auf den ersten Blick erscheinen mag.

II.

Vor tausenden von Jahren lebte in Ägypten ein Dämon namens Theuth. Dieser kam zu König Thamos und bot ihm seine Erfindungen an: Die Zahl, die Rechen- und Meßkunst, die Sternenkunde, das Würfel- und Brettspiel und auch die Buchstabenschrift.

Auf diese letzte Erfindung war Theuth mächtig stolz: Sie werde die Ägypter weiser machen und ihr Gedächtnis stärken. König Thamos nahm alle Erfindungen dankbar an, die Schrift aber wies er zurück: Eines sei es, eine Erfindung zu machen, ein anderes, sie richtig einzuschätzen. Die Schrift werde nicht das Gedächtnis stärken, sondern im Gegenteil der Vergesslichkeit Vorschub leisten. „Im Vertrauen auf die Schrift werden sich die Menschen nur noch äußer-

lich an fremden Zeichen, nicht aber aus sich selbst erinnern“, urteilte der König. Die Schüler würden wohl viel aus den Büchern entnehmen und sich für Vielwiser halten, aber doch nur den Schein der Weisheit, nicht die Wahrheit erfahren.

Dies erzählt Sokrates dem Phaidros, mit dem er sich im Laufe des Gesprächs darüber einigt, daß man wissen muß, was das Schöne ist, will man nicht auf das Gefällige hereinfallen; „...wenn auch der Umweg weit ist, denn großer Dinge wegen muß man ihn machen“.

Ich erzähle diese Geschichte, weil die neuen Medien, – so wie einst der Buchdruck oder die Buchstaben-schrift – Erfindungen sind, die man richtig einzuschätzen hat, mit deren Wirkungen man sich sehr gründlich auseinandersetzen muß – so wie es Sokrates einst tat.

Wie können wir aber zu einer richtigen Einschätzung gelangen? Diese Frage zu beantworten, ist nicht so leicht wie es zunächst scheint, denn die „Neuen Medien“ – oder richtiger die neuen Informations- und Kommunikationstechniken – sind ja per se weder schlecht noch gut, sondern eben nur Mittel, um etwas zu erreichen, und Vermittler. Es kommt vielmehr auf die Inhalte und Ziele an, die sie transportieren bzw. die mit ihnen angestrebt werden. Und diese aus der Medienflut herauszufiltern und zu bestimmen, sie in ihren Wirkungen auf den einzelnen und die Gesellschaft zu erkennen, ist das Problem.

Handelt es sich um Bildung oder Manipulation? Aufklärung oder Amtselement? Information oder Desinformation? Die Dinge liegen vertrackt nahe beieinander. Will man nicht hereinfallen, so sagt Sokrates, muß man unterscheiden: zwischen Gedächtnis und Erinnerung, zwischen angelesenem Wissen und Erfahrung, zwischen Wunschvorstellung und Wirklichkeit, zwischen Schein und Sein. Es gibt nur ein Mittel, das die unverzichtbare Unterscheidung leisten kann: Scharfer Verstand und Differenzierungsvermögen. Und das sind nun leider keine einmal verliehenen Eigenschaften, sondern eher ein Fall von Übung: Eine immer neue Anstrengung, ein fortgesetzter intellektueller Kraftakt.

Werden die Grenzen unscharf, wird alles ununterscheidbar gleich, gefällig. Widerspruchslosigkeit nach allen Seiten, ausgewogener Stumpfsinn im vermeintlichen Populismus; das ist nicht nur Zeichen einer Erlahmung des intellektuellen Unterscheidungswillens, sondern sehr schnell die Stunde der Ideologen. „Wer die Wahrheit nicht kennt, wird auf das Wahrscheinliche hereinfallen“, ließe sich Sokrates variieren.

III.

Chancen und Gefahren der neuen Informations- und Kommunikationstechniken lassen sich im Spannungsverhältnis von Bildungsanspruch und Kulturindustrie recht gut verdeutlichen: So paradox es klingen mag: Bildung – im Sinne der Aufklärung – verliert an Einfluß gerade heute, in einer Zeit also, in der Orientierungslosigkeit allgemein beklagt wird.

Die Probleme unserer Zeit – exponentielles Bevölkerungswachstum und damit verbunden Hunger, Armut, soziale Verelendung, aber auch Umweltzerstörung und politische Gewalt – verlangen nach Antworten. Fachwissen und Sachverstand als wesentliche Elemente herkömmlicher Bildung – wie wir heute wissen – sind notwendige, aber keine hinreichenden Bedingungen; es müssen Verantwortungsbewußtsein und politische Phantasie ebenso hinzukommen, wie ein synthetisches Denken – Tugenden, die an unseren Schulen und Universitäten selten im Ausbildungsprogramm stehen und deshalb so selten im Alltag anzutreffen sind.

Ohne Werte, ohne persönliche Überzeugung und Verbindlichkeiten kann Bildung nicht vermittelt, können Menschen nicht ausgebildet werden. Eine Bildungspolitik, die diesen Namen verdient, darf sich nicht einfach dem Zug der Zeit anhängen, denn manche Züge fahren schon länger ohne Lokomotivführer und manche scheinbar nicht einmal mehr auf festen Gleisen. Bildungspolitik – aber auch Wissenschaftspolitik – hat sich nicht einfach den Bedingungen und Bedürfnissen des Marktes anzuliefern, sondern Steuerungsfunktion zu übernehmen.

Die Kulturindustrie wird eine beherrschende Rolle in der postindustriellen Gesellschaft einnehmen. Nach groben Schätzungen sind schon heute im gesamten Bereich der Kultur, von der Unterhaltungs- und Freizeitindustrie bis hin zu den Massenmedien mehr Menschen beschäftigt, als in der chemischen und in der Textilindustrie zusammengekommen. Allein der Musikmarkt erzielt jährlich einen Umsatz von ca. 25 Mrd. DM mit mehr als 225 000 Beschäftigten. Kulturindustrie – dies wird zunehmend erkannt – ist immer auch Bewußtseinsindustrie und Bewußtsein wird in zunehmendem Maße durch die Medien bestimmt.

Bloß, wer bestimmt die Medienprogramme? Die Kultur oder die Industrie? Wer hier nicht beginnt zu unterscheiden, wie es der unscharfe Begriff „Kulturindustrie“ ja nahe legt, der läuft Gefahr, eine Entscheidungsmöglichkeit zu verspielen. Die Kabel sind bereits verlegt. Ein Vakuum; ein entscheidungsfreier Raum, hat nicht lange Bestand. „...sonst ma-

chens die Japaner oder meinetwegen auch die Amerikaner“.

Neil Postman, Professor für Medienwissenschaften an der New Yorker Universität, ist entschiedener Gegner der Unterhaltungskultur. „Das Problem ist nicht, daß das Fernsehen den Massen lauter unterhaltende Themen präsentiert“, so Postman zur Eröffnung der Frankfurter Buchmesse 1984, „nein, das Problem ist vielmehr, daß das Fernsehen alle Themen als Unterhaltung präsentiert...“ Man wird sich nach Postman also entscheiden müssen zwischen Buch und Fernsehen, zwischen altem Medium und neuem Medium und den damit verbundenen Werten und Lebensformen.

IV.

Aber läßt sich überhaupt noch eingreifen, läßt sich die weiter fortgeschriebene Entwicklung stoppen oder gar zurückdrehen? In den letzten Jahren haben sich die medienpolitischen Rahmenbedingungen strukturell und quantitativ grundsätzlich verändert. Über die von der Deutschen Bundespost angestrebte Vollverkabelung soll bundesweit eine Übertragung von derzeit rd. 24 Fernseh- und 27 Hörfunkprogrammen möglich werden. Die angestrebte Weiterentwicklung des Systems erlaubt in unmittelbarer Zukunft eine Steigerung auf 35 TV-Kanäle. Es ist davon auszugehen, daß mittlerweile ca. 4 Mio. Haushalte angeschlossen sind. Neben der Einspeisung weiterer Programme ins Kabelnetz soll eine Programmweiterung durch die Verteilung von Regionalprogrammen, die Verbreitung neuer deutschsprachiger Programme über die Fernsatsatelliten und die Abstrahlung weiterer Programme über Rundfunksatelliten erfolgen: Das Ganztags-Unterhaltungsprogramm mit verschiedenen Wahlmöglichkeiten rückt damit in greifbare Nähe.

Wenn die Verkabelung der Bundesrepublik abgeschlossen ist, wird auch der Einstieg in das Netz für ausländische Medienkonzerne noch interessanter sein, die ihre Vollprogramme größtenteils nur zu synchronisieren brauchen. Die mit dieser Internationalisierung verbundenen Probleme, insbesondere die Gefahr des Verlustes kultureller Identität, werden sich dann noch dringlicher stellen. Schon heute ergibt sich eine unüberschaubare Medienflut über die bundesrepublikanische Bevölkerung.

Die Massenmedien erreichen täglich zwischen 90 und 95 % der erwachsenen Bevölkerung. Derzeit nutzen die erwachsenen Bürger der Bundesrepublik im statistischen Durchschnitt täglich etwa 5 Stunden publizistische Medien (Fernsehen, Radio, Tageszei-

tungen). Unter Einbeziehung der Bücher, Zeitschriften, des Kinos, der Schallplatten, der Ton- und Videokassetten ergibt sich statistisch eine tägliche Nutzung von Massenmedien von etwa 6 1/2 Stunden für mediale Information und Unterhaltung – neben Schlaf und Arbeit die meiste Zeit.

Die Präsenz der Medien im familiären Alltag ist geradezu allgegenwärtig, im häuslichen Bereich finden Interaktion und Kommunikation oftmals parallel zur Rundfunk- und Fernsehnutzung statt: Kindheit wird damit zunehmend zu einer „Medienkindheit“.

V.

Wir stehen also mitten im Übergang von der schriftlichen zur elektronisch-bildlichen Entwicklungsphase. Wo bleibt dabei aber die Bildung? Schon das Wort Bildung mutet eigentümlich antiquiert an, wie von vorgestern, wie aus Platons Zeiten. Und richtig: Bildung war immer gebunden an das begriffliche, analytische, kritische Denken, und genau damit kann das Fernsehen in der Regel nur wenig anfangen. Noch einmal Postman: „In allen Arenen der öffentlichen Belange wird nun das Wort vom Bild als Grundstruktur für den Diskurs ersetzt. Die Folge ist, das Fernsehen macht die Metapher vom Marktplatz der Ideen obsolet. Es kreiert eine neue Metapher: Der Marktplatz der Bilder.“

Aber Bilder gab es doch immer schon, wird man einwenden, ohne eine Kultur zersetzende Wirkung. Die Frage ist auch nicht Bild oder Schrift. Das wäre in der Tat eine abstruse Alternative. Und möglicherweise geht hier Postman auch zu weit. Die Frage ist vielmehr, ob jede Form der öffentlichen (politischen) Auseinandersetzung zur Unterhaltungsshow werden soll. Bilder als solche tendieren ja keineswegs zur bloßen Unterhaltung. Sie sind seit je hervorragendes Medium und Mittel der Bildung und Erbauung gewesen und werden es meines Erachtens auch bleiben.

Die bisher vorliegenden Ergebnisse der Medienforschung lassen uns weitgehend im Unklaren. Sie geben uns kein eindeutiges Bild über die Auswirkung der Mediennutzung durch Kinder und Jugendliche. Dennoch lassen sich einige Trends erkennen, die mit aller Vorsicht skizziert werden sollen: Kinder und Jugendliche aus unteren sozialen Schichten halten sich länger beim Fernsehen auf als Kinder und Jugendliche aus oberen Schichten. Ebenso sehen Hauptschüler täglich durchschnittlich eine Stunde länger fern als Gymnasiasten. Es scheint, als ob die Sozialschichtzugehörigkeit und das Bildungsniveau

die entscheidenden Variablen zur Erklärung unterschiedlicher Fernseh-/Videonutzungsdauer bei Kindern und Jugendlichen im Alter von 12 bis 16 Jahren darstellen.

Auch darf vermutet werden, daß die intensive Bindung vieler Kinder und Jugendlicher an das Fernsehen/Video vorwiegend als Ersatz für eine unbefriedigende soziale Situation entsteht. Diese Vermutung wird unterstützt durch die Aussage von Kindern und Jugendlichen, die trotz des großen Anteils der Fernsehzeit an den gesamten Freizeitaktivitäten nur zu einem sehr geringen Teil (11,5 %) Fernsehen als ihre liebste Freizeitbeschäftigung ansehen.

Zu dem wird angenommen, daß die Fernsehnutzung eher sozial trennt als verbindend wirkt, da für bestimmte gesellschaftliche Teilgruppen (z. B. alte Menschen) und sozial Benachteiligte kaum andere kommunikative Handlungsalternativen bestehen.

Um dieser Entwicklung nicht freien Lauf zu lassen und um nicht eines Tages vor einem Scherbenhaufen zu stehen, wird es notwendig sein, die Medienwirkungsforschung zu verstärken. Aus bildungspolitischer Perspektive wird es erforderlich sein zu klären, inwieweit sich durch die zunehmende Vermittlung von Erfahrungen und Informationen über technische Medien und damit die Verringerung von Primärerfahrungen, die Wahrnehmungs- und Lernfähigkeit bei Kindern und Jugendlichen verändern.

VI.

Bildungspolitik hat sich an Werten, am Menschen, am Bild, das wir von ihm haben, zu orientieren, und sich nicht einfach den Bedingungen und Bedürfnissen des Marktes anzuliefern. Dirigistische Maßnahmen halte ich allerdings auch für wenig erfolgreich. Ich will keine neuen Spiralen von Verbot und Kontrolle. Weit wirkungsvoller und einer Demokratie angemessener ist ein Ansatz, den die Bildungspolitik in den letzten Jahren wieder ins Zentrum rückt: Nur eine in Schulen und Hochschulen, im Elternhaus wie außerhalb der Institution praktizierte „kulturelle Bildung“ kann jene Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln, kann auch jene Qualitätsmaßstäbe ausbilden, die einen rein passiven Konsum von Einweg-Massenkommunikation erschweren. Zur Selbständigkeit und schöpferischer Phantasie ausgebildete junge Menschen werden nicht so schnell zur Droge standardisierter Unterhaltung greifen, sondern sich selbst in einer Theatergruppe engagieren, selbst Musik spielen, einen Film drehen oder kreativ neue Techniken ausprobieren.

Bund und Länder haben die Dringlichkeit des

Handelns erkannt und entsprechende Maßnahmen beschlossen oder auf den Weg gebracht. Während der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft mit seinen 1985 verkündeten zehn Thesen auf die notwendige Einheit von Bildung und Kultur hinwies, haben die für die Bildungs- und Kulturpolitik in erster Linie verantwortlichen Länder anschließend die richtungsweisenden Empfehlungen zu „Kultur und Schule“ beschlossen. Nach dem Verständnis der Kultusminister der Länder sollen die Bildungsstätten – wie Kindergarten, Schule, Hochschule und Betrieb – nicht nur als Lernorte, sondern auch als Orte und Kristallisationszentren der Kultur gesehen und entsprechend umgestaltet werden. In der ersten großen Debatte im Deutschen Bundestag über ihre Kulturförderungspolitik 1984 hat die Bundesregierung u. a. bekräftigt, daß sie die Maßnahmen der Länder unterstützen werde.

Entsprechend dem hohen Stellenwert der kulturellen Bildung hat die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung 1987 den Beschluß gefaßt, bei der Förderung von Modellversuchen einen neuen Schwerpunkt „Musisch-kulturelle Bildung“ einzurichten. Darüber hinaus hat sie ein Gesamtkonzept für die informationstechnische Bildung verabschiedet. Dieses Konzept gibt erste Orientierungslinien für eine Medienerziehung. Die dort zu findenden Ansätze und Modelle zu erproben und im Fall der Bewährung in die Praxis umzusetzen, wird eine zentrale Aufgabe der Bildungspolitik sein.

VII.

Wie dringend und wie kurz die uns verbleibende Zeit sein wird, um die eigenen gewachsenen Kulturen Europas vor der Umwandlung in eine synthetische, uniforme, industrialisierte, weithin internationale Unterhaltungskultur zu bewahren, hat Neil Postman bereits Anfang der 80er Jahre unmißverständlich dargelegt; insbesondere hat er die zentrale Aufgabe der deutschen Bildungspolitik mit Blick auf die elektronischen Medien sehr deutlich formuliert. Daß er dazu imstande sei, hat er vor allem damit begründet, daß „Amerika zum gegenwärtigen Zeitpunkt als einziges Land in der Zukunft, d. h. inmitten des größtmöglichen Technologieaufgebots des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts lebe“. Amerika sei in seinen Augen ein riesiges, unkontrolliertes Experiment bezüglich der Frage, ob „eine Gesellschaft alle ihre Einrichtungen der Herrschaft der Technik unterordnen und dennoch ihre geistige Gesundheit bewahren“ könne.

Ausgehend von dieser Erfahrung schlägt Postman vor, daß die „Schulen gewaltige Anstrengungen unternehmen, damit sie ihre Schüler gegen den Angriff auf ihre Köpfe wappnen können, den die elektronischen Medien mit Sicherheit unternehmen werden“. Und er verlangt, „die Jugend von der Tyrannei der Medien zu befreien, ihnen zu helfen, von der Mystifizierung der Medien Abstand zu gewinnen, so daß sie verstehen, wie ihre Denkgewohnheiten durch die Medien geprägt werden“. Postman ist auch zuzustimmen, daß Medienerziehung nicht bei der „Übung im Gebrauch der Medien“ enden darf.

Die Beschaffungswelle von Computern in so manchem Bundesland dürfte also nur dann ihre bildungspolitische und pädagogische Rechtfertigung finden, wenn mit ihr ein Erziehungskonzept verbunden wird, das neben der Nutzung gleichzeitig auch die Medien selbst zum Gegenstand der Untersuchung durch die Medien macht.

VIII.

Während die unbefriedigende Datenlage bei der Frage nach dem Einsatz neuer Technologien (insgesamt) zur Vorbereitung auf künstlerische und verwandte Berufe nur vorsichtige Trendaussagen zuläßt, erlaubt eine Studie von Ingo Petzke eine präzisere Beschreibung der Ausbildungssituation Film/Video an den Kunst-, Fach- und Gesamthochschulen der Bundesrepublik Deutschland. Diese im Auftrag der Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft 1986 erstellte Studie kommt zu Ergebnissen, die aus Sicht des Autors ermutigend und zugleich bedrückend sind:

- 40 Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland bieten Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich Film/Video oder visuelle Kommunikation, wobei unter Ausbildung die Vermittlung der technischen und formalen Grundkenntnisse über mehr als ein Semester zu verstehen ist.
- Nur fünf Kunsthochschulen (Braunschweig, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Münster) zwei Universitäten (Kassel, Wuppertal) sowie zwei Fachhochschulen (Bielefeld und Stuttgart) bieten ein Hauptfach bzw. Vollstudium Film/Video an.
- Entsprechend den unterschiedlichen Hochschultypen weisen die Lehrangebote unterschiedliche Profile aus:
 - Die Kunsthochschulen haben mehr oder weniger eigene Videoklassen, in denen die Studenten rein unter künstlerischen Gesichtspunkten arbeiten.
 - Die Universitäten/Gesamthochschulen dage-

gen bilden Kunstlehrer aus, die später im Rahmen der Kunsterziehung Schülern den bewußten Umgang mit Video nahe bringen sollen.

- Die Fachhochschulen verstehen ihre Ausbildung als eine Vorbereitung auf eine spätere berufliche Tätigkeit im Bereich der elektronischen Bildmedien, obwohl der Bedarf noch nicht einmal ansatzweise abschätzbar ist.
- Derzeit studieren an bundesdeutschen Hochschulen ca. 1 700 Film/Video. Das bedeutet jährlich ca. 400 Absolventen, die sich als Filmemacher, Videoprofis oder Videokünstler begreifen. Ca. 40 bis 50 % der Absolventen des Studienganges Film/Video finden zunächst keine Beschäftigung nach Abschluß ihres Studiums. Wobei der Begriff „Beschäftigung“ sehr weit zu verstehen ist; andernfalls wäre der Anteil der erfolglos suchenden Absolventen wohl erheblich höher.

In einer zusammenfassenden Bewertung der gewonnenen Erkenntnisse stellt der Autor u. a. fest: „Wovon noch Ende der 60er Jahre niemand zu träumen wagte, ist heute Realität: Über 40 Hochschulen bieten in der Bundesrepublik die Möglichkeit zum praktischen Studium von Film/Video. Der Glamour von Film und die verheißungsvolle elektronische Zukunft locken Scharen von Studenten an. Die Öffentlichkeit hat von dieser Situation bisher kaum Kenntnis genommen.“

Dennoch gibt es kein Lehrangebot (in der Bundesrepublik Deutschland), das als umfassende Ausbildung bezeichnet werden könnte. Die restriktiven Stellenpläne lassen nur kleine, spezielle Ausbildungsangebote zu oder aber eine Wischiwaschi-Generalität. Das arbeitsteilige Spezialistentum der Praxis findet keinerlei Niederschlag im Studium. Die Studieninhalte sind zu sehr abhängig von einzelnen Dozenten und seiner physischen Belastbarkeit.

Die finanzielle, apparative und räumliche Ausstattung ist durchgängig als äußerst unbefriedigend zu bezeichnen.

Für die vielgepriesene Zukunft der neuen Medien ist keine Hochschule (in der Bundesrepublik Deutschland) wirklich gerüstet. Die Unterschiede im Standard zwischen ihnen und der Praxis sind gravierend. Das permanente Nachhinken ist vorprogrammiert, das Defizit an know-how und Technologie uneinholbar. Was aus den vielen Studenten mit Halbbildung einmal werden soll, bleibt rätselhaft.“

IX.

Diese von Ingo Petzke in recht düsteren Farben dargestellte Ausbildungssituation im Bereich Film/

Video findet ihre Entsprechung in der freien künstlerischen Praxis und dem geringen Interesse an Videokunst auf dem Kunstmarkt. Aus vielen Gesprächen mit Künstlern, Galeristen, Kunstvereins- und Museumsleitern habe ich den Eindruck gewonnen, daß

- ▷ der Kunstmarkt auch in naher Zukunft keinen größeren Bedarf an elektronischer Kunst, insbesondere Video-Kunst, geltend machen wird, da die Schwelle zwischen einem reinen Sammlermarkt (mit sehr teuren sog. „Originalvideos“) und einem breiteren Interessentenmarkt (für den z. B. auch Videoabteilungen der öffentlichen Bibliotheken in Frage kommen) z. T. noch bewußt hochgehalten wird,
- ▷ die Kunstmuseen und -vereine nur im Einzelfall Videoabteilungen einrichten und in besucherfreundlicher Weise Kunstvideos anbieten,
- ▷ die Zahl der Galerien, die sich mit Videokunst befassen und die Interessen der Videokünstler vertreten, äußerst gering ist – nicht zuletzt deswegen, weil private Sammler wie die vor kurzem verstorbene Ingrid Oppenheim die große Ausnahme bilden.
- ▷ die Zahl der Künstler, die mit dem Medium Vi-

deo arbeiten, nicht erheblich wachsen wird, weil sie auf den Kunsthochschulen nicht entsprechend ausgebildet werden und nach Abschluß ihres Studiums nicht die Mittel und häufig auch nicht die Kenntnisse haben, um auf diesem Feld intensiv weiterzuarbeiten,

- ▷ die Fernsehanstalten angesichts der geringen Einschaltquoten bei Kunstvideos auf ihre Präsentation weitgehend verzichten oder diese erst zu mitternächtlichen Zeiten anbieten.

Kurz: Für die Videokünstler und die Durchsetzung ihrer künstlerischen Arbeiten auf dem Kunst- und Medienmarkt ist es zur Zeit noch äußerst schlecht bestellt. Ob sich das in naher Zukunft ändern wird, ist schwer einzuschätzen. Auf jeden Fall eröffnen die sinkenden Kosten für die Anschaffung und Nutzung des Videogeräts sowie der stark vereinfachte Umgang mit ihm neue Perspektiven – in ähnlicher Weise dürfte dies auch für den künstlerischen EDV-Einsatz gelten.

X.

Zentrale Aufgabe der zukünftigen Jahre wird es sein, die vereinzelt Initiativen zusammenzuführen.

Individuelles Bausparen mit dem Wüstenrot-Rendite-Programm.

Wer am Platz spart, spart am falschen Platz.



Das Glück läßt sich zwar nicht in Quadratmetern messen. Aber unser Leben braucht Freiräume. Drinnen wie draußen. Besonders, wenn Sie es mit den Augen Ihrer Kinder sehen. Im eigenen Garten z.B. gibt es eine Welt zu entdecken, wo sie so frei und ungezwungen sein können wie die Schmetterlinge. Mit dem Wüstenrot-Rendite-Programm kommen Sie weiter. Gleich oder bald. Es ist genauso individuell wie rentierlich. Zu jedem Zeitpunkt haben Sie freie Hand und können unter vielen Extras wählen. Wenn es darauf ankommt, sogar rückwirkend. Fragen Sie Ihren Wüstenrot-Berater. Er weiß Bescheid.



wüstenrot

Zum Glück berät Sie Wüstenrot.

Die Bausparkasse. Und: Die Bank. Und: Die Lebensversicherung.

ren, d. h. eine Bündelung der Kräfte, d. h. aller an elektronischer Kunst und ihrer Weiterentwicklung interessierten Personen, Verbände und Institutionen anzustreben:

1. Es ist notwendig, sich in einem viel stärkeren Maße, als dies in der Vergangenheit geschehen ist, in der Öffentlichkeit zu präsentieren, den bereits zurückgelegten Weg der letzten Jahrzehnte selbstbewußt aufzuzeigen und die künstlerisch herausragenden Werke konzentriert vorzustellen. Gerade an dieser Stelle könnte sich die Elektronikindustrie im wohlverstandenen Sinne durch Ankauf qualitätsvoller Werke und ihrer öffentlichen Präsentation mäzenatisch engagieren.

2. Der Aufbau einer Lobby greift jedoch dann zu kurz, wenn es nicht gleichzeitig gelingt, die derzeitige Ausbildungssituation an den Kunst- und Fachhochschulen erheblich zu verbessern und den künstlerischen Nachwuchs auf diesem Felde gezielter als bisher zu fördern. Die nötigen finanziellen Mittel für ein aufwendiges, in der Regel ständig zu erneuerndes Lehrangebot im Bereich elektronischer Medien und anderer neuer Techniken für den künstlerischen Einsatz sollte auf eine bestimmte Zahl von Kunst-, Musik- und Fachhochschulen begrenzt werden. Nicht jede Hochschule muß (oder kann) alle technischen Qualitätssprünge mitmachen. Die Herausarbeitung entsprechend eigenständiger „Profile“ durch die Kunsthochschule Braunschweig oder die Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main ist vorbildlich. Auch der Plan Nordrhein-Westfalens, eine Kunsthochschule für Medien parallel zum Projekt Media Park in Köln aufzubauen, zeigt den richtigen Weg.

Soweit die Bundes- und die jeweiligen Landesregierungen angesprochen sind, könnte ich mir die Durchführung von Modellversuchen vorstellen, in deren Rahmen neue Lehrmodelle erprobt werden.

3. Die Zusammenarbeit einzelner Hochschulen mit den öffentlichen und privaten Medienbetrieben ist zu verstärken. Die z. B. an der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Hamburg bereits angebotenen Studienpraktika in den Rundfunk- und Fernsehanstalten weisen den richtigen Weg.

4. Der wachsende Bedarf an Weiterbildung auf diesem Feld erfordert eine verstärkte Öffnung der Kunst-, Musik- und Fachhochschulen für Weiterbildungsaufgaben; insbesondere eine größere Kooperation mit bereits bestehenden außer-universitären Weiterbildungseinrichtungen ist hier angezeigt.

5. Ebenfalls erscheint es mir erforderlich, das öffentliche Interesse, insbesondere das Interesse der

Kunst- und Kulturszene im weitesten Sinne über national und international ausgerichtete, qualitätsvolle Festivals zu wecken und damit das Video als Kunstmedium bekanntzumachen. Die bisherigen Bemühungen, z. B. in Marl, Würzburg oder Bonn sind zu verstärken.

6. In den Kunstvereinen und den Museen führen die elektronischen Medien immer noch ein Schattendasein. Es ist daher notwendig, die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Präsentation und Sammlung von Kunstvideos zu schaffen. Das Städtische Kunstmuseum Bonn mit seiner Ingrid-Oppenheim-Sammlung, der neue Berliner Kunstverein mit seinem anspruchsvollen Videoprogramm oder der Bonner Kunstverein, in dessen Räumen in diesem Jahr die dritte weltweite Videonale durchgeführt wird, geben hierfür ein gutes Beispiel.

7. Darüber hinaus wäre zu erwägen, ob nicht an möglichst zentralen Orten Distributionsstellen eingerichtet werden, die die Verantwortung für die Verbreitung des Kunstvideos, und für alle damit zusammenhängenden Informationen übernehmen, und die sich auch als Gesprächspartner im politischen Raum verstehen.

8. Schließlich fehlt es an einer kontinuierlich erscheinenden Fachzeitschrift für die Bundesrepublik Deutschland, in der die elektronischen Medien als Kunstmedien vorgestellt und in der nicht nur die Kunstszene, sondern auch die Wirtschaft, die Kunstvermittler und Sammler ein Forum für den zu verstärkenden Erfahrungsaustausch finden.

XI.

Der Katalog zukünftiger Aktionsfelder zeigt, daß die Integration elektronischer Medien in die künstlerische Praxis weitgehend noch am Anfang steht. Es ist deshalb auch nicht überraschend, daß sich die Liste ohne Schwierigkeiten fortschreiben ließe.

Zum Schluß einen Experten aus dem Medienbereich: „Den Künstlern gehört immer die Zukunft – aber leider nicht immer die Gegenwart.“ Den neuen Medientechnologien – so möchte ich hinzufügen – insbesondere den elektronischen Medien – gehört schon jetzt die Gegenwart. Ob dies auch für die Künstler gilt, die mit ihnen arbeiten, wage ich zu bezweifeln.

Die Künstlerinnen und Künstler müssen aber auch ihren Beitrag leisten. Nicht wenige von ihnen kämpfen vor allem darum, daß ihre Videokunst gleichberechtigt mit dem Tafelbild vor allem einen Platz in den Museen und in den Ausstellungsinstitutionen findet. Grundsätzlich ist gegen dieses Bemühen

nichts einzuwenden, denn es ist verständlich, daß auch die Videokünstler von den heiligen Tempeln der bildenden Kunst und der in ihnen angesiedelten Aura geädelt werden wollen. Aber: Das genügt meines Erachtens nicht und wird auch dem Medium Video als Massenmedium nicht voll gerecht. Wer ernsthaft ein breites Publikum erreichen will, wird eine dem Massenmedium Video angemessene Strategie entwickeln müssen.

Herbert Wentscher hat sich hierzu Gedanken gemacht – wenn auch sehr pointiert: „Nichts gegen Galerien und Museen, aber man möchte doch nicht nur für eine kleine Kunstelite produzieren, wenn da draußen ein potentes Millionenpublikum lockt: Lets go for the real public. Und dieses Publikum“ – fährt er fort – „existiert in Nachtclubs, Discotheken, Cafés und anderen öffentlichen Plätzen ... und am zahlreichsten natürlich in den Wohnstuben vor dem Fernseher“.

Ob Videokunst tatsächlich in die Alltagsprogramme der privaten und öffentlichen Fernsehanstalten ohne weiteres integriert und an allen nur denkbaren Orten gezeigt werden sollte, ist sicherlich vom jeweiligen Werk abhängig. Denn Videokunst verlangt großes Einfühlungsvermögen und häufig einen geschulten Blick. Aber die Möglichkeiten auszuloten und stärker als bisher mit den Medienbetriebern ins Gespräch zu kommen, erscheint mir notwendig. Eine wachsende Gesprächsbereitschaft ist in letzter Zeit bei den öffentlichen und privaten Fernsehanstalten erkennbar.

Ich gehöre zu den Letzten, die den Videokünstlern eine rosige Zukunft ausmalen wollen. Ich meine aber, daß die rasante Entwicklung der neuen Medientechnik neue Spielräume für Künstlerinnen und Künstler entwickeln werden, die es erst noch gemeinsam auszuloten gilt.

Manfred Scharrer Max Diamant – Erzählte Lebensgeschichte*

Dr. Manfred Scharrer, Jahrgang 1945, ehemaliger Werkzeugmacher, Mitglied im Berliner SDS, war von 1975 bis 1980 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin und ist zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Forschungsprojekt des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Veröffentlichungen: Diverse Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, u. a. „Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung“, 2. Aufl., Stuttgart 1985 (eine ideengeschichtliche Untersuchung der Spartakusgruppe und der KPD).

99 Mein Vater war Sohn einer jüdischen Fischerfamilie, die im galizischen Teil Polens lebte. Diese Gegend grenzte an die Ukraine und an Österreich-Ungarn und zeichnete sich durch eine besonders starke sprachliche und nationale Mischung aus. Hier existierte eine kulturell nach dem Westen hin orientierte jüdische Arbeiterbewegung und eine sprachlich nach Österreich hin fixierte jüdische Bevölke-

rung, die größtenteils die polnische, russische und deutsche Sprache beherrschte. Dies ist übrigens der Teil Mitteleuropas, der auch Rosa Luxemburg stark geprägt hat.

Als dreizehnjähriger Junge beschloß mein Vater, Industriearbeiter zu werden und zog allein in die Industriestadt Lodz, wo er den Beruf eines Webers erlernte. Er verkörperte für mich eine Mischung von Handwerker und Fabrikarbeiter. Während des Ersten Weltkrieges arbeitete mein Vater als Zivildienstgefangener in Deutschland und wurde erst aus dem Status eines Gefangenen entlassen, als sich in der Ukraine eine nationale Regierung bildete, die mit dem Deutschen Reich ein politisches Bündnis einging. Er lebte in Berlin und trat dort in die USPD ein. Als er – seine persönliche und damit auch politische Freiheit überschätzend – nach dem Ausbruch der russischen Revolution in der „Hasenheide“ eine Rede hielt und für die dortige Revolution eintrat, wurde er tags darauf verhaftet und kurze Zeit später in die Warschauer Zitadelle eingeliefert. Ich befand mich zu jener Zeit zusammen mit meiner Mutter noch in Lodz ...

* Dieser Text basiert auf einem lebensgeschichtlichen Interview, das Manfred Scharrer mit Max Diamant geführt hat. Die Tonband-Abschrift wurde stark überarbeitet und gekürzt.

Nach der November-Revolution in Deutschland und dem Rückzug des Deutschen Heeres aus Polen wurde er aus der Haft entlassen und kehrte über Lodz nach Deutschland zurück. 1921 organisierte dann die KPD in den mitteldeutschen Industriegebieten die sogenannte Märzaktion. Damals unterstützten sowjetische Emissäre die KPD und riefen zum Sturz der deutschen Regierung auf. Offensichtlich war mein Vater in diese Angelegenheit verwickelt. Diese Information ist wichtig, um zu verstehen, warum mein Vater dann in die Sowjetunion ging. Außerdem hätte er als ehemaliger Zivildienstgefangener aus einem Gebiet des alten Rußlands das Recht, dort jederzeit einzureisen. Mein Vater überredete mich mitzukommen, denn ein Arbeitersohn hatte in Deutschland damals fast keine Chancen, in die 'Bürgerschule' aufgenommen zu werden. Oder mit anderen Worten: ich hatte keine Hoffnung, daß mein Vater finanziell in der Lage sein würde, die Kosten für den Besuch der Oberschule zu bezahlen. Sein Argument, komm mit uns und du kannst in Rußland dann in die Schule gehen und später studieren, überzeugte mich. Und tatsächlich habe ich über zwei Jahre meines dreijährigen Aufenthaltes in Leningrad dazu genutzt, am dortigen Elektrotechnikum zu studieren. Ich hatte bereits vorher in Zeit begonnen, in einer kommunalen elektrotechnischen Einrichtung, die sich Überlandzentrale nannte, zu arbeiten. Nicht als Lehrling, sondern als Volontär; immer mit dem Gedanken im Hinterkopf: ich werde eines Tages in der Sowjetunion studieren.

Mein Vater hat damals in Leningrad in einer Fabrik gearbeitet, die Metalldraht produzierte. Eine Arbeit, die ihm irgendwie von der Hand ging. Er wurde als Parteimitglied in die bolschewistische Partei übernommen. Genauso wie ich in Leningrad im russischen Kommunistischen Jugendverband mitarbeitete.

Ich habe ein visuelles Gedächtnis, und wenn ich über Dinge spreche, dann sehe ich die Ereignisse auch heute noch in Bildern vor mir. Ich beobachtete damals in Leningrad Parteiversammlungen, bei denen die Vertreter der unterschiedlichen Fraktionen jeweils mit einem Stoß von Lenin-Büchern voller eingeschobener Zettel an das Rednerpult gingen, um ihre gegensätzlichen Positionen mit diversen Lenin-Zitaten zu untermauern. Ich erinnere mich, daß ich als Beobachter dieser Szene mir bereits damals die Frage stellte, wann kommt der Zeitpunkt, in dem die Redner sich die Lenin-Bücher gegenseitig auf den Kopf hauen? Während der Semesterferien unternahm ich ab 1925 Reisen nach Moskau, wo die Zen-

tren der Partei und der Regierung waren. Beide Institutionen stellten im damaligen Fraktionskampf das politische Gegengewicht zur Leningrader Partei dar. Ich habe bereits während meines ersten Besuches in Moskau Ende 1925, aber noch mehr bei meinem zweiten Besuch – es muß wohl Anfang 1926 gewesen sein – viel über die Differenzen in der russischen Partei erfahren. Damals tagte gerade der 14. Parteitag, auf dem Stalin mit seiner These vom 'Sozialismus in einem Lande' den offenen Kampf gegen die Opposition aufnahm. Und wenn ich sage 'offener Kampf', so heißt dies, daß noch während des Parteitages Kirow, der aktive Gehilfe von Stalin, im Auftrag des Zentralkomitees nach Leningrad eilte, um dort eine 'Säuberung' unter den dortigen Parteikadern vorzunehmen.

Ich kam damals in Moskau auch mit deutschen Genossen zusammen, die im zentralen Apparat der Kommunistischen Jugendinternationale tätig waren. Bedeutsam wurde für mich besonders eine Zusammenkunft mit dem damaligen deutschen Vertreter in der Kommunistischen Jugendinternationale, der mir nach einer längeren Unterhaltung sagte: 'Weißt Du, Du solltest Dein Studium am Elektrotechnikum aufgeben und mit Deinen Kenntnissen und Deinen Erfahrungen versuchen, unter den deutschsprachigen Jungen und Mädels in der Sowjetunion politisch zu arbeiten.' Und er schlug mir vor, nach Charkow zu gehen, wo eine deutschsprachige Zeitschrift für die deutsche Minderheit in der Ukraine erschien. Damals habe ich mich durch Fritz Reinhard – so hieß nämlich der Genosse aus Berlin – zur Aufgabe meines Studiums überreden lassen. Ich ging dann nach Charkow und war dort zeitweilig Redaktionssekretär bei der deutschsprachigen Jugendzeitung 'Die Saat'. In Charkow lernte ich eine Reihe von politisch verbannten Leningrader Komsomolzen kennen. Ich nahm ihre Einladungen zu ihren Zusammenkünften an, trank mit ihnen Tee und sang mit ihnen ihre Leningrader Lieder. Diese Kontakte habe ich aber nicht etwa heimlich betrieben, sondern ganz offen. Ihre Stimmung erinnerte mich an die Erzählungen meines Vaters über die Kultur der Verbannten im Zarenreich. Es dauerte nicht lange, da wurde ich zum Generalsekretär des Ukrainischen Kommunistischen Jugendverbandes gerufen, um über meine Beziehungen zu diesen Verbannten Auskunft zu geben. Ich bin dann schon bald aufgrund meiner Sprachkenntnisse mit einer bekannten russischen Fußballmannschaft nach Deutschland gereist. Mein Kontakt zu Fritz Reinhard – später übrigens ein in Berlin aktiver Kader der Kommunistischen



Foto: Inge Werth

Parteiopposition (KPO) – führte dazu, daß ich in Deutschland Kontakte mit KPD-Genossen aufnahm und mit ihnen kritische Gespräche über die Sowjetunion führte. Kurze Zeit später erfuhr ich dann, daß die Dachwohnung meiner Eltern in Leningrad abgebrannt sei und sie sich in einer sehr schlimmen Situation befänden. Trotz meiner kritischen Einstellung ging ich nach Leningrad zurück, um erst einmal meinen Eltern zu helfen. Kurz nach meiner Rückkehr geriet ich jedoch erneut in die Überwachungsnetze des Apparats und rebellierte dagegen. Bei der ersten Gelegenheit im Herbst 1927 bin ich dann auf einem kleinen deutschen Frachter – mit Hilfe der deutschen Matrosen auf diesem Schiff – ohne Ausreiseerlaubnis aus der Sowjetunion abgehauen.

Ich hatte nur die Anfänge des Stalin-Regimes erlebt, aber aufgrund meiner politisch geschärften Sinne bereits früh erkannt, in welche Richtung das dort weitergehen dürfte. Ein Erlebnis während meiner Arbeit in Charkow verdeutlicht dies. Mitte 1926 erhielt ich eine amtliche Meldung, daß bei den Wahlen zu den örtlichen Sowjets erstmalig auch reiche Bauern – sogenannte Kulaken – gewählt worden wa-

ren. Ich kommentierte diese Meldung in dem Sinne, daß dies offenbar eine der ungewollten Wirkungen der ‚Neuen Ökonomischen Politik‘ sei. Daraufhin erschien ein politischer Kontrolleur aus der Zentrale der Ukrainischen Kommunistischen Partei; es wurde eine Redaktionssitzung einberufen und ich bekam den Befehl, den Kommentar neu abzufassen. Dies hieß also, den politischen Inhalt der Meldung zu verfälschen. Meines Wissens war dies das einzige Mal in meinem Leben, wo ich wider besseren Wissens Dinge falsch dargestellt habe. Dies war für mich ein schockierendes Erlebnis. Kurze Zeit später haute ich ab.

Meine Familie blieb damals in Leningrad zurück. Meinem Vater gelang es noch, ausreisenden deutschen Bekannten meinen kleinen Bruder mitzugeben. Er war 1927, als er an der Hand dieser Bekannten nach Deutschland zurückkehrte, ganze fünf Jahre alt. Seine Flucht verlief geräuschlos und unauffällig. Aber meine Mutter kam nicht mehr heraus. Ich hatte zwar ein ärztliches Attest in einer Klinik besorgt, in dem den sowjetischen Behörden mitgeteilt wurde, daß ihr jüngster Sohn sich einer schwierigen Operation unterziehen müßte, und

darum die Mutter dringend zurückwartet werde. Daraufhin wurde meine Mutter in das Leningrader Gebietskomitee geladen und nach ihrem Verhältnis zu Max Diamant befragt. Sie antwortete wahrheitsgemäß: 'Dies ist mein ältester Sohn.' Daraufhin erhielt sie den Bescheid: 'Dann können wir Ihnen keine Ausreisegenehmigung nach Deutschland erteilen.' Von diesem Vorfall habe ich schon bald Kenntnis erhalten. Mitte 1936 sind dann mein Vater und meine Mutter im Zusammenhang mit dem Beginn des großen Schauprozesses gegen Grigorij Sinowjew und Lew Kamenjew in Moskau verhaftet worden. Sie sind in Rußland als Opfer der barbarischen stalinistischen Vernichtungsmaschine umgekommen.

Ich ging damals nach Mannheim. Dort hatte ich bereits 1919 – als ich aus Lodz kam – eine zeitlang die Volksschule besucht. Und dort wohnte auch eine Schwester meiner Mutter. Ende 1927 besuchte ich die in Mannheim renommierte Ärztfamilie Dr. Heinrich und Käthe Stern, die ich bereits 1920 kennengelernt hatte. Beide hatten in Berlin nach der Ermordung von Rosa Luxemburg eine zeitlang zur Redaktion der 'Roten Fahne' gehört. Sie hatten inzwischen zusammen mit dem Nachfolger Rosa Luxemburgs an der Spitze der KPD, mit Dr. Paul Levi, einen langen Weg zurückgelegt: von der Zentrale der KPD zur oppositionellen 'Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft'; dann zur USPD und nach der Vereinigung der USPD mit der Mehrheitssozialdemokratie schließlich zur SPD. Nun, da sie mich wiedersehen und von mir meine persönliche politische Entwicklungs- und Erfahrungsgeschichte der vergangenen sieben Jahre hörten (Mitteldeutschland, Leningrad, Moskau, Charkow), verkörperte ich für sie ein generationsspezifisches Phänomen jener Jahre: den jugendlichen Aktivisten. Denn 1927 war ich erst ganze 19 Jahre alt.

Die Sterns, die inzwischen in Mannheim eine 'Sozialistische Kulturgemeinschaft' leiteten, stellten mich bald einem Kreis von befreundeten Intellektuellen und aktiven Sozialdemokraten vor. Mannheim besaß seit Schillers Zeiten eine lebendige und pulsierende demokratische Kultur. Diese Tradition hat auch die Mannheimer Arbeiterbewegung in den zwanziger Jahren stark geprägt. In Sterns Salon traf ich unter anderem den Heidelberger Soziologen und Psychoanalytiker Erich Fromm, der später zu einem der Säulenheiligen der Frankfurter Schule wurde; aber auch den kämpferischen Pazifisten und Professor für mathematische Statistik Emil Julius Gumbel und den Philosophen Ernst Bloch mit seinem unver-

kennbaren Ludwigshafener Zungenschlag. Zu diesem Kreis gehörte andererseits aber auch die Schwester von Käthe Stern, Dr. med. Frieda Rubiner. Sie reiste mit ihrem Mann alljährlich in die Sowjetunion und veröffentlichte anschließend tolle Propagandaberichte. Ich erzähle dies, um zu zeigen, wie die Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten quer durch die Mannheimer Familien verliefen. Damals freundete ich mich insbesondere mit Dr. Alexander Schiffrin an, der um diese Zeit zur Redaktion der sozialdemokratischen 'Volksstimme' in Mannheim gehörte. Schiffrin gehörte zum politisch linken Flügel der Zimmerwald-Internationalisten der russischen Menschewiki um Fjodor Dan, der bereits bei den Auseinandersetzungen auf dem ersten und zweiten Parteitag der russischen Sozialdemokratie ein Gegenspieler Lenins gewesen war und der damals eine zeitlang mit Rosa Luxemburg politisch kooperiert hatte. Diese Menschen waren nach den Jahren in der Sowjetunion mein geistiger Gesprächskreis in Mannheim.

Nach einer kurzen parteilosen Bedenkzeit als journalistischer Mitarbeiter für internationale Fragen in der Redaktion der 'Volksstimme' trat ich der SPD bei. Dieser Entschluß gründete auf einer reiflich überlegten politischen Entscheidung: Nachdem ich gesehen hatte, wie die Fraktionsauseinandersetzungen in der deutschen Arbeiterbewegung sich inzwischen verschärft hatten und längst in einen mir sinnlos erscheinenden politischen Leerlauf umgekippt waren, sagte ich mir, jetzt mußst du eine politische Entscheidung fürs Leben treffen. Entweder du gehst in irgendeine Sekte und stellst dieser reinen Lehre deine intellektuelle und politische Arbeitskraft zur Verfügung, oder du suchst dir einen entsprechenden Wirkungsplatz in der deutschen Arbeiterbewegung so, wie sie ist, und nicht, wie du sie haben möchtest ... Ich wurde dann schon bald auf Vorschlag der Mannheimer Juso-Genossen zum Vorsitzenden der dortigen Jungsozialisten gewählt. Darüber hinaus wirkte ich nach wie vor im politischen Salon der beiden Sterns mit. Gemeinsam mit Dr. Stern habe ich übrigens damals den Mannheimer SPD-Parteisekretär, Ernst Tesslow, davon überzeugt, daß Gustav Noske als Kandidat zur Reichstagswahl im Mai 1928 nicht erneut aufgestellt werden durfte.

Der noch von Ludwig Frank als Chefredakteur der Mannheimer 'Volksstimme' empfohlene Heinrich Harpuder, der eher zur Parteirechten neigte, war bemüht, innerhalb der Redaktion ein politisches Gleichgewicht zu halten. Deshalb gab es dort auch den linken politischen Redakteur Dr. Alexander

Schiffrin, den aus Ostpreußen stammenden linken Feuilleton-Redakteur Fritz Lemcke und zwei linke junge Sozialisten als ständige journalistische Mitarbeiter. Der eine war Max Diamant, der andere Peter Heimann und dieser kam aus der traditionsreichen badischen sozialdemokratischen Familie von Oskar Geck. Der Bruder von Peter Heimann hieß übrigens Stefan Heimann, und war seinerseits der Chefredakteur der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung“. Mit Hilfe der Sterns nahm ich damals auch Verbindung zur Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ auf und veröffentlichte dort eine Reihe von Artikeln. Außerdem erschienen von mir auch Beiträge in anderen linken sozialdemokratischen Zeitungen, so z. B. im „Zeitler Volksboten“. Dem Status nach war ich damals ein freischaffender Journalist. Ich schrieb nur über Fragen, die ich aus eigener Anschauung kannte.

Nach dem großen Wahlsieg der SPD im Mai 1928, in dem die Sozialdemokratie als stärkste Partei hervorgegangen war, fiel ihr die politische Aufgabe zu, eine Koalitionsregierung unter der Leitung des bisherigen Vorsitzenden der SPD-Reichstagsfraktion, Hermann Müller, zu bilden. Dieser Wahlsieg bedeutete für unsere Partei eine neue Chance. Schon bald bemerkte ich jedoch, daß es Müller nicht gelang, mit seinen bürgerlichen Partnern eine feste Koalitionsabsprache zu treffen. Da wir schon bald mit Schwierigkeiten rechneten, diskutierten wir diese Tatsache auf zahlreichen Funktionärsversammlungen. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich, daß der finanzpolitische Sprecher der SPD-Reichstagsfraktion, der übrigens gleichzeitig Chefredakteur der sozialdemokratischen Zeitung „Schwäbische Tagwacht“ in Stuttgart war, Wilhelm Keil, einen Vortrag hielt, den ich anschließend in der „Mannheimer Volksstimme“ kritisch kommentierte. Er war nämlich der Frage, wer die sozialen Kosten für die Politik der Koalition im Zweifelsfall tragen sollte, konsequent aus dem Wege gegangen. Ich erinnere mich an diesen Vorgang deshalb so lebendig, weil der Pressesprecher des damaligen sozialdemokratischen Oberbürgermeisters in Mannheim, Dr. Heimerich, geradezu enthusiastisch diesen Kommentar aus der „Mannheimer Volksstimme“ aufgriff und erklärte, hier sei die politische Hauptfrage auf einen Satz reduziert worden.

Bereits vor der Weltwirtschaftskrise floß immer mehr Kapital aus Deutschland ab. Der offene Konflikt brach dann aus, als die bürgerlichen Koalitionsparteien der SPD erklärten, sie müßte das Programm der maritimen Aufrüstung Deutschlands im nationalen Interesse mittragen. Es ging dabei um die

Finanzierung des ersten Panzerkreuzers. Die Wahlkampfparole der SPD hatte aber gelautet: „Statt Panzerkreuzer – Kinderspeisung“. Mit diesem Slogan hatte die SPD einen Teil ihrer Wähler für sich gewonnen. Die politische Erpressung der bürgerlichen Koalitionspartner lautete damals: „Entweder ihr schluckt den Panzerkreuzer oder wir ziehen uns aus der Regierung zurück.“ Die Parteirechte verteidigte dieses Zugeständnis und die Linke protestierte. Eine tiefe innere Verunsicherung der Sozialdemokratie war die Folge. Hier lagen meines Erachtens die Anfänge für die spätere Niederlage. Dr. Paul Levi warnte seinerzeit im Geiste von Rosa Luxemburg auf dem SPD-Parteitag Anfang 1929 vor dieser ständigen Rückzugspolitik. Die Parteirechte antwortete ihm aber, er sehe Gespenster. Die politischen Erpressungsmanöver der – durch keine Koalitionsvereinbarung gebundenen – bürgerlichen Koalitionsparteien in der Reichsregierung Müller sollten sich aber schon bald auf den äußerst sensiblen Bereich der Sozialpolitik erstrecken. Natürlich diskutierten wir diese Entwicklung in der Mannheimer Jungsozialisten-Gruppe. Ja, wir führten diese Diskussion damals intensiver als die meisten Parteifunktionäre. Deshalb möchte ich hier an dieser Stelle auch einige Namen der damaligen Mannheimer Jungsozialisten in Erinnerung rufen: Da gab es zum Beispiel den noch heute lebenden Metallarbeiter Gustav Roos, der als Mitglied der USPD bereits 1918 im Mannheimer Arbeiter- und Soldatenrat mitgearbeitet hatte. Da war Jakob Faulhaber, den wir damals „Jockel“ nannten. Auch er hatte Erfahrungen aus der Zeit unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. Als aktiver kommunistischer Kader im Widerstand wurde Jockel vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Da war der von mir bereits erwähnte Peter Heimann und da gab es noch eine Reihe von Heidelberger Studenten, die bei uns aktiv mitarbeiteten. So erinnere ich mich an Kurt Hirche, den ich dann später als Vertreter des DGB in Bonn bei den Regierungsstellen wiedertraf. Ich erinnere mich außerdem an Hans Streit, der in Mannheim beim Baden umkam, und an Gerhard Herkel, den Sohn des damaligen sozialdemokratischen Stadtrats für Schulfragen. Einige dieser Studenten vertraten eher „versöhnliche“, also keineswegs linkssozialistische Positionen. In Mannheim residierte gleichzeitig auch die Leitung des „Bundes Religiöser Sozialisten“. Ihr Vorsitzender war der evangelische Pfarrer Erwin Eckert. Die Religiösen Sozialisten agitierten gegen die Übermacht der Reaktionäre und Deutschnationalen in der Leitung der Evangelischen Kirche. Ein enger

Mitarbeiter von Erwin Eckert wurde um diese Zeit herum auch Vorsitzender der Sozialistischen Studentengruppe in Heidelberg. Er hieß Martin Hörz und war übrigens mit der Tochter von Monty Jacobs, dem prominenten linksdemokratischen Feuilleton-Redakteur der Berliner 'Vossischen Zeitung' befreundet. Diese Gruppierung unterstützte in Mannheim zum Beispiel den Massenstreik in Großbritannien im Jahre 1926. Der große Streik brach zwar nach Monaten zusammen, die Wahlen zum Unterhaus im Mai 1929 gewann dann aber die Labour Party. Letztlich führte dieser Kampf also zur Bildung einer Labour-Regierung unter Mac Donald. Unsere SPD-Parteisekretäre waren sehr erstaunt, als sich Pfarrer Erwin Eckert und sein linkssozialistischer jugendlicher Anhang in Mannheim mit dieser Politik mehrheitlich solidarisierte.

Im Februar 1930 starb dann der führende Kopf der linken Opposition in der SPD, Dr. Paul Levi. Damals arbeitete ich noch eng mit der Redaktion der marxistischen Zeitschrift 'Klassenkampf' zusammen. Zur linkssozialistischen Klassenkampf-Gruppe gehörten unter anderem der Rechtsanwalt und Reichstagsabgeordnete Kurt Rosenfeld, der Pazifist Heinrich Ströbel, der Chefredakteur des 'Klassenkampfes' und Reichstagsabgeordnete Max Seydewitz und der Sprecher der Jungsozialisten Fritz Lewy, den ich von zahlreichen Juso-Tagungen her persönlich kannte. Aufgrund meiner Kontakte kam ich zu dem Eindruck, daß Fritz Lewy und Max Seydewitz längst Kurs auf eine eigene linkssozialistische Partei genommen hatten. Vor dieser Entwicklung wollte ich warnen. In Zwickau traf ich mich dann noch einmal mit Max Seydewitz und Fritz Lewy und diskutierte mit ihnen über die zukünftige Politik der Klassenkampf-Gruppe. In diesem Gespräch ließen Seydewitz und Lewy alles offen. Ich hatte nachher das Gefühl, daß sie unbeirrt weiter Kurs auf die Spaltung genommen hatten.

Die beiden Sterns hatten mir vor meiner Abreise aus Mannheim vorgeschlagen, als Sekretär von Reinhold Schoenlank in Sachsen zu arbeiten. Er vertrat damals eine Organisation von Kriegsoptionen beziehungsweise Kriegerwitwen. Er selbst war blind, fuhr viel im Land herum und brauchte deshalb einen Sekretär. In dieser Zusammenarbeit habe ich meine ersten Schritte in die Sozialpolitik gemacht; diese Kenntnisse halfen mir später bei meiner gewerkschaftlichen Tätigkeit in der IG Metall. Besonders an eine Reise mit Schoenlank durch die Arbeiterorte im Vogtland erinnere ich mich noch heute. Ich sah, und so beschrieb ich es dann auch später in der

'Mannheimer Volksstimme', wie offenbar arbeitslose junge Menschen mit alten Kampfliedern der Arbeiterbewegung durch die Straßen marschierten, aber nun plötzlich auf ihren roten Fahnen neue exotische Zeichen vor sich hertrugen. Diese ausgemergelten Jungarbeiter trugen braune Uniformen. Das war die marschierende SA in den Straßen des Vogtlandes. Nach dem Wahlsieg der NSDAP im September 1930 riefen wir dann in Mannheim junge Gewerkschafter, Arbeitersportler und Reichsbannerleute zusammen und organisierten – parallel zu den bestehenden SPD-Ortsvereinen – aktive 'Arbeitsgemeinschaften junger Sozialdemokraten'. Mit anderen Worten: Wir versuchten uns damals auf eine Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Sturmtruppen vorzubereiten. Es würde hier aber zu weit führen, zu erzählen, wie man von seiten der älteren sozialdemokratischen Parteisekretäre in Mannheim versuchte, mich durch Wegloben und der Versprechung einer 'Beförderung' nach Karlsruhe, von dieser Arbeit wegzubekommen. Dann stürzte die Weltwirtschaftskrise über uns herein. Die einzelnen Etappen brauche ich hier wohl nicht zu schildern.

Als Erwin Eckert als Delegierter der Mannheimer linken Sozialdemokraten zur Gründungskonferenz der 'Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands' (SAP) am 4. Oktober 1931 nach Berlin fuhr, wurde er von seinem jungen Freund Martin Hörz – der mittlerweile von Hamburg nach Berlin übergesiedelt war und dort inzwischen die 'Kommunistische Studentengruppe' an der Berliner Universität leitete – vom Bahnhof weg ins Karl-Liebknecht-Haus (Zentrale der KPD) zu Heinz Neumann begleitet. Erwin Eckert versuchte daher, auch Max Seydewitz in diese Richtung zu drängen. Eckerts Zusammenarbeit mit der KPD wirkte in Mannheim niederschmetternd; deshalb ergriff ich das fallengelassene Banner. Bevor ich aber diese Entscheidung traf, nahm ich noch einmal an einer Mannheimer sozialdemokratischen Parteifunktionsversammlung teil, zu der Franz Künstler, als repräsentativer Bezirksvorsitzender der SPD aus Berlin, zur Versöhnung der Gemüter herangeholt worden war. Ich war damals über die platte und 'unkünstlerische' Rednerleistung von Künstler zutiefst betroffen, und das hat mich dazu beflügelt, dem Drängen der jungen linkssozialistischen Genossen in Mannheim endlich nachzugeben. So trat ich in die SAP über.

Auf dem ersten SAP-Parteitag im März 1932 sprach ich mich dann gegen die Aufstellung eigener Kandidaten zur anstehenden Reichstagswahl aus.



Statt dessen forderte ich ein Zusammenstehen aller Arbeiterparteien gegen die Nationalsozialisten. In diesem Sinne arbeitete ich dann auch im Exil. Seit Ende März 1933 gab ich in Straßburg ein hektografiertes mehrseitiges Blatt mit dem Titel 'Der revolutionäre Sozialist' heraus. Noch bevor es eine funktionierende Auslandsleitung der SAP gab, wurde diese Zeitschrift bereits in Deutschland illegal verteilt. In den SAP-Leitungsgremien kannte weder Jakob Walcher oder Walter Fabian zunächst den Herausgeber dieses Blattes.

Trotz der zersetzenden Taktik Stalins und der Komintern durften wir in der damaligen Situation auf keinen Fall außer acht lassen, wer unser Hauptfeind in Europa war und blieb: Hitler und seine Nazis. An diese Grundposition der SAP habe ich mich all die Jahre gehalten. Dies galt auch für unseren Kampf in Spanien. Damals arbeitete die SAP mit unseren Freunden von der 'Partido Obrero de Unificación Marxista' (P. O. U. M.) in Katalonien zusammen. Ende September 1936 siedelte ich deshalb nach Barcelona über. Dort organisierten wir zusammen mit den spanischen Genossen und Genossinnen ein mehrsprachiges 'Sekretariat des internationalen Büros'. Zu unseren ständigen Aufgaben gehörte die Zu-

Max Diamant mit seiner Frau Anna (Sommer 1940 im französischen Exil)

Foto: Privatbesitz

sammenarbeit von SAP und P. O. U. M., die Weitergabe von Informationen und die Veröffentlichung von deutschen Materialien. Schon bald erschien eine deutschsprachige Zeitschrift mit dem Titel 'Die spanische Revolution'. In diesem etwa monatlich erscheinenden Blatt wurden natürlich auch die Streitpunkte zwischen P. O. U. M. und SAP ausgetragen. Im Gegensatz zu uns vertrat die P. O. U. M. die Auffassung, daß nicht der Bürgerkrieg, sondern die Revolution den Vorrang habe. Deshalb stand die P. O. U. M. auch unserer 'Arbeiter-Einheitsfrontpolitik' kritisch gegenüber. Trotzdem setzten wir unsere Zusammenarbeit fort. Der Kopf der P. O. U. M. war der Ex-Trotzkist Andrés Nin, ehemaliger Sekretär in der Moskauer 'Roten Gewerkschaftsinternationale'. In taktischen Fragen war Nin starrer als Trotzki selbst. Dies galt auch für Juan Andrade, einen knochenharten Parteiarbeiter, geformt in der leninistisch-trotzkistischen Tradition. Alles in allem zählte die P. O. U. M. etwa 3 000 Mitglieder.

Nun stellt sich wahrscheinlich im nachhinein dem Leser die Frage, warum wir damals mit diesen Sektoren unsere Zusammenarbeit fortsetzten? Wir versuchten ganz einfach, die historische Chance für Spanien und die europäische Arbeiterbewegung ernstzunehmen. Nicht zuletzt deshalb traten wir für eine wirkliche ‚Volksfront‘ ein. So, wie die Arbeiter in Frankreich nach dem Wahlsieg im April und Mai 1936 von Léon Blum damals spontan auf die Straße gegangen waren, weil sie ihren politischen Sieg in einen sozialen Erfolg verwandeln wollten, so versuchten wir, einen Beitrag zum Widerstand des spanischen Volkes gegen den Franco-Faschismus zu leisten. Denn eins darf man heute nicht vergessen: als am 17. und 18. Juli 1936 große Teile der spanischen Armee putschten, traten zunächst die Arbeiter aller politischen Richtungen den Putschisten spontan entgegen. In den meisten größeren Städten schlugen die Arbeiter damals die Armee und die Gendarmerie. Sie errichteten ihre eigenen Verwaltungen – denn der tradierte Verwaltungsapparat des Staates war zerfallen. Wir glaubten damals an den Lernprozeß der siegesgewillten spanischen Arbeitermasse. Nicht zuletzt deshalb arbeitete ich hart an meiner übernommenen Aufgabe. Ich wollte den Genossen von der P.O.U.M. unsere deutschen Erfahrungen mitteilen.

Schon bald waren die deutschen Kommunisten tonangebend im Lager der ‚Partit Socialista Unitat de Catalunya‘ (PSUC). Das Konzept der späteren SED ist bereits damals in den Auseinandersetzungen in Barcelona von den deutschen Kommunisten begründet worden. Ihr Apparat war damals längst bolschewisiert, das heißt auf Moskau hin ausgerichtet und von dort her finanziert und gesteuert. Außerdem unterstützte die UdSSR die spanische Republik durch Waffenlieferungen und Nahrungsmittel. Während Europa also den Atem anhielt und Solidarität bekundete, handelten die Stalinisten und gewannen ständig an Einfluß in Spanien. Das tragische Scheitern der spanischen Revolution brauche ich hier nicht genauer zu schildern.

Nach meiner Rückkehr nach Frankreich arbeitete ich in Paris am Vorbereitungsausschuß zur Gründung einer deutschen Volksfront mit. Die SAP hatte mich dorthin beordert, meine Aufgaben in Madrid übernahm damals Willy Brandt. Später organisierte ich dann die Flucht von bedrohten Emigranten – durch Franco-Spanien hindurch – nach Lissabon. Ich arbeitete damals eng mit dem amerikanischen Intellektuellen Verian Fry in Marseille zusammen. Eine Reihe von jüdischen Sozialisten aus Paris unterstützten erfolgreich dieses Fluchtunternehmen.

In Lissabon fand ich eine gut funktionierende jüdische Auswanderungsinstitution mit dem Namen ‚Hicem‘ vor. Die ‚Hicem‘-Aktivisten organisierten damals die jüdische Auswanderung in die USA. Sie charterten Schiffe, die von Lissabon aus ausliefen. Zahlreiche bedrohte intellektuelle und politische Emigranten konnten so gerettet werden.

Ende 1941 verließ ich Europa und emigrierte nach Mexiko. Dort traf ich dann u. a. Edo Fimmen, den ehemaligen Generalsekretär der ‚Internationalen Transportarbeiter-Föderation‘ (ITF), und Fritz Bach, den Schwiegersohn von Otto Rühle, der als Mann aus dem Apparat von Willi Münzenberg in Mexiko bereits vor Kriegsausbruch eine Art politischen ‚Vorposten‘ aufgebaut hatte. Interessante Diskussionen führte ich auch mit Otto Rühle, der mir über seine Auseinandersetzungen im Hause Trotzki berichtete.

Damals lernte ich auch die marxistische Psychoanalytikerin Alice Rühle-Gerstel kennen. Last not least traf ich auch Franz Pfemfert, den früheren Herausgeber der literarisch-politischen Zeitschrift ‚Die Aktion‘. Insgesamt fühlte ich mich in Mexiko nie fremd oder isoliert.

Ich habe dann nach kurzer Zeit in der mexikanischen Gewerkschaftspresse unter Pseudonym meine ersten Artikel veröffentlicht. Der Freund, mit dem ich damals zusammenarbeitete, war Raphael Galván, ein Führer des linken Elektrizitätsarbeiter-Verbandes in Mexiko. Er gab eine Zeitschrift mit dem Titel ‚Solidaridad‘ heraus. Eines Tages erschien bei dieser Zeitschrift eine kleine Delegation von Studenten und lud den unbekannten versierten internationalen Mitarbeiter zu einem Vortrag in die Universität ein. Sie hatten offenbar an der Sprache und Gedankenführung meiner Artikel gemerkt – trotz der Verbesserungen, die mein Freund Raphael Galván angebracht hatte –, daß der internationalistisch Beschlagene wohl ein Europäer sein müsse. Diese Erfahrungen halfen mir später bei meiner gewerkschaftspolitischen Tätigkeit bei der IG Metall.

Nach Deutschland kehrte ich erst 1958 zu einer journalistischen Besuchsreise zurück. Dort traf ich mit Otto Brenner, dem früheren SAP-Bezirksleiter in Hannover, zusammen und mit Willy Brandt, dem früheren leitenden Mann des ‚Sozialistischen Jugendverbandes Deutschland‘ (SJVD) der SAP. Bei diesen Gesprächen zeichnete sich bereits in Umrissen meine spätere Tätigkeit bei der IG Metall ab. Anschließend besuchte ich den Stuttgarter Parteitag der SPD.

Hier noch ein kurzer Einschub: Ursprünglich

wollte ich bereits im Jahre 1947, als es noch gar keine Reisemöglichkeiten nach Deutschland gab, über Frankreich nach dort zurückkehren. Mein Entschluß war, und ich teilte dies meiner Frau mit – nachdem unsere damals 20jährige Ehe kinderlos geblieben war –, in Deutschland ein Kind von einer Flüchtlingsfamilie zu adoptieren und nach Mexiko mitzunehmen. Doch noch bevor ich meinen Plan umsetzen konnte, teilte mir meine Frau mit, daß sie schwanger sei. Damals beschloß ich, daß ich nicht eher nach Deutschland zurückgehen würde, bis unsere neugeborene Tochter einigermaßen flügge sei. Als ich im Mai 1958 nach Stuttgart reiste, war unsere Tochter elf Jahr alt, alt genug für den Besuch einer Reformschule in der Bundesrepublik.

Meine Frau hatte ich in den zwanziger Jahren bei den Jungsozialisten in Mannheim kennengelernt. Nach meinem Übertritt zur SAP hatte ich von einem Tag zum anderen meine Verdienstmöglichkeiten als sozialdemokratischer Journalist verloren. Damals begann der „Einsatz“ meiner Frau, ohne den ich meine politische Arbeit nicht hätte fortsetzen können. Im Pariser Exil arbeitete sie – ähnlich wie Rosi Frölich – zeitweilig sogar als Putzfrau. Später in Mexiko eröffnete sie ein Feinschmecker-Restaurant mit dem Namen „Gourmet“. Fünfundfünfzig Jahre lang haben wir unser Leben kameradschaftlich gestaltet. Ohne ihre Hilfe hätte ich diese schwierige Zeit nicht durchgestanden. Von 1961 bis 1973 arbeitete ich dann aktiv in der Vorstandsverwaltung der IG Metall in Frankfurt. Mein Tätigkeitsfeld war die gewerkschaftliche Organisation der ausländischen Arbeiter.

Aus den Akten der Industriegewerkschaften und aus den Gesprächen, die ich später geführt habe, weiß ich, wie die erste Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte vor sich gegangen ist. Angesichts einer starken Abwanderung von schlecht entlohnenden Arbeitskräften aus der bayerischen Landwirtschaft auf bessere Arbeitsplätze in den städtischen Betrieben erfolgte damals ein Hilferuf der bayerischen Landesregierung an die Bundesregierung, zur Rettung der Ernte von 1955 arbeitslose italienische Landarbeiter anzuwerben. Aufgrund unserer jüngsten Geschichte reagierte der CDU-Bundeskanzler Adenauer vorsichtig und schaltete die Gewerkschaften ein. Der DGB und die Bundesregierung arbeiteten damals ein gemeinsames sozialpolitisches Konzept für die Anwerbung ausländischer Arbeiter aus: die Anwerbung sollte auf der Grundlage der bestehenden Lohn- und Tarifsätze bzw. sozialen Versicherungsbedingungen durch die „Anstalt für Arbeitsvermitt-

lung“ erfolgen. Diese Regelung wurde in einem Staatsvertrag zwischen der Bundesregierung und der italienischen Regierung abgesichert. Ähnliche Verträge erfolgten später mit Spanien, mit der Türkei, mit Portugal und Jugoslawien.

Ich hatte die Unsicherheits-Erfahrungen der ausländischen Arbeiter in meinem Exilleben selbst gemacht. Dazu kam die Erfahrung mit den fremden Kulturen. Dies gab mir die Möglichkeit, meine Arbeit bei der IG Metall nicht im engen nationalen Rahmen zu sehen, sondern auf eine europäische Arbeiterbewegung hin auszurichten. Deshalb griff ich einen Vorschlag von Otto Brenner auf, der auf folgender Einschätzung beruhte: Da die Entwicklung in Europa dazu geführt hatte, daß zusätzliche Arbeitskräfte für den einsetzenden Boom beim Wiederaufbau und für die beschleunigte sozialökonomische Expansion benötigt würden, läge es jetzt an den deutschen Gewerkschaften, sich für die gewerkschaftspolitische Erfassung und Orientierung der hereinströmenden ausländischen Arbeiter einzusetzen. Die Rahmenbedingungen waren hierfür seit 1955 günstig. Andererseits gab es jedoch Anfang der sechziger Jahre beim IG Metall-Hauptvorstand



Martin Grottel / Günther Seibel (Hg.)

HOCHSCHULE 2000

Zukunft der Bildung zwischen konservativer Hochschulpolitik und Gegenbewegung

1988, 160 S., 23,5 x 17 cm, br., DM 19,80
ISBN 3-924800-40-5

Die Zukunft von Bildung und Wissenschaft in der Diskussion.
Peter Glotz: Die Krise der Hochschulen und die Malaise der Linken. Michael Daxner: Die Zukunft der Wissenschaft. Rainer Breuer: Hochschule zwischen Elite und Demokratie. Dirk Axmacher: Konservative Hochschulpolitik und Gegenbewegung.

SP
SP-Verlag
Schüren
Deutschhaus-
straße 31
3550 Marburg

Bestellungen:
Direkt beim
Verlag oder
in jeder guten
Buchhandlung

keine Konzepte bzw. geschulten Mitarbeiter für diese Ausländerarbeit. Ich suchte damals Mitarbeiter für die Herausgabe entsprechender Materialien und fand sie auch unter den sozialistischen Studenten in der Frankfurter SDS-Hochschulgruppe. Außerdem arbeitete ich sehr intensiv mit einem italienischen Kollegen zusammen, den mir ein DGB-Kollege aus Frankfurt vermittelt hatte. Schon bald erschienen die ersten IG Metall-Materialien auf Italienisch. Darüber hinaus plante ich Rundfunksendungen für ausländische Mitarbeiter. Der für die Medienpolitik zuständige Berater beim DGB-Bundesvorstand erklärte mir damals: „Auf dieses Gebiet können wir uns nicht begeben. Das ist eine Sache, die bei uns nicht vorgesehen ist.“ Danach begann ich mit Hilfe des IG Metall-Hauptvorstandes, diese Dinge zu verändern. Es entstanden Radiosendungen

und Lehrgänge für ausländische Arbeiter und mehrsprachige Materialien. Unser Ziel war, die Zusammenarbeit der ausländischen Kollegen mit den aktiven deutschen Gewerkschaftern vor Ort. Hierbei setzten wir an den gemeinsamen Erfahrungen im Betrieb auf der Basis von Solidarität und Gleichberechtigung an. Heute hat die IG Metall-Ausländerkonferenz dieselben Rechte, wie die Jugend- oder die Angestelltenkonferenz. Viele ausländische Kollegen sind inzwischen Vertrauensleute, Betriebsräte oder Jugendvertreter. Es gibt aber noch viel zu tun: Besonders dringlich ist die soziale Integration in den Gemeinden und Stadtteilen. Gerade die ausländischen Frauen, die nicht in Betrieb und Gewerkschaft integriert sind, sind ansonsten dazu verurteilt, taubstumm durch die deutschen Lande zu wandeln.“

Über die Zukunft des nationalen Keynesianismus

Ein Gespräch zwischen Tilman Fichter, Peter von Oertzen und Peter Glotz

Prof. Dr. Peter von Oertzen, geb. 1924, niedersächsischer Kulturminister a. D., ist Mitglied des SPD-Parteivorstands und des Vorstands der Friedrich-Ebert-Stiftung. Er leitete seinerzeit die Kommission „Orientierungsrahmen '85“ und gehörte der Kommission unter Leitung von Willy Brandt an, die den „Irseer Entwurf“ eines neuen Grundsatzprogramms erarbeitete. Er gilt als einer der tiefsten Kenner der marxistischen Theoriediskussion in Westeuropa.

(T. F.) In Deinem Artikel „Antikapitalistische Haltung kann das Programm nicht ersetzen“ in der „Frankfurter Rundschau“ vom 31. März 1988 hast Du das Konzept von Peter Glotz, einer gezielten und koordinierten Industrie- und Strukturpolitik folgendermaßen glossiert: „Peter Glotz hat einen verblüffend einfach klingenden Vorschlag gemacht. Der Staat muß langfristige Ziele formulieren, die die

Wirtschaft marktwirtschaftlich abarbeiten muß.“ Ich sehe schon vor meinem geistigen Auge die Vorstände der großen Konzerne mit schweißbedeckten Gesichtern die „Ziele“ einer sozialdemokratischen Regierung „abarbeiten“ – dazu noch „marktwirtschaftlich“. Im Ernst: Alle Versuche, durch das Setzen bloßer „Rahmenbedingungen“ die Investitionspolitik nach Umfang, Art, Zeit und Ort im Allgemeininteresse wirksam zu steuern, sind bisher sehr bald an ihre Grenzen gestoßen und sie müssen es, solange die letzte Entscheidung – durch geltende Wirtschafts- und Rechtsordnung abgesichert – vom Gewinn- und Machtinteresse des Unternehmens bestimmt wird, das mit dem Gemeinwohl eben nicht identisch ist.“ Welche politischen Konsequenzen ergeben sich Deines Erachtens aus dieser Einschätzung für die zukünftige sozialdemokratische Reformpolitik? Vergesellschaftung der großen Industrien, Banken und Versicherungen und ihre Steuerung und Lenkung durch ein vom Parlament kontrolliertes Industrieministerium? Oder plädiert Du eher für eine räteähnliche Selbstbestimmung der Facharbeiter, Angestellten und technischen Intellektuellen in den vergesellschafteten Großbetrieben? Die kleineren und mittleren Unternehmungen sollen ja – wenn ich Deine Ausführungen richtig erinnere – sowieso nicht angetastet werden. Im selben Artikel schriebst Du außerdem: „Die... freie Unternehmerinitiative und der Wettbewerb auf dem Markt sind in weiten Bereichen unserer Wirtschaft unverzichtbar.“ In welchen



Bereichen sollte Deines Erachtens eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik auf freie Unternehmerinitiative verzichten?

(P. v. O.) Also zuvor muß ich sagen, diese Auseinandersetzung mit Peter Glotz ist natürlich bewußt polemisch – bis hin zur sarkastischen Karikierung. Aber richtig ist, daß meiner Überzeugung nach in der Tat die Setzung von Rahmenbedingungen, die ich für wichtig und unverzichtbar halte – z. B. auf dem Gebiet der Umweltpolitik, hier das Beispiel Chemische Industrie – nicht ausreicht. Es gibt einen Bereich der entwicklungs- und strukturbestimmenden Investitionen der Groß- und Riesenunternehmen, der nicht allein durch die Setzung von Rahmenbedingungen beeinflusst werden kann. Und für die – sagen wir einmal – Investitionsfreiheit, die diese Unternehmen heutzutage genießen, sind die staatlichen und rechtlichen Einschränkungen ihrer Handlungsfreiheit Nadelstiche. Genauso wie die geltende Steuergesetzgebung für sie nur Nadelstiche darstellt, denen sie sich ohne Schwierigkeiten entzie-

*Peter von Oertzen, Tilman Fichter und Peter Glotz
(von r. nach l.)*

Fotos: Frank Durchinger

hen kann. Alles das ändert nichts daran, daß im Prinzip die großen Unternehmensentscheidungen der nationalen und multinationalen Konzerne nach Gesichtspunkten einer weltweiten Strategie erfolgen, auf die die staatliche Politik im Augenblick so gut wie überhaupt keinen Einfluß ausübt. Und zwar nach Gesichtspunkten, die nicht im geringsten am sogenannten Gemeinwohl oder am sozialen Interesse oder am sozialen Fortschritt oder auch an der Ökologie orientiert sind, sondern nur an der Macht und/oder dem Gewinninteresse ihrer großen Konzerneinheit. Und die Frage ist, ob es nicht möglich ist, diese Investitionsentscheidung in Richtung auf gesellschaftlich akzeptierte, notwendige Gemeinschaftsinteressen hin zu orientieren. Das erfordert meiner Überzeugung nach nicht a priori die Verge-

sellschaftung. Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, daß man die großen und Riesenunternehmen dazu verpflichten könnte, ihre nicht investierten Gewinne, die heute entweder in Rückstellungen oder Pensionsrückstellungen, aber auch im Kapital-export oder in ausländischen Immobilienanlagen oder in der Finanzspekulation auf dem internationalen Kapitalmarkt angelegt werden, im nationalen Rahmen in einer kontrollierbaren Art und Weise zu marktüblichen Zinsen anzulegen, und dann der öffentlichen Hand die Aufgabe überträgt, in Kombination mit wissenschaftlichen Fachkräften, mit Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer diese Kapitalien sinnvoll auf nationaler – unter Umständen auch auf internationaler (z. B. 3. Welt) – Ebene in gesellschaftlich notwendige Investitionen anzulegen. Die entscheidende Frage der Kritik des kapitalistischen Mechanismus liegt ja nicht in der Kategorie der Ausbeutung – das ist eine demagogische und emotional belastete Kategorie –, sondern die entscheidende Frage ist, wer nach welchen Gesichtspunkten über Zeitpunkt, Ausmaß, Richtung und qualitative Gestaltung der großen entwicklungs- und strukturbestimmenden Investitionen entscheidet. Ich will ein kleines Beispiel nennen: Die Frage, ob Daimler-Benz ein Zweigwerk in Rastatt oder in Niederbayern-Oberpfalz, im Bayerischen Wald oder in Bochum oder in Ostfriesland errichtet, ist keine Frage der oft berufenen Mindestrendite für das Kapital. Daimler-Benz würde in jedem Fall nicht Pleite gehen. Es ist eine Frage der Orientierung an der Höchstrendite. In Rastatt ist das einfach die profitabelste Möglichkeit von allen. Aber andere Möglichkeiten wären auch profitabel, wenn auch nicht so profitabel. Und wer entscheidet, ob ein Konzern – hier der zweitgrößte deutsche Industriekoncern Daimler-Benz – nach gesellschaftlichen Gesichtspunkten investiert oder ausschließlich nach den Gesichtspunkten der Profit- und Machtinteressen eben dieses Konzerns? Im Augenblick ist das völlig klar; es entscheidet der Unternehmensvorstand; und die Politik rennt mit hechelnder Zunge hinterher und schiebt die 100 Mio. DM verlorene Subventionen aus dem Landeshaushalt – das heißt aus dem Geld der Steuerzahler – von Baden-Württemberg noch hinterher – mit Verlaub zu sagen hinten hinein. Und meine Frage ist, ob sich an diesem Zustand nicht etwas ändern läßt.

(P. GL.) Ich bleibe bei meiner Formulierung, daß man Rahmenbedingungen setzen muß und daß die dann marktwirtschaftlich abgearbeitet werden können, daß der Staat aber langfristige industriepoliti-

sche Ziele formulieren muß. Ich nehme das klassische Beispiel Umweltpolitik – Japan hat das übrigens als gut kapitalistische Gesellschaft vorerzogen. Ich nehme den „Katalysator“, den man konkret vorgegeben hatte. Bei der Vergabe bestimmter Abgaswerte hätte die Industrie ganz marktwirtschaftlich sehr viel bessere Lösungen erarbeitet als die Katalysator-Vorgaben, die stolpernd der Innenminister Zimmermann vorgegeben hat und mit denen er letztlich dann mehr oder weniger gescheitert ist. Insofern glaube ich, daß es die Notwendigkeit staatlicher Zielvorgaben gibt; wobei der Staat dann mutiger sein muß, als er es jetzt ist und auch als er es zur Zeit der sozial-liberalen Koalition war. Daß wir zur Zeit internationalen Konzernen keine ausreichenden Vorgaben machen können, das will ich ausdrücklich unterstreichen, da hat Peter von Oertzen recht. Nur ist das ja meine These vom geringen selbständigen nationalen Handlungsspielraum in der Ökonomie. Wir sind nicht auseinander, wenn wir über die Frage sprechen, ob man nicht-investierte Gewinne besser besteuern kann; ich habe den konkreten Vorschlag einer Geldvermögensbesitzsteuer im Quellenabzug kürzlich gemacht. Das kann man machen – wenn man intelligent genug ist und wenn man durchsetzungsfähig genug ist, zum Thema „Rastatt“: Die Frage ist, was passiert, wenn die Spanier entsprechende Subventionen geben. Das heißt also, wir müssen nicht nur auf ein Land – wie die Bundesrepublik – schauen, sondern auf den gesamten europäischen Markt schauen; inzwischen müssen wir bei modernen Kommunikationstechniken mitberücksichtigen, daß unter Umständen auch Billiglohnländer als Standorte – nicht für alle Produktionen – in Frage kommen. Die moderne Informationstechnik macht ja eine Trennung von Entwurf, Verwaltung und Produktion möglich; in der Zeitungstechnik ist das schon realisiert. Ich verlange selbstverständlich nicht, daß wir uns an den Bedingungen von Billiglohnländern orientieren; ich sage nur: Wir müssen dann – wenn wir als Staat sagen, die oder jene Subventionen geben wir nicht – genau abchecken, wann es lukrativer wird, mit Hilfe von CAD aus Hamburg Entwürfe per moderner Kommunikationstechnik nach Portugal hinüberzuspielen, die dann dort realisiert werden. Wenn man das verhindern kann – und ich glaube, in vielen Branchen, bei vielen Produkten kann man das verhindern –, gibt es zwischen Peter von Oertzen und mir keinen Streit. Prinzipiell allerdings bleibt eine Kontroverse: Wir haben eh schon zu wenig innovative Unternehmer, nicht zu viel. Durch die mir bisher bekannten Modelle der

„Investitionslenkung“ wird man deren Zahl nicht vermehren. Ich baue auf Korporatismus: starke Gewerkschaften, innovative Unternehmer und einen Ziele definierenden Infrastruktur-Staat.

(T. F.) In Deinem Plädoyer für einen „Neuen Reformismus“ hast Du 1984 den Charakter des politischen Systems in der Bundesrepublik folgendermaßen beschrieben: „Die politische Herrschaft beruht nicht mehr auf Ungleichheit, Willkür und offener Unterdrückung, sondern auf der freiwilligen Zustimmung freier Bürger in der parlamentarischen Demokratie. Allerdings helfen die ökonomischen Mächtigen durch außerparlamentarischen Druck, Lobbyismus und wirksame Propaganda dieser Zustimmung nach; aber im Prinzip wäre die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Klassenherrschaft im Staat des allgemeinen und freien Wahlrechts nicht möglich, wenn nicht auch große Teile der Arbeiterklasse im Grunde davon überzeugt wären, daß der Kapitalismus die beste aller möglichen menschlichen Welten wäre.“ Ist nicht eine wesentliche Ursache für diese Konstellation, besonders auch in Westdeutschland, der Stalinismus bzw. Poststalinismus in der UdSSR und in Ost- und Mitteleuropa? Die Entfaltung der Produktivkräfte in Westeuropa trägt dann noch das Ihrige zu dieser Sogwirkung des westeuropäischen Kapitalismus bei. Wie werden sich bei uns aber die sozialen Auseinandersetzungen verändern, falls der neue Generalsekretär der UdSSR, Michail Gorbatschow, seine Reformen von oben schrittweise gegen die poststalinistische Bürokratie durchsetzt und im Westen die wirtschaftlichen Krisen periodisch wiederkehren und die Massenarbeitslosigkeit anhält?

(P. v. O.) Ich bin in einer gewissen Differenz zu Deiner Analyse der Meinung, daß der Hauptgrund für den Verzicht der großen Mehrheit der sozialdemokratisch-sozialistischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in Westeuropa auf eine prinzipielle Systemänderung nicht durch das abschreckende Beispiel des real existierenden Sozialismus bedingt ist, sondern ich glaube vielmehr, daß diese Skepsis oder Ungläubigkeit gegenüber sozialistischen Alternativen in der erstaunlichen – und nach 1945 so von niemandem erwarteten – Leistungsfähigkeit und Überlebensfähigkeit des Kapitalismus selbst begründet liegt. Diese Überzeugung, daß im Grunde das kapitalistische Wirtschaftssystem unter den gegebenen Umständen das beste aller möglichen – möglich muß hier betont werden – Wirtschaftssysteme ist, könnte nur erschüttert werden durch die sich ausbreitende Erkenntnis, daß große, von den



Menschen als entscheidend empfundene gesellschaftliche Probleme durch dieses Wirtschaftssystem nicht gelöst werden können. Das wären zum Beispiel: Die Unfähigkeit, das Problem der Umweltzerstörung zu lösen oder die Unfähigkeit, das Problem der Massenarbeitslosigkeit zu lösen – um nur zwei Beispiele zu erwähnen. Insoweit ist die Frage der inneren Entwicklung des Systems des real existierenden Sozialismus für mich nicht die ausschlaggebende; trotzdem sind die Auswirkungen dieser Entwicklung auch in meinen Augen ein wichtiges Problem. Wenn es – was ich, wie ich ganz offen sage, eher bezweifle als glaube – der Reformgruppe um den derzeitigen Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Gorbatschow, gelingen würde, dieses System wirklich substantiell zu demokratisieren und damit sowohl die kulturell-politische Rückständigkeit als auch die ökonomische Ineffizienz des sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zu überwinden, dann allerdings würde dem westeuropäischen System des sozialstaatlich abgefederten Kapitalismus ein bedrohlicher Konkurrent erwachsen. Denn dann würden alle ideologischen Argumentationen gegen jede Politik, die sich etwa am sowjetischen Vorbild orien-

tierte, an Wirkungskraft verlieren. Aber ich muß zugeben, daß ich noch nicht sehe, daß die sowjetische Reformpolitik in diese Richtung geht. Ich will es einmal schlagwortartig sagen: In dem Augenblick, in dem der real existierende Sozialismus sich demokratisierte, den Beweis erbrächte, daß es möglich ist, auf der Basis voller kultureller Freiheit, des vollen politischen Pluralismus und der politischen Demokratie ein planwirtschaftliches System ins Leben zu rufen und funktionsfähig zu erhalten, in dem Augenblick wäre natürlich eine völlig neuartige politische Alternative für Westeuropa entstanden. Aber das scheint mir im Augenblick noch weit in der Zukunft zu liegen – wenn es überhaupt je Realität werden wird.

(P. Gl.) Ich will es hart formulieren: Ich halte die Hoffnung, daß Gorbatschow ein ökonomisches System bei sich durchsetzt, das den Menschen sicherer und wohlstandsmehrender erscheint als im Westen, trotz der periodisch wiederkehrenden Krisen im Kapitalismus für absurd. Gorbatschow reformiert ein bröckelndes Reich. Polen ist so verschuldet wie Brasilien, Rumänien ist kaputt, Jugoslawien steht vor dem Kollaps, Ungarn ist in einer sehr komplizierten Situation; lediglich Bulgarien und die Tschechoslowakei sind zwar technisch rückständige, aber einigermaßen funktionierende Volkswirtschaften – und die DDR ist der Einäugige unter ziemlich Blinden. In einer solchen Situation scheint es mir ganz unwahrscheinlich, daß Gorbatschow dieser Durchbruch gelingen könnte. Ich ende mit einer Anekdote: Kürzlich war ein ungarischer Wirtschaftsprofessor bei mir und hat ernste Bedenken vorgetragen: Der Irseer Entwurf, das neue Grundsatzprogramm der SPD sei zu wenig marktwirtschaftlich. Das heißt, da gibt es inzwischen Hoffnungen auf eine Art von Marktwirtschaft, die unsreiner, der in einer Marktwirtschaft seit Jahrzehnten lebt, nicht teilt – euphorische Hoffnungen, und zwar weil vielen von denen dort ihr eigenes System so absurd erscheint, daß sie sich an unseres, das wir nun unsererseits wieder kritisieren, klammern. Von daher glaube ich, daß das Gegenbild eines Gorbatschowschen Reformkommunismus in den nächsten Jahren und Jahrzehnten, die wir überschauen können, nicht in der Lage sein wird, die westlichen Marktwirtschaften in Frage zu stellen.

(T. F.) Bei der Neulektüre Deines „Manifest für eine neue Europäische Linke“ aus dem Jahre 1985 fiel mir auf, daß Du damals weitgehend auf eine differenzierte ökonomische Analyse verzichtet hast. Mit anderen Worten: Wo bleibt Deine Kapitalismuskritik?

(P. Gl.) Wenn man Kapitalismuskritik übt, muß man sich fragen, was will man an die Stelle des Kapitalismus setzen. Ich will ein paar Beispiele ganz konkret nennen. Ich glaube, was wir zuerst machen müssen, ist eine Kritik des Finanzkapitals; da müssen wir in der Tradition Hilferdings weiterdenken. Wenn ich eine Kritik an der Linken in der SPD habe, dann die, daß es konkrete Vorschläge zur Veränderung sowohl des nationalen wie des internationalen Bankensystems überhaupt nicht gibt. Selbst in den Vereinigten Staaten gibt es eine Trennung von Kredit- und Anlagegeschäft; dort sind „broker houses“ etwas anderes als Einlage- und Kreditbanken. Wir reden zwar über allerhand Probleme, konkrete Vorschläge zu diesen Fragen, national zu unserem Bankensystem, international zur Reform von Weltbank, IWF und der gesamten makroökonomischen Regulation gibt es nicht. Zweitens: Ich glaube, wir müssen eine staatliche Industriepolitik machen, die Ziele setzt und Staat, Wirtschaft, Gewerkschaften – also sozusagen „Tripartismus“ – miteinander in Kommunikation bringt. Drittens: Wir müssen die Mitbestimmung verstärken, beispielsweise bei der Einführung neuer Technologien; wobei ich allerdings glaube, daß der Unternehmer der Unternehmer bleiben muß, aber daß gleichzeitig es erhebliche Verstärkungen der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Betriebsräte geben muß. Ich denke viertens: Wir müssen unsere Steuerpolitik verändern; wenn wir Dienstleistung künftig fördern wollen, wenn wir die Exportorientierung unserer Wirtschaft ein Stück relativieren wollen, dann ist es notwendig, neue Steuermechanismen zu entwickeln. Und ich weise fünftens auf eine schwedische Idee hin, die wage-earner funds, das heißt also: Das System des Mitbesitzes an großen Unternehmen. Die Schweden haben eigene Kapitalsammelstellen begründet, kollektive Fonds, die uns in die Lage versetzen würden, nicht wilde Lohnerhöhungen zu fordern, die anschließend wieder wilde Preiserhöhungen mit sich bringen und auf die Dauer dann zu Gewinnexplosionen führen, sondern die es ermöglichen würden, die Arbeiter stärker zu machen, aber einen Teil des Geldes im Unternehmen zu lassen. Ich erinnere an das Jahr '73, wo die ÖTV plötzlich 10 Prozent Zuschlag durchgesetzt hat. Das haben die Unternehmer alles zurückgeholt; heute ist die Lohnquote wieder auf dem Stand von 1970. Wenn man das damals in den Unternehmen hätte stehen lassen und Modelle des Mitbesitzes gehabt hätte, dann hätte man die brutale Bremsung durch die Bundesbank im Jahre 1975 verhindern können. Philip Rosenthal hat sein ganzes politisches



Mit 172 Zielen in 83 Ländern ist Lufthansa einer der gelagtesten Weggelährten der deutschen Wirtschaft.

Zugvogel der deutschen Wirtschaft.

 **Lufthansa**

Leben für dieses Konzept gekämpft – vergeblich. Das alles also sind Elemente eines regulierten Kapitalismus, die ich für schrittweise durchsetzbar halte. Wenn ich das ganze Ensemble von Maßnahmen, die ich gerade genannt habe, bedenke, dann ist es immer noch eine reale Utopie; das heißt, ich sehe keine CDU/CSU, keine FDP, mit denen man das heute durchsetzen könnte – alles miteinander. Aber das wäre ein Zielpunkt.

(T. F.) Peter, was hältst Du von diesem Konzept eines regulierten Kapitalismus?

(P. v. O.) Ich würde mich nicht auf die Formulierung „regulierter Kapitalismus“ einlassen, denn in dem Augenblick, in dem die hier vorgeschlagenen Regulationsmechanismen wirklich greifen, wäre es kein Kapitalismus mehr. Ich greife die drei Punkte auf: Mitbestimmung, hier insbesondere Mitbestimmung bei der Entscheidung über wissenschaftlich-technische Innovationsprozesse. Peter Glotz hat beiläufig gesagt, der Unternehmer oder die Unternehmensleitung müßten natürlich Unternehmensleitung bleiben. Da steckt genau der Pferdefuß des Konzepts: Entweder die Arbeitnehmerschaft – in welcher Form auch immer, über die Details wollen wir hier nicht streiten, da gibt es ja auch unterschiedliche Modelle – hat durch Vetorecht oder durch wirkliche paritätische Mitbestimmung die Möglichkeit, entgegen dem ursprünglichen Willen und den ursprünglichen Planungen der Kapitaleigner und der Unternehmensleitungen die Richtung der wissenschaftlich-technologischen Entwicklung – und damit auch der Richtung der Investitionspolitik – denn die meisten Investitionen richten sich ja heute auf wissenschaftlich-technologische Neuerungen – zu bestimmen, dann wird damit das Problem aufgeworfen, das wir vor 10 oder 15 Jahren unter dem Stichwort Investitionslenkung diskutiert haben. Und dann geht es um die Frage: Ist das ernstgemeint? Wenn den Arbeitnehmern im Grunde nur die Kompetenz zugestanden wird, gewisse Entwicklungen zu verzögern, sie sozial abzufedern, aber nicht die Unternehmensentscheidungen wirklich zu beeinflussen –, dann ist das ganze für die Katz, es ändert am System und an den immanenten Konsequenzen des Systems nichts. Wenn der Arbeitnehmerschaft innerhalb des Betriebes und auch gesamtgesellschaftlich über irgendwelche überregionalen Mitbestimmungsinstitutionen eine solche Möglichkeit wirklich gegeben wird, dann dürfte eine solche Arbeitnehmermitbestimmung natürlich nicht nur punktuell betrieblich oder branchenmäßig orientiert sein, sondern müßte sich auch an irgendeiner Art

von gesamtgesellschaftlichen, nicht immer mit den Unternehmensinteressen übereinstimmenden Konzepten orientieren; und dann stellt sich die Frage einer realen – mindestens – Rahmenplanung der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung. Ich sage nur das: Mitbestimmung in technologischen Entwicklungen, das heißt in einem Zentralbereich der Investitionen beim Wort genommen, ist die Forderung nach Planwirtschaft – wenn auch begrenzter und auf Rahmenbedingungen orientierter Planwirtschaft.

Der zweite Punkt ist Steuerpolitik: In dem Augenblick, in dem Du – etwa in den radikaleren Vorschlägen aus sozialdemokratischen Reihen – nicht investierte Gewinne wirklich wegsteuerst und sie beispielsweise einem staatlichen Investitionsfonds oder einer staatlichen Investitionsbank zuführst, dann substituierst Du der Unternehmensentscheidung, die nicht mehr getroffen werden kann, weil ihr die disponiblen Mittel weggesteuert werden, eine öffentliche Investitionspolitik. Das heißt: Du setzt an diesen Punkt den Mechanismus der kapitalistisch begründeten einzelunternehmerischen Entscheidung außer Kraft.

Drittens Arbeitnehmerfonds: Für die gilt dasselbe; entweder sind die Arbeitnehmerfonds so begrenzt wie in Schweden, daß sie im Grunde an der entscheidenden Position der privatwirtschaftlichen Investitionsentscheidungen nichts ändern, oder aber sie sind – wie die ursprünglichen Pläne Meidners in Schweden es vorgesehen haben – so, daß irgendwann einmal perspektivisch die Arbeitnehmerschaft sogar die Mehrheit des gesamten Kapitaleigentums besitzen kann. Dann ist das im Grunde eine sublimale und langfristige Form der Entprivatisierung oder Sozialisierung des Eigentums an den Produktionsmitteln. Und dann ist auch wieder die Frage, nach welchen Gesichtspunkten, aufgrund welcher Daten wird nun diese öffentlich verantwortete oder durch die Gewerkschaften beeinflusste Investitionspolitik dieser Arbeitnehmerfonds betrieben.

Und in diesem Zusammenhang darf ich aus der Schrift von Peter Glotz „Manifest für eine Europäische Linke“ zitieren. Er sagt dort, es gebe nur die Alternative, entweder eine schrittweise Stärkung unterschiedlicher Kraftzentren der Linken zu stabilisieren oder aber eine tiefgehende Veränderung in der Eigentums- und Machtstruktur der Wirtschaft vorzunehmen. Ich halte das für eine falsche Alternative. Ich glaube auch, daß man punktuelle Kraftzentren der Linken stabilisieren muß – aber um die bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen zu verändern – punktuell. Seine Antwort ist aber, daß,

wenn man die Eigentums- und Machtstruktur der Wirtschaft wirklich verändern wolle, daß man dann nicht auskäme ohne gewaltsame, entkräftende, die europäischen Länder insgesamt herabdrückende Klassenauseinandersetzungen, und die sollten seiner Meinung nach vermieden werden. Ich fürchte, daß die Alternative, vor der wir stehen, eine andere ist: Entweder wir ergreifen Maßnahmen, die an den wirklichen ökonomischen Machtverhältnissen nichts Wesentliches ändern. Oder wir ergreifen Maßnahmen – auch punktuell –, die an den Machtverhältnissen etwas ändern; und dann kommen wir um diese kräfteverzehrenden Klassenauseinandersetzungen nicht herum. Aber das ist jetzt eine politisch-strategische Frage und nicht mehr eine ökonomische.

(P. Gl.) Wir sind hier an einer entscheidenden Frage, nämlich dem Transformationsproblem. Das heißt: Wie lassen sich Machtstrukturen punktuell verändern, um unter Umständen am Schluß prinzipiell verändert zu sein? Oder wird der große Sprung ins Dunkle verlangt, indem eine Machtauseinandersetzung riskiert wird, wie sie Salvadore Allende in Chile riskiert hat, mit dem bekannten, von Enrico Berlinguer analysierten Ergebnis? Nun ist das ja wohl kein Streit zwischen Peter von Oertzen und Peter Glotz. Wir sind beide für punktuelle Veränderungen der Macht. Dies werden nach wie vor Klassenauseinandersetzungen sein, sie werden schmerzhaft sein, und sie werden langwierig sein. Aber der alte Zentralangriff, den sich die Linke einmal vorgestellt hat – ich nehme als Beispiel die Wirtschaftspolitik der französischen Regierung im Jahre 1981 – der ist gescheitert; diesen Weg kann ich nicht erneut empfehlen. Im übrigen kann man selbstverständlich vergleichen: Die Grundidee, die Meidner hatte, als er die Fonds vorschlug, und das, was zum Schluß unter Olaf Palme herausgekommen ist – man kann sagen, das, was Meidner ursprünglich vorgeschlagen hat, war schöner. Mag sein. Auf der anderen Seite aber wird uns ja niemand ersparen, daß zwischen dem, was man sich wünscht, und dem, was man durchsetzen kann, eben genau diese Differenz existiert. Und ich würde auch das Konzept Meidners, das ursprüngliche Konzept – das heißt also: Auf der einen Seite kollektive Fonds, die von den Gewerkschaften kontrolliert werden, und auf der anderen Seite nach wie vor existierende private Banken – für sehr viel demokratischer, vernünftiger und effizienter halten als jede Form von zentral geleiteter Wirtschaft. Ich will noch ein konkretes Beispiel sagen, was die Mitbestimmung betrifft: In Nürnberg hat die IG Metall

um Gerd Lobodda bei Grundig Produktkommissionen durchgesetzt, paritätisch besetzt, wo man gemeinsam über neue Produkte redet und neue Produktlinien entwickelt. Das halte ich für ein zukunftsorientiertes Modell, die Entwicklung sogenannter Beschäftigungspläne, die weit über Sozialpläne hinausgehen. Das heißt: Ich glaube, wir müssen runterkommen von Jahrzehnte alten prinzipiellen Auseinandersetzungen – wie die über „Investitionslenkung“ – und müssen solche Ideen entwickeln. Der Vorwurf, den Peter von Oertzen nun nicht aufgegriffen hat, den ich an die Linke habe, der ist, daß beispielsweise in der Auseinandersetzung mit dem Finanzkapital konkrete Vorschläge der deutschen SPD seit 20 Jahren ausgeblieben sind – es gibt keine. Ich nenne als Beispiele: Einen zweiten Markt für Risikokapital, die kleine Aktiengesellschaft, Offenlegung von Beteiligungen, Begrenzung von Beteiligungen, die Frage des Börsenzugangsrechts; an diese konkreten Fragen hat sich die Linke seit Jahrzehnten nicht herangewagt.

(P. v. O.) Also der letzten Bemerkung, daß es der Linken an konkreten Alternativen fehlt, kann ich leider nur uneingeschränkt zustimmen. Es wird die Aufgabe des nächsten Jahres oder der nächsten 1 1/2 Jahre bis zur Formulierung eines Wahlprogramms für die Bundestagswahlen 1990 sein, diese Lücke auszufüllen. Daß die konkreten Möglichkeiten, mit denen es gelingen könnte, die ökonomische Entwicklung besser zu steuern als bisher, im Augenblick noch fehlen, ist unbestreitbar. Ich muß allerdings generell sagen, daß von einem Zentralangriff oder Frontalangriff auf das Kapital – wie in Schriften von Peter Glotz an anderer Stelle gesagt wird – bei mir keine Rede sein kann. Auch mir schwebt nicht etwa eine pauschale Lösung vor, sondern ein konkreter Zugriff auf die Verfügungsmacht, z. B. in der Form, daß man nichtinvestierte Gewinne steuerlich abschöpft oder zu marktüblichen Zinsen in eine öffentliche Kreditanstalt verlagert. Im übrigen muß man ja bei den Eigentumsrechten unterscheiden zwischen den Verfügungsrechten über die Richtung der Investitionen auf der einen Seite und dem Recht, daraus eine gewisse Rendite zu beziehen auf der anderen Seite. Das sind zwei verschiedene Dinge. Und die Frage, wie man die abgezweigten Kapitalien dann sinnvoll gesellschaftlich nützlichen Investitionszwecken zuführt, wäre davon getrennt zu beantworten.

Ich kann nicht akzeptieren, daß die Politik der Regierung Allende in Chile so etwas gewesen sei wie ein „großer Sprung ins Dunkle“. Man kann – nachträg-

lich betrachtet – bezweifeln, ob die ökonomische Politik der Regierung Allende angemessen und realistisch gewesen ist. Die haben versucht, die Ausschöpfung der brachliegenden Kapazitäten mit einer Ausdehnung der Massenkaukraft der ärmeren und ärmsten Bevölkerungsschichten zu verbinden. Und dann ist der Punkt erreicht worden, an dem dieses Gleichgewicht ins Schwanken geraten ist. Im übrigen waren die politischen Verhältnisse, die Mehrheitsverhältnisse im chilenischen Parlament so, daß eine wirklich durchgreifende, verfassungsmäßig abgesicherte Lösung der ökonomischen Probleme nicht möglich war – die UNIDAD POPULAR hatte ja im chilenischen Parlament keine Mehrheit. Insofern ist auch das chilenische Experiment kein Beweis gegen den parlamentarischen Weg zum Sozialismus, wie häufig von linksradikaler Seite gesagt worden ist. Und die entsprechenden opportunistischen Konsequenzen des „compromesso storico“ der PCI sind – meiner Meinung nach – nicht begründet. Und die Frage, ob es nicht möglich gewesen wäre, durch eine kombinierte Aktion der Basis und der staatlichen Gewalt die putschbereiten militärischen Organisationen im Sommer 1973 prohibitiv zu zerschlagen, wollen wir offenlassen; ich bin mir nicht sicher, ob nicht eine energische und „revolutionäre“ Verhaltensweise der Regierung Allende dem Putsch hätte zuvorkommen können. Aber viel wichtiger ist der Einwand mit Frankreich. Ich sag es einmal ganz polemisch zugespitzt: Die französische Politik der Parti Socialiste im Jahre 1981 ist nicht daran gescheitert, daß sie so war, wie sie war. Sie ist daran gescheitert, daß sie ihre eigenen Ansätze nicht radikal und nicht konsequent genug durchgesetzt hat. Sie hat aus den von ihr formell besetzten wirtschaftlichen Machtpositionen im Bankenwesen und in der verstaatlichten Industrie nichts gemacht. Sie hat die Möglichkeiten, auch innerhalb des Europäischen Marktes die nationale französische Wirtschaftspolitik stärker zu akzentuieren, nicht genutzt. Und im übrigen hat natürlich die Politik der Regierung Schmidt alles getan, um die Wirtschaftspolitik des Präsidenten Mitterrand und der französischen sozialistischen Regierung zu sabotieren. Es besteht ja kein Zweifel daran, daß der kapitalistische Politiker Giscard d'Estaing dem sozialdemokratischen Kanzler Helmut Schmidt wesentlich näher stand als der sozialistische Präsident Mitterrand. Tatsache ist aber, daß die ökonomischen Bedingungen der französischen Volkswirtschaft so waren, daß eine vergleichsweise Politik in der Bundesrepublik Deutschland betrieben, nicht in diesem

schrecklichen Umfang zu scheitern brauchte. Der entscheidende Punkt ist ja gewesen, daß die französische Politik einen Nachfrageschub von schätzungsweise 30 bis 40 Mrd. Francs erzeugt hat; durch öffentliche Aufträge für die rückständige öffentliche, im Staatsbesitz befindliche französische Industrie und zweitens durch Erhöhung der Mindestlöhne und Verbesserung der sozialen Leistungen, d. h., durch eine erhebliche Erhöhung des Einkommens der untersten Schichten. Der auf diese Art und Weise erzeugte Nachfrageschub ist nun nicht etwa auf den französischen Markt gegangen, sondern aufgrund der unzulänglichen Leistungsfähigkeit der französischen Volkswirtschaft überwiegend ins Ausland. Ein vergleichsweiser Nachfrageschub für die unteren Einkommensgruppen in der Bundesrepublik Deutschland würde hingegen überwiegend auf dem deutschen Markt landen; die Gefahr eines erheblichen Inflationsschubes würde in der Bundesrepublik Deutschland auch nicht in dem Umfang bestehen, weil die angesichts großer Arbeitslosigkeit unausgelasteten Kapazitäten eine Preissteigerung nicht erforderlich machen würden. Und darüber hinaus ist die französische PS-Politik ja daran gescheitert, daß sich schlagartig eine extrem negative Handels- und Zahlungsbilanz in Frankreich entwickelt hat und der Franc damit international währungspolitisch unter Druck geraten ist. Dies wäre für die Deutsche Mark in gar keiner Weise ein Problem; wir haben einen solchen extremen Handelsbilanzüberschuß und auch eine positive Zahlungsbilanz, daß eine Verringerung unseres Überschusses ökonomisch eigentlich eher positiv wäre. Das heißt also, eine Politik, wie sie die Franzosen betrieben haben, brauchte auch rein ökonomisch betrachtet in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt nicht zu scheitern. Ich sage das nur beiläufig, weil – wie ich finde – das pauschale Aburteil über das Scheitern der französischen sozialistischen Politik im Jahre 1981/82 manchmal die Unterschiede der ökonomischen Bedingungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland nicht genügend berücksichtigt. Und noch einmal prinzipiell gesagt: Von einem Zentralangriff oder Frontalangriff auf das Kapital rede auch ich nicht. Nur irgendeinen Angriff auf die Machtstellung des Kapitals an irgendeiner strategischen Stelle, den halte ich allerdings für nötig.

(P. Gl.) Ich halte jetzt erst einmal fest: Nichts ist ein „Beweis“. Selbstverständlich ist die Sowjetunion keine Widerlegung irgendeiner zentral geleiteten Wirtschaftstheorie; und auch Chile ist kein Beweis

dafür, daß man kapitalistische Gesellschaften nicht in sozialistische demokratisch überführen kann. Allerdings: Für pragmatische Politiker bietet die Geschichte gewisse Orientierungspunkte. Und ich glaube in der Tat, daß es beschämend ist für den demokratischen Sozialismus in Europa, daß der italienische Kommunist Berlinguer der einzige war, der offen auszusprechen wagte, welche praktischen Fehler Allende und insbesondere seine Sozialistische Partei – weniger die Kommunistische Partei – innerhalb der Unidad Popular gemacht haben. Das Ergebnis waren halt töpfschlagende Frauen der Mittelschichten, die über die Straßen Santiagos liefen und den Sozialismus beendet haben – oder jedenfalls das Signal zur Beendigung gaben. Und ich möchte gerne daraus lernen.

(T. F.) Der CIA war auch daran beteiligt.

(P. G.) Der CIA ist an vielem beteiligt.

(P. v. O.) Gegen Verschwörungstheorien habe ich etwas.

(P. Gl.) Und was nun Frankreich betrifft, bin ich wirklich der Meinung, daß der Versuch der Preiskontrollen und Kapitalverkehrskontrollen in dem historischen Zustand, in dem wir uns heute befinden – im prekären Prozeß einer Internationalisierung und Verselbständigung der Geldwirtschaft, nach dem Zusammenbruch der Bretton-Woods-Institution von 1973 –, nicht-taugliche Mittel sind. Was Frankreich uns lehrt, ist der Zusammenbruch des nationalen Keynesianismus. Zwar ist unbestreitbar, daß Helmut Schmidt nicht an das französische Experiment geglaubt hat und er deswegen auf der Seite Giscard stand. Aber es war doch nicht Helmut Schmidt, der das ganze unmöglich machte. Das Experiment ist gescheitert an dem Versuch, in einer nationalen Volkswirtschaft völlig anders zu steuern als alle anderen um sie herum. Dies ist für mich der Beweis, daß eine Europäisierung der Politik unbedingt notwendig ist.

(P. v. O.) Den Satz, daß der nationale Keynesianismus sich erschöpft habe, halte ich als generellen Satz für falsch. Es kommt dabei auf die Stärke und Leistungsfähigkeit der jeweiligen nationalen Volkswirtschaft an. Ich will noch einmal ganz scharf und zugespitzt sagen: Eine Politik, wie die der französischen Regierung der Parti Socialiste 1981/82 brauchte unter den Bedingungen der Produktionsstruktur, der ökonomischen Leistungsfähigkeit und der internationalen währungspolitischen Stärke der Deutschen Mark in der Bundesrepublik Deutschland nicht zu scheitern. Kurz: Die Bundesrepublik Deutschland ist ökonomisch stark genug, um sich einen nationa-

len keynesianistischen Kurs in Grenzen leisten zu können. Daß wir damit nicht alle denkbaren Probleme lösen können, sei zugestanden; ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Nachfragestimulierung lassen sich die Struktur-, aber auch die Konjunkturprobleme der kapitalistischen Wirtschaft nicht lösen. In diesem Punkt sind wir einer Meinung. Im übrigen bin ich froh, daß hier gewissermaßen zu Protokoll gegeben wird, daß irgendein Angriff auf die Machtpositionen des Kapitals an irgendeiner strategischen Stelle erforderlich ist, um gewissermaßen „einen Fuß zwischen die Tür zu bekommen“. In dem Zusammenhang darf ich daran erinnern, daß es da Vorstellungen gibt, die weder das Eigentumsrecht in Frage stellen noch etwa die Obsession einer zentral gelenkten, hochbürokratisierten Planwirtschaft hervorrufen: z. B. die Verpflichtung für Groß- und Riesenunternehmungen, einer verantwortlichen öffentlichen Wirtschaftsplanungsinstitution ihre Investitionsplanungen und ihren tatsächlichen Kapitalstatus – auch die von ihr veranlaßten Kapitalbewegungen auf den internationalen Märkten – offenzulegen, was im Orientierungsrahmen '85 vor jetzt 13 Jahren unter dem Stichwort „Investitionsmeldestelle“ notifiziert worden ist. Es wäre z. B. auch wünschenswert, wenn diese Unternehmungen – das sind, je nachdem wie man es definiert, zwischen 20 und 100 – verpflichtet wären, die Kalkulationsgrundlagen ihrer Produktionsplanung und ihrer Investitionspolitik und die Kalkulationsgrundlagen ihrer Preispolitik darzulegen – und zwar überprüfbar. Daß wir uns auf die bloßen Aussagen der Unternehmungen in dieser Frage nicht verlassen können, bedarf – glaube ich – keiner besonderen Begründung. Also, das wären Institutionen, die weder das Eigentumsrecht noch die letztinstanzliche Verfügungsgewalt der Vorstände über ihre Unternehmungen beeinträchtigen. Aber mindestens müßte ein verantwortlicher Staat und eine verantwortliche Regierung die Möglichkeit haben, die Argumente der Unternehmungen für die von ihnen betriebene Wirtschaftspolitik – und die Investitionspolitik großer Unternehmungen ist Wirtschaftspolitik, Gesamt-Wirtschaftspolitik – auf ihre faktischen Grundlagen zu überprüfen. Daß z. B. ein deutscher Wirtschaftsminister – und zwar groteskerweise, und ich finde das eine begründete Ironie der Geschichte: ein FDP-Wirtschaftsminister – aus der Zeitung erfährt, daß ein großes deutsches Unternehmen 20 oder 25 Prozent seines Kapitals an irgendeinen arabischen Scheich verkauft hat, finde ich nun wirklich unerträglich; und das gilt genauso für große Investitions-

entscheidungen oder für Verlagerungen von Kapital ins Ausland und, und, und... Man kann ja den Standpunkt vertreten: in letzter Instanz sollen die das selber verantworten und selber entscheiden. Aber vorher müssen die staatlichen wirtschaftspolitischen Instanzen mindestens unterrichtet sein. Wenn ich da für solche Überlegungen, die die reine Informationspflicht betreffen, aus der Ecke, in der Peter Glotz in der sozialdemokratischen Parteipolitik sieht eine Zustimmung bekäme, dann wäre ich schon sehr glücklich.

(T. F.) Peter, was hältst Du denn von dem Argument, daß die bundesrepublikanische Wirtschaft so stark ist, daß eine eigenständige sozialdemokratische Reformpolitik in unseren Grenzen möglich wäre?

(P. Gl.) Erst einmal will ich sagen, um Peter von Oertzens verständliche Protokollbedürfnisse zu befriedigen, daß ich in der Tat Wirtschaftsstatistik für viel wichtiger halte als wir alle das bisher akzeptiert haben. Wenn man erst einmal wüßte, wem was gehört – ohne irgend etwas zu verändern –, wenn einfach eine bestimmte Transparenz gewährleistet wäre, dann würde das eine Grundbedingung für eine andere Wirtschaftspolitik sein. Insofern habe ich auch keine prinzipiellen Bedenken gegen Investitionsanmeldevorhaben. Wahrscheinlich würden wir uns auf der pragmatischen Ebene, wie das nun zu organisieren sei, dann streiten. Der Dissens liegt in der Frage „nationaler Keynesianismus“? Ich glaube ganz einfach, der Zinsdruck, der aus dem amerikanischen Wirtschaftsraum auf uns zukommt durch die Grundentscheidungen der Federal Reserve, und zweitens das Grundproblem der Mindestrenditebedingungen, das alles nimmt auch der bundesrepublikanischen Wirtschaft die Möglichkeit, nationale Entscheidungen souverän oder relativ souverän zu treffen. Unter bestimmten internationalen Zinsbedingungen führt eben ein sehr großes klassisches keynesianisches Beschäftigungsprogramm zu einer derart hohen Verschuldung des Staates und zu so hohen Zinsen und Tilgungen, daß dieses unter den praktischen Bedingungen, unter denen wir leben – mit einer unabhängigen Bundesbank, die zinslose Kredite nicht gibt – eben nicht zustande zu bringen ist. Folgerung: Es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als den Europäischen Binnenmarkt zu akzeptieren, wir müssen sogar kapieren, daß der Binnenmarkt uns an verschiedenen Punkten noch Restriktionen auferlegen wird. Wir müssen dies Europa wollen, weil wir sonst überhaupt nicht mehr handlungsfähig sein würden. Meine Kritik an der Linken ist eben,

daß sie das noch gar nicht richtig wahrgenommen hat. Die Planungsabteilungen aller Großkonzerne haben sich voll auf den Binnenmarkt eingestellt, die Gewerkschaften beginnen – langsam erst – zu begreifen, was da passiert; und auch die Sozialdemokraten lassen sich erst langsam von ihren im Enkel-Alter befindlichen Europa-Abgeordneten belehren, was möglich und was nicht möglich ist. Das ist eigentlich ein schlimmer Zustand.

(P. v. O.) Also ich bin in der Tat der Überzeugung, daß der nationale Handlungsspielraum, wenn man ihn wirklich auszuschöpfen wünschte, größer sein könnte als er in der Regel heute gesehen wird. Aber ich will es hier bei meinem Widerspruch gegen diese eher resignative oder pessimistische Einschätzung belassen.

(T. F.) Zeigen die ökologischen Warnsignale, daß die bisherigen Formen industrieller Produktion an unüberschreitbare Grenzen gestoßen sind? Hat sich die Fortschrittsdynamik erschöpft? Wohin treiben wir? In eine kapitalistische Risikogesellschaft ohne Klassen, ohne familiäre Bindungen, ohne traditionelle Sozialmilieus mit eigenen Lebensstilen? Hat sich die tradierte Klassensolidarität zersetzt? Sind die alten Solidaritäten durch die neue Daseinsangst – besonders in den beiden deutschen Staaten – ersetzt worden? Oder schaffen neue Risiken neue Antworten?

(P. v. O.) Das ist in der Tat eine unter Sozialwissenschaftlern heftig umstrittene und sicherlich objektiv entscheidend wichtige Frage. Die klarste und präziseste Formulierung dieses Problems findet sich in den Schriften des Soziologen Ulrich Beck, der auf der einen Seite durchaus der Meinung ist, daß der Kapitalismus fortbesteht, im Gegensatz zu gewissen Strömungen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, die angesichts der Entwicklung zu einer Neuverteilung der Arbeit oder zu einem neuen Individualismus die dieser Entwicklung zugrundeliegenden Mechanismen der kapitalistischen Gesellschaft ausblenden oder verschweigen, auf der anderen Seite allerdings eine pessimistische Prognose stellt für eine mögliche Bekämpfung des Kapitalismus. Ulrich Beck ist der Meinung, daß die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus fort dauerten, daß sich die soziale Ungleichheit nicht etwa verringert, sondern vermehrt, daß die Zersetzung der sozialen Strukturen unter den Einwirkungen der kapitalistischen Dynamik zunimmt. Aber seine kritische Einwendung gegenüber den traditionellen orthodoxen, marxistischen Konzepten ist die, daß die ursprüngliche Hoffnung, dieser Prozeß der kapitalistischen Entwicklung produziere gleichzeitig auch die Totengräber



„Ein Mensch,
der an nichts Böses denkt,
geschwind den Schritt nach Hause lenkt.
Schon tritt er ein und glaubt, er träumt,
ein Dieb war da, hat ausgeräumt.
Trotz allem bleibt er Optimist,
weil er so gut versichert ist.“

Ob Lebens-, Sach-, Rechtsschutzversicherungen
oder Reise-Krankenversicherung,
sprechen Sie mit einem der 35.000 Volksfürsorge-Mitarbeiter.



Keine Sorge –
Volksfürsorge
Versicherungen

dieser Gesellschaft, d. h. handlungsfähige gesellschaftliche Subjekte, die disponiert und bereit seien, den Kapitalismus zu überwinden, sich als falsch erweisen könnte. Er betrachtet im übrigen diese Perspektive nicht als positiv, im Gegenteil, er betrachtet sie mit Besorgnis und Bedauern; er ist aber der Meinung, daß die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft alle großen sozialen Subjekte, vor allem die traditionellen Klassen- und Klassenbewegungen auflöse.

Es besteht kein Zweifel, daß an dieser Prognose – mindestens an der Oberfläche – viel Wahres ist, und daß es viele Erscheinungen gibt, die diese Prognose zu bestätigen scheinen. Ich würde auch nicht wagen, ihr massiv und apodiktisch zu widersprechen. Die Gefahr dieser Entwicklung: Zuspitzung der objektiven Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse auf der einen Seite und Auflösung aller sozialen Widerstandspositionen gegen diese Tendenz auf der anderen Seite ist offensichtlich eine der möglichen Tendenzen. Ich sehe aber auch, daß sich die gesellschaftlichen Großorganisationen, die traditionellen Klassenbewegungen zwar auf der einen Seite auflösen, auf der anderen Seite aber nicht nur auflösen, sondern auch verwandeln, und daß sich da und dort sogar vielleicht soziale Gruppierungen, Milieus und Widerstandsbedingungen neu bilden. Diese Entwicklung ist nicht abgeschlossen; und aus der Sicht einer politisch handelnden Partei kann es aus dieser Tatsachenfeststellung nur die Konsequenz geben, daß es unsere Aufgabe ist, in diesen sozialen Prozeß handelnd, orientierend und organisierend zu intervenieren. Die Möglichkeit neuer sozialer Organisationen, neuer sozialer Bewegungen, neuer sozialer Bindungen kann – glaube ich – im Ernst nicht verneint werden. Ich gebe aber zu, daß ich mir nicht sicher bin, wohin die Entwicklung laufen wird. Hoffnungslos ist die Situation nicht. Hoffnungsvoll ist sie auch nicht.

(T. F.) Peter, was sagst Du zu diesem Szenario, das Ulrich Beck gezeichnet hat?

(P. Gl.) Ich glaube, daß es zwei Tendenzen gibt, die die Sozialdemokraten aufnehmen müssen. Das eine ist der viel zitierte „Individualisierungsschub“, das heißt: der ungeheure Anstieg des Bruttosozialproduktes in den letzten vier Jahrzehnten und damit der Lebensmöglichkeiten und Optionen – nicht für die ganze Gesellschaft, aber doch für einen erheblichen Teil. Zweitens das, was Beck mit dem Begriff „Querdynamik“ beschreibt. Wenn man einmal die ökologische Problematik nimmt: Die Auflagen, die die Sozialdemokratie heute vorschlägt, werden von der

Großchemie strikt abgelehnt, von der Elektroindustrie verhalten begrüßt, weil – Stichwort „messen und regeln“ – es für sie echten Gewinn bedeutet. Querdynamik bedeutet, daß damit die Elektroindustrie gegen die Großchemie stehen kann. Es gibt Konflikte Kapital gegen Kapital. Auf der anderen Seite muß man sich nur das Beispiel des Ausstiegs aus der Kernenergie wählen, da gibt es viele Betriebsräte, die voll für die Kernenergie nach wie vor sind und damit gegen die Entscheidung des eigenen Gewerkschaftsbundes zum Ausstieg aus der Kernenergie revoltieren. Das ist nicht besonders problematisch, weil es nicht so viele Kernkraftwerke und damit nicht so viele Betriebsräte dieser Art gibt. Aber es könnte auch bei schwierigeren Problemen eine Querdynamik Arbeit gegen Arbeit geben. Meine These ist nun: Wir brauchen eine Modernisierung der Linken und der Sozialdemokratie, die auf diese neuen Entwicklungen reagiert. Wir haben ein großes Ziel, eine reale Utopie, den Menschen mehr disponible Zeit zu geben. Ich halte die Idee einer 30-Stunden-Woche – wenn man Arbeitspolitik mit Kulturpolitik verbindet – für eine ganz große Perspektive. Zur Durchsetzung sind aber erhebliche Modernisierungen an unserer Programmatik notwendig. Freie Arbeitszeitwahl oder Flexibilisierung ist ein solches Thema, Ladenschlußzeiten wäre ein zweites – allerdings weniger bedeutungsvolles – Thema. Dazu gehören wichtige Umorientierungen. Ein Beispiel dafür ist, daß die Linke sich ein völlig neues Verhältnis zum „Unternehmen“ erarbeiten muß. Ich benutze den Schumpeterschen Begriff des unternehmenden Unternehmers. In vielen Großunternehmen gibt es solche unternehmenden Unternehmer gar nicht mehr, die verwalten nur noch ihr Geld und legen es geschickt auf internationalen Kapitalmärkten an. Aber es gibt bei großen Unternehmen und bei kleinen Unternehmen unternehmende Unternehmer. Allerdings neigen viele klassische Gewerkschafter und klassische Sozialdemokraten dazu, den Unternehmer mit einer Art von Ausbeuter-Zerrbild zu identifizieren. Da müssen wir über die klassische Arbeitnehmerrhetorik doch weit hinauskommen und müssen anerkennen, daß auch unsere Gesellschaft nicht funktioniert ohne einen kreativen, neue Wirklichkeiten entdeckenden, kämpfenden und auch Kapitalmacht in Frage stellenden Betriebsrat, Gewerkschafter, Sozialisten. Auf der anderen Seite aber auch nicht ohne den Schumpeterschen Unternehmer. Diese Art von Modernisierung ist in der SPD jetzt direkt gefragt.

(P. v. O.) Ich glaube, daß die hier verwendeten Kate-



gorien das Thema vergrößern. Man muß unterscheiden zwischen dem Unternehmer als natürlicher Person mit einer bestimmten Psychologie, wo immer assoziiert wird: Privativinitiative, schöpferische Fähigkeiten, Phantasie und der Unternehmensfunktion, das heißt der Funktion, die von der Position eines selbständigen Unternehmens aus die Nutzung von Ressourcen, Produktions- und Absatzmöglichkeiten, Kosten-Nutzen-Kalkulation effektiv in eine integrierte Unternehmensplanung und Unternehmensleitung umsetzt. Diese ist natürlich mit dem idealisierten Bild des schöpferischen Einzelunternehmers überhaupt nicht identisch. Auch sehr gut funktionierende Groß- und Riesenunternehmungen kennen den „schöpferischen Unternehmer“ im Sinne der idealisierten Typologie Schumpeters schon lange nicht mehr; sondern die Wahrnehmung der Unternehmensfunktion bei gut arbeitenden Groß- und Riesenunternehmungen – teilweise auch bei Mittelunternehmen – ist das Ergebnis kollektiver Meinungs- und Willensbildungsprozesse von Vorständen, die sich außerdem auf Stäbe und Sachverständige stützen. Das heißt, die unternehmerische Individualität, der geniale Planer im Stil der großen

Unternehmer des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts ist heute die seltene Ausnahme. Es handelt sich hier um hochbürokratisierte, arbeitsteilige, spezialisierte Organisationen, deren Funktionsweise sich im Grunde von der Meinungs- und Willensbildung in den Entscheidungsorganisationen eines großen Ministeriums oder eines großen staatlichen Verbandes in nichts unterscheidet. Man zeige mir mal, wo der „schöpferische Unternehmer“ bei Farbwerke Hoechst oder bei Bayer Leverkusen oder bei Siemens oder bei Bosch oder sonstwo ist. Das sind arbeitsteilige hochbürokratisierte und hochspezialisierte Aggregate, die natürlich auch unter öffentlicher Kontrolle weiterfunktionieren könnten. Das heißt: Ich bin erst einmal gegen die Mystifizierung der Unternehmerfunktion.

(T. F.) Peter, eine Zwischenfrage: Es gab doch wirklich die Unternehmerfiguren vom alten Robert Bosch bis hin zu Ferdinand Porsche?

(P. v. O.) Ja, aber der alte Bosch ist nicht der Vorsitzende der jetzigen Bosch GmbH, die Zeiten sind vorbei. Die großen, von den genialen Individuen produzierten technischen oder organisatorischen Innovationen, die dann mit der genialen Überlegenheit und der mythischen Energie des einzelnen Unternehmers in die Wirklichkeit umgesetzt werden, sind seit 30 oder 40 Jahren eine Legende; das sind heute arbeitsteilige Organisationen – das gilt übrigens auch für die angewandte Forschung. Heutzutage kommen doch die großen genialen Erkenntnisse in der Regel nicht mehr dadurch zustande, daß irgendwo ein einzelner großer Naturforscher sich an einem kleinen schäbigen Holztisch mit seiner Kollegin zusammensetzt und die Atomspaltung entdeckt, wie Otto Hahn und Lise Meitner. Sondern das sind große, hochspezialisierte, arbeitsteilige Forschungsprozesse, in denen dann schließlich an irgendeiner Stelle die unterschiedlichen Ansätze zusammenfließen und irgendeiner kassiert dafür dann den Nobelpreis.

Ich bin für die Bejahung der Funktion einer produktiven Unternehmensleitung; ich bin gegen die Mystifizierung dieser Unternehmensleitung als psychologisches Individuum „genialer Unternehmer“. Von daher ist also die Frage der Einstellung der Sozialdemokratie – oder überhaupt der sozialistischen Bewegung – zum Unternehmer eine durchaus zwiespältige Angelegenheit. Richtig ist, daß in einer primitiven, vulgären Interpretation marxistischer Theorie der Unternehmer auf den Ausbeuter reduziert wird. Das ist natürlich dummes Zeug, das ist sogar nach Marx dummes Zeug, weil der schöpferische Organi-

sator des Produktionsprozesses nach Marx selbst ein Arbeitnehmer ist, der produktive, gesellschaftlich nützliche Arbeit leistet. Nur der Couponschneider ist bei Marx der Ausbeuter, der, der sein Kapital zur Verfügung stellt, im übrigen aber nichts tut, um den Produktionsprozeß arbeitsteilig zu organisieren. Und von daher ist im Grunde der entscheidende Einwand eines marxistisch geprägten Sozialisten gegen die private Unternehmerwirtschaft nicht, daß die Unternehmer die Arbeitnehmer ausbeuten, sondern die entscheidende Frage ist: Nach welchen Gesichtspunkten, mit welcher Zielsetzung wird die Investitionspolitik betrieben, orientiert an den Bedürfnissen der lebenden Menschen, an gesellschaftlich sinnvollen Zielen oder orientiert an den Zielen der Macht oder der Profitmaximierung. Das ist die entscheidende Differenz zwischen einer sozialistischen und einer kapitalistischen Wirtschaft. Marx hat in der Kritik des Gothaer Programms gesagt, daß ein erheblicher Teil der erwirtschafteten Werte selbstverständlich für Investitionen und für den öffentlich notwendigen – heute würden wir sagen Staatsverbrauch – verwendet werden muß. Und niemand hat Lassalles utopisch-sozialistische Vorstellung von der Verteilung des unverkürzten Arbeitsertrages erbarmungsloser verspottet als Marx. Daß man investieren muß und daß der Staatsverbrauch bedient werden muß und daß nicht alles, was erzeugt wird, sofort verfressen werden kann, dies ist nun wirklich urälteste marxistische Erkenntnis. Insoweit ist der alte Slogan der DKP, runter mit den Profiten, mehr Geld für die Bildung, absolut idiotisch. Es ist nicht nur objektiv idiotisch, es ist auch antimarxistisch. Von daher also muß die Funktion der dispositiven Arbeit im Rahmen einer arbeitsteiligen Wirtschaft in der Tat vom sozialdemokratischen Standpunkt neu bestimmt werden. Aber die Funktion der dispositiven Arbeit auf die Unternehmerpersönlichkeit zuzuschneiden, wie sie noch geprägt durch den Personenkult des wilhelminischen Kaiserreiches vor 1914 von Schumpeter propagiert worden ist, das halte ich einfach für überholt. 1910 ging das noch, da gab es noch Emil Rathenau oder Walter Rathenau als große Unternehmer. Heute gibt es überhaupt keine Einzelpersönlichkeit. . .

(P. Gl.) Joseph Schumpeter war Mitglied der Sozialisierungskommission 1920 und ist für die Sozialisierung der Schwerindustrie eingetreten, das nur nebenbei. Die Assoziation Wilhelmus ist also ungerecht. Daß heute eine unternehmerische Leistung nicht mehr dem Kopf eines einzelnen Menschen entspringt, ist sicherlich richtig. Auf der anderen Seite

darf man nicht unterschätzen, daß ein eher aggressiver und mit m. E. fragwürdigen Auffassungen ausgestatteter Mann wie Heinz Nixdorf ganz ohne Zweifel eine große – auch individuelle – Leistung erbracht hat. Ich selbst habe oft an der historischen Persönlichkeit gezweifelt. Schritt für Schritt habe ich gelernt, welche Bedeutung einzelne Figuren in der Politik haben, was für eine Bedeutung eine Figur wie Brandt zum Beispiel für die SPD hatte. So spielt das halt auch im Unternehmerischen eine Rolle. Was ich sagen will, ist: Wenn wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen wollen, wenn wir die Zweidrittelgesellschaft verhindern wollen, wenn wir die Abstufung eines erheblichen Teils der Schwächsten und der Schwächeren unserer Gesellschaft bekämpfen wollen, dann sind bestimmte Modernisierungen notwendig. Und eine davon unter anderem ist, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften eine andere Grundeinstellung zur unternehmerischen Funktion bekommen müssen.

(T. F.) Welche Visionen kann die Sozialdemokratie für die zunehmende freie Zeit anbieten?

(P. Gl.) Die Utopie besteht darin, daß die freie Zeit des Menschen nicht mehr vom Rhythmus der Arbeit bestimmt wird. Ich verweise auf den Begriff der Eigenarbeit. Das heißt also, daß Menschen, wenn sie viel freie Zeit haben – beispielsweise, wenn eine 30-Stunden-Woche wirklich realisiert wäre – sich nicht einen zweiten Job suchen, in dem sie noch einmal Geld verdienen können, daß sie nicht einfach als passive Konsumenten einer Medienwelt leben, sondern daß sie selbst etwas tun. Das ist die einzige Berechtigung für diesen fragwürdigen und umstrittenen Begriff der Kulturgesellschaft, den wir zur Zeit in unserer Diskussion um ein neues Programm hin und her bewegen. Ich glaube, daß dies zeigt, daß Kultur eine ganz neue Bedeutung bekommt, zu einer richtig neuen Dimension wird in der Politik. Die Frage ist, ob es uns gelingt, Vorschläge zu machen, wie Menschen sich bewegen können, was sie tun können, wenn sie nicht mehr gezwungen sind, ihr Leben einerseits mit Erwerbsarbeit und zweitens mit der Regeneration ihrer Arbeitskraft zu verbringen, sondern wenn darüber hinaus noch ein Raum für Orientierungs- und Emanzipationszeit übrig bleibt.

(P. v. O.) Ich kann daran anknüpfen: Wenn wir uns vorstellen, daß jeder Mensch, der fähig und bereit ist, bezahlte Arbeit zu leisten, auch Erwerbsarbeit leisten kann, dann wären das viele Millionen mehr als wir jetzt haben. Zu den etwas mehr als 2 Mio. registrierten Arbeitslosen und den vielleicht 1 Mio. nicht registrierten Arbeitslosen kommen ja noch



4 – 6 Mio. Frauen, die in Zukunft gleichberechtigt mit den Männern Erwerbsarbeit leisten wollen. Und wenn wir das einmal umlegen und dann die durch den technischen Fortschritt bedingte Verringerung der Gesamtsumme der gesellschaftlich notwendigen Arbeitsleistung zugrundelegen, dann kommen wir im Jahre 2000 auf eine Arbeitswoche von weniger als 30 Stunden und wahrscheinlich eine Urlaubszeit von 8 Arbeitswochen im Jahr. Das bedeutet dann bei 4 mal 7,5 Stunden 3 Tage und bei 5 mal 6 oder etwas weniger als 6 Stunden 5 halbe und zwei ganze Tage, die frei sind. Da kommen Arbeitsfelder – oder Tätigkeitsfelder muß man besser sagen – zu ihrem Recht, die heute nur unter großer Kraftanstrengung bestellt werden können. Da ist natürlich der große Bereich der Familienarbeit: Kindererziehung, Hausarbeit; aber auch Nachbarschaftshilfe, Pflege für ältere oder kranke Familienmitglieder. Da ist der Bereich der staatsbürgerlichen Bildung; Oskar Negt hat gesagt „Orientierungszeit“, in der die Menschen sich über ihre Stellung in der Gesellschaft orientieren. Da ist der Bereich der Weiterbildung.

Da ist vor allem das, was manchmal ein bißchen im Hintergrund steht, was aber z. B. in dem wie ich glaube doch sehr bedeutenden Buch vom früheren Bahro „die Alternative“ formuliert worden ist, der Bereich der Zeit, den man braucht, um die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch und egalitär zu organisieren, außerhalb der Produktionsverhältnisse, in denen es in gewissen Grenzen Überordnung und Unterordnung, Anweisungsbefugnisse und Ausführungsverpflichtungen geben muß. Die demokratische Organisation der ökonomischen, der sozialen, der politischen Prozesse erfordert ja Zeit. Ich darf an die groteske Konsequenz des alten gewerkschaftlichen Spruchs aus den sechziger Jahren, „Samstags gehört Vati mir“ (und dann geht er zur Gewerkschaftsversammlung) erinnern. Aber das ist doch so: Wenn wir sagen, 4 Tage in der Woche Erwerbsarbeit, dann muß mindestens ein Tag in der Woche für den mündigen Staatsbürger frei bleiben, um sich mit den allgemeinen Angelegenheiten, den res publica – wie die Römer sagten – zu beschäftigen.

Und dann ist da natürlich das entscheidende existentielle Problem einer gleichberechtigten und gleichgewichtigen Verteilung aller Tätigkeitsbereiche, der Erwerbsarbeit, der Haus-, Familien-, Sozialarbeit und der politischen Arbeit zwischen Männern und Frauen. Denn wenn nicht die Erwerbsarbeit pro Kopf weniger als 30 Stunden pro Woche beträgt, ist eine gleichberechtigte Teilnahme der Frauen am gesellschaftlichen Leben nicht denkbar. Nur auf dieser Basis kann es – bei aller Unterschiedlichkeit der Geschlechter, einem Spannungsverhältnis, das niemand unter uns abschaffen möchte – zu einer fairen Verteilung der Verpflichtungen kommen. Das wäre dann also doch eine Gesellschaft mit einem Spannungsverhältnis zwischen dem Reich der Notwendigkeit, das umfaßt 30 Stunden in der Woche, und einem sehr vielfältig organisierten Bereich der Freiheit; einer Freiheit, die sich in der gesellschaftlichen Verantwortung entfaltet, in individueller und sozialer Bildung bis hin zur bloßen Rekreation, zu Genuß, Vergnügen, Entspannung, Geselligkeit, wobei klar ist, daß keine politische Instanz den Menschen den Inhalt ihrer freien Tätigkeit vorschreiben darf. Sie kann und sie sollte ihnen die materiellen Möglichkeiten geben, den Weg einer solchen Entfaltung zu beschreiten, mehr nicht.

Horst Klaus

Eine Betriebsverfassung zur „Lösung der Gewerkschaftsfrage“?

Horst Klaus, Jahrgang 1930, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall; dort ist er zuständig für Betriebsräte- und Vertrauensleute-Arbeit, Betriebsverfassungsrecht und Mitbestimmung '76.

Keinesfalls zu früh, eher schon zu spät kommt in dieser Zeitschrift (und in der SPD?) eine Diskussion um die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes in Gang. Dabei liegt Peter Glotz im Juliheft der NG/FH nur zum Teil richtig, wenn er schreibt, daß die rasche Einführung neuer Technologien diese Diskussion notwendig gemacht habe. Über die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 muß nämlich leider vor allem deshalb diskutiert werden, weil die Konservativen die Belegschaften und ihre Interessenvertretung spalten, den Einfluß der Einheitsgewerkschaft in den Betrieben reduzieren und die organisatorische Basis der DGB-Gewerkschaften erschüttern, aber eben gerade nicht die gesetzlichen Handlungsmöglichkeiten der Betriebsräte z. B. hinsichtlich der neuen Technologien verbessern wollen.

Schleichende Aushöhlung der Betriebsverfassung

Eine Novellierung im Sinne einer Erneuerung des Betriebsverfassungsgesetzes wäre in der Tat dringend nötig, denn den im Gefolge des technischen Wandels und der wachsenden internationalen Verflechtung zu verzeichnenden tiefgreifenden Veränderungen von Unternehmensstrukturen und betrieblichen Arbeitsbedingungen kann mit dem Instrumentarium des inzwischen mehr als 15 Jahre alten „Betriebsverfassungsgesetzes 1972“ nicht mehr wirksam begegnet werden. Die neuen Kommunikationstechnologien hebeln Informationsansprüche der Betriebsräte aus. Grenzüberschreitende Unternehmensstrategien verschlechtern ihre Verhandlungspositionen – z. B. mit der Drohung von Produktions- bzw. Standortverlegungen. Neue Formen der Unternehmensaufspaltung zerstören handlungsfähige Betriebsratseinheiten und schwächen die Interessenvertretung, indem sie ihre rechtlichen Möglichkeiten unterlaufen.

Das Interesse der Arbeitnehmer und ihrer Vertretung im Betrieb an sicheren Arbeitsplätzen, humanen Arbeitsbedingungen, mehr Mitbestimmung im Betrieb und am Arbeitsplatz kollidiert immer stärker mit dem Bestreben der Unternehmer, auf die ökonomischen und ökologischen Grenzen des „Wachstums nach außen“ mit einer Art „Wachstum nach innen“ zu reagieren. Die Informations- und Kommunikationstechnologien, die zunehmend Betriebs-, Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen verändern, sind die Basis, die Verfügbarkeit von Computertechnologien eine entscheidende Voraussetzung für die Durchsetzung neuer Unternehmensstrategien, in deren Zentrum Kostensenkungsmaßnahmen stehen.

Neuer Rationalisierungstyp

Kennzeichnend für diese Strategien ist ein neuer Rationalisierungstyp, der nicht mehr auf die Steigerung der Leistungsfähigkeit einzelner begrenzter Teilprozesse, sondern auf die Optimierung der Gesamtabläufe im Betrieb, aber auch über Betriebs- und Unternehmensgrenzen hinweg abzielt. Dies wird insbesondere bei der engen Vernetzung von vor- und nachgelagerten Bereichen deutlich, wie z. B. beim Verbund von Zuliefererfirmen, Händlern und Herstellerfirmen in der Automobilindustrie. Der mit dieser neuen Form von Rationalisierung einhergehende Wandel in den Betrieben ist radikal. Arbeitsorganisation, Qualifikation der Beschäftigten, bisherige Entgeltformen, Schutz der Persönlichkeitsrechte, ja selbst bisher gewohnte Unternehmensstrukturen werden in Frage gestellt.

Gleichzeitig erlangen die Unternehmen eine völlig neue Beweglichkeit durch den Einsatz der Datenverarbeitung. Die Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten für Betriebe oder formal selbständige Unternehmen wachsen, Planabweichungen werden sofort erkennbar, unternehmerische Entscheidungen können schneller getroffen werden. Zudem wachsen die Möglichkeiten, kurzfristig oder dauerhaft Unternehmensfunktionen zu verlagern. Es liegt auf der Hand, welch enormes Druckpotential hierdurch für Unternehmen gegenüber Arbeitnehmern, Betriebsräten und Gewerkschaften entsteht. Die Forderung nach einem Kostensenkungsprogramm oder Arbeitszeitflexibilisierung (Wochenendarbeit, Einfüh-

* Eine erweiterte Fassung des Artikels erscheint im Sammelband „Betriebsverfassungsgesetz '90“, herausgegeben von Apitzsch – Klebe – Schumann, Bund-Verlag, Sept. '88

rung einer dritten Schicht und ähnliches) läßt sich heute ganz anders mit der Drohung von Betriebsstillegung oder Produktionsverlagerung untermauern, als dies noch vor kurzem der Fall war. Die aktuelle Diskussion um die Ausdehnung der Betriebsnutzungszeiten durch Schichtarbeit rund um die Uhr in der Automobilindustrie ist Ausdruck dieser Entwicklung. „Die zunehmende Verschärfung des Konkurrenzkampfes der Unternehmerklasse unter sich, und namentlich seitdem die deutsche Industrie in erheblichem und stets wachsendem Umfange für den Export produziert, läßt einer großen Zahl von Unternehmen die Ausdehnung der Arbeitszeit auf die Nächte und die Sonn- und Feiertage als das geeignetste Mittel erscheinen, den Konkurrenzkampf um so leichter zu bestehen.“ Dieses Zitat ist genau hundert Jahre alt; August Bebel äußerte sich so zur Sonntagsarbeit. Es ist hochaktuell, weil es illustriert, wie heute – nach hundert Jahren mühsam errungenem sozialem Fortschritt – der technische „Fortschritt“ sozialen Rückschritt erzwingen soll.¹

Neue unternehmerische Kostensenkungsstrategien, Maßnahmen technischer und organisatorischer Rationalisierung stellen die Betriebsräte vor völlig neue Anforderungen, hebeln Mitbestimmungsrechte aus, stellen die Wirksamkeit traditioneller Betriebsratsarbeit zunehmend in Frage. Die Wirkungen dieser neuen Qualität von Rationalisierungsstrategien sind sachlich, personell und räumlich übergreifend. Längst gehen sie nicht nur über Betriebs- und Unternehmensgrenzen hinweg, sondern überschreiten immer häufiger auch Ländergrenzen. Sie verändern die Formen zwischenbetrieblicher Arbeitsteilung und die Beziehungen zwischen Betrieben und Unternehmen. Die zunehmende Vernetzung von Informations-, Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten ermöglicht es z. B. den Unternehmen, mit neuen Organisationsformen Tarifverträge und Betriebsverfassung zu unterlaufen, Betriebsverfassungsorgane zu schwächen und auszuhebeln – schon jetzt, nicht erst, wenn in wenigen Jahren der Europäische Binnenmarkt richtig zu funktionieren beginnt.

Neue Beherrschungsformen im Verhältnis Zulieferer/Abnehmer führen zu extremen Abhängigkeiten. Für Betriebsräte in solchen abhängigen Firmen hat das zur Folge, daß sie mit den eigentlichen Entscheidungsträgern gar nicht verhandeln können, weil diese in einem anderen Betrieb bzw. Unternehmen sitzen – Mitbestimmungsrechte gehen ins Leere. So kann der Betriebsrat seine Mitbestimmungsrechte bei der Festlegung der Arbeitszeit im

Interesse der Beschäftigten nicht wahrnehmen: Werden beim Herstellerunternehmen Sonderschichten gefahren, hat sich das Zulieferunternehmen anzupassen – mit Überstunden, Wochenendarbeit, Hausfrauen-Schichten, auch beim Urlaub, dessen Lage sich nach den Werksferien bei der Herstellerfirma richtet. Selbst seinen Informationspflichten den Arbeitnehmern gegenüber kann der Betriebsrat nicht nachkommen, wenn er – wie im Falle eines Zulieferers der Automobilindustrie – die Betriebsversammlung nur noch durchführen kann, wenn auch beim Herstellerunternehmen eine stattfindet, weil sonst die Just-in-time-Anlieferung der Teile gefährdet wäre.

Soziale Gestaltung des technischen Wandels ...

Dieser tiefgreifende strukturelle und technologische Wandel ist aber nicht schicksalhaft oder gottgewollt, sondern sozial gestaltbar. Die Gewerkschaften fordern, ihn im Interesse der Beschäftigten so zu gestalten, daß Risiken minimiert und Chancen maximiert werden. Gewerkschaften und Betriebsräte haben sehr präzise Vorstellungen davon, wie neue Technologien zu neuen humaneren Formen der Arbeitsorganisation führen (z. B. qualifizierte Gruppenarbeit) und gegen zunehmenden Taylorismus eingesetzt werden können. Sie haben frühzeitig auf die Bedeutung der Qualifizierung von Beschäftigten hingewiesen, bereits zu einem Zeitpunkt, als die Unternehmen noch den Austausch ganzer Belegschaften einer vernünftigen Personal- und Qualifikationsplanung vorzogen. Gewerkschaften und Betriebsräte haben Gesundheitsgefahren und Persönlichkeitschutz zum Thema gemacht. Sie müssen – sogar in renommierten Großbetrieben – immer häufiger eine vernünftige Unternehmensplanung anmahnen und versuchen, Managementfehler zu korrigieren, indem sie z. B. mit der Forderung nach Beschäftigungsplänen Qualifizierungsmaßnahmen zur Beschäftigungssicherung und die planmäßige Suche nach neuen Produkten und Märkten in Gang setzen.

Allein diese wenigen Beispiele zeigen, daß Gewerkschaften und Betriebsräte nicht nur abstrakt Mitbestimmung im Betrieb einfordern, sondern vielmehr auch eine Fülle von sehr konkreten Vorschlägen zur Gestaltung der Arbeits- und Produktionsprozesse und zur Humanisierung der Arbeit gemacht haben, was letztlich nicht nur im Interesse der Beschäftigten ist.

... eine freiwillige Aufgabe der Arbeitgeber?

Mit einer Gesetzesvorschrift, die unter „technischen Einrichtungen“ ursprünglich nur Produktio-

graphen und Multimomentkameras verstand und mit der der Gesetzgeber 1972 auf die damals erkennbaren Gefahren für die Persönlichkeitssphäre des Arbeitnehmers reagieren wollte, kann den umfassenden Herausforderungen des technischen Wandels heute immer weniger wirksam begegnet werden. Und das heißt: Die Einflußmöglichkeiten für Betriebsräte und Gewerkschaften nehmen trotz aller Bemühungen schlicht durch den weiteren Fortgang technischer Entwicklung ab, weil das Betriebsverfassungsgesetz durch Veränderungen der Unternehmensstrukturen unterlaufen und sein Instrumentarium durch den technischen Wandel ausgehebelt wird. „Freiwillig“ berücksichtigt aber kein Arbeitgeber das Interesse der Arbeitnehmer an sicheren und humanen Arbeitsplätzen sowie hoher Qualifikation und entsprechender Bezahlung beim Einsatz neuer Technik im Betrieb.

Aber während die Bundesregierung 1985/86 schnell bereit war, auf Wunsch der Unternehmer den § 116 AFG zu ändern, der neue technologisch vermittelte Lieferbeziehungen sichert und das Streikrecht aushebelt, ist sie jetzt offenbar keinesfalls bereit, der schleichenden Entwertung von Arbeitnehmerrechten aus der Betriebsverfassung zu begegnen. Man könnte dies als „Täterschaft durch Untertanen“ bezeichnen.

Für eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes '72 im Sinne einer Verbesserung speziell im Blick auf die Folgen und Wirkungen des Einsatzes neuer Technologien in Betrieb und Unternehmen gäbe es also Anlaß und Gründe mehr als genug. Der DGB hat dafür bereits vor 6 Jahren „Grundsätze zur Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsrechts“ vorgelegt.

Elemente einer modernen, zeitgemäßen Betriebsverfassung

1985 legte der DGB einen kompletten Gesetzentwurf vor, in dem diese „Grundsätze...“ im Detail ausformuliert sind:

- Weil technischer Wandel und Rationalisierung die in den siebziger Jahren schon unzulänglichen Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrats immer stärker unterlaufen, fordern wir die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte und die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten des Betriebsrats.

Wir fordern dies, damit im Interesse der Beschäftigten

- humanere Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden können (durch ein Mitbestimmungsrecht bei der Arbeitsorganisation und Arbeitsgestaltung),

- mehr Persönlichkeitsschutz für den einzelnen garantiert wird (keine „Verdattung“, Ausbau des § 87 Abs. 1 Nr. 6),

- mehr Arbeitsplatzsicherheit gewährleistet wird (durch Mitbestimmung bei Personalplanung und erzwingbaren Interessenausgleich),

- und auch z. B. mehr Qualifikationschancen geboten werden (durch einen Ausbau der Mitbestimmung bei betrieblicher Weiterbildung).

- Weil die Anforderungen an den Betriebsrat ständig weiter wachsen und er deshalb mehr sachkundige Unterstützung braucht, fordern wir bessere Grundlagen für die Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Gewerkschaft.

- Weil die Spaltung der Arbeitnehmer nicht vertieft und erweitert werden darf, fordern wir die Einbeziehung aller Arbeitnehmer in die Schutzfunktion des Betriebsverfassungsgesetzes.

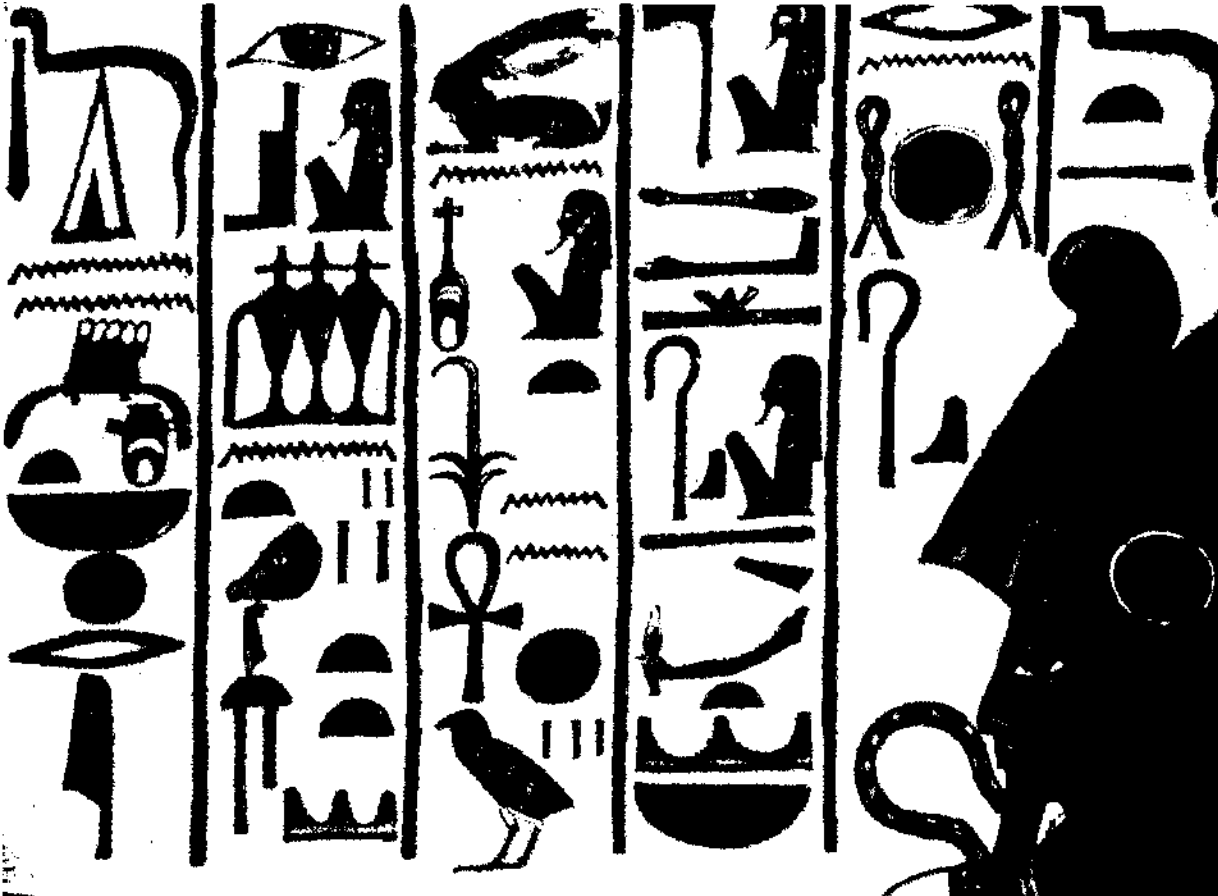
- Weil die Belastungen des Arbeitnehmers am Arbeitsplatz abgebaut und sein Einfluß auf die konkreten technischen, organisatorischen, gesundheitlichen Arbeitsbedingungen verbessert werden muß, fordern wir die Verstärkung der Rechte des einzelnen in der Betriebsverfassung durch Mitbestimmung am Arbeitsplatz.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Fülle sehr guter Regelungsvorschläge enthält, die weitgehend mit den Vorstellungen des DGB übereinstimmen oder ihnen doch nahe kommen. Sie im einzelnen zu kommentieren, ist hier nicht der Ort; im Zuge der weiteren Auseinandersetzung um die Novellierung wird noch darauf einzugehen sein.

Die Regierungskoalition dagegen betreibt aktiv die Verschlechterung der Betriebsverfassung. Den Konservativen und Wirtschaftsliberalen in der Bonner Koalition geht es nicht um die Korrektur der Mängel und Defizite oder gar um die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten des Betriebsrats, sondern um die Beeinträchtigung seiner Handlungsfähigkeit, um die Schwächung seiner Position gegenüber dem Arbeitgeber und in der Konsequenz vor allem um die Bekämpfung des Einflusses der Einheitsgewerkschaft im Betrieb durch die Stärkung ihrer Gegner.

„Lösung der Gewerkschaftsfrage“?

Auf der Tagesordnung steht der Vollzug rechtskonservativer Vorstellungen, wie sie der damalige Generalsekretär Edmund Stoiber bereits im Sommer 1979 zur „Lösung der Gewerkschaftsfrage“ im Sinne der CSU entwickelt hatte. Unter anderem folgende Maßnahmen wurden in den „Rohmaterialien



Die staatliche Förderung der Vermögensbildung soll Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen zur regelmäßigen Rücklagenbildung führen.

Voraussetzungen ab. Dazu gehören:

Die Sparkassen

zur DGB-Diskussion² „als grundsätzliche Antwort auf die Gewerkschaftsfrage“ ins Auge gefaßt – alle liefen auf die Spaltung bzw. Schwächung der Einheitsgewerkschaft durch Stärkung konkurrierender Organe oder gegnerischer Organisationen hinaus: Arbeitnehmerkammern; Fraktionierung des DGB; Gründung einer neuen Konkurrenzgewerkschaft; aktive Unterstützung des Christlichen Gewerkschaftsbundes. Letzteres soll nun realisiert werden; zugleich ist dies ein eindrucksvolles Beispiel langfristiger konservativer Strategie und Politikplanung, denn – so heißt es in den „Rohmaterialien ...“:

„Zur Lösung der Gewerkschaftsfrage ist eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes unerlässlich. (Es) kennt keinen Schutz für Minderheitsgewerkschaften im Betrieb. ... Die Vertreter von Minderheitsgewerkschaften erlangen in der Regel keine Freistellung ... für die hauptamtliche Betriebsrats-tätigkeit. Sie werden ... nur in seltensten Ausnahmefällen in den geschäftsführenden Betriebsaus-schuß gewählt. ... Sie werden in aller Regel ... nicht in den Wahlausschuß zur Durchführung der Betriebsratswahlen gewählt, so daß dort nur Vertreter der DGB-Gewerkschaften die Aufsicht führen.“

Das soll nun anders werden – Punkt für Punkt. Es geht also keineswegs nur um eine kleine Korrektur in § 14 BetrVG, um die Herabsetzung des Unterschriftenquorums für Wahlvorschläge, wie sie das Bundesverfassungsgericht 1984 verlangt hat. Es geht um einen wichtigen Baustein im strategischen Konzept der langfristigen Sicherung konservativer Herrschaft in Staat und Gesellschaft durch Eliminierung von Gegenmacht:

- Die Verhinderung von Streiks durch den § 116 AFG,
- die Einschüchterung des einzelnen Arbeitnehmers mit der drohenden Arbeitslosigkeit,
- die Erschütterung der gewerkschaftlichen Organisationsbasis in den Betrieben,
- die Schwächung der Durchsetzungschancen von Arbeitnehmerinteressen im Betrieb durch die Zersplitterung der Betriebsräte, denen in Gestalt der Sprecherausschüsse für leitende Angestellte auch gleich noch ein Konkurrenzorgan vor die Nase gesetzt wird.

„Minderheitenschutz“: Gezielte Schwächung von Betriebsräten

Das Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1984, mit dem das Unterschriftenquorum im Bundespersonalvertretungsgesetz für verfassungswidrig erklärt wurde, paßt sehr gut in dieses Konzept. Dreißig

Jahre lang war die von einer CDU-Regierung 1952 geschaffene Quorumsbestimmung unbeanstandet praktiziert worden und noch im Jahre 1982 hatte das Bundesverfassungsgericht diesbezüglich keine verfassungsrechtlichen Bedenken gehabt. Aber als der „Deutsche Post-Verband“ im Deutschen Beamtenbund im Sommer 1982 einen Vorlagebeschluß zum Bundesverfassungsgericht erwirkt hatte, traf es sich gut, daß das Gericht darüber just zu der Zeit entscheiden konnte, als eine Arbeitsgruppe der CDU/CSU erstmals Vorschläge zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes vorlegte; die verfassungsrechtlich gebotene Novellierung wurde nun zugleich Alibi und Vehikel für weiterreichende alte Pläne.

Bei der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes geht es also zunächst um den „Minderheitenschutz“. Unter diesem Stichwort soll Splittergruppen und „gelben“ Mini-Gewerkschaften der Weg in den Betriebsrat und dessen Ausschüsse geebnet werden – jenem 0,5 %-Club „CMV“ etwa, der noch nie eigenständig einen Tarifvertrag durchgesetzt hat, für seinen Wahlvorschlag zur Betriebswahl 1987 z. B. bei VW in Emden von über 10 000 Beschäftigten ganze 17 Unterschriften erhielt und im Organisationsbereich der IG Metall bundesweit genau 332 von 64 165 Betriebsratssitzen in der Betriebsratswahl 1987 gewinnen konnte, der also allenfalls die Stimmen von Protestwählern gewinnen kann, dem aber kaum ein Arbeitnehmer zutraut, Belegschaftsinteressen gegenüber dem Arbeitgeber durchzusetzen.

Vor diesem Hintergrund macht es dann durchaus Sinn, wenn neben der Senkung des Quorums für Wahlvorschläge in § 14 BetrVG auf 5 % bzw. absolut 50 Unterschriften auch noch ein eigenständiges Vorschlagsrecht für Gewerkschaften, die im Betrieb vertreten sind, verankert werden soll. Da das Bundesarbeitsgericht unter Gewerkschaften in letzter Konsequenz auch solche Vereinigungen und Organisationen anerkennt, die überhaupt nicht in der Lage sind, eigenständig Tarifverträge durchzusetzen, wie z. B. der Verband Obere Angestellte in der Eisen- und Stahlindustrie oder eben jenen besagten CMV, muß in Zukunft davon ausgegangen werden, daß es eine Vielzahl von Wahlvorschlägen bei Betriebsratswahlen geben wird, die unter der Flagge „Gewerkschaft“ segeln wollen. „Im Betrieb vertreten“ sollen derartige Organisationen ja bekanntlich schon immer dann sein, wenn sie nur ein einziges Mitglied vorweisen können.

Mit der Veränderung des Vorschlagsrechts für Betriebsratswahlen zwingt der Gesetzgeber den Beleg-

schaften praktisch die Listenwahl auf, verhindert also die Persönlichkeitswahl, die von weit über 90 % der Belegschaften bevorzugt wird. (In 6 646 von 10 181 Betrieben der Metallwirtschaft, in denen 1987 Betriebsräte gewählt wurden, sind diese in gemeinsamer Wahl und in der Form der Persönlichkeitswahl gewählt worden. Und selbst dann, wenn die Arbeiter oder Angestellten sich für die Gruppenwahl entschieden, wählten sie in mehr als 3 000 Betrieben ihre Betriebsräte in Persönlichkeitswahl).

Ergänzt werden soll dieser „Minderheitenschutz“ noch dadurch, daß bei den Betriebsratswahlen ein Beauftragter jeder im Betrieb vertretenen Gewerkschaft als Aufpasser in den Wahlvorstand geschickt werden kann. Das ist der institutionalisierte Verdacht der Wahlmanipulation und eine ungeheuerliche Diffamierung von Zehntausenden Wahlvorstandsmitgliedern, die über Jahrzehnte in Tausenden von Betrieben die Wahlen korrekt durchgeführt haben. (Bei den Betriebsratswahlen in 10 181 Betrieben der Metallwirtschaft gab es 1987 ganze 14 Wahlanfechtungen durch Wähler und vier durch Gewerkschaften; zwei davon mit dem erklärten Ziel, die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes damit politisch voranzutreiben.)

Den Minderheiten soll nach dem Willen der Regierungskoalition künftig der Zugang zu Funktionen im Betriebsausschuß sowie in den sonstigen Ausschüssen des Betriebsrats wie auch die Freistellung für die Betriebsratsarbeit erleichtert werden. Anstelle des bisher gültigen Mehrheitsprinzips bei der Besetzung von Ausschüssen und bei der Festlegung der freizustellenden Mitglieder soll nämlich in Zukunft das Verhältnismäßigkeitsprinzip Anwendung finden.

Das bedeutet, daß der Betriebsrat nicht mehr einheitlich nach dem Mehrheitsprinzip seine Interessen gegenüber dem Arbeitgeber vertreten kann, sondern neben den Gruppen, die ja sowieso auch nach derzeitiger Rechtslage angemessen zu berücksichtigen sind, gleichzeitig diejenigen Betriebsratsmitglieder z. B. in den Betriebsausschuß einzubeziehen hat, die sich als erklärte Gegner der Betriebsratsmehrheit dargestellt haben.

Der Betriebsrat ist aber auf Geschlossenheit gegenüber dem Arbeitgeber angewiesen, wenn er Arbeitnehmerinteressen wirksam vertreten will. Dazu bedarf es klarer Entscheidungsstrukturen. Der Betriebsrat läßt sich auch nicht etwa mit einem Parlament vergleichen, in dem alle Gruppierungen vertreten sein können, sondern eher schon mit der Regierung selbst. Und dieser mutet man ja auch nicht

zu, daß sie in ihren Reihen die Opposition jeweils verhältnismäßig berücksichtigt! Genau dies wird aber getan, wenn der entscheidende Ausschuß des Betriebsrats, der Betriebsausschuß, per Gesetz nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu besetzen ist. Nicht Qualifikation, sondern politischer Proporz bestimmt dann die Betriebsratsarbeit. Jeder Betriebsrat kann sich ausrechnen, daß dies zu einem ständigen „Kleinkrieg“ führen kann, der unweigerlich seine Position schwächt. Aber eben das ist gewollt – so sehr, daß selbst die Befürchtungen der Arbeitgeber wegen der Folgen dieses „Kleinkriegs“ in den Wind geschlagen werden.

Sprecherausschuß: Ein Oberhaus für Betriebsaristokraten

Besonders deutlich wird die beabsichtigte Schwächung des Betriebsrats bzw. Behinderung seiner Arbeit mit der gesetzlichen Regelung über die Sprecherausschüsse für leitende Angestellte. Die Regierung behauptet zwar, daß mit einer gesetzlichen Verankerung von Sprecherausschüssen lediglich der bestehende Zustand eine gesetzliche Grundlage erhalte und somit keine Veränderung eintrete. Diese Behauptung ist jedoch aus mehreren Gründen falsch.

Angeblich existieren derzeit in der gesamten Industrie ca. 400 Sprecherausschüsse. Die gesetzliche Regelung sieht aber vor, daß bereits in Betrieben mit 10 und mehr leitenden Angestellten Sprecherausschüsse gebildet werden können. Das würde allein für den Bereich der Metallindustrie bedeuten, daß dort in ca. 1 000 Betrieben, in denen immerhin 62 % aller Arbeitnehmer der Metallindustrie tätig sind, Sprecherausschüsse gebildet werden können. Diese Zahl berücksichtigt noch nicht die beabsichtigte Vergrößerung des Kreises der leitenden Angestellten.

Und dies ist der zweite Grund, weshalb die Behauptung der Koalition falsch ist: Die Zahl der leitenden Angestellten ist nämlich seit 1978 nicht zurückgegangen, wie behauptet wird (weil das Bundesarbeitsgericht angeblich den Begriff „leitende Angestellte“ restriktiv ausgelegt hat), vielmehr hat ihr Anteil an den Beschäftigten der Metallwirtschaft zugenommen und liegt jetzt bei 1,4 % (in den Aufsichtsräten der verarbeitenden Industrie sind sie mit einem Anteil von 9 % der innerbetrieblichen Arbeitnehmer-Sitze im übrigen erheblich überrepräsentiert!). Nichtsdestoweniger soll durch die neue Definition der Abgrenzungskriterien die Zahl der leitenden Angestellten künstlich vergrößert werden – ob-

wohl in der Koalitionsvereinbarung nur von einer „Präzisierung“ des Begriffs die Rede war.

Mit den Sprecherausschüssen will man einer ohnehin privilegierten Minderheit von Betriebsaristokraten die Möglichkeit einräumen, die Arbeit des Betriebsrats effektiv behindern zu können. Denn das einzige materielle Recht, das den Sprecherausschüssen eingeräumt wird, richtet sich nicht etwa gegen den Arbeitgeber, sondern gegen Betriebsvereinbarungen, die der Betriebsrat durchgesetzt hat. Erachtet nämlich der Sprecherausschuß der leitenden Angestellten die Vereinbarung als eine Beeinträchtigung rechtlicher Interessen der leitenden Angestellten, kann er sie erst zeitlich blockieren und dann sogar beim Arbeitsgericht die Aufhebung beantragen.

Angesichts der den Sprecherausschüssen eingeräumten beschränkten Rechte gegenüber dem Arbeitgeber bei gleichzeitig programmiertem Dauerkonflikt mit dem Betriebsrat überrascht es deshalb nicht, daß sich nur ein kleiner Teil der leitenden Angestellten für gesetzlich verankerte Sprecherausschüsse ausspricht – das hat die Sozialforschungsstelle Dortmund im Rahmen eines diesbezüglichen Forschungsprojektes festgestellt.³ Und so haben z. B. der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats von VW unter Hinweis auf das dort praktizierte Kooperationsmodell sowie der GBR-Vorsitzende von Ford und der Vorsitzende des dort bestehenden „Management Communication Committee“ in Briefen an den Bundesarbeitsminister und den FDP-Vorsitzenden ihre schwerwiegenden Einwände gegen die beabsichtigte gesetzliche Verankerung von Sprecherausschüssen zum Ausdruck gebracht. Auch viele Arbeitgeber und ihre Verbände betrachten eine gesetzliche Regelung über Sprecherausschüsse offenbar mit sehr gemischten Gefühlen und haben wiederholt öffentlich zum Ausdruck gebracht, daß sie eine solche zumindest für überflüssig halten.

Mitbestimmung bei neuer Technik: Fehlanzeige

Auch was die Rechte des Betriebsrats bei der Einführung und Anwendung der neuen Technologien angeht, gibt es nicht etwa die – insbesondere in den Sozialausschüssen der Union erhofften und eine zeitlang wohl auch angestrebten – Verbesserungen. Es bleibt bei eher kosmetischen Korrekturen; die Unterrichtsansprüche des einzelnen Arbeitnehmers werden unwesentlich ergänzt, bei den Informations- und Beratungsrechten des Betriebsrats wird die geltende Rechtsprechung wiederholt. Die dringend notwendigen Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats werden weiterhin verweigert.

Dagegen begründet der SPD-Entwurf konkrete Mitbestimmungsrechte bei der Gestaltung der Arbeitsplätze, der Arbeitsumgebung und der Arbeitsorganisation einschließlich der Arbeitsverfahren und der Arbeitsabläufe:

- bei der Einführung, Anwendung und Änderung technischer Einrichtungen und Verfahren,
- bei der Dauer der Arbeitszeit und
- bei der betrieblichen Lohngestaltung im Hinblick auf Geldfaktoren.

Und während die Koalition den Betriebsräten lediglich Unterrichtsansprüche bestätigen will, die diese mit gewerkschaftlicher Unterstützung vor den Arbeitsgerichten bereits erstritten haben, schreibt der SPD-Entwurf umfassende Beteiligungsrechte des Betriebsrats fest und bezieht die betroffenen Arbeitnehmer unmittelbar in die Beratung der notwendigen Maßnahmen ein. Darüber hinaus und in der Logik des ganzen Entwurfs will die SPD Unterrichts- und Beratungsansprüche des Betriebsrats bei der Personalplanung in Mitbestimmungsrechte umwandeln und auch die Mitbestimmungsrechte bei der Berufsbildung erweitern.

Eine abgeschwächte Montan-Mitbestimmung – dauerhaft gesichert?

Was die „Sicherung“ der Montan-Mitbestimmung angeht, sagte nach der Einigung über das sogenannte „Montan-Paket“ in der „Elefantenrunde“ Graf Lambsdorff gegenüber der Presse sinngemäß, die FDP habe eine Kröte schlucken müssen. Es ist eine mikroskopisch kleine Kröte, die der FDP keine Schluckbeschwerden bereiten dürfte. Damit sie überhaupt erkennbar wird, hat der Bundesarbeitsminister sie in der Nacht zum 24. Juni kräftig aufgeblasen und dem Vorsitzenden der IG Metall zur Lobpreisung dargereicht. Die IG Metall, so Norbert Blüm, solle überall das Lob der CDU als Montan-Mitbestimmungs-Sicherer singen. Ehrlicher war da sein Kollege Scharrenbroich, der knochentrocken bekannt gab: „Gewerkschafter, die trotz der bekannten Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag von den Arbeitnehmer-Abgeordneten der Koalition fordern, die Sprecherausschüsse für leitende Angestellte abzulehnen, müssen gleichzeitig sagen, daß sie auf die Sicherung der Montan-Mitbestimmung verzichten wollen.“⁴

Vor diesem Hintergrund gilt: Gewerkschaftliches Lob für den Bundesarbeitsminister verdient diese „Sicherung“ nur in engen Grenzen, nämlich allenfalls dafür, daß, nicht aber dafür, wie diese „Sicherung“ erfolgt. Die Montanmitbestimmung in den

Konzernobergesellschaften bleibt unsicher gegenüber eventuellen, durchaus nicht unwahrscheinlichen Großfusionen im Bereich von Eisen und Stahl, die das neue Gesetz aushebeln könnten. Sie ist verbunden mit der Schwächung des gewerkschaftlichen Einflusses,

- ▷ weil das Vorschlagsrecht, das die Spitzenorganisationen der im Konzern vertretenen Gewerkschaften entsprechend ihrer Mitgliederzahl hatten, beseitigt wird;
- ▷ weil durch die Anwendung des Wahlverfahrens nach dem Mitbestimmungsgesetz '76 jede auch nur mit einem Mitglied in einem Konzernunternehmen vertretene Gewerkschaft Wahlvorschläge zur Aufsichtsratswahl machen kann und damit auch hier „gelben“ Pseudo-Gewerkschaften mehr Chancen eingeräumt werden;
- ▷ durch die Verringerung des Anteils der außerbetrieblichen Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat und
- ▷ durch den Wegfall eines besonderen Bestell- und Abberufungsverfahrens für den Arbeitsdirektor, wodurch das Vorschlagsrecht der IG Metall gefährdet wird.

Gewerkschaftliche Forderungen wie die Aufhebung des Letztentscheidungsrechts der Hauptversammlung und die Benennung der Arbeitnehmervertreter durch die Gewerkschaft finden natürlich überhaupt keinen Niederschlag bei dieser „Sicherung“ der Montanmitbestimmung. Eine dauerhafte Sicherung der Montanmitbestimmung verlangt die Ausweitung des Prinzips der qualifizierten Mitbestimmung auf alle Großunternehmen. Wenn also im Zusammenhang mit dem „Montan-Paket“ von Kröten die Rede ist, die zu schlucken seien, sind es die Gewerkschaften, die daran herumwürgen – die Einheitsgewerkschaft samt ihren der CDU angehörenden Repräsentanten.

Mit dem ganzen sogenannten „Montan-Paket“ soll die Interessenvertretung der Arbeitnehmer erschwert, die Handlungsfähigkeit der Betriebsräte eingeschränkt, die Einheitsgewerkschaft im Betrieb geschwächt, der Einfluß ihrer Gegner künstlich gestärkt und die organisatorische Basis der DGB-Gewerkschaften untergraben werden.

Nur so ist die Verbissenheit verständlich, mit der die Bonner Regierungskoalition die Demontage der Betriebsverfassung betreibt – gegen die erklärte Hal-

G E M E I N S A M S T A R K



Das Grundprinzip des Bau-sparens gleicht der Solidarität in der Familie – einer für alle und alle für einen. Seit 60 Jahren handelt die BHW-Gruppe danach.

Eigenheim-Finanzierungen sind flexibel gestaltet. Sie berücksichtigen die Lebenssituation des einzelnen und sichern jedem Bauherren und Käufer die freie Entscheidung.

BHW

tung der Arbeitgeber. Deren Widerstand dürfte sich allerdings in Grenzen halten. Denn sie sehen zwar zusätzlichen Aufwand an Zeit und Kosten und sind besorgt wegen der unweigerlich zunehmenden Konflikte im Betrieb – den „Betriebsfrieden“ fördert das Gesetzesvorhaben ja wirklich nicht –, aber die angestrebte Schwächung der Gewerkschaften im Betrieb ist ihnen mit Sicherheit nicht zuwider. Schließlich können sie sich z. B. leichteres Spiel bei der Durchsetzung ihrer Flexibilisierungsvorstellungen erhoffen, wenn die Betriebsräte bei der Umsetzung diesbezüglicher Tarifregelungen in sich gespalten sind – zumal das Bundesarbeitsgericht der vertragschließenden Gewerkschaft inzwischen sogar das Recht abspricht, gegen betriebliche Regelungen gerichtlich vorzugehen, die eklatant gegen Tarifverträge verstoßen.

Nicht die rasche Einführung der neuen Technologien macht also die Diskussion um die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes notwendig, sondern vor allem der Versuch der Regierungskoalition, die betriebspolitische Handlungsfähigkeit der Einheitsgewerkschaft und der in ihr organisierten Betriebsratsmitglieder zu demontieren, so wie mit dem § 116 AFG die tarifpolitische Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften zerstört werden sollte. Und deshalb werden die Gewerkschaften im DGB gegen diese Demontage des Betriebsverfassungsgesetzes Widerstand mobilisieren, wie sie das bei der Demontage des Streikrechts getan haben.

Anmerkungen

- 1) August Bebel: Die Sonntagsarbeit, Auszug aus den Ergebnissen der Erhebung über die Beschäftigung gewerblicher Arbeiter an Sonn- und Festtagen, Stuttgart 1888; in: Udo Achten „... denn was uns fehlt, ist Zeit“, Bund-Verlag, 1988
- 2) Frankfurter Rundschau, 30. 6. und 2. 7. 1979
- 3) „Leitende Angestellte, Mitbestimmung und Interessenvertretung“, Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abt. Angestellte, 1988
- 4) Deutscher Bundestag, 87. Sitzung, 23. 6. 1988

Dokumentation

6 Leitsätze zur Zukunft der Arbeit in der europäischen Automobilindustrie

Zur Zeit unterliegt die europäische Automobilindustrie gewaltigen Strukturveränderungen. Diese Veränderungen erfassen das Produkt, die Produktionsverfahren, die Arbeitsorganisation.

Der EMB hat zwei Seminare veranstaltet, in denen Ausschnitte dieser Veränderungen analysiert wurden. Im Vordergrund stand dabei die jetzt laufende Umgestaltung der Arbeitsorganisation. Das Augenmerk richtete sich vor allem auf die Schlußfolgerungen, die die Gewerkschaften aus dieser Entwicklung ziehen müssen.

Der EMB hat die vorliegenden Erkenntnisse zu 6 Leitsätzen zur ZUKUNFT DER ARBEIT verdichtet: Diese Leitsätze decken nur einen Ausschnitt aus dem Gesamthema „Zukunft der Arbeit“ ab.

Leitsatz 1: Fordismus und Taylorismus sind zu überwinden

Die arbeitsorganisatorischen Strukturen in der europäischen Automobilindustrie waren tief bis in die 70er Jahre hinein vom Fordismus und Taylorismus geprägt. Diese hoch arbeitsteiligen und starren Produktionsformen sind von den Gewerkschaften immer kritisiert worden:

- sie haben die Beschäftigungsstrukturen massiv verändert: Für die Mehrheit der Arbeitnehmer blieben nur noch Arbeitsplätze mit einfachen und gering qualifizierten Tätigkeiten übrig. Nur eine Minderheit wurde mit höher qualifizierten Tätigkeiten betraut;
- sie haben die Arbeitsbedingungen verschlechtert: Extreme Arbeitsteilung mit zerstückelter, inhalts- und sinnentleerter Arbeit, Trennung von Denken und Tun, Entwertung von Arbeits- und Berufserfahrung sowie Entzug von Kompetenzen und Wissen sind Ausdruck dieser Strategie. Die Qualifikation und die Entwicklungsmöglichkeiten vieler Menschen blieben ungenutzt;
- sie bildeten die Basis für die Betriebs- und Unter-

nehmenshierarchie: Vor allem kam die Gestaltung der Automobilfabriken und Büros nach den Interessen der Arbeitnehmer zu kurz. Entscheidungs- sowie Lohn- und Gehaltsstrukturen bildeten sich hierarchisch aus.

Leitsatz 2: Dezentralere Strukturen sind im Vormarsch

Seit einigen Jahren lösen sich diese hoch arbeitsteiligen Strukturen auf. Mehr und mehr setzen sich dezentralere Strukturen durch. Das arbeitsorganisatorische Herz dieser Entwicklung ist die Gruppenarbeit. Gruppen treten in verschiedenen Erscheinungsformen auf: z. B. teilautonome Fertigungsinseln, Quality Circles.

Für die allmähliche Hinwendung zur Gruppenarbeit in der europäischen Automobilindustrie gibt es im wesentlichen zwei Einflüsse:

- Japanischer Einfluß: Quality Circles sind eine vom japanischen Management seit Anfang der 50er Jahre durchgesetzte Gruppenform, die vom europäischen Automobilmanagement vor allem in den 80er Jahren immer stärker übernommen worden ist. Bei QC handelt es sich nur um ein Element aus dem umfangreichen Katalog von Sozialtechniken des Managements. Diese Sozialtechniken – und damit auch diese Gruppenform – haben sich unabhängig von den Neuen Technologien global ausgebreitet.
- Einfluß der Neuen Technologien: Die Neuen Technologien gestatten eine außerordentlich hohe Flexibilität. Praktisch sind sie mit jedem Produktionssystem bzw. mit jedem System von Arbeitsorganisation vereinbar: Sowohl mit Fordismus und Taylorismus als auch mit einer stärkeren Dezentralisierung des Produktionssystems und der Arbeitsorganisation. Die Neuen Technologien sind somit eine wesentliche technische Voraussetzung dafür, dezentralere Strukturen durchzusetzen. Umgekehrt ist Gruppenarbeit eine Voraussetzung dafür, Neue Technologien besser zu beherrschen.

Leitsatz 3: Noch ist das Management in der Offensive

Bisher hat das Management im wesentlichen diese Strukturen vorangetrieben. Entscheidend dafür sind vor allem ökonomische Gründe. Die Anforderungen der Technologie, der Märkte und des gesamten Umfeldes sind so komplex geworden, daß starre Formen in zunehmendem Maße unwirtschaftlich werden. Dezentralere Strukturen hingegen

erweisen sich immer mehr als die ökonomisch überlegene Produktionsform. Gruppenarbeit

- gestattet eine bessere Bedienung der Märkte (vielschichtige Produkte, hohe Qualität);
- erleichtert die Beherrschung der Technologie (Übernahme dispositiver Funktionen, Beseitigung der Störanfälligkeit);
- schöpft die kreativen Potentiale jedes Arbeitnehmers besser aus (die Manager wollen den Arbeiter nicht mehr nur „von den Schultern abwärts benutzen, sondern die Köpfe einbeziehen“).

Dezentralere Strukturen, mehr Gruppenarbeit bedeuten Produktivität und Rentabilität. Deswegen treibt das Management diese Entwicklung voran. Zugleich sieht das Management in diesen Organisationsformen jedoch auch die Möglichkeit, die Gewerkschaften zu schwächen.

Leitsatz 4: Diese Entwicklung birgt Risiken

Ein unkontrolliertes Vorgehen des Managements ist für die Arbeitnehmer wie für ihre Gewerkschaftsorganisationen brandgefährlich:

- Qualitative Risiken:
Insofern die Manager neue Strukturen im Betrieb ausprägen, stellen diese tendenziell die bisher entwickelten gewerkschaftlichen Strukturen im Betrieb in Frage (Vertrauensleute- und Betriebsratssystem). Manager weisen darauf hin, daß sie direktere Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Betriebsleitung wollen. Den Gewerkschaften wollen sie eine neue Rolle zuweisen. Gelingen es ihnen, die Gewerkschaften zu schwächen, könnten die Interessen der Arbeitnehmer nicht mehr effizient vertreten werden.
- Quantitative Risiken:
Wenn dieser Weg erstens zusätzliche Produktivität bedeutet (über die ohnehin laufende technische Rationalisierung hinaus) und zweitens global beschritten wird, besteht die Gefahr der weiteren Beschleunigung des weltweiten Produktivitätsrennens. Wenn das mit gesättigten Märkten einhergeht, ist abzusehen, wieviele Arbeitnehmer weltweit bei dieser Kollision auf der Strecke bleiben werden. Unkontrolliertes Managervorgehen bedeutet zusätzliche Beschäftigungsrisiken für jeden Arbeitnehmer. Unkontrolliertes Managervorgehen bedeutet die Gefahr, daß sich die Arbeitnehmer selbst wegrationalisieren.

Leitsatz 5: Aber diese Entwicklung eröffnet auch Chancen

Fordismus und Taylorismus sind immer auf harte gewerkschaftliche Kritik gestoßen. Dezentralere

Strukturen bieten demgegenüber die Möglichkeit, zentrale langjährige Gewerkschaftsforderungen zu realisieren. Gruppenarbeit zielt auf

1. Gestaltungsoffensive:

Wenn die Köpfe in zunehmendem Maße einbezogen werden, dann wird das verschüttete kreative und innovative Potential der Arbeitnehmer wieder stärker in den gesamten Produktionsprozeß eingebracht.

Institutionell geht es dabei um die Gestaltung der Fabrik und des Büros.

Inhaltlich geht es um stärkeren Einfluß auf

- die Arbeitsorganisation (weniger Entfremdung)
- die Produktionsverfahren (mehr Humanisierung der Arbeit)
- die Produkte (Qualität, Erweiterung bestehender Produktlinien, neue Produkte)

Das zielt auf höheren gestalterischen Einfluß der Arbeitnehmer. Damit eröffnet sich eine Schnittstelle zur Angestelltenarbeit.

2. Qualifikationsoffensive:

Der EMB lehnt selektive Bildung ab (Qualifizierung nur für die Lerngewohnten). Wir fordern vielmehr Qualifikation für alle, für jeden Facharbeiter und Angestellten, für An- und Ungelernte, für Frauen und Männer. Die Gewerkschaften müssen sicherstellen, daß weniger leistungsfähige Arbeitnehmer in den neuen Prozessen nicht an den Rand gedrängt, sondern voll einbezogen werden.

In erster Linie geht dies nicht auf dem Wege traditioneller Weiterbildung; dafür fehlen die Bildungskapazitäten und die Motivation. Gruppenarbeit ist deshalb unverzichtbare Grundlage eines massenhaften Qualifikationsprozesses. „Training on the job“ steht jedem offen. Gestalten qualifiziert. Damit werden nicht nur betriebliche Kompetenzen erweitert. Damit wird Engagement entwickelt – ein Grundelement für humanere Gesellschaftsstrukturen.

3. Beschäftigungssicherung:

Gestalten und Qualifizierung sind komplexe Vorgänge, für die viel Zeit investiert werden muß. Je mehr Arbeitsstunden für diese beiden Arbeitsfelder gebunden werden, um so weniger schlägt die ohnehin laufende Rationalisierung auf die Belegschaften durch.

So kann Beschäftigung gesichert werden.

Im übrigen gilt mehr denn je zuvor, daß die mittelfristige Wettbewerbssicherung der europäischen Automobilindustrie nur mit dem qualifizierten, kreativen und handlungssouveränen Arbeiter und Angestellten zu gewährleisten ist.

Gestaltung, Qualifizierung und Beschäftigung sind in dieser Konzeption integrierte, sich gegenseitig unterstützende Ziele.

Leitsatz 6: Die Produktivität muß sozial kontrolliert werden

Weil der dezentrale Entwicklungspfad unter heutigen Bedingungen ein ökonomisch überlegener ist, wäre ein defensives Nein der Gewerkschaften keine Antwort. Dann nämlich gingen die Manager diesen Weg alleine. Die Risiken dieses Weges lassen sich vielmehr nur dann kontrollieren, wenn die Gewerkschaften die ebenfalls darin liegenden Chancen entschieden nutzen.

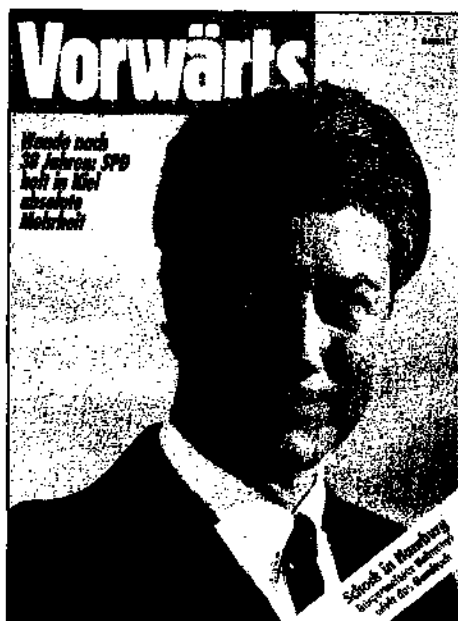
Der seit langem existierende gewerkschaftliche Strategiestrang „Soziale Kontrolle der Produktivität“ muß jetzt konkretisiert werden. Die verschiedenen Dimensionen der Produktivität müssen in ein Gleichgewicht gebracht werden: Die Produktivität muß weiterhin voll den Arbeitnehmern zugute kommen – durch die Investition von Arbeitszeit für Gestaltung und Qualifikation muß zugleich die Basis künftiger, langfristiger Produktivität gelegt werden.

Hauptstoßrichtung kann nicht sein, die Produktion mit immer weniger Arbeitnehmern zu fahren. Hauptstoßrichtung muß vielmehr sein, mit der existierenden Mannschaft bessere Qualität existierender Produkte, erweiterte Produktlinien und neue Produkte zu erarbeiten.

Mehr Mitbestimmung in der Gruppe und am Arbeitsplatz führt zu einer intelligenteren Arbeitsorganisation. Intelligente Arbeitsorganisation ist unverzichtbar, die Zukunft zu gewinnen.

Die „Soziale Kontrolle der Produktivität“ steht neben den anderen beiden zentralen Strategiesträngen der Gewerkschaften: Der Vollbeschäftigungspolitik (staatliche Beschäftigungsprogramme und gewerkschaftliche Kaufkraft) und der Politik der Arbeitszeitverkürzung. Der EMB setzt auch auf die Befreiung in der Arbeit.

Vorwärts-Information



Ja, ich bestelle den Vorwärts

zum monatlichen Bezugspreis von DM 9,— (für Schüler/Studenten gegen Vorlage der Studienbescheinigung monatl. DM 6,30). Diese Bestellung gilt zunächst für ein Jahr und verlängert sich automatisch, wenn ich nicht 6 Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums schriftlich kündige.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Ich bin berechtigt, innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen diese Bestellung beim Vorwärts Verlag zu widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, Unterschrift

- Ich zahle: ☐ bargeldlos *
☐ gegen Rechnung
☐ vierteljährlich DM 27,—
☐ halbjährlich DM 54,—

* Konto-Nr. und Geldinstitut
bitte angeben

Bert Thierron

Intelligente Arbeitsorganisation Die 6 Leitsätze zur Zukunft der Arbeit in der europäischen Automobilindustrie

Bert Thierron, Jahrgang 1941, ist seit 1978 Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes in der Gemeinschaft (EMB). Der EMB umfaßt sechs Millionen Arbeitnehmer, die in 28 Metallgewerkschaften der EG sowie Schweden, Norwegen und Finnland zusammengeschlossen sind. Im Bereich der Sektorenpolitik bestehen Arbeitsgruppen, die von verschiedenen nationalen Sekretären koordiniert werden. Für die Automobilpolitik ist die IG Metall zuständig.

I.

Leitsatz 1 stellt einen kurzen historischen Rückblick dar. Er vergleicht das Zeitalter des Fordismus und Taylorismus mit den handwerklichen Formen der Arbeit, die zu Beginn des Jahrhunderts vorherrschten, ehe Fließband und das Prinzip der Arbeitsteilung ihren Siegeszug antraten.

II.

Nicht nur bedingt durch die Neuen Technologien gibt es eine Wahlmöglichkeit zwischen zentral-starken und dezentral-flexiblen Systemen. Dezentralisierungstendenzen gibt es viel länger, dies zeigt die breite Einführung von Qualitätszirkeln in Japan vom Jahre 1952 an. Trotzdem resultiert der eigentliche Dezentralisierungsschub aus den Neuen Technologien. Wie weit dieser inzwischen gediehen ist, läßt sich an folgendem Fakt ablesen: In einem deutschen Automobilunternehmen sind bereits 65 % der Produktion nicht mehr taktgebunden.

Wichtig an diesem Leitsatz ist, daß Qualitätszirkel als eine Erscheinungsform von Gruppenarbeit festgehalten worden sind.

Irrig ist die Auffassung, Qualitätszirkel seien keine Gruppenarbeit. Richtig ist vielmehr, daß es sich bei Qualitätszirkeln immer um kleine Gruppen

von Beschäftigten handelt und richtig ist weiter, daß in diesen Gruppen Arbeit geleistet wird.

Irrig ist des weiteren die Auffassung, Qualitätszirkel seien eine Übergangsform zu anderen Formen der Gruppenarbeit (z. B. Fertigungsinseln). Richtig ist vielmehr, daß sich Qualitätszirkel seit 35 Jahren mit steigender Tendenz entwickelt haben. Gewerkschaftliche Strategien müssen auf alle Formen von Gruppenarbeit gerichtet sein.

III. + IV.

Bei der Durchsetzung der Gruppenarbeit ist das Management eindeutig in der Offensive. Weil auf diesem Wege in Japan zusätzliche Produktivitätsreserven erschlossen wurden, mußte das westliche Management nachziehen. Deswegen setzt das Top-Management diese Form der Arbeitsorganisation durch, selbst wenn sich der Mittelbau – um seine Stellung in der Unternehmenshierarchie bangend – dagegen sperrt.

Wegen der auf der Hand liegenden Risiken dieses Weges (wobei Betriebsräte eher die qualifizierten Risiken betonen), haben die europäischen Metallgewerkschaften diese Strategie zunächst defensiv diskutiert.

Inzwischen ist jedoch verstanden worden, daß diese Entwicklung nicht mehr aufzuhalten ist. Deshalb hat sich im Exekutivausschuß des EMB eine breite Mehrheit für die vorliegenden Leitsätze ausgesprochen. Da somit der EMB nunmehr diesen Weg trotz der offensichtlichen Risiken empfiehlt, ergibt sich als nächster Schritt zwingend: Die benannten Gefahren müssen klar definiert und gebannt werden.

V.

Wir dürfen diesen Weg keineswegs nur deswegen gehen, weil uns die Entwicklung dazu zwingt (defensives Vorgehen). Wir müssen ihm vielmehr deswegen folgen, weil er Chancen für Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften eröffnet (offensives Vorgehen). *Gestaltungsoffensive.*

Die Schaffung einer intelligenten Arbeitsorganisation ist ein Strategiebündel, mit der wir die vierte Phase der gewerkschaftlichen Technologiepolitik eröffnen können (erste Phase: Modernisierung der Volkswirtschaft; zweite Phase: klassische Rationalisierungsschutzpolitik; dritte Phase: Entwicklung und Gestaltung von Technik als Gegenstand gewerkschaftlicher Technologiepolitik). In dieser vierten Phase geht es darum, die Arbeitnehmer selbst in die Gestaltung einzubeziehen. Der gestalterische

Einfluß der Experten (top down) wird ergänzt durch gestaltende Aktivitäten der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz (bottom up). Und dies nicht nur im gewerblichen Bereich, sondern auch in der Verwaltung (Herausbilden von kollektiven Interessen von Angestellten), und nicht nur in bezug auf Arbeitsorganisation und Produktionsverfahren (Humanisierungsfelder), sondern gerade auch auf dem Feld der Produkte. Hier muß sich der Bogen spannen vom einfachen Qualitätsproblem (Ankleben von Magnetblättchen) bis hin zu neuen Produkten/Diversifizierung/Umwelt. Unabhängig vom aktuellen Realisierungsstand ist dies als prinzipielle Perspektive festzuhalten.

Qualifikationsoffensive

Gewerkschaftliche Qualifikationspolitik hat zwei wichtige Bedingungen zu erfüllen: Erstens müssen alle qualifiziert werden, zweitens muß Qualifizierung Beschäftigung bringen. Die erste Bedingung erzwingt einen neuen Weg der Qualifizierung. Traditionelle Weiterbildung (frontaler Unterricht) ist keine Methode für die gesamte Belegschaft. Qualifikation für alle geht nur über massenhafte Gruppenarbeit.

Beschäftigungssicherung

Die zweite wichtige Bedingung, nämlich Beschäftigung zu sichern und zu schaffen, erfordert zwingend, Zeit für diese Strategie zu binden. Es kann nicht einfach darum gehen, Gruppenarbeit zu propagieren und die dadurch bewirkten Produktivitätseffekte zu ignorieren. Das Beschäftigungsziel muß in

diese Strategie integriert werden. Deswegen ist unverzichtbar, Zeit für Gestaltung und Qualifizierung zu binden. Das ist gerade auf diesem Wege möglich (für traditionelle Weiterbildung werden in der Autoindustrie der BRD gerade 0,5 % aller Produktivstunden gebunden; 1 Stunde Team-Zeit für die Gruppe pro Woche entspricht hingegen 2,7 % der Arbeitszeit).

VI.

Dieser Strategiestrang setzt sich aus den Grundzielen „Gestaltung“, „Qualifikation“ und „Beschäftigung“ zusammen. Der EMB hat dies unter dem Stichwort „Produktivitätskontrolle“ zusammengefaßt, weil auf diesem Wege mehr Arbeitnehmer im Betrieb gehalten werden können als dies nach herkömmlichem Ablauf (freie Bahn für die Produktivitätsphilosophie des Managements) möglich wäre. Beschäftigung wird gesichert durch Erweiterung der produktiven Aufgaben und durch Investition von Arbeitszeit dafür. Die Belegschaft ist nicht nur ausführend, sondern gestaltend tätig. So wird bisherige Produktivität ausgeschöpft und zugleich neue geschaffen. Damit wird zugleich die Mitbestimmungsdimension um die Einbeziehung der Arbeitnehmer selbst sowie um den Einfluß auf Produkte erweitert.

Befreiung in der Arbeit heißt, die Gestaltung des Produktionsprozesses nicht allein dem Management zu überlassen, sondern die gesamte Kraft und Kreativität der Arbeitnehmer in diese Aufgabe einzubeziehen.

Gabriele Eckart Ein Windflüchter in Amerika

Die aus der DDR stammende Schriftstellerin Gabriele Eckart, Jahrgang 1954, studiert und arbeitet zur Zeit in Minneapolis, Minnesota – USA.

1.

Wir DDR-Bürger sind Windflüchter, erkannte ich einst, auf Hiddensee, angesichts der sturmgebeugten Kiefern: Das An-Denken gegen den Widerstand macht unsere Identität aus; in einer Gesellschaft normal gewachsener Leute können wir nicht bestehen.

Nun bin ich, Windflüchter, in Amerika.

Nach einem Zwischenspiel von drei Monaten in Westdeutschland, in welchem mir der Wind diesmal nur aus anderer Richtung zu pfeifen schien: Vom Terrorismus des Staates war ich in jenen des Marktes gekommen und fürchtete mich meines, hier wahrlich verkehrten, Wuchses.

Und in den USA? Hier ist mir wohl, merkwürdigerweise: weiß mich doch mein zeitungsblesener Kopf im ärgsten Kapitalismus der Welt. NIEMAND jedoch tritt mir Neuankömmling, aus Futterneid, gegen das Schienbein. Und außerdem scheinen mir die Menschen von der Jagd nach dem Geld nicht verhärtet. Gelassen, entspannt wirken sie auf mich (ausgenommen eine Kollegin: eine karrierebessene Deutsche). Täusche ich mich? Ist mein Wahrnehmungsvermögen von den Strapazen der letzten Mo-

nate in Ost- und Westdeutschland getrübt? Darüber sinnend warte ich an einer Ampelkreuzung auf Grün. Endlich wird es angezeigt. Der Wagen vor mir fährt auf die Kreuzung. Hält. Die Fahrerin winkt einem in der Nebenstraße auf Grün wartenden Toyota. Ein vielleicht sechsminütiger Hausfrauenklatsch im Städtchenslang, irgendwas über red snapper... sieben Autos warten. Das Ampellicht wechselt. Kein einziger Fahrer hupt, schreit, explodiert. Nachher rollt man friedlich weiter... An einem der Wagen, deren Fahrer großzügig gewartet hat, entziffere ich einen Sticker: My wife yes, my dog maybe, my gun never!* Zumindest einer also war mit Gewißheit weder Pastor noch Philosophieprofessor, sondern ein amerikanischer Redneck, der, als Zeichen seinesgleichen, mit Stärke prahlt. Vermutlich wählte er Reagan.

Woher haben diese Leute die Geduld?

Du bist nicht in New York, sagt meine Freundin lächelnd, Austin ist eine Kleinstadt.

Gewiß, doch ist meine „Kleinstadt“ die Hauptstadt von Texas, dieses, wie man sagt, Amerikas hoch zwei (bezogen auf die Anzahl Flinten sowie das Maß des auf mich lächerlich, jedoch nicht gefährlich wirkenden Patriotismus – in jeder Blickrichtung eine Flagge am Mast, wo du auch hinsiehst, ein Schild: Don't mess with Texas!) Möglicherweise geht der Metabolismus hier langsamer, sage ich mir (Texas liegt auf der Höhe der Sahara), bis mich in Ohio, Minnesota, Oregon und wohin ich auch komme, die gleiche Rücksichtnahme, ja Freundlichkeit anrührt, sowie die Bereitschaft zu helfen. (Weshalb seid ihr so hilfsbereit? Wir, sagt mein Gesprächspartner, sind ein Einwanderungsland. Wenn meinem Großvater, er kam aus Schottland, keiner geholfen hätte, lebte ich heute nicht hier.) Immerhin, sagt in mir ein Rest Widerstandswille, bist du kein durch den Grenzfluß geschwommener Mexikaner! Dann besiegt mich der amerikanische Charme, ich beschließe, zu bleiben.

Auch bedarf, wer dem Ghetto DDR entkam, eines großen Landes.

Natürlich drücke ich mir die Daumen, mein zukünftiger Präsident möge, wenn schon nicht Jackson, wenigstens Dukakis heißen.

2.

Jesse Jackson als Präsident? Ihr seid verrückt. Jackson ist Prediger, ohne Erfahrung im Administrieren.

Das ist immer die Ausrede, wenn einer nicht zugeben möchte, daß er einem Schwarzen, Präsident zu sein, nicht zutraut.

Der kurze Wortwechsel ist das einzige zum Thema Präsidentschaftswahl, das ich (während den Zeitungen nach der Wahlkampf „tobe“) im Freundes- und Kollegenkreis zu erhaschen vermag. Versuche ich, ein Gespräch zu provozieren, wird die Achsel gezuckt: Washington ist weit, für Texas macht es nicht viel Unterschied, wer dort regiert. Im Gegensatz dazu diskutiert man allenthalben eifrig über eine bevorstehende Kommunalwahl. Nicht mehr als das bringe ich mit einer tüchtigen Portion Aufdringlichkeit (im amerikanischen Mittelstand vermeidet man das Gespräch über Politik, Religion und Sex) in Erfahrung: die Professoren sind zumeist liberal, die Studenten konservativ gesinnt, man wählt entsprechend. Es erstaunt mich. In der DDR ist es umgekehrt.

Ist das eine vorübergehende Zeiterscheinung, Komponente der YUPPI-Generation? Was bedeutet es? Alle scheinen mir „unpolitisch“, oder irre ich mich?

Meine beiden einzigen „politischen“ Erlebnisse in sechs Monaten USA: An einem presbyterianischen College findet ein Schönheitswettbewerb für Männer statt. Als „Mister Austin“ gewählt wird der einzige Schwarze unter den Kandidaten, ein schlaksiger, bebrillter, charismatischer Jüngling. Beifallschreie unter den (zumeist weißen) Studenten. In seiner Dankesrede gibt der Schwarze zu verstehen, er habe sich mit der Wahl dieses Colleges, das einen fortschrittlichen Ruf genießt, nicht geirrt.

An einem anderen College eine Auszeichnungsveranstaltung für die sechs leistungsstärksten Studenten. Einer von ihnen weist, zornig, die ihm zuge dachte Medaille zurück: dieses (private) College investiere Geld in Unternehmen, die mit Südafrika Handel treiben. Wie reagiert der Präsident der Bildungseinrichtung? Er umarmt den Studenten. Manche raunen: Heuchelei! Tage später wird ein Neger-Shack, den Studenten als Ausdruck ihrer Solidarität mit den Schwarzen in Südafrika auf dem Campus errichtet haben, über Nacht niedergebrannt.

Ich erlebe das Amerika der Universitätscampusse. Das ist nicht AMERIKA, sagt man mir. Der charakteristische Amerikaner halte Bildung für unnütz und lächerlich. Kurzbehost, eine Schirmmütze (zumeist mit Reklamespruch) auf dem Haupt, der Schirm zeigt nach hinten, umrundet er, auf seinem Rasenmäher sitzend, genüßlich sein Grundstück, als

* Meine Frau geb' ich her, meinen Hund vielleicht, mein Gewehr niemals?

dessen großes Kunstwerk er die Plastikkuh im Vorgarten bewundert. Mehr als zweihundert Meilen ist er aus seinem Heimatort nicht hinausgekommen. Ein Buch (die Bibel ausgenommen) hat er nie gelesen. (Schriftstellerin sind Sie. Was ist das?) Naiv und arglos sperrt er Haus und Wagen niemals ab, denn Verbrechen gebe es nur in den Slums, die so weit sind wie Washington oder der Mond. Auf wieviele Amerikaner trifft dieses Klischeebild zu? Ich schätze, auf ein Drittel. Das ist mithin auch nicht AMERIKA. Ists das der Slums? Ist es das glitzernde Amerika der Aussteigerkommunen, das der Propheten? NEW AGE THINKING ist derzeit der letzte Schrei. Halb Amerika meditiert, nach der Überzeugung, „that we are limited only by our belief system“. Die Meditierenden, häufig in Quantentheorie bewandert, glauben an Inkarnation und die Chance, durch Meditation die Welt zu erretten. Und alle diese Amerikas suchen auf Grund der ihnen gemeinsamen historischen Wurzellosigkeit nach etwas wie einer Identität, nach einer Selbstdefinition. DAS ist für mich der einzige sichere Gesichtszug des amerikanischen Lebens, und natürlich mag ich ihn, weil ich, ehemals Windflüchter, selbst auf der Suche bin. Diese Heterogenität ist es, die mich, Abkömmling

eines egalitären Systems, an Amerika reizt. Kurz, gleichsam spielerisch, tauche ich in die „Amerikas“ ein: bin zu Gast bei Feministinnen, Mormonen, Buddhisten (weil ich den japanischen Akzent nicht rechtzeitig verstehe, werde ich in einem Tempel, ausgestattet mit goldenen Lotosblumen, buddhistisch getauft) bei religiösen Fundamentalisten, Homosexuellen, New-age-thinking-Wahrsagern: sie alle sitzen, mehr oder weniger, auf ihren Rasenmähern, haben mehr oder weniger Bildung, gehören, mehr oder weniger, diesem oder jenem Amerika an: dieses Gemenge ist faszinierend. Hier vermag ich wieder neugierig zu sein, auch auf mich.

1854 wanderten fünfhundert Sorben unter ihrem Pastor Kilian aus Preußen nach Texas aus, um ihre Sprache sowie kulturelle Identität vor den Deutschen zu retten. Worauf sie stießen im gelobten Land waren entsetzliche Hitze, Wassermangel, Indianer. Nichts weiter übrig blieb den Sorben, als sich zu assimilieren mit den anderen Einwanderern ringsum, das waren in Texas fast ausschließlich Deutsche. Heute spricht in Texas niemand mehr Sorbisch, keiner pflegt sorbische Kultur. Ein Witz, sagt man, der Geschichte. Doch eine Tragödie? Sie überlebten. Sie bauten Häuser, zeugten Kinder, sie definierten ihr

Wir arbeiten mit Energie an neuen Ideen für unsere Kunden.

BfG:



Als große Universalbank sehen wir es als unsere Aufgabe, unseren Kunden mit ihren vielseitigen Anforderungen ein engagierter Partner zu sein. Kapitalsparbuch, Wachstumsobligation und Umweltkredit haben wir schon erfunden; wir werden auch in Zukunft innovative Lösungen bieten.

BfG: Ihre Bank



Aachener und Münchener Gruppe

Dasein neu. Aus Untertanen wurden Bürger! Letzteres vor allem ist für mich die Geschichte Amerikas, der, man mag einwenden, was man will: dienstältesten Demokratie der Welt.

3.

Kein alter Marktplatz in Amerika, kein Fachwerkhaus, nicht eine einzige Ritterburg. Die Städte sind keine. Um eine Handvoll Wolkenkratzer ein Sammelsurium von weißangestrichenen Holzhäuschen, teils mit korinthischen Säulen, neben Holzkirchen, der Gotik nachempfunden, golden und silbern bepinseit. Zwischen all dem überlebensgroße Plastikrehe/kühe/pelikane, japanische Tempelchen, Christbäume, das ganze Jahr über in Lichterschmuck, mit hölzernen Pferdeköpfen garnierte Zäune. Nicht zu reden von den Reklameschildern. „Little Debby has a snack for you!“

Das alles überragt noch in Arkansas ein siebzig Fuß hoher Christus aus weißem Stein, mit ausgebreiteten Armen. An jedes Handgelenk könne man, prahlen die dorthin wallfahrenden Amerikaner, ein Auto hängen, ohne die Statue zu beschädigen.

Was heißt auf Amerikanisch Kitsch, frage ich, vom Kulturschock eine Träne auf der Wange, meinen Freund, der hier bereits zwanzig Jahre lebt.

Sie haben kein Bewußtsein dafür, mithin kein Wort.

Keinen Geschmack, sage ich spöttisch.

Geschmack? Welchem Deutschen ist dieser Luxus zu eigen! Ihr seid dort nur autoritätsgläubig. Meine Großeltern in Schleswig-Holstein schauten, welche Bilder den Gelehrten im Dorf, Bürgermeister, Pastor, Lehrer, die Wände zierten, die gleichen hängten sie sich selbst auf. Der Amerikaner ist anti-autoritär.

Sein persönlicher Geschmack gilt ihm als verbindliche Norm für die Menge an Wand sowie Land, über die er verfügt. Mag sich der Nachbar eine hölzerne Akropolis in den Vorgarten stellen, er pflanzt sich bedenkenlos ein orangefarbenes Plastik-Rentier oder einen Gipsabguß der Freiheitsstatue hin.

Um die Grundstücke selten Zäune.

Gelegentlich ein Aufgebot an Ramsch: Dahinroste Autos, alte Waschmaschinen, Kühlschränke, Polstermöbel, aus denen eine Sprungfeder oder ein Büschel Stroh spießt. Wie ein einziger großer Campingplatz gibt sich mir Amerika zu erkennen. Abwechselnd atemberaubend schön und atemberaubend schäbig, je nach den Einsprengeln Natur (wobei das Gras mir natürlich grüner scheint als zu Hause) und der Art und Weise, wie der Individualis-

mus an gebauter Umwelt mit ihnen korrespondiert. Allmählich gewöhnt sich mein Auge an die Kontraste, mein Kulturschock löst sich auf, und, ehe ich mich versehe, gewinne ich dieses verrückte Amerika lieb. Diese Leute, blitzt es dann und wann durch mein Gehirn, sind außerstande, nach Marschmusik zu funktionieren, unbegabt zu jedweder Organisation.

Vertrackte Folge: Propheten, Dissidenten, Hungerleider oder wer auch immer aus der übrigen, diktaturgeschüttelten oder allmählich verrottenden, Welt suchen auf diesem gemüthlichen Campingplatz Zuflucht: Um ihn vor Übervölkerung zu schützen, führen sich, ich spreche aus eigener Erfahrung, amerikanische Konsularbeamte mit einer Rabiathheit wie kommunistische Funktionäre auf. Nur mit dem Unterschied, daß sie lächeln. Unerschütterlich halten sie, während sie dir den Dolch auf die Brust setzen, an ihrem keep-smiling fest.

4.

Nächtlicher Dialog:

- Wach auf, du schreiest. Träumtest du schlecht?
- Die beiden Deutschlande...
- Sind nur zwei Backen, mehr nicht, um dasselbe Arschloch.

Letzteres assoziiert offenbar die deutsche Geschichte. Ich grübele den Rest der Nacht darüber. In der DDR wurde kurzerhand eine neue Diktatur über die alte gestülpt, in der Bundesrepublik wurde über sie Gras gesät. Die Grasdecke ist zu dünn, eine Art Giftgas scheint aus dem Grund zu quellen, das die Menschen rastlos und aggressiv macht.

Die Amerikaner dagegen haben es, angesichts ihrer Geschichte, gewiß nicht schwer, unbekümmert und freundlich zu sein. Keine KZs, keine zerbombten Städte. Zwar entstand das Land durch Raub, Mord und Betrug, doch lang ist's her, und mit historischem Erinnerungsvermögen scheint es ohnehin nicht sonderlich gut ausgestattet.

Am Morgen erreicht mich ein amtlicher Brief von einer Versicherungsgesellschaft. Der Text: Liebe Gabriele, anbei Deine Versicherungskarte. Falls Du noch Fragen hast, ruf mich bitte an. Ich wünsche Dir einen glücklichen Aufenthalt in Amerika. Deine Molly.

Verwirrt stelle ich fest, daß auch die Versicherungskarte nur meinen Vornamen trägt. Ich rufe an. Oh, das macht gar nichts. Zu meiner Beruhigung, sagt die Angestellte, könne sie mir eine neue Karte mit meinem vollständigen Namen ausstellen. Ich möchte gerade ein bißchen laufen und mache mich

zu Fuß auf den Weg. Zwei Autos halten: Ist was passiert? Können wir Ihnen helfen? Im Stadtzentrum schmettert mir jeder Fußgänger ein Hi! oder Hallo! entgegen. Ich treffe Bekannte aus dem vergangenen Jahr (ich war, erstmalig, 1986 in Amerika), die mich für den Abend nach Hause einladen. Danke, sag ich, aber hab keine Zeit, muß schreiben. Schreiben kannst du zu Hause, hier ruhest du dich aus. Es gibt, sage ich, kein zu Hause mehr. Endlich begreifen sie und beginnen, zu meinem Erstaunen, zu Weinen. Das gewiß zu erwartende Heimweh möge, so wünschen sie mir, nicht ein ebensolches Gefängnis wie mein früheres Fernweh werden. Falls du mal nicht weiterweißt, ruf uns an!

Ob ich denn Kartoffeln auf den Augen hätte, sagt ein westdeutscher Student, diese amerikanische Freundlichkeit sei nichts anderes als Heuchelei. Wenn du How are you? gefragt, sagst, du habest die Grippe, sehen sie dich betreten an. Fine! mußt du brüllen, auch wenn es dir hundsmiserabel geht. How are you, sage ich, heißt Guten Tag! Darauf erklärst du auch in Deutschland nicht dein Befinden.

Woher rührt diese Amerikafeindlichkeit? In Frankreich, erzählen mir Amerikaner verwundert, wurden sie in einigen Restaurants nicht bedient. Der Vietnamkrieg? Die Franzosen wüteten in Algerien. Soben hörte ich im (deutschen) Radio vom erlesenen Gastmahl, das Gorbatschow in Moskau für Reagan gab. Darauf wird spekuliert, was Reagan ihm wohl in der amerikanischen Botschaft vorsetzen werde. Hässisch, daß es mir kalt über den Rücken läuft, die Antwort: Wahrscheinlich Hamburger auf Plastiktellern! Warum speit ihr nur gegen Amerika?

Ich frage in Texas zwei deutsche Austauschlehrer, die, was sie auch sehen und erleben, in einem Maße und so lauthals verächtlich machen, daß es mir peinlich ist. Sie denken nach. Dann sagt der eine: Wir nehmen den Amis übel, daß wir amerikanischer sind als sie. Amerikanischer?, frage ich. Doch wir können uns, sie aus West-, ich aus Ostdeutschland, nicht unterhalten, jedes Wort ist gar zu verschieden besetzt. Merkwürdigerweise erinnert mich ihre Art der Verächtlichmachung Amerikas an jene der DDR-Medien, denen ich, instinktiv, jedes Wort im Mund umgedreht hatte. Oder rührt daher meine Amerika-Euphorie?

5.

Amerika wird arm. Selbst Texas, das durch Öl und Rindvieh in einem schier unanständig zu nennenden Maße reich war. Die Bürotürme in Austin stehen leer. Häusermakler schließen ihre Geschäfte.

In den shopping malls indessen wird gekauft, gekauft. Womit bezahlst du? Mit einer ungedeckten Kreditkarte, lacht eine Bekannte, die ich beim Einkauf treffe. In jeder Stadt, die ich zum erstenmal betrete, frage ich: Was wird hier produziert? Nichts. Die Bevölkerung arbeitet im Dienstleistungsbereich. Das Konsumierte (Nahrungsmittel und Hochelektronisches ausgenommen) wird importiert.

Warum produziert man nicht mehr? Amerika ist eben faul geworden.

Ab und an verkauft man einen Wolkenkratzer an die Japaner. In den Neunzigern, schreibt die Newsweek, werde Amerika „head for home, settle back and enjoy a little snooze.“ Mit dem Schläffchen hat es bereits angefangen. Als Folge steigen die Schulden, der Wert des Dollars sinkt. Außerdem, sagt meine Freundin, zahlen wir zu wenig Steuern. Weshalb erhöht sie kein Politiker? Er machte sich unbeliebt, und ein unbeliebter Politiker hätte in diesem Land keine Chance. Kein Amerikaner, den ich kenne, mag darüber reflektieren. Sein japanischer Wagen, Fernsehapparat, Computer, sein koreanischer Rekorder scheinen von Gott gesandt. Statt zu reflektieren, meditiert man, sitzt auf Rasenmähern, schläft. Wie geht das weiter? Irgendwie, sagen die Amerikaner gähnend. Es amüsiert mich. Aus irgendeinem Grund hatte ich sie mir arbeitswütig gedacht.

Wie aber werden sie sich benehmen, wachgerüttelt zu einer Schlankheitskur?

6.

Noch eine Anmerkung zur Politik: Wer wählte Ronald Reagan. Nach allen meinen Gesprächen mit Amerikanern hat ihn angeblich niemand von ihnen gewählt. Meine Tante in Oregon ausgenommen: 1949 erhielt sie in Esperstadt bei Halle einen Brief mit einem Heiratsantrag samt Flugticket aus Alaska: Ein ihr bis dahin unbekannter amerikanischer Soldat hatte sich nach dem Krieg, während er, wachschiebend, meine Tante mit dem Fernglas beim Kaninchenfüttern beobachtete, heftig in sie verliebt. Am Tag seiner Abreise hatte er meine Tante besuchen wollen, sie war nicht zu Hause gewesen... Meine Tante flog, heiratete, wurde glücklich und schwärmt, nach der Erfahrung zweier deutscher Diktaturen, für den jeweiligen Präsidenten.

Einen Deutsch-Professor in Missouri, der soben, als ich ins Büro trete, eine Zeitschrift mit dem Bildnis Reagans auf der Titelseite, augenscheinlich angewidert, in den Papierkorb wirft, frage ich: Wer hat ihn gewählt? Meine Tante allein kann es wohl nicht gewesen sein.

Die Rednecks waren's.

Wieviel Prozent der amerikanischen Bevölkerung, frage ich skeptisch, machen die Rednecks aus? Außerdem scheint wohl „die Sonne auf Nacken“ vor allem von Schwarzen. Und die wählten ihn ganz bestimmt nicht.

Zugegeben, der Professor errötet, ich wählte Reagan.

Ein Irrtum?

Ich würde ihn vermutlich wieder wählen. Mein Herz schlägt für die Demokraten. Doch demokratische Politiker sind Prinzipienreiter. Natürlich, sie nehmen die Politik ja ernst. Innenpolitisch ist das von Vorteil, außenpolitisch nicht. Prinzipienreiter können niemals nachgeben. Kennedy hat, vergessen Sie das bitte nicht, den Vietnam-Krieg begonnen! Reagan, ein Schauspieler, liebt über alles schreckeinjagende Gebärden. Er springt, ein Hampelmann, tut, als ob. . . Zu einem Einmarsch in Nicaragua wird er sich, Gottseidank, niemals entschließen. Weil er weiß, daß er nur auf der Showbühne, mehr ist das Weiße Haus nicht, in der Wirklichkeit niemals, zu handeln vermag. Außerdem soll er faul sein, er schläft für sein Leben gern. Amerika, ein Land von Individualisten, benötigt keinen Regierungschef. Und da nun angeblich solch eine Figur existieren muß, bevorzuge ich, der Professor tritt gegen den Papierkorb, solch eine Pappnase.

Von nun an sage ich jedem, der über Reagan herzieht, auf den Kopf zu: Sie haben ihn ja gewählt! Es funktioniert besser, als ich zu vermuten gewagt hätte. Ich sammle Begründungen dafür ein.

Die aller Intellektuellen (andere Personen provozierte ich leider nicht) ähneln der des Professors aus Missouri: Die amerikanische Gesellschaft ist keine homogene, sondern ein Konglomerat aus gegensätzlichen Minderheiten. Reagan als Schauspieler hat die Gabe, allen alles glaubwürdig zu versprechen. Einerseits ist er gegen die Abtreibung, andererseits gegen Gesetze, die gegen die Abtreibung sind. „Speak the Language of success“, New York 1983, formuliere Reagans Qualifikationen richtig: „Actor. I have played a wide variety of parts, which has given me the ability to appear to be whatever seems most appropriate to the situation at hand. Good hair. Signed R. Reagan.“

Solch ein Kasper, sagt ein anderer Professor, ist für mich, deutscher Abstammung, nicht völlig ohne Charisma: Reagan herrscht nicht, er quatscht nur, und das auch noch witzig.

George Bush wird meiner Ansicht nach die Wahl verlieren. Zwar ist er kein Prinzipienreiter, doch

auch keine charismatische „Pappnase“, und ob er gern schläft, ist der Öffentlichkeit nicht bekannt.

7.

Außer meiner eigentlichen Arbeit an der Universität von Texas (ich unterrichte DDR-Literatur für graduate-Studenten) komme ich Einladungen verschiedener Colleges nach, um als Deutsche den Studenten Fragen über Deutschland zu beantworten.

An einem südtexanischen, lutheranischen College haben die Studenten zunächst keine Fragen. Deshalb frage ich: Wo liegt die Dschidiahr? (GDR = DDR) Keiner weiß es. Dschidiahr, sage ich, ist East Germany. Nun, East Germany liege offenbar in Germany, welches in Europa aufzufinden sei. (In einer Bar fragte mich kürzlich das Ausschankfräulein sogar, wo Deutschland liege. Mein Freund hatte statt meiner geantwortet: Deutschland ist eine Insel, etwa in der Mitte zwischen Japan und den Philippinen. Die Frau hatte gläubig genickt.)

Und die Mauer? Von ihr haben zwei der Studenten schon gehört. Als eine Art chinesische Mauer wird sie sich vorgestellt, am Ostrand von Deutschland, dahinter fange Rußland an.

Ich erkläre, was die Mauer ist, wo sie steht, und daß es zwei Deutschlands gibt. Erzähle, daß ich aus der Dschidiahr komme und nun im Westen lebe. Fragen? Ein Mädchen meldet sich: Was ist Ihre Lieblingsfarbe? Ein junger Mann: Was für ein Auto würden sich Dschidiahr-Bewohner in Amerika kaufen?

Das war's. Hinreißend liebenswürdig lächeln mich die Studenten an. Weil noch viel Zeit bleibt, frage ich: Was haben Sie nach Abschluß des Colleges vor? Physiotherapeutin werden, Bankangestellter, Missionarin, Management studieren, zwei möchten ein Geschäft aufmachen, der eine für Computer, der andere für französischen Wein. Die anderen haben noch keine Vorstellungen über ihre Zukunft. Warum sie ein College besuchen? Weil man da, sagen sie offenherzig, später mehr verdient. Gibt es noch andere Gründe? Nein.

In der Pause im Freien werfen meine Studenten (sie sind Anfang zwanzig) kreischend, unter den Beinen hervor, Kartoffelchips in die Luft und fangen sie mit dem Mund.

Ich komme mir nicht verloren vor. Keineswegs. Ich könnte hier unterrichten. Zumal es sich am Abend bei meiner Lesung herausstellt, daß die Studenten immerhin aufmerksam und begeisterungsfähig sind. Nur muß ich zehminütlich eine Pause einlegen, um sie verschnaufen zu lassen, und jede Zeile Text genau erklären.

Weit ist die Landschaft ringsum. Präriegras. Zusammenfallende Holzhäuser neben nagelneuen. Es gibt soviel Land, daß man das alte Haus abzureißen nicht für nötig erachtet, wenn man ein neues baut. Vor einem hinfalligen Farmhaus (es neigt sich, ein Parallelogramm, in einem Winkel von vierzig Grad) treffe ich einen Maler. Das Leben zeige sich hier dem Gesichtssinn, schwärmt er, als organischer Prozeß.

Letzten Sommer in Deutschland habe er gar nichts zu zeichnen gefunden: alles schien ihm bis zur Unmenschlichkeit perfekt. Ich könnte hier zur Ruhe kommen, denke ich, und die erforderliche Ironie finden vielleicht, um das zu schreiben, was ich mit fliegendem Atem und Schaum vor dem Mund nicht zu schreiben vermag: über die Dschidiah.

Norman Birnbaum Das Modell „Amerika“ – Anspruch und Wirklichkeit

Prof. Dr. Norman Birnbaum, geb. 1926, lehrt an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Georgetown/USA.

Von einem Modellcharakter der amerikanischen Politik und Gesellschaft kann derzeit keine Rede sein. Die Vereinigten Staaten durchleben gegenwärtig vielmehr ein ausgedehntes Interregnum mit innenpolitischem Tauziehen zwischen den ökonomisch- und den sozial-orientierten Gruppen, im Hinblick auf ihre politische Kultur (d. h., in unserem Verhältnis zu unseren eigenen Traditionen) und ihre Vorstellungen bezüglich des eigenen Weltherrschaftsanspruches. Die sich aus diesem Kräftemessen ableitende unstete Situation zeichnet sich sinnigerweise jedoch dadurch aus, daß sie gemeinhin physikalischen Gesetzen Hohn spricht: Die Natur meldet und verabscheut bekanntlich ein Vakuum, demgegenüber war in dem luftleeren Raum der amerikanischen Politik ein ehrsüchtiges und reges Drängeln zu beobachten, indem sich dort stramme Ideologen, Vertreter der Mittelmäßigkeit und Technokraten ein Stelldichlein gaben. So sind denn die jüngst zu verzeichnenden Fehlschläge in der amerikanischen Führungsriege auch nicht rein zufälliger Natur.

Der dabei hervorstechendste Fehlschlag sei an erster Stelle genannt: Reagans Konterrevolution verliert sich derzeit in ihren eigenen Widersprüchen. Die Verluste der Republikaner im Senat 1986, die durch die Machenschaften und Lügen im Iran-Con-

tra-Skandal herbeigeführte Ent-Legitimierung der Reagan-Administration, sowie die Unfähigkeit des Präsidenten, einen Richter nach seinem eigenen verfassungsrechtlichen Gusto (demzufolge die Gerichte bei Fragen aus dem Bildungsbereich, ethnischen und rassischen Beziehungen oder bei Mißbrauch staatlicher Gewalt – ganz zu schweigen vom Funktionieren der Wirtschaft – nicht eingeschaltet werden können) an den Obersten Gerichtshof zu hieven, legen die Vermutung nahe, daß der Präsident bereits der erste Präsident der Nach-Reagan-Epoche ist.

Aber die aktuellen Wechselfälle der Politik einmal außer acht lassend, sollten wir uns das sogenannte „amerikanische Modell“ zunächst einmal in einem größeren historischen Rahmen ansehen, um daraus dann eventuell Aussagen für die Zukunft ableiten zu können.

In diesem Zusammenhang sei an erster Stelle erwähnt, daß es sich bei den Ideen zu einem amerikanischen Modell nur allzu häufig um ein rein konzeptionelles Legitimationsvehikel der heimischen Eliten handelt, die überdies den Anspruch erheben, die Gralshüter eben dieses Modells zu sein. Derzeit wetteifern verschiedene perspektivische Modelle miteinander, die sich auf unterschiedliche (und gegensätzliche) Interpretationen der Vergangenheit und Einschätzungen der Gegenwart stützen. Im Zuge dessen, was heute faktisch sehr in Zweifel gezogen wird, nämlich unsere hegemoniale Rolle in weiten Teilen der Welt, wurde ein regelrechter Industriezweig für Ideologie-Export aufgebaut (was seine Manager selbstverständlich als intellektuellen Export bezeichnen würden). Unsere europäischen Freunde wären gut beraten, jene amerikanischen Ideen über ein Amerika, die ihnen mit kanonischer Aussagekraft präsentiert werden, mit der gleichen Sorgfalt zu überprüfen, wie sie dies beispielsweise bei einem amerikanischen Auto auch tun würden.

Denn in jüngster Vergangenheit sind beide Produkte nicht ohne Defekte von den jeweiligen Montagebändern gerollt.

Wenn Europäer die Geschichte Amerikas für den eindeutigen Siegeszug eines klassischen wirtschaftlichen Gesellschaftsmodells halten und ferner davon ausgehen, unsere gegenwärtige plebiszitäre Demokratie der Konsumenten (oder, um es mit einem Historiker zu sagen, eine Demokratie der Habsucht) stehe in linearer Erbfolge der ursprünglichen Republik der Handwerker, Grundbesitzer und Kaulleute, dann mag ihnen dies verzeihen sein. Denn bis in die jüngste Vergangenheit beruhte ein Großteil unseres eigenen Selbstverständnisses auf einer sehr ähnlich gelagerten Geschichtsvorstellung. Allerdings ergibt sich da eine Schwierigkeit: Sie entspricht nicht der Wahrheit.

Die ursprüngliche Republik sollte konzeptionell eine Republik der Tugend sein, eine Polis, in der die Regierung dank der Partizipation einer souveränen Bürgerschaft etwas völlig anderes war als ein bloßer Garant für Eigentum oder Stabilität der bestehenden sozialen Ordnung. Die Einführung der Volkssouveränität durch die Revolutionäre gründet ohne Zweifel auf der bis ins siebzehnte Jahrhundert des Cromwellschen Commonwealth und bis zu den Kämpfen der ersten britischen Parlamente um die Einschränkung der königlichen Macht zurückreichenden englischen Tradition. Andere Philosophien flossen ein – Rousseaus *volonté générale*, Montesquieu mit der Gewaltenteilung und antike Vorstellungen von einer gemischten Verfassung. Die Souveränität als *ultima ratio* war jedoch kein Selbstzweck: Ein Volk bedurfte der Souveränität, um eine höhere moralische Ordnung und die Entfaltung der Persönlichkeit des Individuums zu erreichen. Auffallend ist (Paine ist einer jener, die diesen Prozeß personifizieren), daß die amerikanische Revolution den französischen Revolutionären als Inspiration und Modell diente.

Warum wurde nunmehr die Vorstellung von einer Republik der Tugend geändert, und zwar schon recht bald (in der verfassungsgebenden Debatte selbst)? Zwei Faktoren waren letztlich ausschlaggebend. Einer davon war die Sklaverei. Ungeachtet der moralischen Ambivalenz aufgeklärter Sklavenbesitzer, wie Jefferson, oder den calvinistischen Zweifeln selbst unter den Deisten Neuenglands, legitimierte die Verfassung die Sklaverei in den Staaten, die sie praktizierten – wie beispielsweise Virginia, das eine überdurchschnittlich große Zahl republikanischer Theoretiker hervorbrachte. Trug also der Rassismus, die Angst vor Sklavenrevolten dazu bei, daß

sich die Theorien der Aufklärung, von einem natürlichen Recht auf Freiheit, nicht allgemein verbreiten konnten? Die Antwort ist ja, und als Konsequenz wurden die Aufgaben der Regierung neu interpretiert: Diese wurden fernerhin darauf beschränkt, so viel Freiheit zu bewahren wie dies im Einklang mit der Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung – die die Sklaverei einschloß – möglich war. Als Ronald Reagan nunmehr seinen Widerwillen gegen judikative Verfassungsinterpretationen, die Gleichheit auf Schwarze und Frauen auszudehnen, unverblümt offenbarte, stand er also in „guter“ amerikanischer Tradition. Er wolle nicht, meinte er, daß die Gerichte das machten, was er die „gesellschaftlichen Gesetze“ nannte. Die Gesellschaft sei eine autonome und natürliche Sphäre, die ihren eigenen Gesetzen überlassen bleiben sollte.

Nun zum zweiten Faktor, der die Volkssouveränität und die Entwicklung einer Republik der Tugend einschränkte (um nicht zu sagen, im Keim erstickte) – zur Bourgeoisie, die ihre eigene Rhetorik in die Tat umsetzte. Die Verteilung des Grundbesitzes in den Anfängen und die kurz darauf einsetzende Industrialisierung und kontinentale Expansion machten aus der Demokratie in der Praxis etwas anderes als jene Kommunen der „Volkssouveränität am Ort selbst“, als Primat von Jefferson und Madison ehemals so sehr hochgehalten. Jefferson beharrte in der Tat auf dem Gegensatz zwischen der Freiheit einerseits und dem Kommerz andererseits, wobei das erste als etwas Anständiges, repräsentativ für eine Demokratie der Grundbesitzer, stand und das zweite für die Lasterhaftigkeit und sogar Korruption des Lebens in Städten, sprich Großstädten, das Jefferson als un-amerikanisch erachtete. (In diesem Zusammenhang ist es schon amüsant, wenn Europäer, die vorgeben, Amerika zu kennen, jene gängige amerikanische Wortklauberei ernst nehmen, wonach das „mittlere Amerika“ im Gegensatz zu urbanen Gruppierungen und Denkern gesund sei. Dabei leben viele Apologeten jenes „mittelamerikanischen“ Lebens selbst in höchst urbanen Gegenden, auch wenn diese mit Urbanität nicht immer etwas zu tun haben, und im Härtesten, wollte man ihnen wirklich auf den Zahn fühlen, würden sie nicht einmal eine Kuh von einem Ochsen unterscheiden können. So ist denn die nunmehr propagierte Rhetorik, derer sich auch eine so höchst mobile und wenig Wurzeln oder Bodenständigkeit aufweisende Figur wie Ronald Reagan bedient, eine entartete Derivation des Jeffersonianismus, die diesmal nicht dazu herhalten muß, den „Kommerz“ zu diffamieren, sondern ihn zu vertei-

digen.) Die Expansion in Richtung Westen, die frühen Handelskriege (1812 mit England), die Kämpfe um die Banken in der Jackson-Ära, die frühe Entwicklung einer ökonomischen Jurisprudenz, die die ökonomische Effizienz zum Hauptkriterium machte, waren nur weitere Einzelschritte im Rahmen des gleichen Prozesses: Mit der Fortentwicklung und Expansion der amerikanischen Wirtschaft, geriet die Regierung zu deren bloßen Hilfsvehikel.

Die Wirtschaft kann vorbehaltlos als ein unpersonlicher Prozeß bezeichnet werden. Niemand formulierte dies vor dem Bürgerkrieg in Amerika treffender als zwei Kritiker eben jener neuen Gesellschaft. Einer davon (auch von Marx aufmerksam gelesen) war George Fitzhugh, ein gebildeter Sklavenhalter aus Carolina, dessen Verteidigung der Sklaverei („*Cannibals All*“) dem Kapitalismus ein idyllisches Bild von einem gütigen und patriarchalischen Verhältnis der Herren zu ihren Sklaven gegenüberstellte. Wie wir von den Sklavenrevolten her wissen, waren die Sklaven selbst von dieser Güte und Wohltätigkeit des Systems wohl nicht so sehr überzeugt – dennoch offenbart Fitzhughs Schilderung der Rücksichtslosigkeit und Habgier, der moralischen Verderbtheit und Zerstörungswut der frühkapitalistischen Industrialisierung Amerikas (nicht minder in ihrem Einfluß auf die unabhängigen Farmer, die vom Selbstversorgerackerbau zu unterkapitalisierten Kleinunternehmern transformiert wurden) den sozialen Protest im Norden und Westen Amerikas. Die Jackson-Ära wird gemeinhin als Triumph der populistischen Demokratie betrachtet, in Wahrheit war sie jedoch eine Epoche zunehmender Klassenpolarisation, der Anfang des Konservatismus. Ein weiterer Denker, der dies genau so sah, war der vom Protestantismus zum Katholizismus konvertierte Orestes Brownson. Er war einer der ersten in einer langen Reihe katholischer Kritiker der Marktwirtschaft, eine Reihe, die derzeit von Vertretern, wie etwa dem amerikanischen Sozialisten Michael Harrington, oder auch den katholischen Bischöfen selbst, fortgesetzt wird.

Hier drängt sich unweigerlich die Frage auf: Wo aber bleibt bei alledem, was wir als wahrhaftiges Prädikat mit den Vereinigten Staaten assoziieren – die Inkarnation der Idee des Fortschritts zu sein? Ohne Zweifel, verglichen mit der Gestalt Metternichs, von Henry Kissinger so sehr bewundert, waren wir zu Anfang des 19. Jahrhunderts eine progressive Nation. Die Frage ist, mit welchem spezifisch sozialen Inhalt dieser Vorstellungsbegriff gefüllt wurde? Eine Antwort liegt sicherlich in der Tatsache, daß maß-

Beitrag von:

- Egon Bahr
- Till Bastian
- Willy Brandt
- Ernesto Cardenal
- Valentin Falin
- Günter Grass
- Hildegard Hamm-Brücher
- Oskar Lafontaine
- Barbara Simons
- Hans-Jochen Vogel
- Karl Georg Zinn
- und vielen anderen

Herausgegeben von:

- Peter Glotz
- Rolf Kasiske
- Torsten Teichert
- Fritz Vahrenholt

Vernunft riskieren

Beitrag von:

- Egon Bahr
- Till Bastian
- Willy Brandt
- Ernesto Cardenal
- Valentin Falin
- Günter Grass
- Hildegard Hamm-Brücher
- Oskar Lafontaine
- Barbara Simons
- Hans-Jochen Vogel
- Karl Georg Zinn
- und vielen anderen

Herausgegeben von:

- Peter Glotz
- Rolf Kasiske
- Torsten Teichert
- Fritz Vahrenholt

Der Titel dieses Buches ist zugleich Leitmotiv für die Aufsätze, in denen sich bekannte Wissenschaftler, Politiker und Publizisten zu den drängenden Fragen unserer Gesellschaft äußern. Behandelt werden u. a. Aspekte der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Stadt und Umwelt, die demokratischen Tugenden, die Herausforderungen von Freiheit und Toleranz sowie die Auseinandersetzungen um die Hafenstraße.

Dieser Band ist dem ehemaligen Hamburger Ersten Bürgermeister Klaus von Dohnanyi zum 60. Geburtstag im Juni 1988 gewidmet.

Mit Beiträgen von: Egon Bahr, Till Bastian, Willy Brandt, Ernesto Cardenal, Valentin Falin, Günter Grass, Hildegard Hamm-Brücher, Oskar Lafontaine, Barbara Simons, Hans-Jochen Vogel, Karl Georg Zinn und vielen anderen.

Vernunft riskieren
 Klaus von Dohnanyi zum 23. Juni 1988
 Herausgegeben von Peter Glotz, Rolf Kasiske, Torsten Teichert, Fritz Vahrenholt
 368 Seiten, geb., DM 29,80 · ISBN 3-7672-1064-9
 Christians Verlag · Postfach · 2000 Hamburg 36

lose Produktionssteigerungen, wirtschaftliche Expansion und Unterwerfung sowie Ausbeutung der Natur zunehmend als Beweis für Fortschritt gesehen – oder durch die Idee als solche gerechtfertigt wurden. Wenn von der Unterwerfung der Natur die Rede ist, muß dabei auch berücksichtigt werden, daß Natur für die Amerikaner des 19. Jahrhunderts gleichbedeutend war mit der Unzivilisiertheit, die die Indianer verkörperten, deren bloße Existenz in ihren Augen als Legitimation ausreichte, sie ihres Landes zu berauben, nachdem man ihre Kultur so weit wie möglich zerstört, sie umgebracht hatte. Die Siedlungsgrenze bereitete den Amerikanern zunächst einiges Kopfzerbrechen, denn sie barg die Lösung für die mit dem industriellen Kapitalismus unweigerlich verknüpften Zwänge in sich: Allerdings war dann die Bevölkerungsexpansion in Richtung Westen auch gleichbedeutend mit der Extension des Kapitalismus. Nachdem per ersten Wasserstraßen und Eisenbahnlinien eine Verbindung hergestellt und damit sozusagen eine Vereinigung des Kontinents erfolgt war, war damit auch die Siedlungsgrenze in die nationale Marktwirtschaft einbezogen. Die Siedlungsgrenze (die zu Beginn dieses Jahrhunderts mit der Aufnahme des letzten Bundesterritoriums, Oklahoma, als Unionsstaat geschlossen wurde) stellte gleichzeitig auch eine Entlastung der urbanen Klassenkonflikte dar. Jener Konflikt wurde ab Mitte des 19. Jahrhunderts noch weiter verschärft durch den Zustrom ethnisch unterschiedlicher Einwanderer aus den protestantischen Ländern Nordeuropas – nach den irischen Katholiken, später gefolgt von Ost- und Südeuropäern. Sie waren wohl allesamt nicht gerade die Inkarnation säkularisierter Fortschrittsgedanken, viele von ihnen kamen, um hier zu arbeiten und kehrten dann Jahrzehnte später nach Europa zurück (schätzungsweise mindestens 35 Prozent). Was aber blieb, war, daß die sich ergebenden kulturellen Spaltungen innerhalb der urbanen Arbeiterklasse ein Aufkeimen und Zustandekommen eines amerikanischen Äquivalents zur europäischen Arbeiterklassenbewegung schwierig machten. Dessen ungeachtet sollte es zwar noch entstehen, wie wir sehen werden, aber damit würden wir dem Verlauf der Geschichte vorgreifen.

Von zentraler Bedeutung war, daß die Siedlungsgrenze den Bürgerkrieg als Konsequenz unausweichlich machte. Der Bürgerkrieg war mitnichten allein das Werk der Abolitionisten, moralisch (häufig calvinistisch) unnachgiebige Gegner der Sklaverei. Er war vielmehr das Ergebnis einer breiten Allianz (einschließlich vieler Rassisten, die die Schwarzen für

minderwertig hielten) zwischen Abolitionisten und anderen Gruppierungen. Arbeiter und Farmer (und Kapitalisten) im Norden und Westen fürchteten, daß die Südstaatler versuchen könnten, die Sklaverei auf die Territorien im Westen auszudehnen, um so aus der Siedlungsgrenze nicht die offene Grenze einer amerikanischen Version der Bourgeoisie zu machen, sondern eine Ausweitung der Sklavengesellschaft. Darüber hinaus trugen die innenpolitischen Praktiken der Sklavenstaaten, wo jedwede Kritik an der gesellschaftlichen Ordnung rigoros unterdrückt wurde, dazu bei, daß die anderen Staaten um die Zukunft ihrer Demokratie fürchteten. Lincolns berühmter Ausspruch, daß ein in sich gespaltenes Haus keinen Bestand hat, ist vor eben diesen Hintergründen zu sehen – welche natürlich wesentlich tiefgreifendere Ursachen hatten als die sich vordergründig unmittelbar überstürzenden Ereignisse. Der Bürgerkrieg war das Ende der Sklaverei, nicht aber des amerikanischen Rassismus. Der siegreiche Norden geriet zum Helfershelfer bei der später betriebenen Sezession der Südstaaten – aber lange nachdem er die Verantwortung für eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen für die befreiten Sklaven abgeschüttelt hatte. (Jene, die die derzeit laufende Kontroverse über die vermeintliche Politisierung des amerikanischen Justizwesens, als Schlüsselbegriff für die Berufung von Richtern, die die Ansicht vertreten, die Regierung begegne der Beseitigung der institutionalisierten Rassendiskriminierung mit einer positiven Haltung, verfolgt haben, mag in Erinnerung gerufen werden, daß der Oberste Gerichtshof sehr wohl auch schon in der Vergangenheit die Rassentrennung abgesegnet hat.)

Bis zur neuen Wirtschaftspolitik blieb der Süden die ärmste Region der gesamten Nation. Der Bürgerkrieg ermöglichte es dem amerikanischen Kapitalismus allerdings, seinen Eroberungsfeldzug auf dem Kontinent zu vollenden (Texas war einige Zeit zuvor von Mexiko aus einverleibt worden, und die Briten und Kanadier hatte man unter Kriegsandrohung gezwungen, die kanadische Grenze zurückzuziehen). Darüber hinaus institutionalisierte er einen spezifisch amerikanischen Modus der Kriegsführung. Die konföderierten Truppen, zahlenmäßig überlegen, waren gut geführt und aggressiv. Im Norden, dessen zwangsrekrutierte Streitkräfte große Verluste erlitten, war der Krieg umstritten und fand keine geschlossene Unterstützung. Damit nahm das vorbehaltlose Bauen der amerikanischen Militärs auf das Rückgrat der materiellen Überlegenheit (das sich

heute in dem Technologiewahn und unserem Bauen auf Nuklearwaffen widerspiegelt) seinen Anfang, und zwar nicht nur in den Feldzügen gegen die Indianer und Mexikaner, sondern maßgeblich eben auch im Bürgerkrieg. Aber es gab auch noch weitere Raffinessen, wie etwa Shermans Feldzug der verbrannten Erde im Süden – kurzum, es war ein sehr moderner Krieg.

Wir kommen nun zu jener Zeit, die kürzlich von einem Gelehrten als die Inkorporation Amerikas bezeichnet wurde. Neue kapitalistische Organisationsformen, ein enormer Zustrom von Einwanderern, die Entwicklung des Massenkonsums sowie der Massenmedien in einer durchgreifend industrialisierten Gesellschaft, markierten die Zeitspanne zwischen dem Bürgerkrieg und unserem Eintritt in den Ersten Weltkrieg. Da die ländliche Ökonomie vom Export ihrer Produktion abhing, wurden die Farmer in den Weltmarkt integriert; die Wechselfälle des gesamtwirtschaftlichen Zyklus bescherten der urbanen Arbeiterklasse abwechselnd Elend und Wohlstand; der gebildete Mittelstand fand sich mit einer Welt konfrontiert, die er zunehmend weniger verstand – und wenn er es tat, diese nicht sonderlich mochte. Das Eindringen der neuen Trusts und Großbanken ins politische Leben war durch ein enormes Potential an politischer Korruption markiert. Unsere provinziellen Traditionen wurden, natürlich, beibehalten: Die Kapitalisten fanden, *Ceterus paribus*, daß es billiger war, die staatlichen Gesetzgeber zu kaufen als Senatoren oder Präsidenten. Kaufen und Verkaufen wurde eins mit der Politik – allerdings nicht ohne Proteste, die sich in verschiedenen Formen niederschlugen.

Der ländliche Protest (darunter, selbstverständlich, jene aus ländlich geprägten Kleinstädten, deren Lebensunterhalt von der Landwirtschaft abhing – sowie Teile der Arbeiterklasse, wie beispielsweise Holzfäller) strömte in die Populistische Bewegung. Angetan mit biblischen Bildern des Alten Testaments, war dieses in weiten Teilen protestantische Phänomen keineswegs frei von Xenophobie und Anti-Katholizismus. Seine Feindbilder jedoch personifizierten in erster Linie die Finanzkapitalisten des Ostens, die Eisenbahneigner, die lokalen Banken und Politiker, die mit diesen alliierten. Dies war ein Protest der ländlichen Kommunen, die sich nunmehr durch ebenjenen Prozeß bedroht fühlten, der sie hatte entstehen lassen – die Nationalisierung und in der Tat Internationalisierung des amerikanischen Kapitalismus. Dank einer starken lokalen Organisation gelang es den Populisten, sich der Demokrati-

schen Partei zu bemächtigen und 1896 William Jennings Bryan als Präsidentschaftskandidaten zu nominieren. Seine Niederlage markierte den Zerfall der Bewegung. Eine Zeit lang hatte der Populismus im Süden sogar verarmte schwarze und weiße Farmer vereinigt, bis der durch die Niederlage angerührte Rassenantagonismus sie noch weiter schwächte. Das populistische Legat hingegen konnte seine Stärke in der amerikanischen Politik konservieren. (In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß äußerst sophistische Protagonisten der neuen amerikanischen Nachkriegseinkunft, wie der Historiker Hofstadter, die Populisten verächtlich abtun, indem sie nur unwesentlich besser als ungebildete Verrückte oder als Kultur-, Proto-Faschisten klassifiziert werden. Diese Themen entwickelten sich zu einem Hauptgegenstand von Analysen und finden sich, mit einem recht kläglichen wissenschaftlichen Mäntelchen umgeben, in den Arbeiten von Dienern und Ergebenen des Apparates, wie etwa Samuel Huntington.) Es strömte in die Opposition, betrieb unsere Beteiligung am Ersten Weltkrieg und führte zum Imperialismus im allgemeinen, der fälschlicherweise von jenen als Isolationismus bezeichnet wird, die seine soziale Komponente verkennen, und schließlich teilweise auch zur Unterstützung der neuen Wirtschaftspolitik im Mittelwesten und in den Südstaaten.

Die Wahlniederlage der Populisten, als Wendepunkt in der modernen amerikanischen Geschichte gleichermaßen wichtig wie so manch anderes Vorkommnis, war gleichbedeutend mit dem Fehlschlag, eine Allianz zwischen Farmern und urbaner Arbeiterklasse herbeizuführen. Die Arbeiterklasse, in sich zwar ethnisch und ökonomisch gespalten, zeigte sich zunehmend kämpferisch: Zur Jahrhundertwende mag ein ausländischer Beobachter die Chancen für das Zustandekommen einer amerikanischen sozialistischen Bewegung, von mindestens der gleichen Stärke wie jener in Großbritannien, durchaus für möglich gehalten haben. Die kämpferische Energie kanalisierte sich in die Formierung von Gewerkschaften, die im Hinblick auf strategische Fragen untereinander jedoch zerstritten waren. Die Kernfrage lautete: Traten sie für eine in eine allgemein reformerische Perspektive eingebettete Verbesserung der Lebens- und Lohnbedingungen ein, oder strebten sie als Endziel eine Veränderung des Gesamtsystems an? Europäisches sozialistisches Gedankengut, dabei vor allem seine britischen, osteuropäisch-jüdischen und deutschen Versionen, erfüllte eine höchst internationalistische Gewerkschaftsbewegung –

wenn diese auch, insgesamt gesehen, unter jeweils spezifisch nationalen Bedingungen operieren mußte. Darüber hinaus war die amerikanische Gewerkschaftsbewegung durch eine starke katholische Komponente geprägt (Theologen hatten die Soziallehren des europäischen Katholizismus importiert). Im Gegensatz zu ihren deutschen Brüdern und Schwestern dieser Zeit, konnten die amerikanischen Gewerkschaften auf einem gesicherten Maß an Demokratie fußen – wobei allerdings nicht übersehen werden darf, wie sehr die örtlichen Polizeikräfte letztlich auch der Befehlsgewalt des nationalen Kapitals ergeben waren. Unfähig, sich auf ein Bündnis mit den populistischen Farmern zu einigen, ließen sich die Gewerkschaften (oder ihre Führer) zunehmend auf ein taktisches Feilschen und Lavieren mit den reformerischen Kräften des Mittelstands ein.

Den Beitrag der Protestanten, genauer – der Calvinisten, zum Abolitionismus habe ich bereits erwähnt. Nach dem Bürgerkrieg, der den Kapitalismus nunmehr legitimieren sollte, unterstützte eine bleibende geistige Strömung des protestantischen Moralismus einige Denker und Gruppen in ihrer oppositionellen Haltung. In der Tat konnte sich der Sozialdarwinismus unter gebildeten Amerikanern eines sehr großen Einflusses erfreuen – und in einigen Fällen verschmolzen Evolutionslehren mit christlichem Sozialethos zu einer Theorie, auf der schließlich gesellschaftliche Reformprogramme aufbauten. Ferner fühlten sich viele belesene Protestanten (Klerus, Juristen, Lehrer, Schriftsteller) zunehmend befremdet in einem Amerika, das sich allzu augenscheinlich der Macht des Geldes unterworfen hatte, einer Macht, die rücksichtslos von vulgären, ungebildeten Emporkömmlingen ausgeübt wurde. Der gebildete Mittelstand hatte Angst vor einer Europäisierung Amerikas, das heißt, vor anhaltenden Klassenkonflikten, verbunden möglicherweise sogar mit einer Revolution. Die Verwaltung der Städte war von Korruption geprägt, eine soziale Infrastruktur gab es kaum, und die Einwanderer bildeten in der Tat ein großes und stetig wachsendes heimisches Proletariat, das allerdings weder mit Ideologie noch mit der traditionellen nationalen Diktion etwas im Sinn hatte. Die Zeit für eine Gesellschaftsreform war reif und brachte einen Terminus hervor, der in sich bereits einen Verrat an seinen eigentlichen Ursprüngen zu Beginn des 20. Jahrhunderts darstellte: Fortschritt. Die Fortschrittstheorie war nicht antikapitalistisch, sondern zielte vielmehr auf einen aufgeklärten oder sozial verantwortlichen Kapitalismus. (Ei-nige seiner Theoretiker hatten zusammen mit den

Kathedersozialisten in Deutschland studiert.) So wurden Programme entwickelt, die die schlimmsten Auswüchse der Marktwirtschaft beseitigen und die Verantwortlichkeiten der Regierung (sowie deren Effizienz und Lauterkeit) erhöhen sollten. Diese Programme entsprachen ganz dem Gusto des neuen amerikanischen Berufsmittelstandes, der über das technische Wissen für die öffentlichen und privaten Bürokratien verfügte, von denen die amerikanische Gesellschaft in zunehmendem Maße beherrscht wurde. Die Progressiven waren also sozusagen die extrem gemäßigten Erben der Aufklärung, die die Gründergeneration der Republik zutiefst bewegt und angetrieben hatte.

Leider, jedoch, waren sie nicht gemäßigt genug. Denn zahlreiche Vertreter der Progressiven (darunter auch Präsident Theodore Roosevelt als einer ihrer Führer) wirkten gleichzeitig auch maßgeblich bei der Entstehung und Konsolidierung des modernen amerikanischen Imperialismus mit. So ist denn die Rolle, die die Vereinigten Staaten seit ihrem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg weltweit spielten, keineswegs eine Neuerscheinung, sondern die bloße lineare Fortschreibung von vielem aus unserer geschichtlichen Vergangenheit. Die amerikanische Version des Imperialismus hat verschiedene Wurzeln, zum einen eine antiimperialistische Ideologie (womit selbstredend der Imperialismus der anderen gemeint ist) und unter anderem eine amerikanische Konzeption bezüglich unseres historischen Sendungsauftrages. Dieses Sendungsbewußtsein, gepaart mit dem Gefühl des Sich-Unterscheidens, des Besonderen aus Europa, und mehr noch aus Ländern mit fremden Kulturen und einer farbigen Bevölkerung, geht auf calvinistische Ursprünge zurück. In weiten Teilen des 19. Jahrhunderts schlug es sich in Form einer Fortführung des puritanischen Missionsverständnisses, unter dem Leitmotiv „Auftrag in der Wildnis“ nieder, womit konkret die zivilisatorische Besiedlung von Brachland gemeint war. Aus der in Richtung Westen, quer über den Kontinent, verlaufenden Expansion erwachsen allmählich neue Aufgaben, die über den Pazifischen Ozean reichten – und in Richtung Süden nach Lateinamerika, wo man den europäischen Mächten eine Warnung gegeben hatte, sich hier herauszuhalten. (Der erste amerikanische Eroberer Nicaraguas, oder Mönchtegern-Eroberer, war eine widerliche Figur des 19. Jahrhunderts namens Walker, der für die Sklaverei in seinem eigenen Land düsterste Wolken aufziehen sah und nunmehr hoffte, im Süden neue Sklavennationen zu finden.)

Ein Teil der europäischen Linken glaubt heute immer noch mit jener unverbesserlichen Sektiererei, an der schon Marx schier verzweifelte, jenen hervorstechenden ökonomischen Faktor in unserem Imperialismus betrachten zu können, obgleich dies in Wahrheit nur ein Aspekt von mehreren innerhalb unseres komplexen historischen Werdeganges ist. Welche ökonomische Erklärung gibt es denn für die imperiale Integration von zig Millionen amerikanischer Katholiken hinter unserem modernen Weltendungsbewußtsein (eine Integration, die nunmehr, glücklicherweise, in Auflösung begriffen ist)? Die Erklärung ist vielmehr kulturell-psychologischer Natur, und hat etwas mit der frühen Assimilationsphase einer Nation zu tun, die, während des ersten Drittels des Jahrhunderts, von einer protestantischen Elite geführt wurde, welche sich zwischenzeitlich allerdings gewandelt hat und bis zu einem gewissen Grad abgesetzt wurde.

So viel sei gesagt, ökonomische Faktoren spielten eine Rolle in unseren imperialen Synthesen, wenngleich diese Faktoren im Laufe der Zeit auch variierten. Am Anfang stand das Suchen nach Märkten, dem die Bemühungen folgten, zur Sicherung verschiedenartigster Investitionen, Bedingungen politischer Stabilität zu schaffen. In der jüngeren Vergangenheit hatten wir natürlich das ökonomische Motiv (und die ausdrückliche Rechtfertigung), den Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen zu sichern. Der Gesamtvorgang wurde dann natürlich auf die systematische Ablehnung einer gesellschaftlichen Revolution verjüngt, die als ideologische Krankheit mit drohender Epidemiegefahr, die möglicherweise sogar auf das amerikanische Heimatland übergreifen und dieses infizieren könnte, gesehen wurde.

Wir kommen nun zu einer dritten Wurzel des Imperialismus und deren Ideologie und Praxis: Die Überzeugung aufseiten der Eliten, daß der Imperialismus der nationalen Moral förderlich sei, also eine Art politischer Variante geistigen Fitnesstrainings – ein Glaube, der maßgeblich jenen anhaftet, die bei imperialen Unternehmungen selbst keinerlei Risiken eingehen, aber davon überzeugt sind, daß ein spartanisches Verhalten für eine Nation gut sei, die (in ihren Augen) ständig Gefahr läuft, in die Zustände des späten Roms zu verfallen.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts trat gerade dieser Aspekt bei der allgemein zu verzeichnenden Unterstützung des Imperialismus sehr deutlich zutage (Theodore Roosevelt baute unsere moderne Marine): Hiermit sollte der Nation der verlorengegangene Lebenssinn, die Daseinsberechtigung, wieder-

gegeben werden. Ein entsprechendes Echo fand sich in der Rhetorik Kennedys und auch (obwohl sie selbst nicht alle daran glauben) in der gängigen Terminologie der Reagan-Anhängerschaft. Hier sei nur der Slogan „America is back“ (Amerika ist zurückgekehrt) in Erinnerung gerufen – eine Phrase, die jede Erklärung schuldig bleibt, wo wir denn alle hingegangen waren. Und schließlich hat der Imperialismus noch einen weiteren Ursprung, der sich gerade gegenwärtig zunehmend offenbart: Die in Eigendynamik und zum Eigennutz erzeugten Interessen und Ideologie einer Machtelite (und eines imperialen Apparates), die, in der Terminologie Max Webers nicht für, sondern von unserer imperialen Mission lebt. Ich meine in diesem Zusammenhang nicht nur das Militär oder den Rüstungssektor der Wirtschaft, sondern den Gesamtbereich jener amerikanischen Akademie, die den entsprechenden Nährboden bereitet, unsere Bürokratie. In diesen Fragen geben sich die Zivilisten, was nicht verwundert, wesentlich militaristischer als die Offiziere des Militärs selbst, worunter sich im übrigen nicht wenige umsichtige und ehrenhafte Staatsbeamte finden.

Jenseits aller Negativaspekte dürfen beim Gesamtkomplex Imperialismus natürlich auch die darin enthaltenen hehren Komponenten nicht vergessen werden – etwa die kürzlich laut gewordene und von weiten Teilen der amerikanischen Bevölkerung mitgetragene Forderung, die Menschenrechte auf die Agenda unserer Außenpolitik zu setzen, und zwar ungeachtet der Schwierigkeiten, diese konkret und kurzfristig umsetzen zu können. Nicht unwesentlich ist selbstverständlich auch die Tatsache, daß Amerika ein Staat ethnischer und rassischer Vielfalt ist. Die Solidarität der amerikanischen jüdischen Gemeinde mit Israel (die derzeit großen Belastungen und Spannungen ausgesetzt ist) dürfte allgemein bekannt sein. Recht neu hingegen, zumindest auf der nationalen Tagesordnung, ist die Solidarität der schwarzen Bürgerschaft mit der Menschenrechtsbewegung in Südafrika. Und katholische Verbindungen nach Lateinamerika führten unter anderem zu einer scharfen Ablehnung der dort praktizierten offiziellen US-Politik durch die Katholische Bischofskonferenz. Auffallend ist, daß die Lobbyisten dieser Gruppen in diesen Fällen nicht für bloße Gruppeninteressen eintreten, sondern Appelle an das Gewissen (Menschenrechte) und an Interessen (die Sicherheit der amerikanischen Nation, wie schwierig diese auch immer zu definieren sein mag) richten, die national allgemein anerkannten Grundsätzen entsprechen.

Während der kurzen Periode der amerikanischen Beteiligung am Ersten Weltkrieg verschmolzen Fortschritts- und Imperialismustheorien. So kurz diese Zeitspanne auch gewesen sein mag, sie reichte, um die sozialistische Bewegung Amerikas zu spalten, die in weiten Teilen den Krieg ablehnte – und um aus vielen Intellektuellen, die bis dato der amerikanischen Kultur und Gesellschaft kritisch gegenübergestanden hatten, Propagandisten werden zu lassen. Wilsons Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht der Völker machte zwar vor unserer eigenen schwarzen Bevölkerung halt (er war ein hundertprozentiger Rassist), nichtsdestoweniger war sie ein lauterer Ausdruck eben jener moralisierenden Komponente unseres Imperialismus.

Aber wichtiger war vielleicht noch, daß die nationale Einstellung zum Krieg, durch Probevorführungen sozusagen, das quasi voraussah, was sich im Zweiten Weltkrieg und danach vollziehen sollte, nämlich die enge Kollaboration und Interpenetration zwischen Regierung und Privatwirtschaft, die ideologische Integration von bis dato oppositionellen Gruppen, die geopolitische Verteilung der aus der relativ vollen Nutznießung der Produktivressourcen erwachsenden ökonomischen Vorteile über die ganze Nation.

Und die Veränderungen halten an... Ist nun jenes Jahrzehnt zwischen Erstem Weltkrieg und der Depression sowie unserem Wiedereingreifen in die Weltpolitik mit den achtziger Jahren vergleichbar? Nun, zunächst einmal wurde das Ausmaß des amerikanischen Rückzugs vom Weltgeschehen weitestgehend übertrieben dargestellt, und zwar ungeachtet der Ablehnung des Senats, einer Mitgliedschaft Amerikas im Völkerbund zuzustimmen. Der Isolationismus jener Zeit war ebenfalls eine Folgeerscheinung der oppositionellen Haltung zum Krieg, eine Opposition, die während des Krieges unterdrückt wurde und häufig genug in den früheren Zentren der populistischen und mitunter auch sozialistischen Kräfte angesiedelt war. Innenpolitisch war das Nachkriegsjahrzehnt eine Zeit relativen Wohlstands; Investitionen und Spekulationen florierten, und (was manchmal übersehen wird) es war auch eine Phase des kulturellen Aufbruchs, gerade auch, was die Freiheiten der Beziehungen zwischen den Geschlechtern anging. Es war ein Jahrzehnt, in dem feministische Bestrebungen, die um die Jahrhundertwende ihren Anfang genommen hatten, erste Erfolge erringen konnten (natürlich auch aufgrund der stetig wachsenden Zahl berufstätiger Frauen). Darüber hinaus war dies auch eine Periode, nachdem die

Immigration weitestgehend gestoppt war, in der die relativ neuen Gruppierungen sich auf die ihnen durch die neue Wirtschaftspolitik zuteil werdende (relative) Integration vorbereiteten. (Al Smith, der erste katholische Präsidentschaftskandidat, erlitt 1928 zwar eine Niederlage, aber zum ersten Mal gelang es den Demokraten, in den Städten Mehrheiten zu gewinnen – auf die Roosevelt 1932 und die modernen Demokraten später bauen konnten.) Es war auch eine Zeit der Harlem Renaissance, ein außerordentlicher Ausdruck Schwarzer Kreativität, die durch den Zustrom der Schwarzen in den Norden und ein neues schwarzes Bewußtsein entstanden war. Nicht zuletzt war es auch eine Zeit wahrer künstlerischer Errungenschaften in Film und Literatur, sowie intellektueller Höhepunkte, beispielsweise in der Philosophie (mit Charakteren wie John Dewey und Thorstein Veblen).

Kurz, es war eine Zeit, in der ein amerikanisches Modell (in Erinnerung seien hier nur Gramscis Aussagen über den „Fordismus“ gerufen), selbst wenn es auf dem Kapitalismus basierte, attraktiv war aufgrund der ihm anhaftenden Überzeugungskraft einer historischen Bewegung, seiner kulturellen Progressivität und dem Glauben in weiten Teilen der Welt (mit einer beachtlichen Konkurrenz seitens der Sowjetunion selbstverständlich), wonach die Vereinigten Staaten die Nation mit offener Zukunft schlechthin waren. Derartige Terminologien lassen sich auf die Ära Reagan wohl kaum übertragen.

Wenn wir uns nunmehr der Amtszeit von Franklin Roosevelt und seiner neuen Wirtschaftspolitik zuwenden, kommen wir damit zu einer Periode unserer amerikanischen Geschichte, auf die viele von uns stolz sind. Während Deutschland unter den Umtrieben der Nazis und Italien unter dem Faschismus litt, Stalin und seine Adjutanten die Hoffnungen von Millionen, die diese an die sowjetische Revolution geknüpft hatten, zerstörte, demonstrierten die Vereinigten Staaten in ihrer innenpolitischen Entwicklung, daß die Idee des Fortschritts noch nicht (vollends) begraben war. Ein amerikanischer Wohlfahrtsstaat wurde aufgebaut, wie unvollständig oder unzulänglich er auch immer geblieben sein mag. Mit Unterstützung der Regierung organisierten sich die Gewerkschaften in den Hauptindustriezweigen. Die Demokratische Partei wurde zur Partei der ehemaligen Einwanderer, jener, die Opfer der Depression geworden waren, der neuen Intelligenzia (die sich allerdings rasch zu einer technokratischen Elite entwickeln sollte) des urbanen Amerikas. Die (natürlich sorgfältig fabrizierte) Ideologie der Markt-

wirtschaft und deren individualistische oder auch recht atomistische Begleiterscheinungen, eine amerikanische Parodie auf Locke und Mill (fürwahr, ein Sozialdarwinismus brutalster und grellster Version), ebneten den Weg für eine soziale Solidarität, analog dem Grundsatz, daß die Regierung in Wirtschaft und Gesellschaft eine positive Funktion inne hat – und zwar nicht nur im Sinne der Bereitstellung einer Infrastruktur, sondern auch zur Schaffung und Sicherung eines angemessenen Existenzminimums. Mit der neuen Wirtschaftspolitik verschmolzen katholische Sozialdoktrin und ein Element der jüdischen Lehre mit dem protestantischen Sozialgewissen zur Mitte der amerikanischen Politik. Mit dem Wachsen und der politischen Bedeutung der Gewerkschaften wurde der Grundstein für einen Sozialkontrakt nach moderner amerikanischer Version gelegt. Vieles blieb natürlich unerledigt. Bittere Armut beherrschte den von Rassensegregation geschüttelten Süden. Die Arbeitslosigkeit hielt sich bei zehn Prozent, selbst während der besten Jahre jener Zeit, und nahm erst mit dem Einsetzen der Kriegsproduktion ab. Trotz des Aufblühens sozialer Bewegungen wurden nur wenige grundlegende Änderungen hinsichtlich der Mechanismen der politischen Partizipation vollzogen. Die neue Wirtschaftspolitik war ein sozialpädagogisches Experiment, allerdings waren die einzelnen gesellschaftlichen Gruppierungen gezwungen, sich diese (Pädagogik) selbst beizubringen.

International blieben die Vereinigten Staaten in weiten Teilen dieser Periode „isolationistisch“, das heißt, viele jener Gruppen, die die neue Wirtschaftspolitik mittrugen und unterstützten, blieben auch rückwirkend im Hinblick auf die amerikanische Beteiligung am Ersten Weltkrieg skeptisch. Roosevelt initiierte eine sanftere Version des Imperialismus, zumindest in bezug auf Lateinamerika – und sprach das aus, was er nicht in die Praxis umsetzen konnte, die kollektive Sicherheit. Sollte es Krieg geben, so würde sich dieser im Pazifik abspielen (obwohl die amerikanische Marine bereits im Atlantik gegen das Dritte Reich kämpfte). Japan griff an, als Reaktion auf ein Ultimatum und schwerwiegende wirtschaftliche Sanktionen. Der Krieg mit Japan wurde durch ein beachtliches Maß amerikanischen Rassismus angeheizt, was sich in Form einer beschämenden Behandlung der Japaner in Amerika äußerte. Die Allianz mit der UdSSR (1933 von Roosevelt nach seiner Amtsübernahme diplomatisch anerkannt) schürte Illusionen, die weitreichend und seltsamerweise mit einem moralisierenden Interesse am

„Frieden“ im Hinblick auf die Nachkriegsordnung verknüpft waren. Im Gegensatz zu einer Zeit, in der offizielle Wortführer der Vereinigten Staaten die Demokratie nach wie vor mit unbegrenztem Kapitalismus gleichsetzen, hatte Roosevelt gegen Ende seines Lebens in seiner berühmten Rede über die Vier Freiheiten darauf beharrt, daß die internationale Nachkriegsordnung von einer beachtlichen Komponente sozialer Demokratie geprägt sein müsse.

Ein zentrales Element amerikanischer Politik während der auf Roosevelt folgenden Periode war die Integration eines Wohlfahrtsstaates (minimal im Vergleich zu den Westeuropäischen), den bislang nicht einmal Reagan und seine Gefolgsleute zu nichte machen konnten. Allerdings ist der amerikanische Wohlfahrtsstaat so organisiert, daß jene begünstigt werden, die ohnehin bereits über eine stabile Beschäftigung und Eigentum, wie etwa eigene Häuser, verfügen. Komponenten, die bei der Arbeitslosigkeit und Armut auf Abhilfe und Entlastung abzielen (oder gar politische Richtlinien, die strukturelle Veränderungen im Ursachenbereich bewirken würden), sind – wiederum verglichen mit Westeuropa – unterentwickelt. Der amerikanische Wohlfahrtsstaat fußt auf einem Handel, einem Sozialkontrakt, der in den Anfängen der Nachkriegszeit zwischen den Gewerkschaften (damals war ein Drittel der Arbeitnehmerschaft gewerkschaftlich organisiert im Gegensatz zu weniger als 20 Prozent heute) und den übrigen herrschenden Kräften der Gesellschaft, das heißt dem organisierten Kapital und (zu einem kleineren Teil) der neuen technokratischen Elite ausgehandelt worden war.

Die Bedeutung des Reaganismus liegt darin, daß er als Vehikel nicht nur die bloße Erosion jenes Handels betreibt, sondern gleichzeitig auch für eine Alternative antritt: Eine Rückkehr zur Lenkung der Marktwirtschaft und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, sowie Abbau oder zumindest radikale Einschränkung jener Aufgaben der Regierung, die die Bereiche ökonomischer und sozialer Gleichheit tangieren. Ungeachtet ihrer Rhetorik in Haushaltsfragen haben sich die Reagan-Anhänger auch auf einem Sektor engagiert, den wir getrost als postumen Keynesianismus bezeichnen können: Steuererleichterungen, sprich Steuermindereinnahmen, einhergehend mit drastisch erhöhten Rüstungsausgaben. Aber auch diese Bestrebungen sind fehlgeschlagen: Der amerikanische Lebensstandard sinkt kontinuierlich, das Ersetzen industrieller Beschäftigung durch Tertiärbeschäftigung führte auf

seiten der Arbeitnehmerschaft zu Einbußen bei der Verhandlungsmacht, Einkommen und Qualifikationen, und schließlich, unsere Lebensqualität zeigt unter dem Strich regressive Tendenzen.

Jene Kräfte, die bei Kriegsende den Sozialkontrakt zustande gebracht hatten, vollzogen auch die Grundsteinlegung zur dauerhaften nationalstaatlichen Sicherheitsdoktrin. Die berühmte Direktive 68 zur Nationalen Sicherheit entstammt nicht nur der Feder von Paul Nitze, sondern auch der des Sozialökonom Leon Keyserling. Die AFL-CIO (gegenwärtig über diese Frage von inneren Zerwürfnissen heimgesucht), die Gewerkschaftsdachorganisation, war nicht zuletzt eine der Hauptstützen und -befürworter einer weltweiten Interventionspolitik. In Wahrheit ging die Reichweite jener Politik weit über die eigentliche Rüstungsproduktion und Rüstungsausgaben hinaus, so unverzichtbar diese auch für ihre Institutionalisierung gewesen sein mögen. (So ist denn die in den Südstaaten verbreitete Militanz des Kalten Krieges auch auf die Tatsache zurückzuführen, daß dort Rüstungsfabriken und militärische Anlagen einen überdurchschnittlich hohen Beitrag zur regionalen Wirtschaft leisten.) Sie bewirkte nämlich, daß sich ein kohärentes Weltbild verbreiten konnte, die Produktion von Ideologie regelrecht organisiert wurde, und, war all das gelegentlich einmal in Bedrängnis, wurde zu allen nur denkbaren Anstrengungen gegriffen, um ein akzeptables Maß an demokratischer Diskussion entweder durch Diffamierungskampagnen oder gar unverblühte Repression der Dissidenten aus den eigenen Reihen zu unterbinden.

Das Bemerkenswerte an der Zeit von 1945 bis heute liegt meines Erachtens weniger in der künstlich erzeugten Einigkeit im Hinblick auf unser weltweites Rollenverständnis, so wie es von den reisenden Propagandisten unserer offiziellen Ideologie kundgetan wird, als vielmehr im Erfolg des Widerstandes demgegenüber. Sowohl der Korea- als auch der Vietnam-Krieg waren beide höchst unpopulär, dem Letzten mußte jedoch nicht zuletzt aufgrund des Drucks der öffentlichen Meinung (sowie den gravierenden moralischen und disziplinarischen Problemen innerhalb der Streitkräfte) ein Ende gemacht werden. Das rückhaltlose Bauen auf die Atomwaffen reflektiert fürwahr den Drang und die Vorliebe Amerikas nach mehr Technologie für den Kriegsfall, in der Annahme, daß dies weniger Menschenleben koste (unsere Leben selbstredend). Angesichts der Atomwaffenarsenale ist dies allerdings wohl keine Gleichung, die so ohne weiteres, unter Ausschuß

von Restrisiken, empirisch verifizierbar ist. Noch ehe die UdSSR bei den strategischen Waffen paritätisch gleichgezogen hatte, wurde die Bevölkerung Amerikas bereits von tiefen Zweifeln und Angst vor einer atomaren Zerstörung geschüttelt, auch wenn dies nicht immer unmittelbar politisch zum Ausdruck kam. Vor diesem Hintergrund ist es denn auch kein Zufall, daß selbst Reagan es nicht wagte, eine allgemeine Militärdienstpflicht wieder einzuführen.

Kurzum, wir haben etwas erreicht, das wenige andere imperiale Mächte geschafft haben: sowohl ein Imperium als auch die Debatte darüber aufrechtzuerhalten. Der französische Denker Maurice Duverger meinte auf dem Höhepunkt des Algerien-Krieges, daß die Politik der westlichen Demokratien häufig genug aus einem „fascisme à l'extérieur“ (außenpolitischem Faschismus) bestehe. Ohne Zweifel, unsere eigene Unterstützung von diktatorischen und tyrannischen Regimen, viele davon buchstäblich mörderisch, demonstriert wohl allzu deutlich, daß er sich in diesem Punkt zumindest nicht vollends irrte. Auffallend ist allerdings, daß die Kritiker und Kräfte des Widerstandes, jene Gruppen also, die Alternativen formulieren und anbieten, in den USA keine marginale Rolle spielen: Wir konnten den alten Konsens des Kalten Krieges beseitigen und verfügen immerhin über ein stillschweigendes Vetorecht, mit dem die abenteuerlichste und unverantwortlichste aller Administrationen gebremst werden kann. (Grenada konnte angegriffen werden, nicht aber Kuba – sie hätten zurückgeschlagen.) Ein Faktum ist auch, daß die Iran-Contra-Affäre, die Konzentration der Macht im Amt des Präsidenten, sowie die Geheimhaltungsmachenschaften des Apparates, zumindest auf lange Sicht, die Vermutung nahelegen, daß unsere Demokratie nicht aufrechterhalten werden kann, wenn der Frage der „nationalen Sicherheit“ die Legitimation zur uneingeschränkten und unantastbaren Machtausübung beigemessen wird.

Das amerikansiche Modell scheint daher dort am stärksten zu sein, wo es sich nicht zur direkten Nachlieferung anbietet. Konkret, es ist dort am stärksten, wo wir Demokratie praktizieren, anstatt nur darüber zu reden.

Das heißt im Klartext, daß das amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell wohl in vielerlei Hinsicht so lange kaum eine große ideologische Anziehungskraft auf das Ausland ausüben kann, als wir nicht selbst ein neues entwickelt haben. Im Augenblick jedenfalls teilt die bei uns geführte Debatte das Schicksal der Diskussionen in allen westlichen Demokratien, die gegenwärtig von Im-

mobilität oder Ratlosigkeit bestimmt sind. Im Rahmen der amerikanischen Situation gibt es allerdings noch zwei Aspekte, die von einigem internationalen Interesse sein dürften: Zum einen sind wir weitestgehend eine Gesellschaft geblieben, die sowohl soziale Bewegungen als auch ein gewisses Maß gesellschaftlichen Experimentierens hervorbringt. Wir haben zwar keine Grüne Partei, aber durchaus eine gewichtige Umweltschutzbewegung. Auch spielt die Frauenbewegung einen zunehmend wichtigen Faktor in unserer Politik. Und auf einer anderen Ebene haben wir hinsichtlich der Institutionalisierung einer ethnisch vielschichtigen Gesellschaft durchaus Fortschritte zu verzeichnen. Nach wie vor ist jedoch der Rassismus in Amerika stark verbreitet, und jene, die auf französische oder deutsche Mauer Parolen wie „les Arabes dehors“ oder „Türken raus“ schmierien, würden zweifels als Mitglieder von unseren eigenen Hetz- und Haßgruppen willkommen geheißen. Wie dem auch sei, die Ablehnung von Richter Bork durch den Senat zeigt, daß sich ein neuer Konsens der Koexistenz in Amerika etabliert hat – und, verglichen mit anderen Nationen, mit einer durchaus beispielhaften Geschwindigkeit, die ihresgleichen sucht.

In jüngster Zeit vollzog sich in der öffentlichen Diskussion der Vereinigten Staaten, ebenfalls mit bemerkenswerter Geschwindigkeit, ein Themenwechsel – vom Wiederbeleben der Stärke Amerikas hin zu positiven Einschätzungen hinsichtlich der Möglichkeiten, hegemonialen Ambitionen abzuschwören. So erschienen in der einflussreichen Wochenzeitschrift „The New Yorker“ zwei Artikel, in denen Richard Barnet – eingehend und analytisch – die jahrelange, wenn nicht gar jahrzehntelange Position der amerikanischen Linken rekapituliert. „The Four Pillars“ (Die vier Grundpfeiler) vom 9. März 1987 und „Reflections (National Security)“ (Reflexionen zur nationalen Sicherheit) vom 21. März 1988. Auf einer anderen Ebene behandelte David Calleo in seinem Buch „The End of American Hegemony, The Future of the Atlantic Alliance“, erschienen bei Basic Books, New York, 1987, dieses Thema. Die Arbeit eines britischen Historikers, der im nachimperialen England aufwuchs und dann in die Vereinigten Staaten auswanderte, Paul Kennedy,

„The Rise and Fall of the Great Powers, 1500–2000“, erschienen bei Random House, New York, 1987, wurde sogar ein Bestseller. Kurz gefaßt, kommt er hierin zu dem Schluß, daß sich ein ökonomisch geschwächtes Amerika seine imperialen Ansprüche und Dünkel nicht leisten kann. Am interessantesten in diesem Zusammenhang ist jedoch vielleicht eine unter jungen Menschen im Alter von 25 bis 44 erhobene repräsentative Umfrage, über deren Ergebnis William Greider in der Zeitschrift „Rolling Stone“ vom 7. April 1988 berichtet. Demnach legt diese Altersgruppe ein großes Potential an moralischem Engagement an den Tag, ihre eigentlichen Helden sind allerdings tpt: Robert Kennedy und Martin Luther King. Äußerst unzugänglich zeigt sie sich für imperiale Themenstellungen, und nur knapp ein Fünftel wäre bereit zu kämpfen, um den „Kommunismus“ aus der Dritten Welt herauszuhalten, ein Drittel jedoch, um Westeuropa zu verteidigen. Fest entschlossen inkarnieren demgegenüber unsere derzeitigen Eliten einen nationalen Konsens gemäß der ihnen anhaftenden eigentümlichen Kombination aus rhetorischer Ergebntheit und Hingabe zur militärischen Macht einerseits und ihrer persönlichen Vorliebe für akademische, redaktionelle oder politische Berufstätigkeiten andererseits. Die Jungen, so scheint es zumindest, sind durchaus in der Lage, die Scheinheiligkeit unserer Führer zu durchschauen. Sie zeigen sich interessiert an humanen Sozialprogrammen und sind skeptisch, daß die vorhandenen wirtschaftlichen und politischen Institutionen diese garantieren können. Kurzum, sie sind Kinder des Interregnums.

Die Ära der ideologischen Hegemonie Amerikas ist zu Ende: Der Reaganismus war die letzte verzweifelte Anstrengung, diese zu re-institutionalisieren. Er ist damit gescheitert, innenpolitisch wie auch international. Wir sind nunmehr in der Lage, uns dem Rest der Welt bei einer anderen und wesentlich sinnvoller Anstrengung anzuschließen: Das gemeinsame Suchen nach ökonomischen und sozialen Lebensformen, die, unter gebührender Respektierung der jeweiligen nationalen Traditionen, es unserer amerikanischen Nation ermöglichen würden, eine Rolle in der Pazifizierung des Globus zu spielen.

Anita M. Mallinckrodt Politische Entfremdung in Amerika

Dr. phil. Anita M. Mallinckrodt, Jahrgang 1929, arbeitet als freie Politikwissenschaftlerin mit dem Schwerpunkt politische Kommunikation; sie ist außerdem Adjunct Professor an der American University, Washington und Köln; Veröffentlichungen u. a.: „Wer macht die Außenpolitik der DDR“, 1972; „Die Selbstdarstellung der beiden deutschen Staaten im Ausland“, 1980; „Das kleine Massenmedium“, 1974; „The Environmental Dialogue in the GDR“, 1987.

Bei den sporadisch auftauchenden Meldungen über die allgemeine politische Ignoranz der amerikanischen Bevölkerung bei der Nachricht über scheinbar unberechenbare, erdrutschartige Umschwünge in der öffentlichen Meinung oder auch über die schockierend niedrige Beteiligung bei den unterschiedlichsten Wahlen (die Präsidentenwahlen eingeschlossen) schütteln politisch engagierte Menschen überall auf der Welt verständnislos und entsetzt den Kopf. Man fragt sich allenthalben: Taugt diese Bevölkerung wirklich für eine demokratische Supermacht?

Seit Jahrzehnten sind konservative amerikanische Politikwissenschaftler bemüht, sich gegenseitig selbst und natürlich auch anderen zu versichern, daß eine inaktive Bevölkerung an sich überhaupt nichts Schlechtes sei – „desinteressierte“, „unengagierte“ und „uninformierte“ Bürger sollten nicht unbedingt genötigt werden, ihre Stimmzettel bei Wahlen abzugeben. Unter dem Strich bleibt, daß in einer so großen repräsentativen Demokratie wie den Vereinigten Staaten etwa 10 Prozent „Aktivisten“ und Meinungsmacher den Ausschlag geben und das politische Bild bestimmen. Daß die Wahlbeteiligung unter den Einkommensschwachen, Arbeitern, Farbigen, Jungwählern und Südstaatlern in der Regel gering ist, sei – so die Analytiker des Establishments – durchaus verständlich.

Auf der anderen Seite haben reformorientierte Politikwissenschaftler in den letzten Jahren unzählige Studien veröffentlicht, die mit der Kernaussage aufwarten, daß man, ehe die Verantwortung für das apathische Politik-Verhalten einzig den desinteressierten Bürgern angelastet wird, sich zunächst einmal jene Institutionen und Einrichtungen anschauen

musse, die für Erziehung und Information dieser Bürger zuständig sind. Provinzialismus und Ethnozentrik der amerikanischen Erziehung wie auch die Sensationslusternheit und Trivialität der ausschließlich profitorientierten Medien – so wird behauptet – seien kaum geeignet, den staatsbürgerlichen Erziehungsbedarf der wichtigsten Demokratie der Welt zu decken.

Seit diesem Jahr nun gibt es eine neue „mündliche Geschichtsstudie“ mit zusätzlichen psychologischen und sozialen Erklärungsversuchen für die gleichsam rätselhaften wie besorgniserregende apathische Haltung der amerikanischen Öffentlichkeit. Die darin übermittelte Botschaft wird möglicherweise viele aufscheuchen – vielleicht sogar aufschrecken: Die Resignation der Amerikaner und ihr Rückzug aus dem politischen Leben ist in erster Linie nicht auf mangelndes Interesse oder Engagement zurückzuführen, sondern entspringt vielmehr sehr konkreten alltäglichen Erfahrungen, die zu der (persönlichen) pragmatischen Schlußfolgerung geführt haben, daß das System sie nicht repräsentiere, d. h. es ist weder „von noch durch“ die Mehrheit bestimmt. Der Kern des Problems liege also nicht in egozentrischer Apathie, sondern in kultureller Hoffnungslosigkeit oder in politischer Entfremdung; das politische System Amerikas sei von einer schweren Krankheit befallen, deren Ursache und Diagnose laute: „Der Staat hat sich von den Anliegen der Öffentlichkeit abgabelt, und Millionen Bürger haben sich folglich vom politischen Geschehen zurückgezogen.“

Murray B. Levin, „Talk Radio and the American Dream“, Lexington, Massachusetts: Lexington Books, 1987, 170 Seiten, US \$ 10,95

Urheber dieser perspektivisch provokativen Dokumentation ist Professor Murray B. Levin, Politikwissenschaftler der Boston University. Seine Untersuchungsergebnisse gründen auf einer einmaligen Studie des US Talk-Radio, „des einzigen Mediums, das eine Plattform für die Meinung der Werktätigen bietet“, ein „Kanal für das enorme Potential an Unzufriedenheit, das im Untergrund, unter der ruhigen Oberfläche des Lebens in Amerika, schwelt“. Talk-Radio als Form des „mündlichen Geschichtsstudiums“ zu verfolgen, bietet nach Ansicht Levins Vorteile gegenüber der herkömmlichen Meinungsforschung: „Talk-Radio ist konfrontativ; hier kommen Meinungen zu Wort, die Widersprüche beim Namen nennen. Insofern ist Talk-Radio ergiebiger und

gehaltvoller als statische Meinungsumfragen, die jeweils zeitspezifisch von den Demoskopen festgehalten werden.“ Bei dem Gespräch zwischen dem Gast einer Talkshow und den Hörern, die ihn anrufen können, „kann es zu einem echten menschlichen Austausch kommen; auch wenn das Gesicht des Anrufers unsichtbar bleibt, so entwickelt sich doch ein Dialog, der spürbar von Herzen kommt, zwischen wirklichen Menschen, und nicht zwischen Demoskopen und Befragten, die, an Rituale gebunden, ihre Rollen spielen“.

Nach Ansicht von Professor Levin stellt gerade der Dialog einer solchen Talkshow „ein besonders sensitives Barometer“ für die in rasantem Tempo fortschreitende „politische Entfremdung“ dar, von der sich „vielleicht ein Drittel aller Amerikaner“ und jene vier von fünf Personen betroffen fühlen, die der Ansicht sind, daß man „politischen Führern nicht vertrauen kann“. Via Talk-Radio, schreibt Levin, bringen Amerikaner laut und deutlich ihr Gefühl von „Befremdung und Machtlosigkeit, der Sinnlosigkeit der Stimmabgabe, der Bestechlichkeit und Gleichgültigkeit der Politiker“ zum Ausdruck. Sinnigerweise betitelt der Autor sein Buch denn auch „Talk Radio and the American Dream“.

Im ersten Kapitel faßt Levin einige der Datenerhebungen öffentlicher Meinungsumfragen zusammen, um diese dann mit seiner Studie über 700 Stunden New England-Talk Radio aus den Jahren 1977 und 1982 zu veranschaulichen und zu beleuchten:

- ▷ Ende der 70er Jahre hatten Regierung, Big Business und die Gewerkschaften bereits über fünfzig Prozent der Unterstützung innerhalb der Bevölkerung eingebüßt, die sie noch in den 50er Jahren genossen hatten – die Werte waren nunmehr auf 33 %, 15 % bzw. 12 % gesunken.
- ▷ 1980 waren schätzungsweise 70 % der Amerikaner der Ansicht, daß die Regierung dem Wohle der Interessen der Großen diene. Lediglich 8 % meinten, sie hätten das Gefühl, die Regierung schenke „bei ihren Entscheidungen der Volksmeinung ein hohes Maß an Beachtung“. Anders ausgedrückt, vertrat eine 2/3-Mehrheit die Auffassung, daß ihre Meinung in Wirklichkeit keine Rolle spiele.

Anhand ihrer Gespräche mit liberalen und konservativen Talk-Radio-Gästen und hinzugeladenen Experten porträtiert Levin dann in den folgenden Kapiteln jene Amerikaner, die sich frustriert von der Politik abgewandt haben. Auf der Grundlage dieser „mündlichen Geschichtsstudie“ zieht Levin auf anschauliche Weise seine Schlußfolgerungen und kon-

kretisiert das weitverbreitete „Mißtrauen in die Politik“ und die „Nöte des alltäglichen Lebens“ – Begriffe, die in den Berichten der Demoskopen zwar auch enthalten sind, von diesen jedoch nie erklärt wurden. Der Autor bietet seiner Leserschaft zahlreiche Beispiele solcher Dialoge, die den Politikverdruß der Amerikaner reflektieren.

Leider verdeutlicht Levin nicht, nach welcher systematischen Methode er bei seinen inhaltlichen Analysen verfährt, auf die er seine Untersuchungsergebnisse aufbaut. So läßt der Autor beispielsweise eine Erklärung darüber vermissen, welche Themen etwa, die die Talk-Radio-Kommunikation prägen, am häufigsten angesprochen wurden, was am häufigsten Gegenstand von Kritik war, wenn es um die Desillusionierung von Bürgern ging (Regierung, Geschäftswelt, Gewerkschaften), oder welche Trends sich in jenen Bereichen, wo Frustrationen zum Ausdruck kamen, vom Jahr 1977 bis 1982 ablesen lassen. Eine solche systematische Datenerfassung und -analyse wäre für viele Leser aussagekräftiger und stichhaltiger gewesen.

Wie dem auch sei, ob die Schlußfolgerungen von Murray Levin nun auf einem Zähl-/Hochrechnungsvorgehen oder einem intuitiven politischen Gespür basieren, seine Aussagen verdienen allemal, ernst genommen und beachtet zu werden. Sich auf ein einzigartiges und zudem populäres US-Medium stützend, welches nie zuvor auf diese Art und Weise untersucht wurde, erfassen diese Ergebnisse eine große Schicht der US-Bürgerschaft, eine Schicht, die von Journalisten und politischen Analytikern nur allzu oft ignoriert wird.²

Nachfolgend einige der Schlußfolgerungen, die Murray Levin in seiner Studie bietet:

- Das Kernproblem ist die Macht, die Machtlosigkeit und der Mißbrauch von Macht.
- Ungeachtet des tiefsitzenden Mißtrauens gegenüber der großen Geschäftswelt und den damit einhergehenden korporativen Eigeninteressen steht die überwiegende Mehrheit der Amerikaner nach wie vor treu in ihrem Glauben an die Tugenden der freien Marktwirtschaft und des freien Wettbewerbs. Diese Fähigkeit, die Zielgruppen oder Gegenstände ihres Mißtrauens in bestimmte Schubladen zu stecken und diese Dinge isoliert zu betrachten, ermöglicht es den Amerikanern, ihrem jeweiligen Ärger und Verdruß einerseits zwar mit Worten kräftig freien Lauf zu lassen, andererseits aber gleichzeitig mit unverbrüchlicher Leidenschaft an den sogenannten Grundwerten festzuhalten.

- Die sich hier zu Wort meldenden Anrufer fragen nicht nach den Ursachen der Mißstände im Dienstleistungsbereich, in bezug auf Reichtum und Macht. Niemand kam auf die Idee, daß etwa die praktische Handhabung des kommunalen Rechts irgend etwas mit den gegebenen Eigentumsverhältnissen im Immobilienbereich zu tun haben könne. Die Wurzeln der Mißstände werden mitnichten bei der Wirtschaft gesucht. Ein Klassenbewußtsein ist kaum, ein Bewußtsein von Klassenkonflikten überhaupt nicht vorhanden; ein Bewußtsein von Ausbeutung ist nur sehr vage zu spüren. Es gibt weder zusammenhängende Forderungen nach sozialen Veränderungen, noch eine Vorstellung darüber, welche Art von Veränderung die Situation verbessern könnte. Die öffentliche Stimmung ist geprägt von Ärger, verhartet aber in Passivität; informiert ist man auf einer grob, mehr instinktiven Ebene, allerdings ohne jeden Intellektualismus.
- Der Weg, den Amerika inzwischen eingeschlagen hat, zwingt Kritiker, die politischen und ökonomischen Probleme zu analysieren, ohne diese zwangsläufig und von vorneherein als systembedingt zu definieren. Die akuten Probleme haben ihre Ursache vielmehr in der Tatsache, daß ein „gutes System“ von „schlechten Männern“ mißbraucht wurde, die mit den ursprünglichen Grundsätzen gebrochen haben, und eben nicht in irgendeinem systembedingten Versagen.
- Das Vorspiel zur Macht, die politische Wahlkampagne, ist eine mehr als fragwürdige Übung, ein ins Pöbelhafte reichendes Szenario von versteckten Anspielungen und Unterstellungen, ein Weitschweif von falschen Versprechungen und Lügen, einzig mit dem Ziel, die Meinungslosen zu verführen und den unschlüssig Frustrierten nach dem Mund zu reden. Der unschlüssige, sich von der Politik befremdetühlende Wähler sieht sich mit Kandidaten konfrontiert, die sich in Lügen und Verleumdungen ergehen, Kandidaten, die sich auf falsche Versprechungen und Täuschungsmanöver spezialisiert haben; dieser potentielle Wähler kommt logischerweise zu der Schlußfolgerung, daß eben Wahlkampagnen wie auch die Ergebnisse der Wahlen selbst völlig bedeutungslos sind.
- Der frustrierte Wähler gibt seine Stimme nicht für jemanden, sondern gegen das schlimmere Übel ab. Worte haben ihre Bedeutung verloren und Versprechungen sind hohl und leer. So orientiert sich der frustrierte Wähler am Äußeren und

Gebahren der Kandidaten: ihre Gesichter, Mimik, Haltung und Gestik werden zum Erkennungszeichen des Menschen.

- Der Glaube daran, politisch etwas bewirken zu können, ist in der ganzen Nation sehr gering. Immer mehr Menschen optieren für eine parteiiche Unabhängigkeit und immer weniger schenken einer Partei ihr Vertrauen. Die Wählerschaft ist apathisch. Die Stimmabgabe erscheint zunehmend als sinnloses Unterfangen, der Staat in steigendem Maße als unnahbar. Ein Bürger, für den die Unterschiede zwischen den Parteien gleich Null sind, für den sind mögliche Vorzüge oder Nachteile, nach denen er diesen oder jenen Kandidaten auswählt, ebenfalls null und nichtig. In dieser Situation besteht für einen Bürger die logische Konsequenz darin, der Wahl fernzubleiben.

Das war die Form von Frustration und Entfremdung der Amerikaner, die sich Levin sowohl 1977 wie auch 1982 im Talk-Radio bot. Ungeachtet aller Umfragen, die kurz nach der Wahl Ronald Reagans von einem allgemeinen Vertrauenszuwachs in die Regierung sprachen, blieb Levin, während er die letzten Kapitel der Studie verfaßte, bei seiner Skepsis: „Könnte sich ein solch tiefsetzender Mangel an Vertrauen derart rasch in Luft auflösen durch politische Kunstkniffe, durch irgendwelche Versprechungen, daß alles besser wird, durch seltsame militärische Abenteuer und Verbesserungen bei einigen der wichtigsten wirtschaftlichen Indikatoren?“

In der Tat wurden Levins Zweifel inzwischen durch Ereignisse auch nach der Fertigstellung seiner Studie bestätigt. So wurde denn auch seine Frage beantwortet: „Nein, der Mangel an Vertrauen hat sich“ in den Jahren der Regentschaft Reagans „nicht in Luft aufgelöst“. Gerade die augenblicklichen Entwicklungen bestätigen die Schlußfolgerungen der Studie für besorgte Beobachter. Vier solcher Ereignisse aus der jüngsten Zeit seien beispielhaft genannt:

Die Wahlen Ronald Reagans

Das politisch passive Verhalten der Amerikaner angesichts von Wahlen konnte auch von Ronald Reagan nicht durchbrochen werden. Gemessen an herkömmlichen Maßstäben wurde er als „Minderheitspräsident“ gewählt.

- Sozusagen „triumphale Wahlsiege“ hatte Ronald Reagan 1980 und 1984 erringen können, als er 91 % bzw. 98 % der Wahlmännerstimmen, respektive 50,7 % bzw. 58,8 % der insgesamt abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte.³

- Die Präsidentschaftswahlen Reagans hatten jedoch die niedrigste Wahlbeteiligung der Nachkriegsgeschichte aufzuweisen. Nur 54,0 % bzw. 53,3 % der Wahlberechtigten gingen in den Jahren 1980 und 1984 zur Wahlurne.⁴ Mit anderen Worten konnte Ronald Reagan lediglich 27,6 % bzw. 32,3 % des Wählerpotentials insgesamt für sich gewinnen.⁵
- Im Vergleich dazu konnte Eisenhower bei den Präsidentschaftswahlen 1952 insgesamt 61,6 % und 1956 noch immerhin 59,3 % der Wähler zur Stimmabgabe bewegen. Kennedy brachte es bei seiner Wahl 1960 auf 62,8 % und Johnson auf 61,9 % im Jahre 1964. Nixon konnte 1968 eine Wahlbeteiligung von 60,9 % verbuchen, die dann 1972 allerdings auf 55,2 % sank, und Carter erreichte bei seiner Wahl 1976 einen vorläufigen Tiefststand von 53,5 %. Trotz gewichtiger Zuwächse des Wählerpotentials insgesamt mußte Reagan extrem niedrige Wahlbeteiligungen von 54,0 % und 53,3 % hinnehmen.⁶

Jene rund 40 % bis 50 % amerikanischer Bürger, die sich in den Statistiken der Nichtwähler finden, scheinen für politische Beobachter zunehmend unwichtiger zu werden – dies geht sogar soweit, daß diese Gruppe der Nichtwähler bei Wahlanalysen in den letzten Jahren es kaum noch wert schien, überhaupt beachtet zu werden! Die wahre Popularität eines Politikers wird jedoch wohl kaum nur an den Prozentzahlen gemessen werden können, die er unter der aktiven Bürgerschaft verbuchen kann, sondern mit Sicherheit auch an seiner Fähigkeit, innerhalb des Systems das Volk für eine breite Beteiligung zu gewinnen. Genau in jenem entscheidenden Bereich jedoch, der eine demokratische Führung auszeichnet, hat Ronald Reagan kläglich versagt und damit schlechterdings Levins mehr als aufschlußreiches Portrait der amerikanischen Bevölkerung, die der Politik zunehmend frustriert den Rücken zukehrt, bestätigt.⁷

„Reaganomie“/„Die Reagan-Revolution“

Beweise für die von Levin skizzierte sozio-politische Entfremdung finden sich ebenfalls in den Reaktionen der Öffentlichkeit im Hinblick auf die Programme von Präsident Reagan:

- Seit 1981 (also Reagans zweitem Amtsjahr) stieß die Haltung der Regierung in bezug auf religiöse Fragen, Feminismus, bürgerliche Freiheiten, Abtreibung, Rassenprobleme, Sozialpolitik, Militärausgaben, Abrüstung, Lateinamerika etc. bei der Mehrheit der Amerikaner auf Ablehnung.⁸

- Im Mai 1984 meinten rund 70 % derjenigen, die im übrigen von sich behaupteten, daß sie den Präsidenten persönlich mögen, sie würden sein Programm nicht gutheißen.⁹

- Eine im Februar 1986 von den Washington Post-ABC News durchgeführte Umfrage erbrachte eine zunehmende Befürwortung der Öffentlichkeit von Mehrausgaben bei Darlehen und Beihilfen für Studenten, der medizinischen Unterstützung für die Armen, der Sozialen Sicherung, der medizinischen Versorgung der Alten, der Arbeitslosenversicherung sowie Lebensmittelmärkten.¹⁰

Offensichtlich vermissen die Amerikaner die soziale Gerechtigkeit bei einem Wirtschaftssystem, das die „Armen der Arbeiterschaft“ und „eine dahinsiechende Mittelklasse“ hervorbrachte, Bedingungen schuf, die die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer machte, sogenannte „neue Jobs“ auf der Basis von Mindest- oder Teilzeitleöhnen für Millionen produzierte¹¹ und für die Eliminierung von Hunderttausenden von Farmern und kleinen selbstständigen Geschäftsleuten verantwortlich zeichnet. Während die von oben vorgegebene innenpolitische Marschrichtung eindeutig konservative Züge trug, zeigte die öffentliche Meinung in den USA zunehmend „Tendenzen gegen diese Marschrichtung der Politik“, Tendenzen, die „im Laufe der letzten Generation“ eindeutig „Strömungen hin zu einem Mehr an Liberalismus“ erkennbar werden ließen.¹² Oder, wie Levin schreibt: „Das Schlagwort heißt soziale Ungerechtigkeit.“

Reagan: Als Person, als Präsident

Wenn es um Präsidenten geht, lassen Journalisten häufig eine Unterscheidung vermissen: *Als Person* mögen die Amerikaner den Präsidenten, aber von *seiner Amtsführung* sind sie genauso wenig beeindruckt wie von seinem Programm. Levin schreibt in diesem Zusammenhang über die „Intimität des Fernsehens“, die physische Präsenz der Politiker, „die in endlosen und abnormen Darstellungsformen zu registrieren war, ist für den sich befremdet fühlenden Bürger entscheidend ... und nicht die Darstellung und Erörterung von Sachfragen“.

- Während seiner ersten Amtsperiode konnte Ronald Reagan, demoskopischen Umfragen zufolge, etwa 70 % Ja-Stimmen für sich auf die Frage verbuchen, ob der Präsident als Person beliebt sei. Nach seiner Wiederwahl und vor Enthüllung des Iran/Contra-Skandals stieg die Sympathiebekundung für Reagan als Person sogar auf etwa 80 %.¹³

- Im Vergleich dazu konnte Reagan zur gleichen Zeit, also während seiner ersten Amtsperiode, nur durchschnittlich 50 % Zustimmung bezüglich seiner Amtsführung auf die Frage – „Gefällt oder mißfällt Ihnen die Art und Weise, wie Ronald Reagan sein Amt als Präsident erfüllt?“, erzielen. (Demgegenüber erreichte Eisenhower eine Zustimmungquote von 69 %, Kennedy 71 %, Johnson 52 % und Nixon 56 % – diese Werte gelten ebenfalls für ihre jeweils erste Amtsperiode).¹⁴ Nach seiner Wiederwahl und vor Enthüllung des Iran/Contra-Skandals stieg die öffentliche Zustimmung für seine Amtsführung auf rund 60 %.¹⁵
- Hohe Zustimmungswerte für die Amtsführung von Präsident Reagan korrelieren mit „internationalen Ereignissen, die mit dem Präsidenten in Zusammenhang gebracht werden“ – im April 1983 die Bombardierung der US-Botschaft in Beirut, der Abschluß des Korean Air Lines-Flugzeuges durch die UdSSR und die amerikanische Invasion auf Grenada.¹⁶
- Insgesamt bleibt jedoch festzustellen, daß Ronald Reagan für seine „Außenpolitik“ im allgemeinen recht niedrige Zustimmungswerte erhielt. Gallup-Umfragen zufolge lagen diese von 1981 an bis zum Zeitpunkt vor den Iran/Contra-Enthüllungen bei durchschnittlich etwa 44 %.¹⁷
- Die Zustimmungswerte für die Amtsführung von Präsident Reagan fielen drastisch nach dem Iran/Contra-Enthüllungsskandal. Die 1986 im Durchschnitt bei 63 % liegenden Zustimmungswerte rutschten im Dezember 1986 auf 47 % ab, stiegen dann im Januar 1987 um einen Prozentpunkt auf 48 %²⁰ und pendelten sich schließlich, nach den Anhörungen im Kongreß, bei 50 % ein, die er bereits während der ersten Zeit seiner Amtsführung erreicht hatte.²¹
- Die Zustimmungswerte für seine Außenpolitik unterlagen ähnlichen Bewegungen. In der ersten Phase nach Aufdeckung des Skandals reagierten etwa 71 % der Bevölkerung aufgebracht über Reagans Iran-Aktionen. Nach der Zeugenaussage von Oberst North fiel die Mißbilligungsrate auf 58 %. Ende August jedoch, nach Abschluß der Anhörungen im Kongreß, stieg die Mißbilligung erneut und erreichte sogar einen Wert von 77 %.²²
- Nach den im Fernsehen übertragenen Anhörungen im Kongreß meinten 55 % aller Befragten, sie hätten nunmehr „recht gut“ verstanden, was gelaufen sei; 10 % vertraten die Meinung, sie wüßten nunmehr „sehr gut“ Bescheid und 35 % äußerten, daß sie die Zusammenhänge „nicht sonderlich gut“ oder „überhaupt nicht gut“ verstanden hätten.
- Als Figur in der Öffentlichkeit wurde Oberstleutnant Oliver North nach den gleichen ambivalenten Kriterien bewertet – d. h. es wurde unterschieden zwischen ihm als Person einerseits und seiner beruflichen Funktion und Pflichterfüllung andererseits. Anfänglich wurde er mehrheitlich als „Sündenbock“ und „Opfer“ betrachtet (wesentlich weniger sahen ihn als „Helden“), dennoch unterstützten die Amerikaner mehrheitlich nicht die von ihm befohlene und verteidigte Contra-Hilfe. Nachdem die Bevölkerung dann einen Monat lang Gelegenheit hatte, zusätzliche Informationen zu verdauen, zeigte die Reaktion der Öffentlichkeit deutlichere Konturen – eine von Harris am 28. August veröffentlichte Meinungsumfrage ergab, daß 65 % aller Befragten nunmehr der Meinung waren, daß North eher falsch als richtig gehandelt habe und 73 % waren der Ansicht, das Vorgehen von North sei gesetzeswidrig gewesen (im Fall von John Poindexter waren 84 % davon überzeugt).

Der Iran/Contra-Skandal

Die in Amerika offen zutage getretenen gravierende Diskrepanz zwischen Regierten und Regenten, wie sie von Levin bis 1982 dokumentiert wurde, wurde 1986/87 durch den Iran/Contra-Skandal nicht nur fortgeschrieben, sondern erreichte möglicherweise sogar einen dramatischen Höhepunkt:

- Mit Offenlegung des Iran/Contra-Skandals im November 1986 fiel die *persönliche Popularität* des Präsidenten, die im September noch mit 80 % bewertet worden war, im Dezember 1986 auf 75 % und im Januar 1987 auf 74 %. Darüber hinaus waren im Januar 1987 75 % der befragten Bürger der Meinung, daß Präsident Reagan „der Öffentlichkeit nicht alles gesagt habe, was er wirklich über die Iran/Contra-Affäre wußte, oder daß er bestimmte Informationen zurückhalte.“¹⁸ Eine weitere Meinungsumfrage erbrachte, daß nach der Zeugenaussage von Oberst Oliver North 69 % der Bevölkerung der Meinung waren, daß der Präsident lüge, und selbst nach den Anhörungen im Kongreß glaubten dies noch mehr als die Hälfte aller Befragten (52 %).¹⁹

Analog zu Levins Beobachtungen, wonach bei der Arbeiterschaft in den USA ein ausgeprägtes, fast verzweifelter Verlangen nach sozialer Gerechtigkeit vorhanden ist, verbindet diese offensichtlich auch

ihre Forderung nach legaler Gerechtigkeit als einer stark ablehnenden Haltung gegenüber politischem Fehlverhalten.

● Nachdem Washington wochenlang Gesprächsstoff geliefert hatte über eine mögliche Straffreiheit für Oberstleutnant North und andere, die in den Iran/Contra-Skandal verwickelt waren, erbrachte eine Harris-Umfrage, daß 68 % aller befragten Amerikaner meinten, Sonderstaatsanwalt Walsh solle seinen Fall verfolgen, und im Verhältnis von 3 zu 1 wurde die Ansicht vertreten, daß die Popularität einer Person bei Gerichtsverfahren keine Rolle spielen dürfe.

Von einem unelitären Standpunkt aus könnte ein Beobachter alles in allem zu der Feststellung gelangen, daß die Bevölkerung Amerikas nicht annähernd so passiv und dumm ist, wie dies mitunter behauptet wird. Sie kann rational auf sozio-politische Probleme (wie beispielsweise Haushaltsfragen) reagieren und tut dies auch, und sie differenziert zwischen politischer „Leistung“ und „Image“ (wie etwa im Fall von Iran/Contra) – vorausgesetzt, sie erhält die entsprechenden Informationen. Levin schreibt über den rationalen, sittlich-moralischen Zusammenhang, wie er von den Anrufern, die sich in den Talkshows zu Wort melden, beurteilt wird:

Im allgemeinen wird das tägliche Leben weder als etwas beschrieben, das von Zufälligkeiten bestimmt oder, so wie es ist, von Gott gefügt ist, noch als etwas, das außerhalb der Reichweite demokratischer und egalitärer Kräfte läge; mit Wut und Bitterkeit wird es vielmehr als ein unfairer Kampf beschrieben, in dem durch die ungleiche Verfügbarkeit von Geldmitteln die Verteilung von Gerechtigkeit und Wohlergehen bereits vorherbestimmt ist.

Zwei der zahlreichen, von Levin zitierten Talkshow-Gespräche, machen diesen Punkt besonders deutlich:

— Alle Welt spricht darüber, wieso in diesem Land ein Watergate möglich war, und warum die Rüstungsindustrie die Regierung schröpft, und die Konzerne scheren sich einen Dreck um unsere Flüsse und Gewässer. Jeder kennt die Antwort, aber niemand will darüber sprechen. Das läßt Amerika als morsch und korrupt dastehen. Die Heilige Kuh, darum immer nur Geld, Geld... wer kümmert sich schon um den Nachbarn oder den Verbraucher? Amerika ist diese Kuh. Jeder ist auf Profit bedacht, und warum auch nicht, Lehrer, Eltern, Zeitschriften... jeder, überall wird gesagt, das sei der American Way of Life, der amerikanische Traum, und es ist ein guter Lebensstil, weil von eigennützigem Profit, so heißt es,

auch die Allgemeinheit profitiere. Sie kennen ja den alten Spruch der Kapitalisten, daß Eigennutz letztlich jedem zugute kommt. Die Billigsten produzieren zum besten Preis, und so weiter. Lassen Sie uns die Sache doch einmal näher betrachten, wir wissen doch, es ist ein Sammelsurium von... Es gibt doch niemanden mehr, der wirklich glaubt, daß das, was für General Motors gut ist, auch gut ist für Amerika. Ein Witz!

— Der Egoismus wird Amerika ins Grab bringen. Er ist eine Krankheit und hat nicht nur mit Christentum nichts zu tun, sondern ist genau das Gegenteil. Wenn jedermann nur auf seinen eigenen Profit aus ist und nur wenige werden davon abgehalten, dann wissen wir, was passiert – die Mächtigen werden reicher und die Schwachen noch mehr ausgebeutet. Schauen Sie sich doch an, was unter Reagan passiert ist. Die Menschen kommen sich dadurch doch minderwertig und schmutzig vor. Die Armen fühlen sich als Opfer. Eine freundschaftliche Gesinnung wird korumpiert. Ich bin kein Sozialist, aber ich weiß, daß uns das umbringen wird. Hierdurch werden die Menschen feindselig und argwöhnisch. Jeder ist nur darauf bedacht, nicht über's Ohr gehauen und betrogen zu werden und ein Gefühl von Gemeinsamkeit ist kaum noch vorhanden. Von einer allgemeinen Fürsorge ist nichts zu merken. Wie heißt es doch so schön auf der Dollar-Note? – Viele werden eins. Das ist doch wohl ein Märchen, oder? Die Wirklichkeit in Amerika besteht einzig darin, daß jeder nur für sich selbst lebt und sorgt.

Durch ihre wirtschaftliche und politische Situation bereits im Abseits, fühlen sich diese Anrufer natürlich auch in eine psychologische Ecke gedrängt, so daß es eigentlich wenig überrascht, daß sich in ihren Aussagen auch viele negative Wertvorstellungen finden, vor allem Rassismus und Intoleranz gegenüber anderen Meinungen und Individualität. Dies ist, so Levins Fazit, „die politische Pathologie, die durch die von Staat und Kommunen betriebene Politik verursacht wird, durch die Angst unterzugehen, die dreiste Furchtheit von Verkäufern, die Brutalität der Polizisten und durch die Drogenkultur an den Hochschulen“.

Für politisch interessierte Leser, die gerne im einzelnen wissen möchten, was das „andere“ Amerika, das nicht zu den Yuppies, dem Establishment oder zur „Weiße-Kragen-Bürgerschaft“ gehört, denkt und fühlt, – und was dies wiederum für die Politik der USA bedeutet – für den ist Levins Buch ein absolutes „Muß“. Dieses Buch ist in der Tat eine Rarität. Seit Jahren gibt es das US-Talkshow-Radio, doch

Levin ist einer der ersten Politikwissenschaftler, der die Sendungen als das analysiert, was sie sind, „das einzige Medium, das häufig eine Plattform für die Meinung der Arbeiterklasse bietet“.

Levin sollte vor allem jetzt, das heißt, vor dem US-Präsidentschaftswahlkampf 1988, gelesen werden. Wer den Schluß akzeptiert, zu dem Paul Kennedy in seiner kürzlich in *The Atlantic Monthly* erschienenen „Einschätzung zum Niedergang Amerikas“ kommt – daß nämlich die gegenwärtige Politik Amerikas „Gefahr läuft, eventuell politisch in einer Sackgasse zu münden, die ein mitunter gefährliches Vakuum erzeugen kann“ – für denjenigen ist auch Murray B. Levins Warnung zu den Wahlen in den USA schlüssig:

„Solange die allgemeine Wählerschaft ihre Situation lediglich in Form von bestimmten, ansonsten abgekoppelten Detailhandlungen im Rahmen gesellschaftlicher Strukturen sieht, werden Wahlen allenfalls Veränderungen bei einzelnen bewirken. Und genau hierin liegt die Gefahr. Eine Bevölkerung, die die grundlegenden, radikalen Verantwortlichkeiten der Politik nicht begreift, ist allzu leicht empfänglich für irrationale Ängste vor bestimmten Ereignissen und könnte somit – als Folgeerscheinung und das ist das Gefährlichere – einer Persönlichkeit verfallen, die eben verspricht, bestimmte Ereignisse im Griff zu haben. Hinter den Ängsten dieser Anrufer halten sich dunkle pathologische Flächen versteckt, wo es nur des Anstoßes eines wirkungsvollen, mitreißen- den Mannes bedarf, um hier ein destruktives Flammenmeer auszulösen.“ (Übersetzung: Anni Pott)

Anmerkungen

- Hörer, die die Programme für ein anspruchsvolleres Publikum regelmäßig hören (beispielsweise in Washington, DC, wie auch in anderen städtischen Bezirken), würden Levins Definition erweitern – „Talk-Radio ist das einzige der sehr wenigen Medien, das wirklich eine Plattform für Bürgermeinung bietet.“
- Nicht einmal am Tag der Arbeit kommt die US-Arbeiterschaft in den amerikanischen Medien vor. 1987 zum Beispiel sendeten das öffentliche Radio (NPR) und die öffentliche Fernsehanstalt (PBS) verschiedene Sonderprogramme, demgegenüber brachte das kommerzielle Fernsehen lediglich um 7 Uhr morgens eine Einblendung des Arbeitsministers, plus routinemäßige Nachrichtenmeldungen.
- US Handelsministerium, *Statistical Abstracts of the United States* 1987, Washington, DC: US Government Printing Office, 1987, Seiten 228–230.
- Statistiken der Föderativen Wahlkommission, veröffentlicht in *The World Almanac and Book of Facts* 1987 (NY: World Almanac, 1987, Seite 305) – Der vorhergehende Tiefstand bei der Wahlbeteiligung waren 51,1 %, die Truman/Dewey 1948 in ihrem Wettstreit um das Präsidentenamt erreicht hatten.
- Thomas Ferguson/Joel Rogers, „The Myth of America's Turn to the Right“, *The Atlantic Monthly*, May 1986, Seiten 43–53.
- Föderative Wahlkommission, ebenda. Dem Amt für Volkszählung zufolge waren 1980 66,9 % und 1984 68,3 % aller Wahlberechtigten registriert.
- Professor Theodore J. Lowi von der Cornell University ist der Ansicht, daß die USA inzwischen zu einer „plebiszitären Republik mit einem persönlichen Präsidenten“ geworden seien, d. h. ein Präsident, der via personalisierte TV-Ausstrahlung gewählt wird und Kongreß-Abgeordnete, die nach Sachfragen gewählt werden. (Theodore J. Lowi, „An Aligned Election, a Presidential Plebiscite“ in *The Elections of 1984*, Hrg. Michael Melson, Washington, DC: Congressional Quarterly, 1985, Seite 287 ff.). Siehe auch Lowis Buch „The Personal President: Power Invested, Promise Unfilled“ (Ithaca, NY: Cornell University Press, 1985).
- Ferguson/Rogers, s. o.
- Ebenda, Seite 49.
- „Most Americans Oppose Reagan Budget Priorities“, *The Washington Post*, 14. Februar 1986.
- Kurz vor dem Tag der Arbeit 1987 berichtete „The Washington Week in Review“ PBS in ihrem Fernsehprogramm, daß der durchschnittliche Stundenlohn in den Vereinigten Staaten auf \$ 4,82 gefallen sei. (Der Mindestlohn liegt bei \$ 3,50).
- Ferguson/Rogers, s. o.
- The Gallup Report, Januar/Februar 1987, Seite 44.
- Ferguson/Rogers, s. o., Seite 49.
- The Gallup Report, s. o., Seite 43.
- Lowi, s. o., Seite 284. (Leider wird ein spezifisches Thema von Demoskopern nur selten weiterverfolgt, so daß etwa erkennbar wäre, wie lange der anfängliche Enthusiasmus der Öffentlichkeit hinsichtlich außenpolitischer Aktionen anhält). Die hier angeführte Korrelation zwischen außenpolitischen Aktionen und der Bewertung der präsidentiellen Amtsführung verleitet den Autor zu der Schlußfolgerung, „Das Risiko, daß der Präsident die öffentliche Meinung der Amerikaner durch die künstliche Erzeugung internationaler Ereignisse manipuliert, ist ungemein gefährlich“.
- Ebenda, Seite 43. Besonders hohe Mißbilligungsquoten fanden sich unter den Demokraten, sowohl Angestellten wie Arbeitern, Schwarzen und Farbigen, den 50–64jährigen, Familien von Gewerkschaftern, den untersten Einkommensgruppen und denjenigen mit der höchsten (College) und Mindestausbildung (weniger als 12 Jahre).
- The Gallup Report, s. o. Seite 49. Von Bedeutung ist auch die Tatsache, daß die Wahrheitsliebe des Präsidenten von US-Bürgern offensichtlich eine zeitlang angezweifelt wurde (möglicherweise aufgrund der zahlreichen Fehler, die ihm, Berichten zufolge, bei Pressekonferenzen unterlaufen sind). In einer von Gallup/Times-Mirror im Juni 1985 durchgeführten Umfrage stimmten nur 28 % aller Befragten zu, daß man „alles oder das meiste dessen glauben kann, was Ronald Reagan sagt“; bei den Umfragen von Dezember 1986 bis Januar 1987, d. h. nach den Iran/Contra-Enthüllungen, fiel diese Zustimmungquote um 10 Prozentpunkte auf 18 % (The Gallup Report, s. o., Seite 42).
- Eine von Washington Post-ABC News vom 3.–5. August 1987 durchgeführte Umfrage. *The Washington Post*, August 1987.
- The Gallup Report, s. o., Seite 43. Die Mißbilligungsquote war besonders hoch unter der Bevölkerung der Südstaaten und des Mittelwestens, Farbigen und Schwarzen, Hilfsarbeitern, denjenigen mit weniger als 12 Jahren Schulbildung, Familien von Gewerkschaftern und denjenigen Haushalten, deren Einkommen unter \$ 15 000 lag.
- Washington Post*, s. o., 7. August 1987.
- Eine Harris-Umfrage, im National Public Radio am 28. August 1987 und in *The Washington Post* am 1. September 1987 veröffentlicht.

Eckhard Marten

Geschätzt, gefürchtet, gelobt

Das amerikanische Deutschlandbild gestern, heute und morgen

Dr. Eckhard Marten, Jahrgang 1961, ist Hörfunk-Journalist beim Süddeutschen Rundfunk.

Zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland (bzw. „Deutschland“ in seinen verschiedenen historischen und völkerrechtlichen Formen) bestehen seit Jahrhunderten zahlreiche Kontakte der unterschiedlichsten Art. Aufgrund dieser historisch gewachsenen Beziehungen haben sich in beiden Ländern Vorstellungen über das jeweils andere Land gebildet, die sich im Lauf der Geschichte teilweise geändert haben, teilweise aber auch erstaunliche Konstanten aufweisen.

Die heute in der amerikanischen Öffentlichkeit bestehenden Vorstellungen über „Deutschland“ und die „Deutschen“ stellen daher das Ergebnis eines historischen Entwicklungsprozesses dar, der hier aufgrund seiner fortdauernden Bedeutung für die deutsch-amerikanischen Beziehungen in den Grundzügen chronologisch skizziert werden soll. Dabei soll anhand von quantitativ-empirischen Daten aus Meinungsumfragen und qualitativ-deskriptiven Angaben aus der wissenschaftlichen Literatur beschrieben werden, wie sich die in einem jeweiligen Zeitabschnitt vorhandenen Wahrnehmungen herausgebildet und verändert haben.

Von den Anfängen bis 1914

Aufgrund der geographischen Entfernung zwischen den beiden Ländern entwickelte sich das Deutschlandbild der Amerikaner über Jahrhunderte hinweg mit einer gewissen Eigengesetzlichkeit. So lebten die Amerikaner im Gegensatz zu den Menschen in den deutschen Nachbarländern in bezug auf ihr Deutschlandbild viel stärker von Informationen aus „zweiter Hand“, wie etwa Presseberichten.

Der sicherlich größte Einfluß auf die frühen amerikanischen Vorstellungen über „Deutschland“ und die „Deutschen“ aber ging von den zahlenmäßig

starken Einwanderergruppen aus deutschsprachigen Gebieten aus.¹ Bereits im Jahre 1683 gründeten Mennoniten aus Krefeld mit Germantown bei Philadelphia die erste deutsche Siedlung auf dem Gebiet der späteren Vereinigten Staaten, die als Vorbild für eine ganze Reihe von Ansiedlungen in der Umgebung („Pennsylvania Dutch“) dienen sollte.²

Zum bevorzugten Ziel der deutschsprachigen Einwanderer aber wurden die Staaten des amerikanischen Mittelwesten, in denen die deutschstämmigen Amerikaner häufig die größte ethnische Gruppe oder sogar die Bevölkerungsmehrheit bildeten.³

Mit ihren in der neuen Heimat gegründeten Gesangsvereinen und der Tradition von Bierfesten stellten die deutschsprachigen Einwanderer einen Gegenpol zu den starken puritanistischen Tendenzen in den damaligen Vereinigten Staaten dar und vermittelten den Eindruck eines friedlichen und gemüthlichen Kleinbürgertums, das sich gleichzeitig durch positiv bewertete Eigenschaften wie Fleiß, Sparsamkeit und Gründlichkeit auszeichnete.⁴ Nach Ansicht von Totten zeigte sich in diesem fast durchweg positiven „Deutschlandbild“ eine „Verabsolutierung und maßstäbliche Überhöhung an sich richtiger Einzelbeobachtungen an bestimmten deutschen Gruppen, mit denen die Amerikaner in Berührung kamen.“⁵

Diese ersten deutschstämmigen Einwanderergruppen beteiligten sich zwar sehr aktiv am wirtschaftlichen Aufbau der USA,⁶ engagierten sich jedoch nur in geringem Maße am politischen Leben. So hatten sie zwar schon 1739 eine deutschsprachige Zeitung gegründet⁷ und in der Folgezeit eine titel- und auflagenstarke Presse entwickelt,⁸ die aber über den regionalen Bereich hinaus langfristig kaum eine größere Bedeutung erlangte.

Der Eindruck des „unpolitischen Deutschen“ veränderte sich allerdings mit der Ankunft zahlreicher deutschsprachiger Flüchtlinge nach der gescheiterten Revolution von 1848, die sich auch in den Vereinigten Staaten politisch stark engagierten und den sozialistischen, bzw. Arbeiterbewegungen der Jahrhundertwende ganz wesentliche Impulse gaben⁹ oder – wie etwa Carl Schurz – bis in die höchsten Staatsämter gelangten. Diese Einwanderergruppe prägte nachhaltig das Bild vom „idealistischen Deutschen“,¹⁰ dessen philosophische und wissenschaftliche Anschauungen das amerikanische Bildungssystem und insbesondere die Universitäten stark beeinflussen sollten.¹¹ Diesem positiven Deutschlandbild entsprechend sympathisierten die meisten Amerikaner während des deutsch-französi-

schen Kriegen 1870/71 mit der deutschen Seite, zumal die deutschen Bemühungen um eine staatliche Einheit bei den gerade dem Bürgerkrieg entwachsenen Amerikanern auf Verständnis trafen¹² und die „frivole Lebensart“ der Franzosen sowie deren koloniale Ambitionen in Mexiko ohnehin abgelehnt wurden.¹³

Das über zwei Jahrhunderte hinweg so positive Deutschlandbild verschlechterte sich allerdings nach der Reichsgründung allmählich in dem Maße, wie sich die gesellschaftlichen Verhältnisse in beiden Ländern unterschiedlich entwickelten und sich erste Interessenkonflikte insbesondere bei Handels- und Kolonialfragen abzeichneten.¹⁴

Anstoß erregten in den Vereinigten Staaten insbesondere die Militarisierung und „Prussianifizierung“¹⁵ des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland sowie „die Äußerungen und Verhaltensweisen des Kaisers, der ein typisches Symbol deutscher Aggression, Autokratie, des Militarismus und der „Weltpolitik“¹⁶ darstellte. Die wegweisende Sozialversicherungsgesetzgebung, das Tempo der deutschen Industrialisierung und die wissenschaftliche Qualität der deutschen Universitäten erzielten zwar sichtlichen Eindruck in den USA,¹⁷ konnten aber die zunehmende anti-deutsche Haltung in den Vereinigten Staaten nicht ausgleichen.¹⁸

Darüber hinaus normalisierten der einstige Kriegsgegner Großbritannien und das republikanische Frankreich ihre Beziehungen zu den USA, wodurch die deutsch-kritischen und deutsch-feindlichen Einstellungen dieser beiden Staaten auf ein immer stärkeres Echo in den Vereinigten Staaten stoßen konnten.¹⁹ Gegen Ende des 19. Jahrhunderts schließlich mußte Deutschland seine Favoritenrolle an Frankreich abtreten.²⁰

Von 1914 bis 1918

Obwohl sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen bereits vor Beginn des Ersten Weltkrieges merklich abgekühlt hatten²¹ und die USA sich den politischen Positionen Großbritanniens zunehmend näherte,²² verhielten sich die Vereinigten Staaten zunächst zumindest offiziell neutral. Der Krieg in Europa führte aber zu einer heftigen Auseinandersetzung innerhalb der USA über die Frage, inwieweit die Vereinigten Staaten in ihrer zukünftigen Außenpolitik isolationistisch oder internationalistisch auftreten sollten. Vor allem die deutschstämmigen Amerikaner kämpften auch publizistisch²³ heftig gegen eine Zuwendung zur internationalen Politik und gegen eine Aufgabe der Neutralität.²⁴

Obwohl die Regierung Wilson den Wahlkampf mit einer eindeutigen Erklärung gegen den Kriegseintritt der USA gewonnen hatte, setzten sich die Kriegsbefürworter in der politischen Führung allmählich durch. Um diesen Einstellungswandel und einen Kriegseintritt plausibel erscheinen zu lassen, mußte das zwar in Mitleidenschaft gezogene, aber dennoch noch immer weitgehend positive Deutschlandbild in der amerikanischen Öffentlichkeit zum Negativen hin verändert werden.²⁵

Unterstützung erhielt die amerikanische Regierung dabei insbesondere vom neu entstehenden Film sowie den anglophilen Zeitungen an der Ostküste, in denen die Deutschen „als blutrünstige Hunnen und Wilde dargestellt wurden“²⁶ und die diplomatischen Ungeschicklichkeiten der deutschen Reichsregierung überdeutlich veranschaulicht wurden.²⁷

Die propagandistische Bearbeitung des Deutschenbildes nach dem schließlich erfolgten Kriegseintritt auf der Seite der Entente versinnbildlichte nicht nur eine entscheidende Wende für die deutsch-amerikanischen Beziehungen und die amerikanischen Vorstellungen über „Deutschland“ und die „Deutschen“.²⁸ Sie führte vielmehr auch zu einem umfassenden Wandel im Selbstverständnis der deutschstämmigen Amerikaner, der begleitet wurde von tatsächlichen Diskriminierungen wie dem zeitweiligen Verbot des Deutschunterrichts und der Herausgabe deutschsprachiger Zeitungen in einigen Staaten sowie von Maßnahmen des „vorausseilenden Gehorsams“ wie der „Amerikanisierung“ deutscher Namen. In den Vereinigten Staaten, die vor 1917 „in vielerlei Hinsicht ein deutsches ... oder teilweise deutsches Land“²⁹ dargestellt hatten, wurden „die Wurzeln deutscher Kultur gewaltsam herausgerissen“.³⁰

Von 1918 bis 1945

Die unmittelbar nach dem Krieg erneut einsetzenden isolationistischen Tendenzen in der amerikanischen Außenpolitik verhinderten, daß sich die amerikanische Öffentlichkeit mit den Versuchen eines demokratischen Wandels während der Weimarer Republik eingehender auseinandersetzte.³¹ So beschäftigte sich die innenpolitische Diskussion in den Vereinigten Staaten zwar sehr intensiv mit „den britischen Leuten an der Ostküste, denen wir es zu verdanken hatten, daß wir in den Krieg hineingezogen wurden“.³² Dieser Prozeß der amerikanischen Selbstkritik führte aber nicht zu einer gleichzeitigen Entlastung des Deutschlandbildes von seinen wäh-

rend des Ersten Weltkrieges erlangten negativen Zügen.³³

Die Zwischenphase der Weimarer Republik hinterließ daher im amerikanischen Deutschlandbild keine wesentlichen Spuren, so daß sich die nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ und insbesondere während des Zweiten Weltkrieges gewonnenen Eindrücke fast nahtlos mit den Vorstellungen von den „Deutschen“ und ihrem „Reich“ verknüpfen ließen, die bei vielen Amerikanern bereits während der Zeit des Ersten Weltkrieges bestanden hatten.³⁴

Meinungsumfragen aus diesen Jahren belegen dennoch, daß die von der amerikanischen Regierung zeitweilig propagierte und wiederum häufig in Propaganda- und Spielfilmen³⁵ umgesetzte Gleichsetzung von Deutschen und Nationalsozialisten³⁶ in der amerikanischen Öffentlichkeit meist nicht nachvollzogen wurde,³⁷ weil die deutschstämmigen Amerikaner, vor allem aber die zahlreichen deutschen Emigranten diesem Bild nicht entsprachen.³⁸

Der von den Nationalsozialisten erzwungene „intellektuelle Aderlaß“³⁹ bewirkte zwar eine große Verstärkung des deutschen Elements in der amerikanischen Kultur⁴⁰ und führte zu einer Differenzierung von „Nazis“ und „Deutschen“.⁴¹ Aber auch die deutschen Emigranten konnten oder wollten nicht verhindern, daß das deutsche Ansehen nach dem Kriegseintritt der USA und insbesondere nach der umfassenden Aufdeckung der im Dritten Reich begangenen Verbrechen auf seinen absoluten Tiefpunkt sank.⁴²

Von 1945 bis zur Gegenwart

Mit der grundlegenden Veränderung der deutsch-amerikanischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg trat auch ein Wandel des amerikanischen Deutschlandbildes ein. Schon vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatten nach Ansicht von Toten viele amerikanische Soldaten festgestellt, „daß das von der amerikanischen Regierung aufgebaute Nazi-Feindbild nicht den eigenen Eindrücken entsprach“.⁴³

Auch in der Folgezeit bildete das in der amerikanischen Besatzungszone und später auf dem Gebiet der Bundesrepublik stationierte amerikanische Militärpersonal einen wichtigen Träger des neuen Deutschlandbildes.⁴⁴ Gleichzeitig hatte die amerikanische Führung insbesondere nach dem Tod von US-Präsident Roosevelt eine Revision der Deutschlandpolitik vorgenommen, da der sich abzeichnende Kalte Krieg eine allmähliche Einbindung des ehe-

maligen Kriegsgegners Deutschland in ein anti-kommunistisches Bündnissystem erforderte.⁴⁵

Um eine solche Politik auch in der amerikanischen Öffentlichkeit durchzusetzen, mußte einerseits die Vorstellung einer sowjetischen und kommunistischen Bedrohung verstärkt und andererseits eine fast vollständige Korrektur des amerikanischen Deutschen- und Deutschlandbildes eingeleitet werden.⁴⁶ Mit anderen Worten: Der einstige Kriegsgegner sollte mit dem einstigen Kriegspartner den Platz in den „gegenseitigen Bedrohungsvorstellungen“⁴⁷ tauschen und „aus dem deutschen Feind ein deutscher Freund werden“.⁴⁸

Diese Strategie schien bereits im Zusammenhang mit der Berlin-Blockade aufzugehen, in deren Verlauf sich mit der „Luftbrücke“ ein besonders anschauliches Beispiel einer umfassenden Wirtschaftshilfe aufzeigen ließ, die unter anderem in „Care-Paketen“ und dem Marshallplan ihren Ausdruck fand und vielen Deutschen das Bild eines Landes vermittelte, „dessen Bevölkerung den Kindern in Europa Schokolade brachte und den Erwachsenen Anleihen und Kredite“.⁴⁹

Daß diese amerikanische Wirtschaftshilfe von deutscher Seite in einen als „Wirtschaftswunder – Made in Germany“⁵⁰ bezeichneten ökonomischen Aufschwung umgesetzt wurde, fand in den USA ein außerordentlich positives Echo, zumal sich am Beispiel des „wiederauferstandenen Giganten“⁵¹ die Überlegenheit des eigenen Wirtschaftssystems aufzeigen ließ.⁵²

Neben dem Respekt über die wirtschaftlichen Leistungen ist das amerikanische Deutschlandbild der 50er und 60er Jahre aber auch geprägt von dem Erstaunen über die politische Stabilität der Bundesrepublik und der Bejahung eines demokratischen Systems westlichen Musters durch breite Bevölkerungskreise. Die in dieser Zeit vorgenommene enge außenpolitische Anlehnung an die USA und das konsequente Bekenntnis zum NATO-Bündnis⁵³ bilden bis heute ebenso positive Punkte im amerikanischen Deutschlandbild wie die damals außerordentlich positive Reaktion der bundesdeutschen Bevölkerung auf amerikanische Politiker wie etwa Kennedy⁵⁴ und das seinerzeit meist freundschaftliche Verhältnis zu den in der Bundesrepublik stationierten US-Soldaten.⁵⁵

Das sich in den 50er und 60er Jahren entwickelnde „Klischee vom Deutschen als amerikanischem Musterknaben“⁵⁶ entsprach einer politischen Situation, in der die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und der Verteidigungsbeitrag der Bundesrepu-

blik in der NATO in einem deutlichen Mißverhältnis zum deutschen Spielraum in der Außenpolitik stand.⁵⁷ Als die Interessengegensätze und Meinungsverschiedenheiten in der Währungs- und Finanz- sowie der Verteidigungs- und Außenpolitik aber seit der Regierung Erhard immer größer wurden,⁵⁸ während sich die gegenüber den USA auferlegte politisch-psychologische Zurückhaltung der unmittelbaren Nachkriegszeit gleichzeitig verringerte, verstärkten sich auch wieder die negativen Aspekte im Deutschlandbild.

Besorgnis erregt insbesondere die Möglichkeit einer „Weimarisierung der Bonner Verhältnisse“⁵⁹ im Zusammenhang mit dem Auftreten der „Friedensbewegung“ und der „Grünen“, bei denen viele Amerikaner die „typisch deutsche Ausprägung eines politischen Irrationalismus“⁶⁰ feststellen wollen. Die in den amerikanischen Medien aufgrund ihrer politischen Exotik zeitweilig überrepräsentierten und in der Person von Petra Kelly überpersonalisierten „Grünen“⁶¹ stellen nach Auffassung amerikanischer Beobachter den sichtbarsten ... Ausdruck eines umfassenden Wertewandels in der Bundesrepublik⁶² dar, der insbesondere die deutsche Jugend und deren Amerika-Bild erfaßt hat: „Die Einstellung der deutschen Jugend zu Amerika bleibt eine zentrale Frage gerade für die Amerikaner. Sie sehen sich mit einem Amerikabild konfrontiert, das von Watergate und Vietnam und nicht von Marshallplan und Luftbrücke gekennzeichnet ist. Sie registrieren Desinteresse und mangelnde Erfahrung, Vorurteil aus einseitigem Wissen. Unter dem Stichwort des ‚Generationenwechsels‘ diagnostizieren sie auf beiden Seiten Gefühlsdefizite und Entfremdungssymptome. Amerikanische Beobachter zeigen sich besorgt über eine antiwestliche ‚Zivilisationskritik‘, bei der Amerika das Gegenmodell bildet.“⁶³

Da die ältere Generation der Deutschen aus der Sicht vieler Amerikaner als historisch vorbelastet gelten muß, wird die Entwicklung der deutschen Jugend und ihr Verhältnis zu Amerika mit besonderer Aufmerksamkeit in den USA verfolgt.⁶⁴ Auch deshalb zeigen sich viele Amerikaner besorgt, da sie nach Ansicht von Stapf „die Anschläge gegen amerikanische Einrichtungen in der Bundesrepublik sowie die Demonstrationen gegen Nachrüstung und Raketenstationierung als Zeichen eines sich insbesondere bei jungen Deutschen verstärkenden Anti-amerikanismus sehen“.⁶⁵

Beobachtern wie Laqueur zufolge scheint sich vor allem bei den jungen Amerikanern gegenwärtig eine eher gleichgültige Haltung gegenüber der Bundesre-

publik abzuzeichnen.⁶⁶ Forderungen nach einem Abbau der amerikanischen Truppenpräsenz in der Bundesrepublik⁶⁷ nehmen offenbar ebenso zu wie die Bereitschaft, sich verstärkt dem pazifistischen Raum zuzuwenden und einen „deutschen Sonderweg“ notfalls mit allen Folgen für die Sicherheit beider Länder in Kauf zu nehmen.

Trotz all der geschilderten Belastungen der deutsch-amerikanischen Beziehungen in den letzten Jahren deuten alle Meinungsumfragen übereinstimmend darauf hin, daß das Deutschlandbild der amerikanischen Bevölkerung nach wie vor insgesamt eher positiv ist, obwohl „negative Perzeptionen“⁶⁸ bezüglich der deutschen Vergangenheit bestehen bleiben. Bei einer im Februar 1984 von Allensbach durchgeführten Repräsentativbefragung von 1 255 Amerikanern beispielsweise konnte das Institut „weder Anzeichen für eine tiefgreifende Beunruhigung noch für wachsendes Mißtrauen gegenüber dem deutschen Bündnispartner herausfiltern. Das teils von Freundlichkeit, teils von Gleichgültigkeit bestimmte Meinungsbild legt eher nahe, daß in der Bundesrepublik kritische Stimmen ... vorschnell verallgemeinert werden“.⁶⁹

Eine konstant gute Beurteilung der Bundesrepublik und der (Bundes)deutschen in der amerikanischen Bevölkerung belegten auch zuvor schon zwei Emnid-Meinungsumfragen aus den Jahren 1977 und 1982, in deren Verlauf ein repräsentativer Bevölkerungsquerschnitt von 2 675 Personen (1977), bzw. 1 540 Personen (1982) zu tagesaktuellen Fragen und typischen Stereotypen befragt wurde. Den beiden Emnid-Untersuchungen zufolge schätzen die Amerikaner insbesondere die Stabilität des deutschen Regierungssystems, den militärischen Beitrag zur NATO, das deutsche System der sozialen Sicherheit und die Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik besonders hoch ein.⁷⁰

Auf ein ähnliches Ergebnis stießen auch Stapf/Stroebe/Jonas bei einer im Jahre 1986 abgeschlossenen Untersuchung an amerikanischen Collegestudenten, die mit der Bundesrepublik eine „moderne Zivilisation“⁷¹ mit einem „hohen Grad an kultureller Entwicklung“⁷¹, „hohen Sozialleistungen“⁷² und einer „guten Gesundheitserziehung“⁷¹ verbanden. Ebenso wie bei den vorhergehenden Meinungsumfragen aber standen auch bei den Collegestudenten eher „sachliche“ Vorzüge der Bundesrepublik im Vordergrund, auf der persönlichen Ebene hingegen erwies sich die Bundesrepublik als ein „wenig attraktives Ferienland“⁷² mit „geringer Lebensfreude“.⁷²

Die positiven Aspekte des amerikanischen

Klarsicht nach Westen

Glasnost hat zuwege gebracht, daß der Blick aus der Bonner Provinz nach Osten freier geworden ist und eine Wahrnehmung revolutionierender Vorgänge erlaubt, die zum Wegfall einer systemversteiften Sperre im geopolitischen Kontext und zu interdependentem Nachbarschaftsverhalten führen könnten. In westlichen Richtungen hingegen erscheint das politische Gesichtsfeld der Deutschen eher eingeengt durch Selbsttäuschung und Verdrängungskünste, was Achtlosigkeit für Fahrplanänderungen auf transatlantischer Schiene wie auch das Verpassen westeuropäischer Anschlußzüge bedeuten kann. Bedenklich stimmen muß es schon, wenn auch Parteien und Medien der Wirklichkeit eines bevorstehenden Wandels in der Allianz auszuweichen suchen und deutliche Symptome europäischen Unvermögens zu selbständigem Handeln glatt übersehen. – Weil nicht sein kann, was nicht sein darf?

Jedenfalls wird „die Gesamtkonzepte“ (so haben US-Experten mokant die von deutscher Grundsätzlichkeit zeugende Umstandsvokabel ihrem Fachjargon einverleibt) kaum noch alten NATO-Wein in neuen Schläuchen den Bundesgenossen weiterhin frei Haus beschieren. Die Pointe eines kurzgefaßten Auftrags der NATO für Europa „die Russen draußen, die Amerikaner drin und die Deutschen unten zu halten“, kommt im heutigen Washington nicht mehr richtig an. Hinter den Wolkenkulissen der Wahlplattformen werden auf dem Capitol bereits Aufrisse einer arbeitsteilig revidierten Bündnisstruktur ausgetauscht. Danach sollen in nicht mehr so ferner Zukunft die Europäer ihre militärische Sicherheit mit konventionellem Aufwand selbst besorgen, während die USA ihren Bündnisverpflichtungen durch Bereithalten einer atomaren „Fleet in being“ zu politischer Rückendeckung nachkommen würden. Einschlägige Hinweise, die Rupert Scholz schon bei seiner Vorstellungsrunde vor Ort erhalten haben dürfte, veranlaßten den Atlantizisten reinsten Wassers zwar zu der kleinlauten Anmerkung „riskant“, aber die Lektion von Übersee erklärt auch den plötzlichen Eifer, mit dem sich Bundesregierung und der alte Wörner auf seinem Brüsseler Aussichtsposten – unter Hintenanstellung des ominösen „Gesamtkonzepts“ – für möglichst baldigen Beginn von Verhandlungen über konventionelle Stabilität zwischen Atlantik und Uräl einsetzen.

Inzwischen hat Dukakis bereits verdeutlicht, daß sein Festhalten an Flexible Response und möglichem atomaren Ersteinsatz nur als Spielmaterial für

den konventionellen Abrüstungspoker gedacht ist und Bush beruft sich auf „Politik der Stärke“ nur insoweit, als diese sich förderlich für den Umgestaltungsprozeß im Sowjetsystem erwiesen habe. Strauß hat schon recht, wenn er die sicherheitspolitischen Perspektiven beider Kandidaten für nahezu identisch hält.

In der N.Y. Times hatte Starjournalist Safire vorher schon vermerkt, daß der Atomschirm längst zum „Sonnenschirm“ geworden sei und die NATO zu einer „Papierallianz“. Und ob nun die Europäer zur Übernahme eigener Verantwortung bereit sein würden oder nicht – der 41. Präsident werde in den Neunzigern seine 300 000 Soldaten vom Kontinent abziehen. Der Deutschamerikaner Kissinger mahnt wie seit eh und je eine Verteidigungsunion in Europa an, die es jetzt im Zuge einer Reorganisation des Westens, verbunden mit der Schaffung eines europäischen Binnenmarktes, bis '92 zu verwirklichen gelte.

Mit Hinsicht auf beidseitig vorgegebene Nichtangriffsfähigkeit sollte auch Gorbatschow seine Bedenken fallen lassen, durch Einführung der Bundeswehr in ein europäisches System könnte der Abbau der Blockkonfrontation behindert werden. Vielmehr würde gerade erst eine im westlichen Kontinentalbereich politisch festverankerte Bundesrepublik dem Bau eines europäischen Hauses die notwendige Statik verleihen und eine territoriale Ausgewogenheit garantieren.

Eine bündige deutsche Antwort auf die im Westen offene europäische Frage steht allerdings noch aus. In Bonn wird mit nationaler Reserviertheit und gemeinschaftlichen Ersatzhandlungen taktiert, wann immer es um politische Entscheidungen von hoher Dringlichkeitsstufe geht, wie etwa bei Währungsunion und Europawehr. Eine Art Komplizenschaft mit London zeichnet sich ab. Wäre es denn sonst verständlich, daß nicht mal die kristallklare Absage aus Thatcherland an jedweden Souveränitätsverzicht die deutschen Gemüter aufzuregen vermocht hat?

Die auf dem „Gipfel der Harmonie“ den Bankern der EG-Staaten auferlegte Beschäftigungstherapie nimmt, ohne die geringste Aussicht auf einheitliches Geld, ihren Fortgang. Nebenher werden die Alibiübungen in den deutsch-französischen Ratsgremien für Verteidigung sowie Wirtschaft und Finanzen unter Jubelreden ratifiziert, nachdem eben noch die IHT eine „Schlamm Schlacht“ zwischen Bundesbank und Paris beschrieben hatte. Im Kerneuropa der Sechss, das sich als Aktionsebene anbietet, bremsen neudeutsche Anmaßung und Provinzialität die politischen Initiativen.

Klaus Bloemer

Deutschlandbildes finden sich daher vor allem im politischen Bereich, wie Wolffsohn bei einer internationalen Vergleichsanalyse von Meinungsumfragen feststellte, bei der insbesondere die internationale Einschätzung der Bundesrepublik im Verhältnis zu anderen Staaten analysiert wurde: „Unabhängig von Sympathien oder Antipathien, also vom grundsätzlichen Bereich, schnitt Westdeutschland auf der tagespolitischen Ebene besonders in den USA außerordentlich günstig ab.“⁷³

Auf dieser tagespolitischen Ebene sind in bezug auf die Bundesrepublik vor allem wirtschaftliche und militärische Fragen von besonderer Bedeutung, wie eine vom Chicago Council on Foreign Relations 1983 veröffentlichte Studie zeigt, für die 1 547 Amerikaner persönlich und 341 Meinungsführer telefonisch befragt wurden. Beide Gruppen stimmten mit großer Mehrheit der Auffassung zu, daß es sich bei der Bundesrepublik um ein Land handle, „mit dem die USA starke kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen pflegt und in dem unsere Sicherheitsinteressen hinsichtlich der Sowjetunion sehr deutlich betroffen sind.“⁷⁴ Bei der Rangfolge der „Länder mit vitalem amerikanischem Interesse“ lag die Bundesrepublik hinter Japan, Kanada, Großbritannien sowie Saudi-Arabien – und noch vor Israel und China! – auf Platz fünf.⁷⁵

Das Bild der DDR

Da die amerikanischen Medien der DDR außer bei gelegentlichen Berichten über internationale Sportereignisse kaum Beachtung schenken,⁷⁶ ist auch die Tatsache einer deutschen Teilung breiten Bevölkerungsschichten in den USA kaum bewußt.⁷⁶ Zwar bemühte sich die DDR über Organisationen wie der American Society for the Study of the German Democratic Republic um eine intensivere Auseinandersetzung mit dem zweiten deutschen Staat insbesondere in wissenschaftlich-intellektuellen Kreisen.⁷⁷

Da andererseits aber die US-Regierung ihre Beziehungen zur DDR lange im Zusammenhang mit den Ost-West-Beziehungen gestaltete⁷⁸ und demzufolge das Bild eines „reaktionären und gefährlichen Regimes“⁷⁹ vermittelte, war es nach Ansicht von Gatzke über Jahrzehnte hinweg unmöglich, „ungefilterte und aktuelle Informationen über die DDR in den Vereinigten Staaten zu erhalten.“⁸⁰ Das Deutschlandbild der Amerikaner ist daher bis heute in erster Linie ein Bild der Bundesrepublik, der die eher „positiven“ Eigenschaften deutschen Wesens zugeordnet werden, während die eher „negativen“

Eigenschaften mit der DDR in Verbindung gebracht werden.⁸¹

Falls über die DDR überhaupt eine Vorstellung besteht, so geht diese meist von „einem finsternen, grauen und bedrückenden Land“⁸² aus, in dem eine „politisch unterentwickelte Nation“⁸³ lebt. Darüber hinaus wird die enge Anlehnung der DDR an das kommunistische Lager als Bedrohung der eigenen außenpolitischen Ziele und der amerikanischen Sicherheit empfunden.

Seit der 1974 erfolgten Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und der DDR⁸⁴ zeichnet sich aber eine allmähliche Verbesserung des amerikanischen DDR-Bildes ab,⁸⁵ zumal die bis dahin praktizierte „publizistische Eindämmungspolitik“ einer zunehmend wohlwollenderen Kommentierung weicht.⁸⁶ Im gleichen Zeitraum entwickelte sich Meinungsumfragen zufolge auch eine weitgehende positive Einstellung der Amerikaner zur Wiedervereinigung der „getrennten Nation in einem getrennten Kontinent“,⁸⁷ obwohl die meisten Amerikaner dem alten deutschen „Ideal vom Vaterland“⁸⁸ nach wie vor skeptisch gegenüberstehen.⁸⁹

Das Bild der Bundesrepublik in den amerikanischen Medien

Was das Ausland von den Deutschen hielt, gab hierzulande schon immer wenig Anlaß zur Freude. Fürchtete man unsere „kriegerischen Horden“ früher zuwenig, so fühlen wir uns heute meist mißverstanden und ungeliebt. Der Schwarze Peter für diese Misere blieb allerdings der gleiche. Wie sollte schließlich so ein Ausländer ein vernünftiges Bild von den Deutschen kriegen, wenn es in seinen Gazetten nur so von Schauermärchen über uns wimmelte?

Schon Bismarck griff deshalb tief in seinen „Reptilienfonds“, um einige besonders „gehässige Mäuler“ unter den ausländischen Berichterstatlern zu stopfen. Die Nazis spielten noch virtuoser auf der Klaviatur der Pressearbeit, um die „ausländische Lügenhetze“ in den internationalen Medien durch eine Hymne auf „das friedliebende Volk im Herzen Europas“ auszutauschen.

Daß einige ausländische Journalisten auch heute noch die zwei Seelen in der deutschen Brust zu hören glauben, bereitet nicht nur den Pressereferenten in den deutschen Botschaften einige Sorgenfalten. Verstört zeigen sich vor allem die Touristen, die den USA einen Besuch abstatten und die dabei über die zahlreichen SS-Männer im amerikanischen Fernse-

hen stolpern oder aber bei der Lektüre der New York Times an einer seitenlangen Beschreibung der Wehrmachts-Vergangenheit des Kurt Waldheim hängenbleiben.

Diese Klagen bildeten den Anlaß für eine wissenschaftliche Studie, in der untersucht werden sollte, was amerikanische Journalisten von „Deutschland“ und den „Deutschen“ halten und ob sie tatsächlich die Vorstellung vom „grünen Sauerkrautfresser“, vom „antiamerikanischen Bombenleger“ und vom „wiedererwachenden SS-Offizier“ in ihrer Berichterstattung vermitteln. Dabei sollte auf empirischem Weg auch die häufig aufgestellte Behauptung überprüft werden, derzufolge die amerikanischen Journalisten ein viel schlechteres Deutschlandbild besitzen als der amerikanische Durchschnittsbürger. Bereits die Befragung von 35 der insgesamt 41 in der Bundesrepublik hauptberuflich tätigen US-Korrespondenten zeigte, daß diese Journalisten keineswegs zu den besonderen Kritikern der Deutschen zählten.⁹⁰ Denn immerhin 66 Prozent der Befragten stuften sich ausdrücklich als „deutschfreundlich“ ein. In der amerikanischen Bevölkerung lag dieser Anteil kaum höher: Wie die Meinungsforscher von Allensbach kurz zuvor ermittelt hatten, hielten 71 Prozent der Amerikaner die Deutschen für sympathisch.

Daß die in den amerikanischen Medien veröffentlichten Beiträge über die Bundesrepublik dennoch die „negativen“ Themen (Raketenstationierung, Bitburg, Anschläge auf US-Militäreinrichtungen) bevorzugt behandelten und als Verpackung für Enthüllungsgeschichten über die Nazis dienten, war nach Ansicht der Korrespondenten nicht ihre Schuld. Denn die Konkurrenz auf dem heimischen Medienmarkt und das geringe Interesse des amerikanischen Publikums führe einfach dazu, daß die Leiter der heimischen Auslandsredaktionen (Foreign Editors) besonders gerne „packende“ Berichte über „Die Jagd nach Dr. Josef Mengele“, „Anschläge auf US-Soldaten“ und „Proteste gegen die Pershing II“ anforderten.

Stellen die amerikanischen Korrespondenten in der Bundesrepublik damit die Opfer einer Redaktionspolitik dar, die von der „grauen Eminenz“ Foreign Editor in den New Yorker und Washingtoner Zentralen gesteuert wird und die sich ausschließlich am Kriterium der kommerziellen Verwertbarkeit orientiert?

Eine Befragung von 72 der insgesamt 81 amerikanischen Foreign Editors bestätigte dieses Bild nur teilweise. Denn die untersuchten Journalisten wie-

sen untereinander so große Unterschiede auf, daß kaum von einem einheitlichen Kurs in der Deutschlandberichterstattung und noch weniger von einem typischen „Deutschlandbild“ in den amerikanischen Medien gesprochen werden kann. Da gibt es Tageszeitungen wie die New York Times, die immer noch als die „Bibel der amerikanischen Auslandsberichterstattung“ gilt und die ihrem Korrespondenten in Bonn große Freiheiten läßt, solange es nicht an sensible Themenkreise wie den Nationalsozialismus geht. Da gibt es auf der anderen Seite Lokalblätter wie die Buffalo News oder die Sacramento Bee, die es auflagenmäßig mit fast jeder deutschen Tageszeitung aufnehmen können, in ihrer Auslandsberichterstattung aber auf festangestellte Korrespondenten gleich ganz verzichten und lieber mit freien Mitarbeitern arbeiten, von denen man nur die Beiträge abnehmen muß, die das eigene Publikum interessieren und dessen Vorurteilen entgegenkommen. Daß dies meist die gleichen Geschichten über blockierende Raketengegner, untergetauchte oder neu auftauchende Nazis und versponnene Müsli-Grüne sind, ist den meisten Foreign Editors bei den Fernsehgesellschaften ebenso bewußt wie ihren Kollegen bei Time, Newsweek oder Associated Press. Aber immerhin kommt die DDR mit ihrer „Mauer“ und ihren Spionen noch schlechter weg. Und mit „Bum-Bum“ Boris Becker gelingt zunehmend auch der Aufschlag beim Spiel um das „Symbol für den neuen Deutschen“. Die publizistische Popularität des blonden Sporthünen erklärt der Chef der Auslandsabteilung bei CBS Radio damit, daß „der Siegfried mit dem Tennisschläger den Leuten hier allemal lieber ist als der Wotan mit der Panzerfaust“.

Siegfried und Wotan verkörpern allerdings nur die beiden Seiten von ein und derselben Medaille. Denn was die befragten Journalisten für die „typisch-deutschen“ Eigenschaften des Boris Becker halten (Fleiß, Disziplin, Gründlichkeit und Zuverlässigkeit) sind genau die „Sekundärtugenden“, die man an seinem Handwerker schätzt, die einen aber auch bei einer etwas anderen Weltlage in Angst und Schrecken versetzen können. Um so mehr muß beunruhigen, daß die befragten Journalisten die Deutschen zwar für modern, dynamisch und effizient halten, ihnen aber menschliche Wärme und Humor meist absprechen.

Nicht weniger zwiespältig ist das Bild von der Bundesrepublik. So schätzen die leitenden Journalisten in der Deutschlandberichterstattung zwar die Stabilität des politischen und wirtschaftlichen Systems sehr hoch ein und glauben auch, daß die Bun-

desrepublik ihre Verpflichtungen im NATO-Bündnis zuverlässig erfüllen wird. Wie die Deutschen aber mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit umgehen, stößt ebenso auf große Skepsis wie das Auftreten der „Grünen“, die nach Ansicht vieler Journalisten eine „Wiederkehr des deutschen Romantizismus und des politischen Irrationalismus“ bewirken könnten. Die auch in diesen Kreisen manchmal gehegten Vorstellungen einer deutschen Wiedervereinigung verursachen bei nicht wenigen der Foreign Editors ein Magengrimmen, denen „ein Großdeutschland in diesem Jahrhundert vollaufgenügt“. Dennoch scheint das „Deutschlandbild“ der Foreign Editors insgesamt nicht unbedingt „negativer“ zu sein als das der amerikanischen Bevölkerung. Vergleicht man nämlich die Resultate der Meinungsumfrage von Allensbach mit den Antworten der befragten Journalisten und berechnet entsprechend der Antworttendenz einen „Deutschlandbild-Faktor“, so zeigt sich deutlich, daß die Vorstellungen über „Deutschland“ beim amerikanischen Durchschnittsbürger ebenso wie bei den US-Journalisten insgesamt im „neutralen“ Bereich liegen.

Trotzdem besteht kein Anlaß zur Zufriedenheit. Denn daß die bei Lokalzeitungen wie dem Kansas City Star oder der San Diego Union beschäftigten Foreign Editors aus dem Mittleren Westen und von der Westküste fast ausschließlich „deutsch-freundlich“ eingestellt sind, fällt nur statistisch ins Gewicht. In Wirklichkeit nämlich bestimmen die großen Tageszeitungen und Fernsehgesellschaften sowie die Nachrichtenagenturen und -magazine die Themen und die Meinungen in der Deutschlandberichterstattung. Und es sind gerade die Journalisten dieser besonders einflußreichen Elitemedien, die in ihrer Gesamtheit eher zu „negativen“ Ansichten über „Deutschland“ neigen.

Fast alle dieser Befragten arbeiten in den beiden Ostküsten-Städten New York und Washington, denen traditionell ein eher „deutschkritisches“ Klima nachgesagt wird. Die Geographie stellt aber bei weitem nicht den wichtigsten Einflußfaktor beim „Deutschlandbild“ der Journalisten dar. Viel entscheidender scheint das religiöse Bekenntnis zu sein. Und hier wird es heikel. Denn die Ergebnisse der Untersuchung bestätigen zumindest teilweise, was einige deutsche Stammtischbrüder schon immer zu wissen glaubten. Tatsächlich ist der Anteil der Journalisten mit jüdischem Bekenntnis in der Auslandsberichterstattung gerade bei den einflußreichen Medien weit überdurchschnittlich. Und ebenso eindeutig besitzen diese Journalisten „kritischere“ Vorstel-

lungen über „Deutschland“ und die „Deutschen“ als ihre Kollegen. Offen bekennt dann auch der Foreign Editor eines der bedeutendsten amerikanischen Blätter, „daß der Holocaust als Thema nicht mehr abtreten wird, solange es bei uns Journalisten gibt, deren Familie zur Hälfte in Auschwitz ermordet wurde“.

Gleichzeitig sind es allerdings die Foreign Editors mit jüdischer Glaubenszugehörigkeit, die über Land und Leute weit besser Bescheid wissen als die „deutschfreundlichen“ Journalisten, deren Deutschlandbild sich mehr oder weniger aus „Fräuleinwunder“, „Hofbräuhaus“, „Sauerkraut“ und „Volkswagen“ zusammensetzt. Kann nur der die Deutschen mögen, der sie eigentlich gar nicht kennt?

Anmerkungen

- 1 Vgl. Manfred Koch-Hillebrecht: Das Deutschenbild, Gegenwart, Geschichte, Psychologie, München 1977, S. 142 f.
- 2 Vgl. Kurt Glaser: Germany in the Light of American History Textbooks, Indiana (Illinois) 1962, S. 91 f.
- 3 Vgl. Michael Barone: Trapped Between Beethoven, Beer, BMW and Bitburg, In: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.): German Identity - Forty Years After Zero, Sankt Augustin 1986, S. 157-186, hier S. 157 f.
- 4 Vgl. Dale Knobel: „Hans“ and the Historian, Ethnic Stereotypes and American Popular Culture 1820-1860, In: Occasional Papers of the Society for German-American Studies, Morgantown 1979, S. 55-69.
- 5 Christine Totten: Deutschland - Soll und Haben, Amerikas Deutschlandbild, München 1964, S. 120.
- 6 Vgl. Peter Nasavski: Was Ortsnamen und Daten allein nicht belegen können. Der Beitrag der Deutschen zum Aufbau der USA, In: Globus (Hamburg), 15. Jg./1983, Nr. 6, S. 4-7 und S. 9.
- 7 Vgl. Kurt Glaser, a.a.O., S. 96 f.
- 8 Vgl. Karl J. Arndt/May E. Olson: The German Language Press of the Americas, Band 1², München 1978.
- 9 Vgl. Horst Überhorst: The German Element in the US Labor Movement, On the Social History of the United States, Bonn 1983.
- 10 Vgl. Hans W. Gatzke: Germany and the United States. A „Special Relationship“? Cambridge (Mass.) 1980, S. 15.
- 11 Vgl. Henry August Pochmann: German Culture in America, Philosophical and Literary Influences 1600-1900, Madison: University of Wisconsin Press 1957.
- 12 Vgl. John Gerow Gazley: American Opinion of German Unification 1848-1871, New York: Columbia University Press 1926 sowie Clara Eve Schieber: The Transformation of American Sentiment Towards Germany 1870-1914, In: The Journal of International Relations, 12. Jg./1921, Nr. 1, S. 50-74, hier S. 51.
- 13 Vgl. Heinz Schneppen: Zum Deutschlandbild in den Vereinigten Staaten, In: Europa-Archiv, 38. Jg./1983, Nr. 18, S. 351-358, hier S. 451.
- 14 Vgl. Hans W. Gatzke, a.a.O., S. 39.
- 15 Vgl. Clara Eve Schieber, a.a.O., S. 68.
- 16 Clara Eve Schieber 1921, ebenda.
- 17 Vgl. Michael Barone, a.a.O., S. 158 und Hans W. Gatzke, a.a.O., S. 42 f.

- 18 Vgl. James M. Bergquist: German-America in the 1890s, Illusions and Realities, in: E. Allen McCormick (ed.): Germans in America, Aspects of German-American Relations in the Nineteenth Century, New York: Columbia University Press 1983.
- 19 Vgl. Yvonne Pfrench: Transatlantic Exchange, Cross-Currents of Anglo-American Opinions in the 19th Century, New York: Library Publishers 1952; Franz Krüger: Das Deutschlandbild der Engländer und Amerikaner in der Vergangenheit, in: Die Neuen Sprachen (Frankfurt), 69. Jg./1970, Nr. 2, S. 91-102.
- 20 Vgl. Price Collier: Germany and the Germans from an American Point of View London: Duckworth 1913.
- 21 Vgl. Evelyn Peters: Roosevelt und der Kaiser. Ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen 1895-1906, Leipzig: Universitätsverlag Noske 1936.
- 22 Vgl. Hans W. Gatzke, a.a.O., S. 42 ff.
- 23 Vgl. Hanno R. Hardt: Der „Staats-Anzeiger“. Wilson's Stütze in Nord-Dakota. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschsprachigen Presse in den Vereinigten Staaten während des Ersten Weltkrieges. In: Publizistik, 12. Jg./1976, Nr. 2-3, S. 140-147.
- 24 Vgl. Clifton James Child: Der Kampf des Amerikadeutschtums gegen den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten 1914-1917, Madison: University of Wisconsin Press 1939.
- 25 Vgl. Jürgen Mückelmann: Das Deutschlandbild in den USA 1914-1918 und die Kriegspolitik Wilsons, Hamburg: Dissertation 1965.
- 26 Vgl. Irmgar Michael T. Isenberg: War on Film, The American Cinema and World War I 1914-1941, London - Toronto: Associated University Press 1981.
- 27 Vgl. John D. Stevens: Mass Media between the Wars 1918-1941, Syracuse 1984.
- 28 Vgl. Hans W. Gatzke, a.a.O., S. 52 f.
- 29 Michael Barone, a.a.O., S. 157.
- 30 Michael Barone, ebenda, S. 158.
- 31 Vgl. Joachim Schwellen: Encounter and Engagement, A Bicentennial Review of German-American Relations, Bonn 1976, S. 91-98.
- 32 Michael Barone, a.a.O., S. 160.
- 33 Vgl. Peter Berg: Deutschland und Amerika 1918-1929, über das deutsche Amerika-Bild der zwanziger Jahre, Lübeck - Hamburg 1963 (= Historische Studien, Band 385).
- 34 Vgl. Richard W. Altfeld: American Opinions of National Socialism, in: International Social Science Review, 60. Jg./1985, S. 55-66 sowie Norbert Plick: Die amerikanische Interpretation des faschistischen Totalitarismus, München: Dissertation 1965.
- 35 Die amerikanische Filmindustrie unterstützte die Regierung bei ihren Bemühungen um eine Negativ-Zeichnung der Deutschen, da sie hoffte, mit patriotischen Filmen und klaren Feindbildern ihre wirtschaftliche Depression der 30er Jahre überwinden zu können - eine richtige Vermutung, wie sich später herausstellte, vgl. Michael Webb: Hollywood - Legend and Reality, New York 1986, S. 73.
- 36 Vgl. Heinz Schneppen, a.a.O., S. 452.
- 37 So scheint selbst im Jahre 1942 noch eine Mehrheit der Amerikaner einen Verhandlungsfrieden mit dem Deutschen Reich befürwortet zu haben, wie vertrauliche Meinungsumfragen der Roosevelt-Regierung aufzeigen, die ein mangelndes Kriegseingagement vieler Amerikaner befürchtete, vgl. Richard W. Steele: American Popular Opinion and the War against Germany. The Issue of Negotiated Peace 1942. In: Journal of American History, 65. Jg./1978, S. 704-723.
- 38 Vgl. Heinz Schneppen, a.a.O., S. 452.
- 39 Kurt Glaser, a.a.O., S. 125.
- 40 Vgl. Helge Pross: Die deutsche akademische Emigration nach den Vereinigten Staaten, Hamburg 1955.
- 41 Dies gilt insbesondere für die mit deutschen Emigranten in Verbindung kommenden Studenten, vgl. G. J. Dudyha: The Attitudes of College Students Toward War and the Germans before and during the Second World War, in: Journal of Social Psychology, 15. Jg./1942, a.a.O., S. 317-324.
- 42 Vgl. D. W. Seago: Stereotypes, Before Pearl Harbor and after, in: Journal of Psychology, 23. Jg./1947, S. 55-63.
- 43 Christine Totten, a.a.O., S. 138.
- 44 Vgl. Joachim Schwellen, a.a.O., S. 121 und S. 130 f.
- 45 Vgl. Manfred Knapp et al. (Hg.): Die USA und Deutschland 1918-1975, Deutsch-Amerikanische Beziehungen zwischen Rivalität und Partnerschaft, München 1971.
- 46 Vgl. Carl-Christoph Schweitzer: Weltmacht USA. Kontinuität und Wandel ihrer Außenpolitik nach 1945, München 1983, S. 22 f.
- 47 Ernst-Otto Czempel/Carl-Christoph Schweitzer: Weltpolitik der USA nach 1945, Bonn 1984, S. 30. Zu derartigen Konzepten der damaligen US-Administration vgl. auch G. Schweigler: Politik und Außenpolitik in den USA, Am Beispiel der europäischen-amerikanischen Beziehungen, München - Wien 1977, S. 261.
- 48 L. L. Matthias: Die Kehrseite der USA, Reinbek 1985, S. 13.
- 49 L. L. Matthias, a.a.O., S. 11. Vgl. auch Davison W. Philipp: Die Blockade von Berlin, Modellfall des Kalten Krieges, Frankfurt-Berlin 1959.
- 50 Christine Totten, a.a.O., S. 264.
- 51 Joachim Schwellen, a.a.O., S. 5.
- 52 Vgl. Martin Hillenbrand: Dreißig Jahre amerikanisch-deutsche Beziehungen, in: Johannes Haas-Heye (Hg.): Im Urteil des Auslandes. Dreißig Jahre Bundesrepublik, München 1979, S. 219-231, hier S. 225.
- 53 Roger Morgan: The United States and West Germany 1945-1973. A Study in Alliance Politics, London 1974.
- 54 Vgl. Roger Morgan, a.a.O., S. 97-118.
- 55 Vgl. Joachim Schwellen, a.a.O., S. 111-123 und Harold Zink: The United States in Germany 1944-1953, Princeton 1957.
- 56 Rainer Roth: Zwischen Bewunderung und Skepsis, Die politische Kultur in Deutschland im Urteil des Auslandes. In: Illo Tognoni (Hg.): Deutschland im Blickpunkt, München 1977, S. 9-37, hier S. 26. Ähnlich Robert von Berg: Der zeraprunzene Spiegel, Zum Deutschlandbild der Amerikaner. In: Bokari-Jahrbuch 1966/67, S. 119-127.
- 57 Vgl. Norbert Muchen: Deutsche, wie sie im Buche stehen. Das amerikanische Deutschlandbild im Spiegel der neuesten Literatur. In: Der Monat, 15. Jg./1959, Nr. 171, S. 38-45.
- 58 Vgl. Hans W. Gatzke, a.a.O., S. 207-229.
- 59 TIME (European Edition), Nr. 34/1981, S. 8 (ohne Verfasserangabe).
- 60 Heinz Schneppen, a.a.O., S. 453.
- 61 Vgl. Anita M. Mellinckrodt: Medienberichterstattung über die Bundesrepublik in den USA. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/30 vom 21. Juni 1984, S. 15-29, hier S. 23.
- 62 TIME (European Edition), Nr. 9/1983, S. 6 (ohne Verfasserangabe).
- 63 Heinz Schneppen, a.a.O., S. 556.
- 64 Zum Stellenwert der bundesdeutschen Jugend im amerikanischen Deutschlandbild vgl. Gordon Craig: über die Deutschen, München 1983, S. 194-205 und Joachim Schwellen, a.a.O., S. 8.
- 65 Kurt H. Stapf/Wolfgang Stroebe/Klaus Jonas: Amerikaner über Deutschland und die Deutschen, Urteile und Vorurteile, Opladen 1986, S. 11.
- 66 Vgl. Walter Laqueur: Post-Pershing Germany, in: New Republic, 190. Jg./1984, Nr. 3, S. 19-23 und Birgit Bruehl: Deutschlandbilder bis zur Unkenntlichkeit verblaßt. Amerikaner und

- Deutsche – aufeinander angewiesen, aber gefühlsmäßig auf Distanz. In: Akademische Blätter, 86. Jg./1984, Nr. 3, S. 65–67.
- 67 Vgl. D. P. Calleo: American Domestic Priorities and the Demands of Alliance. In: Political Science Quarterly, 98. Jg./1983, Nr. 1, S. 3.
- 68 Anita M. Mallinckrodt: Die Selbstdarstellung der beiden deutschen Staaten im Ausland, „Image“-Bildung als Instrument der Außenpolitik, Köln 1980, S. 130.
- 69 Institut für Demoskopie Allensbach: Das Ansehen der Deutschen. Eine Repräsentativbefragung in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien und Frankreich, Allensbach 1984, S. 3.
- 70 Vgl. Emnid: Das Deutschlandbild aus der Sicht der Bevölkerung in acht ausgewählten Ländern, Bielefeld 1982, Tabelle 6.
- 71 alle Zitate Stapf / Stroobe / Jonas, a.a.O., S. 145.
- 72 alle Zitate Stapf / Stroobe / Jonas, ebenda, S. 145 f.
- 73 Michael Wolffsohn, a.a.O., S. 11.
- 74 Chicago Council on Foreign Relations: American Public Opinion and U. S. Foreign Policy, Chicago 1983, S. 3.
- 75 Chicago Council on Foreign Relations, a.a.O., S. 16.
- 76 Vgl. Rüdiger Löwe: Der Wandel des Deutschlandbildes in den Massenmedien der USA. In: Internationale Schulbuchforschung, 1. Jg./1979, Nr. 1, S. 32–45, hier S. 40.
- 77 Vgl. Emnid: Das Deutschlandbild aus der Sicht der Bevölkerung in acht ausgewählten Ländern, Bielefeld 1977, S. 19–21 und S. 41, Tabelle 8 sowie Harry Schwartz: Covering the Foreign News. In: Foreign Affairs, 48. Jg./1970, S. 741–757.
- 78 Vgl. Anita M. Mallinckrodt (1980), a.a.O., S. 190–209 und Hans W. Gatzke, a.a.O., S. 260.
- 79 Vgl. Michael Barone, a.a.O., S. 170 und Hans W. Gatzke, a.a.O., S. 154–178 und p. 258–275.
- 79 Zbigniew Brzezinski: My Gomo Plan for the U. S. In: U. S. News and World Report vom 30. Juni 1986, S. 32–35, hier S. 33.
- 80 Hans W. Gatzke, a.a.O., S. 260.
- 81 So schneidet die Bundesrepublik beim deutsch-deutschen Meinungsvergleich in den Vereinigten Staaten weitaus besser als die DDR ab, vgl. Emnid (1977), a.a.O., S. 19–21, Tabelle 8.
- 82 Hans W. Gatzke, a.a.O., S. 24.
- 83 CBS Reports: The Germans. Unveröffentlichtes Sendemanuskript des CBS Television Network vom 26. September 1967, S. 11.
- 84 Vgl. Hans W. Gatzke, a.a.O., S. 258. Vgl. auch Anita M. Mallinckrodt: Bonn und Ost-Berlin. Andere Sichten aus Washington. In: Deutschland Archiv, Nr. 4 / 1985, S. 385–389.
- 85 Vgl. Michael Barone, a.a.O., S. 165 und Anita M. Mallinckrodt (1980), a.a.O., S. 240–249.
- 86 Vgl. Manfred Koch-Hillebrecht, a.a.O., S. 224.
- 87 Arthur F. Burns: The United States and Germany, A Vital Partnership. Chicago Council on Foreign Relations 1986, S. 16. Vgl. dazu auch Manfred Koch-Hillebrecht, a.a.O., S. 242–249.
- 88 CBS Reports, a.a.O., S. 12. Vgl. zusätzlich Hans W. Gatzke, a.a.O., S. 275.
- 89 Vgl. Emnid (1977), a.a.O., S. 21–24, Tabelle 9 f. und S. 43 f. sowie Helena Page: Reunification and the Successor Generation in Germany. In: Washington Quarterly, 7. Jg., Nr. 4, S. 60–68.
- 90 Vgl. Eckhard Marten: Zwischen Skepsis und Bewunderung. In: Publizistik, Nr. 1/1987, S. 23–33 und Eckhard Marten: Bonner Botschaften. In: Der Journalist, Nr. 5/1986, S. 8–12.

Kritik

Deutungskämpfe

Neben der „Unfähigkeit zu trauern“ der Mitscherlichs, gehört Wolfgang Fritz Haugs Studie über den „hilflosen Antifaschismus“ sicherlich zu den herausragenden intellektuellen Arbeiten, in denen nach Gründen für die mißglückten Formen der Vergangenheitsverarbeitung der Deutschen gesucht wird. Schon mit ihren Titeln haben diese beiden Studien genau in das Zentrum westdeutscher Selbstvergewisserung nach den Jahren des Holocaust getroffen. Zur Zeit der 68er Studentenbewegung lieferte insbesondere Haugs Untersuchung über die Blindheit und Halbherzigkeit liberaler Reflexionen über die Ursachen des Nazismus großen Teilen der sich politisierenden Studenten argumentative Rückendeckung in ihren Konflikten mit den restaurativen Tendenzen in Elternhaus, Politik und Gesellschaft.

Heute, über vierzig Jahre nach der Befreiung, zwanzig Jahre nach dem Aufbruch der sechziger Jahre und im Kontext der konservativen Neuinterpretation deutscher Zeitgeschichte ist das Studium von Haugs Sezierung der hilflosen Konfrontationen damaliger Universitätsprofessoren mit dem Faschismus von erstaunlicher Aktualität.

Die Neuauflage dieser Studie zusammen mit jüngeren Arbeiten Haugs über die „Deutungskämpfe um Antifaschismus in der Zeit der Spätgeborenen“ bietet eine gute Gelegenheit der Vergewisserung des damaligen Diskussionsstandes und des Vergleiches mit den heute vorherrschenden Argumentationsmustern.

Wolfgang Fritz Haug
Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt
Argument-Verlag Berlin, 1987, 336 S.

Eines fällt dabei sofort ins Auge: verglichen mit den heute von seiten der rechten Diskutanten im „Historikerstreit“ formulierten Relativierungen des „Verwaltungsmassenmordes“ (Negt), sind die von Haug attackierten Formen des hilflosen Antifaschismus der sechziger Jahre ja geradezu von höchster Integrität und Seriosität. Von der damals wenigstens moralischen Empörung über die Schrecken der Nazi-Zeit, die der Marxist Haug zu Recht als politisch „hilflos“ interpretierte, ist bei den Nolte & Co unserer Tage ja kaum noch etwas übriggeblieben.

Heute beliebt man in diesen Kreisen mit Statistiken zu argumentieren, Vergleichbare anzustellen, zu relativieren.

Die in den untersuchten Beiträgen der Nazi-Anarbeitung der sechziger Jahre bereits angelegten Totalitarismus-Thesen sind heute, nach zwanzigjähriger Formierung im Stellungskrieg gegen die innerstaatliche Linke nur noch anti-marxistische und anti-kommunistische Positionen übriggeblieben. Folgt man dem krudesten Vertreter der an dem Streit beteiligten rechten Historiker, Ernst Nolte, war ja letztlich nur der „Bolschewismus“, d. h. in seinen Augen, die Linke in toto, am Nationalsozialismus, schuld. Als „hilflos“ sind die heutigen Wende-Intellektuellen nun wirklich nicht mehr zu bezeichnen. Auch ein Übermaß an Moralität, das die hilflosen Antifaschisten der Nachkriegszeit den notwendigen nüchternen Blick auf Interessen und Realitäten versperrte, ist den konservativen Geschichtsinterpreten der achtziger Jahre kaum noch vorzuwerfen.

Haug argumentative Filigranarbeit am Beispiel der Positionen von Hermann Lübke, läßt nicht die geringsten Zweifel an den politischen Intentionen der konservativen Vordenker aufkommen. Lübke normiert ein „konservativ-bürgerliches Staatsverständnis, um jedem anderen Verständnis die normative Staatsbürgerschaft abzuerkennen“.

Die den Konservativen 1968 und während der sozialdemokratischen Reformperiode zugefügten Niederlagen, sollen heute in einem für sie ungünstigeren politischen Klima beglichen werden. Ziel ist dabei die Ausgrenzung jeder nicht mit dem national-konservativen Staatsverständnis übereinstimmenden Positionen. Die harte „Stahlhelm-Fraktion“, politisch etwa um den CDU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger geschart, spuckte ja bereits Gift und Galle bei der im liberalen Ton gehaltenen „8. Mai-Rede“ des Bundespräsidenten von Weizsäcker im Mai 1985.

Was sich dahinter an Strategie versteckt, ist für Haug klar: „Es soll endlich Schluß sein, daß die Erfahrung mit dem Nazismus einen Schatten wirft auf neue Projekte von Macht und

Herrschaft.“ Daß dieser „Schatten“ bleibt und jedes nationale Glanzprojekt der Konservativen verhindert, muß für Haug unumstößlicher Konsens in jeder Form linker Reformpolitik bleiben. „Das Zeichen der deutschen Geschichte, hinter das niemals zurückgegangen werden kann, sind die im Vernichtungslager Auschwitz verdichteten faschistischen Ausrottungspolitiken zusammen mit ihrer internationalen Aburteilung in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen.“

Haug's Argumentation hat da ihre großen Stärken, wo in der Tradition der Studie über den „hilflosen Antifaschismus“ auf eine konzessionslose Klarheit im begrifflichen Umgang mit dem Faschismus beharrt wird. In einer Reihe von kleineren Exkursen und Anmerkungen schont er dabei auch linke Oberflächlichkeiten nicht, wenn er etwa die Verharmlosung des Holocaust zu einem „Massenmord“ in linken Diskursen beklagt. Das Beharren auf der genauen Begrifflichkeit ist für Linke ein unverzichtbarer Teil ihrer politischen Überzeugungsarbeit. Mit diesem Pfund, da ist Haug nur Recht zu geben, muß gewuchert werden.

Wenn Haug auch mit den grundsätzlichen Anliegen etwa eines Habermas oder der Bielefelder Sozialhistoriker in der Abwehr der rechten „Revisionisten“ übereinstimmt, so spart er doch nicht mit größeren und kleineren Spitzen „von links“ gegen diesen „neuen sozial-liberalen Konsens“. Habermas wirft er mangelnde Eindeutigkeit in der Bestimmung seiner eigenen Position vor, die es dessen rechten Gegnern leicht mache, ihn zu attackieren. Wie etwa lasse sich die polemische Attacke von Habermas gegen „eine deutsch-national eingefärbte Natophilosophie, die Nato-Philosophen“ vereinbaren mit seinem Plädoyer für eine deutlichere West-Integration der Deutschen, die deutsche Westbindung? Wie weit trägt der von Habermas vorgeschlagene „Verfassungspatriotismus“ als Alternative zu den Nationalappellen der Rechten? Haug zitiert hier zustimmend die Bonner Historikerin Annette Kuhn: „Aus den Erfahrungen von Weimar wissen wir, daß das Bekenntnis zu abstrakten rechtsstaatlichen Normen nicht aus-

reicht.“ Auch beziehen sich für Haug die heutigen Kritiker der selbstbewußten Anti-Marxisten viel zu wenig auf die in der Folge von 1968 entwickelten wichtigen linken Faschismusanalysen. An „Imperialismus und Klassengrundlage“ des Faschismus wird allenfalls noch in kleinen Publikationen erinnert, die in dem großen öffentlichen Verständigungsstreit völlig unter den Tisch gefallen sind. Warum werden hier grundlos Positionen preisgegeben, die in der Erklärung der Wurzeln des Faschismus nach wie vor Gültigkeit haben? Daß aber von linker Seite entgegen allgemeiner Larmoyanz in der Auseinandersetzung mit dem konservativen Zeitgeist sehr wohl noch ein kräftiger argumentativer Gegenwind erzeugt werden kann, läßt sich nicht zuletzt an dieser Studie von W. F. Haug zeigen. Wo aber, diese Frage stellt sich einem immer wieder im Verlauf der Lektüre dieses Buches, sind die politischen Kräfte, die diese intellektuelle Brillanz in das Getümmel der alltäglichen Vergeßlichkeit einfließen lassen können und wollen? Zu fürchten ist, daß auch in den Kämpfen dieser Tage zum wiederholten Male die Linke den Geist repräsentiert, die Rechte dafür aber die Grammatik der Gefühle und der Macht besser beherrscht. *Carl-Wilhelm Macke*

Macht und Taktik unterschätzt

Daß Frauen an der Gestaltung der Politik der Bundesrepublik Deutschland weitreichenden Anteil haben, ist wohl – trotz gestiegenen Interesses am Thema und zahlreichen Veröffentlichungen – immer noch nicht Allgemeingut. Der von Reane Lepsius herausgegebene Band „Frauenpolitik als Beruf – Gespräche mit SPD-Parlamentarierinnen“ schließt diese Lücke für die Arbeit der SPD-Parlamentarierinnen des Deutschen Bundestages. 14 sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete – von Marta Schanzenbach über Antje Huber bis zu Herta Däubler-Gmelin – erzählen aus ihrem Leben, berichten über ihren politischen

Aufstieg und ihre Arbeit im Deutschen Bundestag.

Aufgenommen wurden nur – mit Ausnahme von Anke Fuchs – Interviews mit Frauen, die bis 1972 in den Bundestag kamen und ihren Arbeitsschwerpunkt auf die Frauenpolitik gelegt haben. Durch diese Auswahl ist der Band gleichzeitig eine Rückschau auf eines der Kernstücke der Reformpolitik der sozialliberalen Koalition – die Errungenschaften für Frauen – und dem entscheidenden Anteil, den die weiblichen Abgeordneten an ihrem Zustandekommen hatten.

*Renate Lepsius:
Frauenpolitik als Beruf. Gespräche mit
SPD-Parlamentarierinnen
Verlag Hoffmann und Campe, Ham-
burg 1987, 320 S., DM 36,-*

Obwohl die Idee, die „Betroffenen“ selbst erzählen zu lassen, nicht neu ist (derlei hat mittlerweile seinen Stammplatz besonders in der Frauenliteratur), ist sie hier am richtigen Platz. Durch den persönlichen Bericht kommen Details zur Sprache, die eher als der scheinbar objektive Bericht die spezifischen Bedingungen politischer Tätigkeit von Frauen erkennen lassen. Diese ist in viel stärkerem Maße als die politische Karriere von Männern durch familiäre und persönliche Verhältnisse geprägt.

Gelingen konnte dies nur, weil die befragten Frauen den Mut hatten, rückhaltlos und offen auch über ihre persönlichen Verhältnisse zu sprechen. Wichtig war auch die Gesprächssituation: Renate Lepsius fragte nicht wie eine Journalistin aus, sondern führte einen Dialog als Kollegin. Dadurch erhielten ihre Gesprächspartnerinnen die Gelegenheit, anstatt in Stamentmanier scheinbar Erwartetes mitzuteilen, ihre Sicht ihrer Rolle in der Politik zu entwickeln.

So eröffnet das Buch – jenseits aller wohlklingenden offiziellen Statements – die Gelegenheit zu einer differenzierten Sicht politischer Arbeit von Frauen im Deutschen Bundestag. Die großen Unterschiede in der Persönlichkeit der Politikerinnen und die daraus resultierende Verschiedenar-

tigkeit der Berichte zeigt, daß sich auch Politik von Frauen nicht über einen Kamm scheren läßt. Es zeigt auch, wie sich die Frauenpolitik – aber auch das Bewußtsein der Frauen, die diese Politik mitgestalten – seit den Anfängen der Bundesrepublik einschneidend geändert hat.

Hauptanliegen der Herausgeberin und ihrer Gesprächspartnerinnen ist die Darstellung und Würdigung des Anteils der SPD-Parlamentarierinnen an den Durchbrüchen, die gerade für Frauen zur Zeit der sozialliberalen Koalition erreicht worden sind, und die – angesichts des oftmals betonharten Widerstandes aus Männerkreisen – ohne die Zähigkeit und das Engagement dieser Frauen so nicht zustande gekommen wären. Dies ist informativ auch deshalb, weil wenig Bekanntes zur Sprache kommt. Oder wer spricht heute noch davon, daß Marta Schanzenbach schon im ersten Deutschen Bundestag die Gleichstellung der Frauen thematisierte und Käthe Stöbel als Gesundheitsministerin die Republik Ende der sechziger Jahre mit dem Sexualkundeatlas schockierte?

Der eigentliche Wert des Buches geht aber weit darüber hinaus. Die von den Frauen mitgeteilten Details aus ihrer Arbeit legen offen, wie Frauen Politik gemacht haben und unter welchen Bedingungen sie erfolgreich waren oder scheiterten. So ist der politische Aufstieg der Frauen gerade der älteren Generation, die von Marta Schanzenbach, aber auch Katharina Focke repräsentiert wird, nicht in erster Linie die Chronik einer gradlinigen Karriere – wie Männer sie im allgemeinen planen –, sondern die Beschreibung eines von vielen Hindernissen und Zufälligkeiten gepflasterten Weges. Einen persönlichen Machtspruch haben diese Frauen selten formuliert. Sicher lag dies auch an der Situation: Sollten Fortschritte für Frauen durchgesetzt werden, mußte auf Grund der absoluten Minderheitsposition der Frauen mit den Männern kooperiert werden.

Frauenpolitik als Politik von Frauen für Frauen hatte aber auch im allgemeinen Bewußtsein noch nicht den heutigen Stellenwert. Das Thema war zwar irgendwie immer auf der Tagesordnung, Frauen als Gruppe wur-

den in der SPD aber noch nicht als Machtfaktor begriffen. Es gab keine eigene Arbeitsgemeinschaft wie die AsF, sondern den Bundesfrauenausschuß, dessen Vorsitzende nicht gewählt, sondern vom Parteivorstand ernannt wurde. Der Konflikt um Veränderungen in diesem Bereich zog sich auch – wie das Gespräch mit Elfriede Eilers zeigt – durch die Riege der Frauen.

Nur rudimentär entwickelt war auch das Bewußtsein, daß die Politik für die weibliche Hälfte der Bevölkerung auch durch Vertreterinnen eben dieser Hälfte gemacht werden sollte. Die in der Politik erfolgreichen Frauen waren – bis auf die ganz jungen wie Herta Däubler-Gmelin – tatsächlich im wesentlichen Konzeptionsfrauen. Sie wurden immer dann zur Kandidatur aufgefordert, wenn es galt, eine Funktion mit einer Frau zu besetzen. Direkte Konkurrenz mit Männern blieb ihnen – wie Anke Fuchs eingestehen – so weitgehend erspart.

Das „ambivalente Verhältnis zur Macht“ (Renate Lepsius), deutlicher ausgedrückt, das fehlende Machtbewußtsein, erwies sich auch als Hindernis für die Frauen bei der Durchsetzung ihrer Ziele. Der Weg der Überzeugung in der Sache, auf den die Frauen meistens setzten, erwies sich oftmals als zu kurz. Versuche allerdings, die Durchsetzung von Ansprüchen mit Hilfe einer Hausmacht und politischer Taktik zu erreichen, werden eher selten berichtet.

Wie sehr die Parlamentarierinnen die Bedeutung von Macht und Taktik im politischen Geschäft unterschätzten, zeigt das Gespräch mit Katharina Focke. Sie strebte zu Beginn der Legislaturperiode 1969 erweiterte Kompetenzen für „ihr“ Familienministerium an. Anstatt nun zu versuchen, durch Bildung einer Hausmacht auf der Machtebene eine Entscheidung über diese Frage herbeizuführen, verlor sie sich in organisatorischen Fragen. Mittels Zettelkarten veranstaltete sie zusammen mit Horst Ehmke Mosaikspiele über einen neuen Zuschnitt ihres Ministeriums. Überflüssig zu sagen, daß ihre Forderung in den Koalitionsverhandlungen unterging. Insofern dokumentieren diese Gespräche, daß die Frauen zwar mit bestem Wil-

len und sehr viel Engagement an ihre Aufgaben gingen, aber auf den Umgang mit den Bonner Machtstrukturen doch sehr schlecht vorbereitet waren.

Mißerfolge werden nicht – auch dieses wohlthuend – zum Anlaß genommen, sich lauthals über die Benachteiligung durch männliche Ignoranz zu beschweren. Spezifische Schwierigkeiten werden vielmehr sehr nüchtern konstatiert. Persönliche Diskriminierungen teilen eher die jüngeren Frauen mit. Renate Lepsius hat Bevormundung durch die Männer – „verbale Herrschaft“ – bei der Diskussion über den Schwangerschaftsabbruch ebenso erlebt wie die Tatsache, daß aufmüpfiges Verhalten bestraft wird: als sie anstrebte, stellvertretende Fraktionsvorsitzende zu werden, scheiterte sie, nach ihrer Ansicht eine direkte Folge des neuen Scheidungsrechtes, mit dem auch viele Genossen nicht fertig wurden. Anke Fuchs mußte sich in der Gewerkschaft unverblümt sagen lassen, mit einem verdienenden Mann habe sie es nicht nötig, zu arbeiten. Auch Anke Martiny spricht offen von Diskriminierungen, die sie als Frau erfahren hat und Herta Däubler-Gmelin fällt auf, daß Frauen nie an den sogenannten Seilschaften, mit denen Männer sehr oft ihren politischen Aufstieg bewältigen, beteiligt werden.

Durch diese Nüchternheit noch eindringlicher ist die Erkenntnis, daß sich die Frauen bei ihrer Knochenarbeit auf Unterstützung durch ihre männlichen Kollegen, insbesondere Kanzler Helmut Schmidt, nicht verlassen konnten. Antje Huber sagt dies in entwaffnender Offenheit: „Heute habe ich das Gefühl, daß er (Helmut Schmidt, d. Verf.) mich vor allem genommen hat, weil er wenigstens eine Frau im Kabinett brauchte.“ Dagegen war Herbert Wehner – für viele sicher überraschend – Frauenbelangen durchaus aufgeschlossen.

Die Auffassung von Frauenpolitik änderte sich im Laufe der Zeit – gerade bei den Frauen. Marta Schanzenbach erkannte dies früh. Sie gab die Arbeit im Bundesfrauenausschuß (dem Vorläufer der AsF) auf, „weil diese jungen Frauen neue Ideen hatten, die mit meinen alten Vorstellungen nicht mehr konform waren. Sie stellten an die

Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau ganz andere Forderungen und entwickelten Gedanken, die zu denken ich nicht gewagt hätte.“ Ein Generationenwechsel, der auch von der damit angesprochenen Helga Timm zu Frauen wie Anke Martiny zu beobachten ist.

Mit dem neuen Bewußtsein einher geht auch der Kampf um mehr Rechte und der professionellere Umgang mit den politischen Strukturen und politischer Macht. Helga Timm erkämpfte sich 1970 das Rederecht zur Amnestie für Demonstrationsstraftäter. Marie Schlei setzte die Abschaffung der „Krankenscheinprämie“ durch gezielte „Bearbeitung“ einzelner Entscheidungsträger vor der Fraktionsdiskussion durch. Sie gehörte auch zu den Frauen, die Chancen bewußt für ihren persönlichen Aufstieg nutzte.

Dieser Band ist – das mögen die Beispiele zeigen – für die aufmerksame Leserin (und den Leser) eine Fundgrube von Details über die Arbeit der weiblichen Abgeordneten des Bundestages, die Aufschluß gibt über deren Bedingungen und Strukturen. Gleichzeitig offenbart jedes Protokoll die Persönlichkeit der Frauen von einer Seite, von der sie sicher nicht sehr häufig wahrgenommen werden können. Jenseits der Klischees erschließt sich so ein plastisches Bild der Minderheit des Parlaments, die die Mehrheit der Bevölkerung repräsentiert: die Frauen.

Petra Rossbrey

„Aufarbeitung“

Es ist kaum zu fassen und dennoch wahr, daß fast vier Jahrzehnte seit der militärischen Niederringung des „Dritten Reichs“ vergehen mußten, bevor Studien wie die hier vorgelegte damit rechnen konnten, ein sowohl nachhaltiges wie auch breitere Kreise erfassendes Interesse zu finden. Begonnen hat es mit lokal- und regional-geschichtlichen Untersuchungen zum „alltäglichen Faschismus“ an der Macht. Vergewärtigt man sich, daß der zeitliche Abstand mittlerweile über die durchschnittliche Lebenszeit der seinerzeitigen Initiatoren und

Hauptakteure des braunen Mord- und Repressionsapparats hinausreicht, mindert sich, mit der Verwunderung über diese Verspätung allerdings auch die Genugtuung darüber, daß der „Unfähigkeit zu trauern“ ganz allmählich nicht nur die Rede über „Aufarbeitung“, sondern sogar einige Stücke realer „Aufarbeitung“ folgen.

Es sollte daher, wer sich dazu bereit findet, von vornherein auch das erschreckende Phänomen der Verspätung niemals aus dem Auge verlieren, weil sonst aus der „Gnade der späten Geburt“ – sie ist wirklich eine Gnade – ein Fluch wird. Der zur Zeit amtierende Bundeskanzler hat einmal, peinlicherweise vor einem englischen Auditorium, die Deutschen jener zwölf Jahre von 1933 bis 1945, von denen ganz gewiß nur eine kleine Zahl zu den „Hauptschuldigen“ – und auch nur eine kleine Zahl zu den aktiven Widerständlern – gehört hat, konkludent verglichen mit dem alttestamentlichen Dulder Hiob, der all das, was die „Nazis“ – wo kamen sie denn nur her? – an Verbrechen begangen haben, miterlitten und miterduldet habe, um sich am Ende gerechtfertigt, um seinem Schmerzenslager erheben zu können.

Mag sein, daß er dabei mit seinen eigenen moralischen Überzeugungen nicht in Konflikt geraten ist. Aber ganz sicher ist diese Sicht weit entfernt von den historischen Realitäten, die sich nicht mit Hilfe von Querschnitten durch selektierte Situationen der Vergangenheit, sondern nur durch eine diachronische Verfolgung geschichtlicher Zusammenhänge begreifen lassen. Daraus erst erwächst die Befähigung, zwischen individueller Schuld und nationaler Verantwortung zu unterscheiden – und sich der letzteren nicht zu entziehen, und erschließt sich das Kontinuum, innerhalb dessen das „Dritte Reich“ als das ganz und gar nicht zufällige Ergebnis moralischen und politischen Fehlverhaltens und die von daher überkommenen „Erblasten“ sichtbar werden, deren sich die ungerierte Rede vom „freiheitlichsten“ etc., in der BRD realisierten, System aller Völker und Zeiten nicht bewußt wird.

Das Buch von Balzer und Schnell ist da besonders hilfreich. Es berichtet

über einen „Fall“ aus der Reichsrepublik von Weimar! Als Chronik endet es schon mit dem Jahre 1931, mit der Verurteilung des Pfarrers Erwin Eckert durch ein Kirchliches Dienstgericht wegen seines kompromißlosen Auftretens gegen den die Amtkirche vergiftenden antirepublikanischen „Thron und Altar“-Protestantismus, der, in und durch Weimar seines Summepiskopats beraubt, hier einen seiner skandalösesten Triumphe gefeiert hat. Der „Fallbericht“ ist von den beiden Autoren mit großer Sorgfalt so dokumentiert, daß die Persönlichkeitsstruktur, das theologische und das politische Bekenntnis von Erwin Eckert plastisch hervortreten; unverkennbar ist auch, wie die Autoren, von Wolfgang Abendroth auf die Spur des „Bundes Religiöser Sozialisten Deutschlands“ gesetzt, mit mehr als bloßem Engagement und Sympathie zu Werk gegangen sind, nämlich mit Liebe zu einem „Kirchentribun“ – sie sind in Deutschland noch seltener als die außerhalb der Kirchen wirkenden „Volkstribunen“ – und um der von ihnen nicht verloren gegebenen Sache der Kirche willen. So ist eine Arbeit entstanden, die auch ihrem Untertitel „zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik“ gerecht wird und den Leser befähigen kann, dieses Verhältnis als ein für das allgemeine Verhältnis der Gesellschaft von Weimar zur Republik paradigmatisches zu verstehen.

Das Buch wäre umsonst geschrieben, würden die Institutionen, die damals Erwin Eckert vertrieben haben, die SPD und die Evangelische Kirche, es achtlos beiseite legen. Doch das ist wohl nicht zu befürchten. Daß kein

Friedrich-Martin Balzer/Karl Ulrich Schnell:

Der Fall Erwin Eckert – Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik. Mit einem Geleitwort von Hans Probingheuer.

Röderberg im Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1987, 217 S., DM 17,80

Volk dauerhaft aus seiner Geschichte aussteigen kann und letztlich immer wieder von ihr eingeholt wird, das wird gerade gegenwärtig teils schon bewußt erfahren, teils immerhin geahnt. Wer sein Ahnen zum Wissen und Lernen vervollkommen möchte, dem wird das Buch eine große Hilfe sein. Nicht kann und darf es dazu dienen, den für manche seiner Altersgenossen legendär gewordenen, den Jüngeren größtenteils unbekannt gebliebenen Mannheimer Stadtpfarrer Erwin Eckert, für den der Weg zur KPD ein konsequent bruchloser gewesen ist, als Kultfigur auf einen Sockel zu heben und dadurch erneut „unschädlich“ zu machen. Das wäre die falscheste aller möglichen Rezeptionen seines Vermächtnisses. Ich habe Erwin Eckert nach einer fittig gebliebenen Begegnung im Jahre 1945 wiedergetroffen – ein eigentümlicher Zufall – zu Beginn der 60er Jahre bei einem Gang durch die Kreml-Museen. An der geborstenen Glocke begegneten wir uns und vergaßen über einem langen, sehr langen Gespräch die Zeit. Wir sprachen über die unterschiedlichen Vorbedingungen, unter denen die Kirchen in den Republikversuch von Weimar hineingegangen sind, und über das Für

und Wider der kirchlichen Korporationschale nach dem Ende des Staatskirchentums.

Bei der Lektüre der vielen Texte Eckerts, die von den Autoren dankenswerterweise nicht nur in kurzen Auszügen wiedergegeben werden, habe ich mich lebhaft an das erinnert, was Eckert mir, der ich bis dahin nur blasse Vorstellungen vom Wollen und Wirken der „Religiösen Sozialisten“ gehabt hatte, bei jenem Gespräch nahegebracht hat. Das Eindringlichste für mich aber war dies: Während er auf all das, was die kirchlichen Behörden, die politischen Gegner und die Pressehetze in der späten Weimarer Republik ihm angetan hatten und was er an Verfolgungsmaßnahmen des „Dritten Reichs“ hatte erleiden müssen, mit einer gewissen Ausgeglichenheit zurückblicken vermochte, überkam ihn unüberwindliche Bitterkeit in der ganz frischen Erinnerung an die erneute strafgerichtliche Verfolgung im Zuge der durch das bertichtigte Erste Strafrechtsänderungsgesetz des Deutschen Bundestags ausgelösten antikommunistischen Repressionswelle.

An diesem Punkt ist anzusetzen, wenn man anhand des exemplarischen „Falles Eckert“ an eine fruchtbare „Aufarbeitung“ deutscher Vergangenheit gehen will. Es kommt in der Gegenwart darauf an, die Gegenwart, die noch Vergangenheit ist, zu überwinden, nicht „die Bundesrepublik Deutschland aus dem Schatten der Vergangenheit heraustreten“ zu lassen, sondern das Publikumsbewußtsein der bundesdeutschen Gegenwart von seiner ideologischen Unterjochung durch die antirepublikanische Vergangenheit zu befreien.

Helmut Ridder